

BETEILIGUNGSMANAGEMENT



Beteiligungen des Landkreises Zwickau

2022

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorwort.....	1
2.	Gesamtlagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage der unmittelbaren Beteiligungen ..	2
3.	Beteiligungen des Landkreises	7
3.1.	Unternehmensbeteiligungen und Zweckverbandsmitgliedschaften des Landkreises Zwickau	8
3.2.	Unmittelbare Beteiligungen des Landkreises Zwickau	9
3.3.	Mittelbare Beteiligungen des Landkreises Zwickau.....	10
3.4.	Mitgliedschaft des Landkreises Zwickau in Zweckverbänden und deren Beteiligungen....	11
4.	Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen.....	12
4.1.	Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH	13
4.2.	Rudolf Virchow Wohnen & Pflegen gGmbH	19
4.3.	Pleißental-Klinik GmbH.....	23
4.4.	Pleißental-Med GmbH	30
4.5.	Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg	33
4.6.	Tourismus und Sport GmbH	39
4.7.	Kommunalentsorgung Chemnitzer Land GmbH (KECL).....	44
4.8.	Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH	49
4.9.	Autobus GmbH Sachsen - Regionalverkehr.....	54
4.10.	Gemeinnützige Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsgesellschaft mbH Oberlungwitz	58
4.11.	Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH	60
4.12.	HBK-Poliklinik gemeinnützige GmbH	63
4.13.	HBK-Service gemeinnützige GmbH	66
4.14.	HBK-Diagnostik GmbH	68
4.15.	HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH.....	70
4.16.	Senioren- und Seniorenpflegeheim gemeinnützige GmbH Zwickau	72
4.17.	Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG	75
4.18.	Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH Sachsenring	78
4.19.	Business and Innovation Centre Zwickau GmbH	80
5.	Zweckverbände.....	82
5.1.	Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV Sachsen).....	83
5.2.	Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS).....	87
5.3.	Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen	91
5.4.	Zweckverband Studieninstitut für Kommunale Verwaltung Südsachsen	97
5.5.	Planungsverband Region Chemnitz	99
5.6.	Kulturraum Vogtland-Zwickau.....	102
5.7.	Sparkassenzweckverband Chemnitz.....	105

INHALTSVERZEICHNIS

5.8.	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	106
5.9.	Rettungszweckverband "Südwestsachsen"	110
5.10.	Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	114
6.	Formelverzeichnis	117
7.	Kennzahlen	118
8.	Fachbegriffe	119
9.	Abkürzungen	121
10.	Impressum	124
11.	Anlage(n)	125
	Anlage 1: Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS) ..	125

Beteiligungsunternehmen in alphabetischer Reihenfolge

Autobus GmbH Sachsen - Regionalverkehr.....	54
Business and Innovation Centre Zwickau GmbH.....	80
Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH.....	49
Gemeinnützige Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsgesellschaft mbH Oberlungwitz.....	58
Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg.....	33
HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH.....	70
HBK-Diagnostik GmbH.....	68
HBK-Poliklinik gemeinnützige GmbH.....	63
HBK-Service gemeinnützige GmbH.....	66
Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH.....	60
Kommunalentsorgung Chemnitzer Land GmbH (KECL).....	44
Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV Sachsen).....	83
Kulturraum Vogtland-Zwickau.....	102
Planungsverband Region Chemnitz.....	99
Pleißental-Klinik GmbH.....	23
Pleißental-Med GmbH.....	30
Rettungszweckverband "Südwestsachsen".....	110
Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH.....	13
Rudolf Virchow Wohnen & Pflegen gGmbH.....	19
Senioren- und Seniorenpflegeheim gemeinnützige GmbH Zwickau.....	72
Sparkassenzweckverband Chemnitz.....	105
Tourismus und Sport GmbH.....	39
Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG.....	75
Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH Sachsenring.....	78
Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS).....	87
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen.....	114
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA).....	106
Zweckverband Studieninstitut für Kommunale Verwaltung Südsachsen.....	97
Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen.....	91

1. Vorwort

Der **Beteiligungsbericht** nach § 99 der SächsGemO soll wesentlich zur Transparenz der Kommunalverwaltung hinsichtlich Ihrer Aufgabenerfüllung durch ausgegliederte, organisatorisch und finanzwirtschaftlich verselbstständigte Bereiche beitragen. Der Beteiligungsbericht dient als Informationsinstrument nicht nur den kommunalen Entscheidungsträgern in Ausübung ihrer Steuerungsfunktion, sondern auch der Rechtsaufsichtsbehörde sowie der interessierten Öffentlichkeit. Neben den allgemeinen Daten der Beteiligungsgesellschaften informiert er auch über die Entwicklung und die wirtschaftliche Lage der Beteiligungen des Landkreises Zwickau, in dem Grundzüge des Geschäftsverlaufs dargestellt werden. Weiterhin beinhaltet der Bericht auch Informationen über die Zweckverbände, in denen der Landkreis Zwickau Mitglied ist.

Der vorliegende Bericht basiert auf den Jahresergebnissen der Unternehmen von 2022 und ist gemäß § 63 SächsLKrO i. V. m. § 99 Abs. 2 SächsGemO jährlich bis zum 31. Dezember dem Kreistag für das Vorjahr vorzulegen.

Auf die wichtigsten Probleme und die Lage der Gesellschaften wird mit einer kurzen Auswertung der Ergebnisse des Berichtsjahres und einer Vorschau auf die Entwicklung aufmerksam gemacht.

Der Beteiligungsbericht gibt einen Überblick über die im Berichtsjahr vorherrschende Beteiligungslandschaft. So war der Landkreis Zwickau alleiniger Gesellschafter von sieben Unternehmen und an weiteren fünf Gesellschaften unmittelbar sowie an sechs Gesellschaften mittelbar beteiligt. Hinzu kommt die Mitgliedschaft des Landkreises in zehn Zweckverbänden.

Veränderungen des Beteiligungsportfolios ergaben sich im Vergleich zum Vorjahr dahingehend, dass die Heinrich-Braun-Klinikum gGmbH die Zentralisierung der Bereiche Verwaltung und Bildung nun in einer eigenen Gesellschaft realisiert. Weiterhin wurde die VSZ Beteiligungs GmbH auf die Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG verschmolzen sowie die Liquidation der SRM Sachsenring-Rennstrecken-Management GmbH i. L. abgeschlossen.

Der Beteiligungsbericht wurde nach den Anforderungen des § 99 der SächsGemO gefertigt und wird zur Einsichtnahme für die Öffentlichkeit vom Landkreis verfügbar gehalten. Entsprechend § 99 Abs. 4 SächsGemO erfolgt die Bekanntmachung im elektronischen Amtsblatt des Landkreises Zwickau.

GESAMTLAGEBERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF UND DIE LAGE DER UNMITTELBAREN BETEILIGUNGEN

2. Gesamtlagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage der unmittelbaren Beteiligungen

Die im Berichtsjahr 2022 wesentlichsten Ergebnisse der einzelnen Eigen- und Beteiligungsgesellschaften des Landkreises Zwickau sollen mit nachstehenden Ausführungen aufgezeigt werden.

Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH

Die Hauptgeschäftszweige des Konzerns bestehen im Betrieb eines Allgemeinkrankenhauses. Daneben gibt es eine Vielzahl weiterer Geschäftssparten. Die Wesentlichen davon sind ein Rehabilitationszentrum für psychisch kranke Menschen, eine Lieferapotheke, ein Medizinisches Versorgungszentrum sowie ein Gesundheitszentrum. Mit Ausnahme der Tagesklinik in Limbach-Oberfrohna und vier Praxen des Medizinischen Versorgungszentrums werden alle Leistungen vom Standort Glauchau aus erbracht.

Das Klinikum sichert die regionale Patientenversorgung mit 320 vollstationären Betten und 48 tagesklinischen Plätzen. Die Rudolf Virchow Wohnen & Pflegen gGmbH (nachfolgend Tochterunternehmen genannt) verfügt über eine Kapazität von insgesamt 246 vollstationären Pflegeplätzen.

Das Klinikum sowie sein Tochterunternehmen konnten das Geschäftsjahr 2022 mit einem positiven Ergebnis abschließen.

Um die Leistungsentwicklung auf dem erreichten Niveau zu stabilisieren, erfolgten in 2022 Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von 9.607 TEuro. Die bedeutendsten Investitionen im Klinikum stellten die Fertigstellung des Neubaus Werkstattgebäude REHA-Zentrum-RPK, das weiter geführte Bauprojekt Neubau ambulante Reha-/Gesundheitszentrum sowie die Anschaffung eines OP-Microskops OPIM LUMERA 700 und eines Computertomographs FCT Speedia dar.

Liquiditätsengpässe sind nicht zu erkennen.

Pleißental-Klinik GmbH

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Allgemeinkrankenhauses einschließlich der zugehörigen Ausbildungsstätten, Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben.

Die Pleißental-Klinik verfügt derzeit über 240 Planbetten im Bereich Chirurgie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Innere Medizin und Allgemeinmedizin inklusive Akutgeriatrie sowie Kinder- und Jugendmedizin.

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 67 TEuro ab. Hauptgründe dafür sind die pandemische Situation im I. Quartal, inflationsbedingte Preissteigerungen sowie die erhöhten Personalaufwendungen. Investitionen erfolgten im Geschäftsjahr 2022 in Höhe von insgesamt 2.032 TEuro für Bau, Einrichtungen und Ausstattungen sowie für Hard- und Software.

Für das Jahr 2022 hat sich aufgrund steigender Fallzahlen die Gesamtsituation der Gesellschaft stabilisiert. Auch die personelle Situation in der Klinik kann als stabil bezeichnet werden.

Mit der Gründung einer Tochtergesellschaft (Pleißental-Med GmbH) wurde der Grundstein für den Betrieb von MVZ's und somit die Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung gelegt.

Heinrich-Braun-Klinikum gGmbH

Das HBK gGmbH ist ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung an den Standorten Zwickau, Kirchberg und Glauchau und verfügt nach Übernahme des Betriebes der Paracelsus-Klinik Zwickau nun über 1.112 Betten und 83 tagesklinischen Plätzen.

GESAMTLAGEBERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF UND DIE LAGE DER UNMITTELBAREN BETEILIGUNGEN

Die Gesellschaft erzielte einen Jahresüberschuss i. H. v. 88 TEuro, welcher gegenüber dem Vorjahr stark sank.

Als hochmodernes Krankenhaus investiert das Klinikum auf anhaltend hohem Niveau in die Sanierung von Bestandsgebäuden, in Neubauten und in modernste Medizintechnik. So beliefen sich die Instandhaltungsaufwendungen in 2022 auf 11.760 TEuro. 1.460 TEuro wurden für Modernisierungen am Standort Kirchberg eingesetzt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine bestandsgefährdenden bzw. die Entwicklung wesentlich beeinträchtigenden Risiken erkennbar.

Im Wirtschaftsjahr war die Finanzlage der Gesellschaft stabil und die Liquidität gesichert.

Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg

Zweck des Unternehmens mit seinen 249 Beschäftigten ist der Betrieb von Altenwohn-, Alten- und Pflegeheimen sowie Heimen für behinderte Menschen, von ambulanten Pflegediensten, von altersgerechten und betreuten Wohnungen und Mahlzeitendiensten.

Das erneut positive Jahresergebnis der Gesellschaft resultiert im Wesentlichen auf den vereinbarten höheren Entgelten für vollstationäre und ambulante Pflege sowie den erhöhten Entgelten für die Behinderten- und Wohneinrichtungen.

Um eine hohe Auslastung der Pflegeplätze sicherzustellen, werden durch umfangreiche Werterhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen die Wohn- und Pflegebedingungen ständig verbessert. In 2022 wurden 523 TEuro für Instandhaltungen aufgewendet.

Risiken bestehen weiterhin aufgrund des hohen Wettbewerbs innerhalb der Altenpflegeeinrichtungen in der Region sowie dem sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel im Pflegesektor.

Die Liquidität war zu jeder Zeit gesichert.

Tourismus und Sport GmbH

Zu den Geschäftsbereichen der Tourismus und Sport GmbH gehören das Erholungsgebiet Stausee Oberwald in Callenberg mit Badesee, Bungalowsiedlung und Campingplatz, die Sachsenlandhalle in Glauchau, eine multifunktional nutzbare Sport- und Kultureinrichtung mit 3-Feldersporthalle, Kultursaal, Bowling- und Kegelanlage sowie Gaststättenbereich und das Schloss in Waldenburg.

Der Stausee Oberwald stellt für die Tourismus und Sport GmbH den mit Abstand größten und wirtschaftlich stärksten Bereich dar, auch wenn die Erträge hauptsächlich in den Monaten Mai bis September erwirtschaftet werden. Die vordergründig auf das Thema Baden ausgerichteten Möglichkeiten der Freizeit- und Urlaubsgestaltung sind sehr witterungsabhängig.

Um den Stausee Oberwald nachhaltig attraktiv zu halten und weiter zu entwickeln, bedarf es dringender Erneuerung, Renovierung und Instandhaltung.

Die Sachsenlandhalle in Glauchau wird als Event- und Sporthalle multifunktional genutzt. Es finden Sportveranstaltungen, Trainings- und Wettkampfbetrieb, Messen, Lesungen, Konzerte und Tagungen statt. Um konkurrenzfähig zu bleiben, sind weitere Ausgaben (z. B. für Dachreparatur und Brandschutzmaßnahmen) notwendig. Des Weiteren muss in die Modernisierung und Digitalisierung investiert werden.

Die Gesellschaft betreibt auch das landkreiseigene Schloss in Waldenburg, welches an Bekanntheit zunimmt. Die Angebote reichen von Schlossführungen durch die historischen Räumlichkeiten über vielfältige kulturelle, kommerzielle und private Veranstaltungen bis hin zu Trauungen. Im musealen Bereich besteht die Aufgabe, kontinuierlich daran zu arbeiten, bestehende Ausstellungen zu verändern und digital zu erweitern.

Mit der weiteren Umsetzung des Entwicklungskonzeptes des Schlosses Waldenburg und der attraktiv vielfältigen Nutzung wird die Betreuung des Schlosses zunehmend wirtschaftlicher.

GESAMTLAGEBERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF UND DIE LAGE DER UNMITTELBAREN BETEILIGUNGEN

Der Landkreis stellte der Tourismus und Sport GmbH zur Sicherung des Gesellschaftszweckes einen Zuschuss i. H. v. 425 TEuro zur Verfügung.

Risiken, insbesondere beim Stausee Oberwald, bestehen aufgrund der Abhängigkeit zum Wetter. Des Weiteren ist zu beachten, dass der Gast hohen Wert auf die Ferienqualität legt. Um die Attraktivität und Marktfähigkeit in allen Bereichen zu erhalten, ist die Umsetzung des Entwicklungskonzeptes von großer Bedeutung.

Kommunalentsorgung Chemnitzer Land GmbH (KECL)

Zu den Aufgaben der Gesellschaft zählen das Einsammeln und der Transport von gemischten Siedlungsabfällen, sperrigen Abfällen und Bioabfällen, die Einsammlung und der Transport von Pappe, Papier und Kartonagen, die Sammlung von Elektro(nik) – Altgeräten in der betriebseigenen Sammelstelle sowie die Ausrüstung der Haushalte und Unternehmen mit entsprechenden Abfallsammelbehältern. Damit wurde die KECL durch den Landkreis beauftragt.

Auch wenn ein Rückgang der Sammelmengen und gestiegene Energiekosten für die Geschäftstätigkeit in 2022 bestimmend waren, konnte noch ein positives Jahresergebnis (16 TEuro) erzielt werden. Ursächlich hierfür war das vom Landkreis gewährte pauschale Entgelt, welches nach den Bestimmungen des Abfallentsorgungsvertrages kalkuliert wurde.

Im Geschäftsjahr wurden zwei Abfallsammelfahrzeuge angeschafft. Die Beschaffung von Abfallsammelfahrzeugen mit alternativen CO₂-armen Antrieben nach den gesetzlichen Bestimmungen zur Erhöhung des Anteils alternativer Antriebe im Lastverkehr stellt zukünftig hohe Anforderungen an die Bewertung der Leistungsparameter und wird die Vergabepaxis maßgeblich dominieren.

Zum 31. Dezember 2022 standen der Gesellschaft ausreichend liquide Mittel zur Verfügung. Insgesamt ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KECL als stabil einzuschätzen.

Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH

Die Gesellschaft ist mit den Aufgaben der Abfallentsorgung im Landkreis befasst. Hierzu gehören die Einsammlung und der Transport von gemischten Siedlungsabfällen, Sperrmüll und Bioabfällen, von Papier, Pappe und Kartonagen sowie die Betreibung und Bewirtschaftung der Hausmülldeponie Lohe.

Die im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Umsatzerlöse beruhen im Wesentlichen auf der Erhöhung der Entgelte für die durch die EGZ erbrachten Leistungen entsprechend des Abfallentsorgungsvertrages. Negativ für den Geschäftsverlauf wirkten sich die gesunkenen Sammelmengen und die gestiegenen Kosten aus. Dennoch konnte ein Jahresüberschuss i. H. v. 131 TEuro ausgewiesen werden.

Als wesentlichste Investitionen der Gesellschaft sind drei Sammelfahrzeuge zu nennen.

Die wiederum erhöhten Rückstellungen sind hauptsächlich durch zu erwartende Kosten auf den Abschluss der Deponie Lohe zu begründen.

Die Finanzlage der Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH kann dennoch als stabil eingeschätzt werden. Es standen zum 31. Dezember 2022 ausreichend liquide Mittel zur Verfügung. Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich die Liquidität.

Die Herstellung der Oberflächenabdichtung der Deponie Lohe ist für die Jahre 2023 und 2024 geplant, wobei in Abhängigkeit der Preisentwicklung im Baubereich noch zeitliche Verschiebungen möglich sind. Mit dem Deponieabschluss verringert sich die Liquidität der Gesellschaft erheblich.

Bestandsgefährdende Risiken liegen derzeit nicht vor.

GESAMTLAGEBERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF UND DIE LAGE DER UNMITTELBAREN BETEILIGUNGEN

Gemeinnützige Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsgesellschaft mbH Oberlungwitz

Der Gesellschaftszweck der Gemeinnützige Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsgesellschaft mbH Oberlungwitz beinhaltet die Bildung, Erziehung und Betreuung von Schülern, Jugendlichen und Erwachsenen. Eine Kindertagesstätte und die Kinder- und Jugendwohngruppen sowie die Tätigkeit in der Schulsozialarbeit ergänzen das Spektrum von Bildung und Erziehung.

Insbesondere das erste Quartal des Geschäftsjahres war noch von den Auswirkungen der Coronapandemie geprägt. Im weiteren Jahresverlauf erholten sich die Bildungsmaßnahmen und konnten leistungskonform umgesetzt werden.

Zielstellung der GAFUG in 2022 war u. a., die notwendigen Umstrukturierungs- und Veränderungsprozesse weiter voranzubringen.

Die Gesellschaft schließt das Jahr 2022 erneut mit einem Jahresfehlbetrag ab. Die hohen Abschreibungen belasten besonders das Jahresergebnis. Die Liquidität des Unternehmens bleibt jedoch durch entsprechende finanzielle Rücklagen weiter gesichert.

Die wesentlichen Risiken in der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft bestehen auch weiterhin in der Abhängigkeit der Förderung von Bildungs- und Erziehungsprojekten und der Bereitstellung der dazugehörigen finanziellen Mittel durch die öffentlichen Ämter, Agenturen und die Wirtschaft. Dadurch stellt die Auslastung der Werkstätten und des Personals ein großes Risiko dar.

Zum 31. Dezember 2023 kündigte ein privater Gesellschafter seine Anteile an der GAFUG, welche der Landkreis in 2023 übernahm.

Autobus GmbH Sachsen - Regionalverkehr

Die Aufgabe der Autobus GmbH Sachsen - Regionalverkehr (ASR) besteht in der Vorhaltung und Überlassung der Infrastruktur zur Durchführung des Öffentlichen Personennahverkehrs auf dem Gebiet des Landkreises Zwickau. Hierzu kann sich die Gesellschaft Dritter bedienen und bei Zweckmäßigkeit private Personenbeförderungsunternehmen als Subunternehmer einbinden.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Unternehmens werden durch einen Betriebspachtvertrag definiert, der zum 1. Januar 2019 neu mit dem neuen Betreiber Regionalverkehr Westsachsen GmbH (RVW) geschlossen worden ist und die Regelungen für die Verpachtung des Verkehrshofes beinhaltet.

Das Kerngeschäft der Gesellschaft ist die Vermietung und Verpachtung, dem Umsatzerlöse i. H. v. 141 TEuro entsprechen.

Das Geschäftsjahr 2022 endete mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 10 TEuro.

Es besteht das Risiko anfallender größerer Instandhaltungsaufwendungen am verpachteten Gebäude, da der Verkehrshof bereits älter als 20 Jahre ist. Hieraus erwächst die Gefahr, dass der jährliche Pachtzins für den Verkehrshof, dessen Höhe u. a. durch Auflagen des Fördermittelgebers stark begrenzt ist, derartige Aufwendungen nicht immer vollständig abdecken kann und nur durch vorhandene Liquidität finanzierbar ist.

Die Liquidität war in 2022 ganzjährig gewährleistet.

Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG

Die Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG ist eine multifunktionale Fahrtrainingsanlage. Das Unternehmenskonzept stützt sich auf drei Säulen; Fahrtrainingszentrum, Veranstaltungsgelände für Events und nicht permanente Rennstrecke.

Es werden mehrstufige Fahrsicherheitstrainings für Autos, Motorräder, Busse und LKWs über Sportfahrerlehrgänge, Incentives für spezielle Kunden, Mitarbeiter- und Motivationsseminare oder Firmenfeiern bis hin zu Pressekonferenzen, Produktpräsentationen und noch vieles mehr angeboten.

GESAMTLAGEBERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF UND DIE LAGE DER UNMITTELBAREN BETEILIGUNGEN

Des Weiteren vermietet die Gesellschaft die Trainingspiste der Rennstrecke an externe Veranstalter von Sicherheits- und Rennstreckentrainings sowie an den ADAC Sachsen zum Zwecke der Durchführung der Motorsportveranstaltungen am Sachsenring.

Im Geschäftsjahr war im Vergleich zu den Vorjahren eine Umsatzsteigerung zu verzeichnen. Die Umsätze erreichten wieder ein vor-Corona-Niveau.

Die VSZ Beteiligungs GmbH wurde mit Verschmelzungsvertrag vom 27. April 2022 rückwirkend zum 1. Januar 2022 zu Buchwerten auf die Gesellschaft verschmolzen. Daraufhin mussten die Anteile an der VSZ Beteiligungs GmbH aus dem Anlagevermögen ausgebucht werden. Nach Verrechnung mit den untergegangenen Verbindlichkeiten und dem übernommenen Bankguthaben ergibt sich ein Verschmelzungsverlust in Höhe von 1.052,6 TEuro. Insofern ergibt sich ein Jahresfehlbetrag i. H. v. 644 TEuro.

Der Landkreis ist nunmehr 21,62 % an der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH Co. KG beteiligt.

Die Liquidität der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG war ganzjährig gesichert.

Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH Sachsenring

Die Gesellschaft fungiert als Komplementärin der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG.

Aus dem Beteiligungsverhältnis des Landkreises Zwickau an der Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH Sachsenring in Höhe von 16,00 % ergibt sich für den Landkreis Zwickau keine finanzielle Belastung.

Die Geschäftsführung schätzt den Geschäftsverlauf 2022 als gut ein, da wieder ein Jahresüberschuss erwirtschaftet werden konnte.

Die Liquidität wird über die Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG sichergestellt.

Business and Innovation Centre Zwickau GmbH

Der Bereich Vermietung ist das Hauptgeschäftsfeld der BIC Zwickau GmbH. Der positive Vermietungsgrad resultiert u. a. aus den optimalen Bedingungen für die Ansiedlung von Existenzgründern und jungen Unternehmen.

Gegenüber dem Vorjahr stieg der Jahresüberschuss auf 23 TEuro. Ursächlich für die Steigerung sind Mehreinnahmen im Projektbereich und eine Erhöhung der Auslastung der Immobilien.

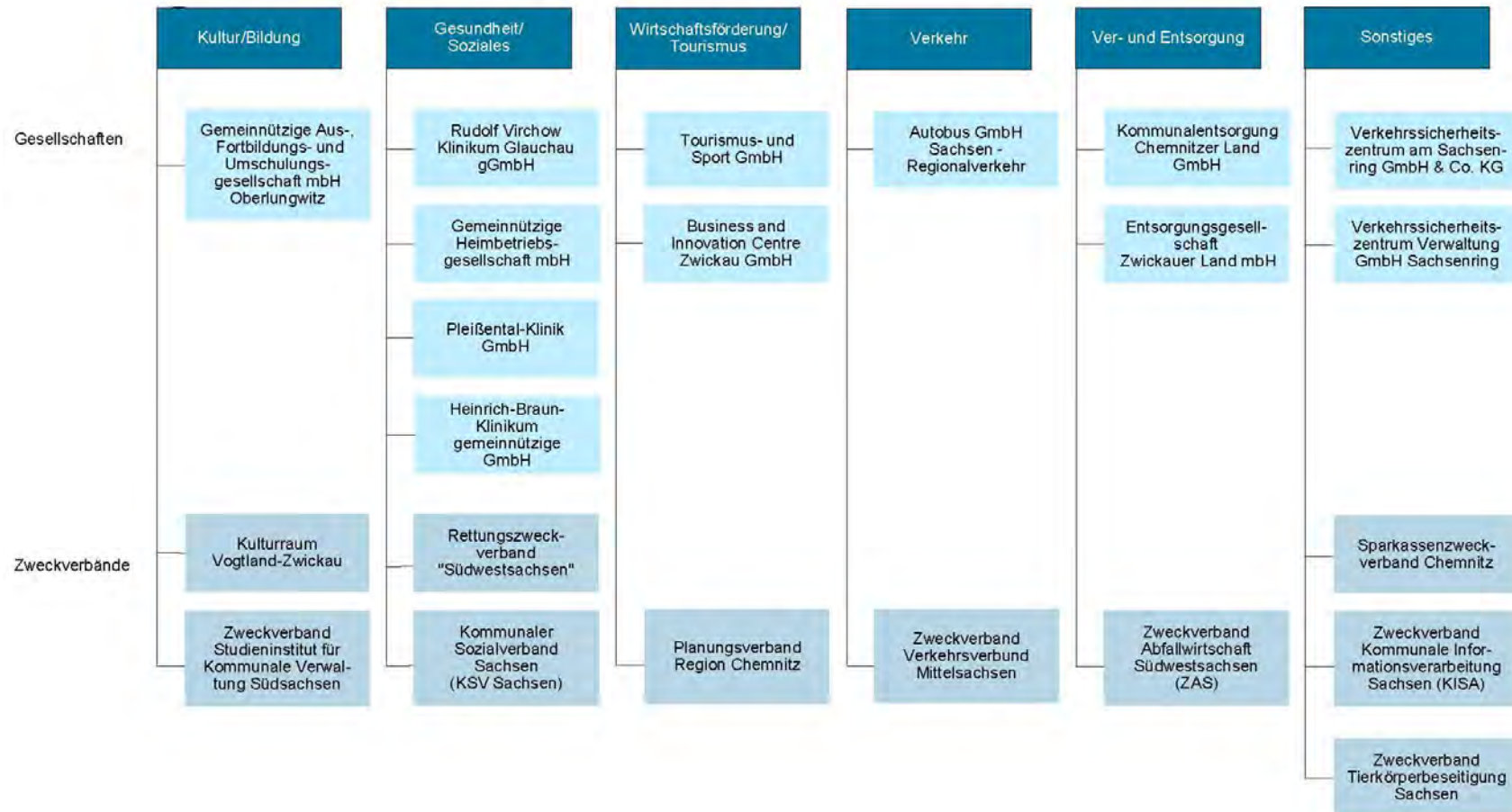
Weitere Umsätze resultieren aus der Einspeisung von Energie in das öffentliche Netz aus der Nutzung eines Windrades sowie aus Beratung und Dienstleistungen.

Nach dem Ablauf der Bindefrist für die zur Errichtung des Betriebsgebäudes in Stenn eingesetzten öffentlichen Fördermittel zum 31. Dezember 2022 soll das Betriebsgebäude verkauft werden. Hierzu fasste die Gesellschafterversammlung in 2022 einen Grundsatzbeschluss.

3. Beteiligungen des Landkreises

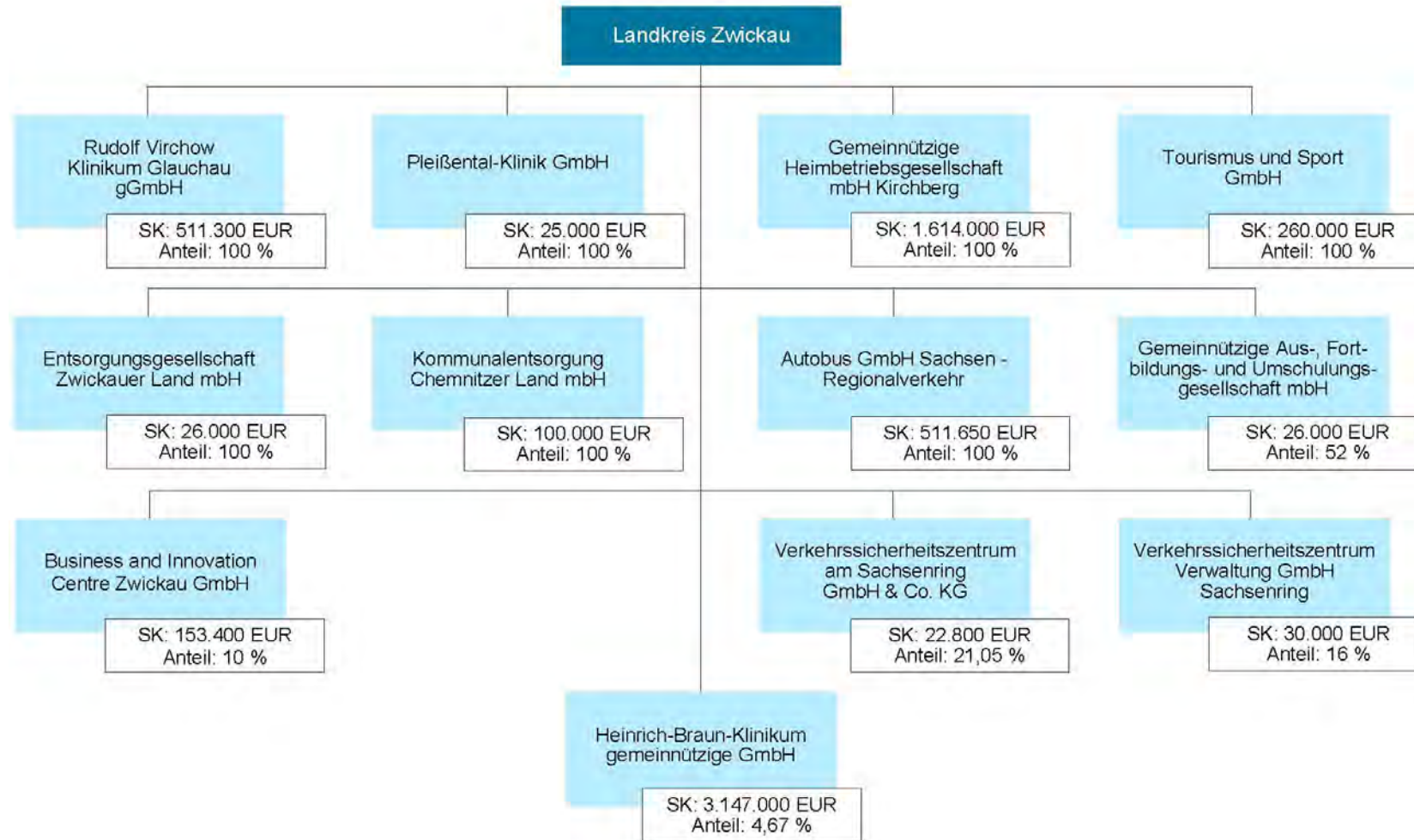
BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES

3.1. UNTERNEHMENSBEITRÄGEN UND ZWECKVERBANDSMITGLIEDSCHAFTEN DES LANDKREISES ZWICKAU



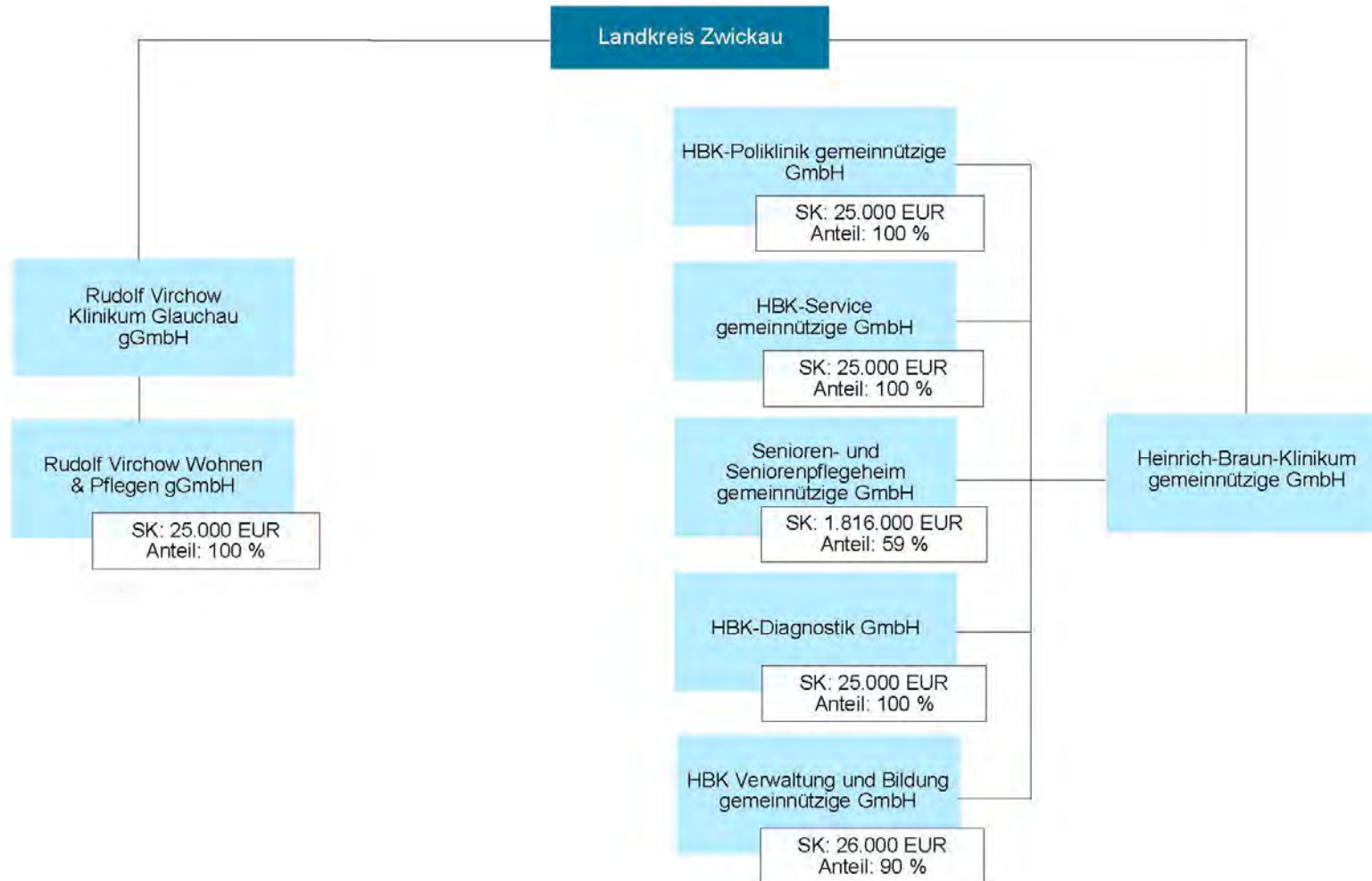
BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES

3.2. UNMITTELBARE BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES ZWICKAU



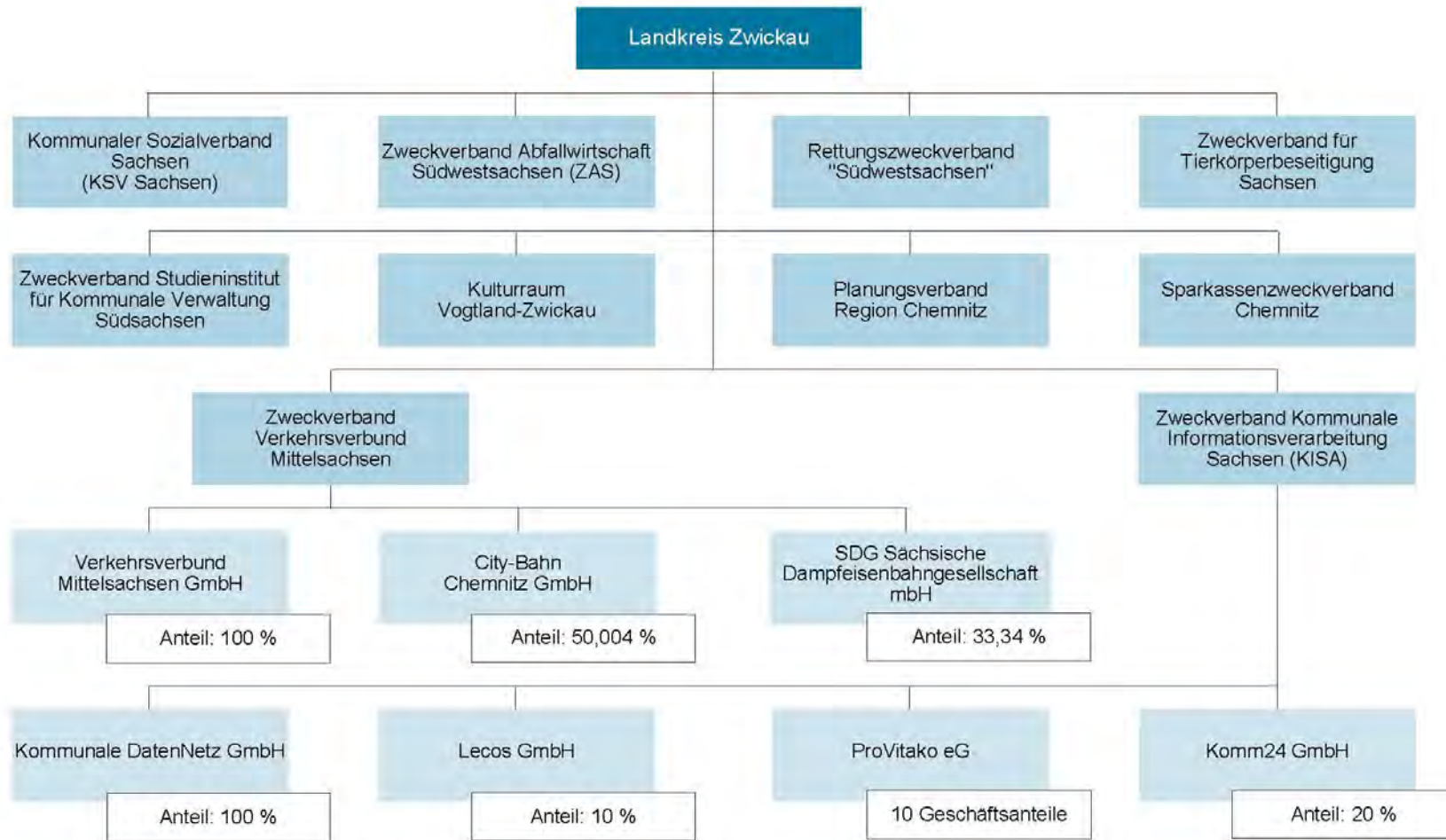
BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES

3.3. MITTELBARE BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES ZWICKAU



BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES

3.4. MITGLIEDSCHAFT DES LANDKREISES ZWICKAU IN ZWECKVERBÄNDEN UND DEREN BETEILIGUNGEN



4. Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen

Hierbei wird gemäß § 99 Abs. 3 SächsGemO nach unmittelbarer oder mittelbarer bzw. mehr oder weniger als 25%iger Beteiligung des Landkreises unterschieden, was eine differenzierte Darstellung bedingt.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.1. RUDOLF VIRCHOW KLINIKUM GLAUCHAU GGMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Virchowstraße 18
FIRMENSITZ	08371 Glauchau
TELEFON	03763 43-0
E-MAIL	info@klinikum-glauchau.de
WEBSEITE	http://www.klinikum-glauchau.de
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	17.08.1995
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN¹
KAPITAL Nominal _____ 100% / - / 100%
Stammkapital _____ 511.300 EUR

GESELLSCHAFTER Landkreis Zwickau _____ 511.300 EUR (100,00%)

TOCHTERUNTERNEHMEN

Rudolf Virchow Wohnen & Pflegen gGmbH 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zwecke der Gesellschaft sind:

- die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege,
- die Förderung der Jugend- und Altenhilfe,
- die Förderung des Wohlfahrtswesens,
- die Förderung des Sports sowie
- die Unterstützung von Personen aller Altersgruppen, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes der Hilfe bedürfen.

Die Gesellschaft dient im Rahmen ihrer sachlichen Möglichkeiten der stationären und ambulanten Untersuchung und Behandlung von Patienten, der Durchführung damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen der Vor- und Nachsorge sowie sonstiger gesundheitsfördernder Maßnahmen, ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Konfession, Rasse, Geschlecht und Wohnsitz.

Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens wird verwirklicht durch den Betrieb eines Allgemeinkrankenhauses im Sinne des § 67 der Abgabenordnung am Standort Glauchau mit den unmittelbar dem Betrieb des Krankenhauses dienenden Ausbildungsstätten, den Einrichtungen der mit dem Betrieb des Krankenhauses im Zusammenhang stehenden Vor- und Nachsorge und der Gesundheitsförderung, den sonstigen Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben sowie die Bereitstellung von Grundstücken, Räumlichkeiten und sonstigen Sachen für Dritte zur Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens oder der Altenhilfe sowie durch die bedarfsgerechte Bereitstellung und Erbringung stationärer und ambulater medizinischer Leistungen.

Die Förderung der Jugend- und Altenhilfe wird insbesondere verwirklicht durch die Betreibung von

¹ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Altenwohn- und Pflegeheimen, Einrichtungen der Kurzzeitpflege und der Tagespflege sowie ambulanter Pflegedienste.

Die Förderung des Wohlfahrtswesens wird insbesondere verwirklicht durch die Teilnahme an der ambulanten ärztlichen und nichtärztlichen Betreuung der Bevölkerung, durch den Betrieb von medizinischen Versorgungszentren im Sinne von § 98 SGB V und von Einrichtungen für integrierte Versorgungsformen zum Zwecke der Diagnostik, Therapie, Pflege und Rehabilitation.

Die Förderung des Wohlfahrtswesens wird auch verwirklicht durch den Betrieb von Vorsorge und Rehabilitationseinrichtungen im Sinne von § 111 SGB V und § 35 SGB IX.

Die Förderung des Sports wird verwirklicht durch den Betrieb eines Schwimmbades sowie einer Sporthalle mit der Möglichkeit der öffentlichen Nutzung.

Die Unterstützung von Personen aller Altersgruppen, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes der Hilfe bedürfen, wird verwirklicht durch den Betrieb von Einrichtungen der Behindertenhilfe, insbesondere Behindertenwerkstätten, Wohnheimen und Wohngruppen.

Der Zweck der Gesellschaft wird weiterhin durch den Betrieb von Einrichtungen des betreuten Wohnens verfolgt.

Die Gesellschaft ist berechtigt nach Zustimmung des Landkreises Zwickau, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art nach Maßgabe des Absatzes 5 zu errichten, zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen und alle sonstigen, dem Gesellschaftszweck im weitesten Sinne förderliche Maßnahmen durchzuführen.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96 a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigte Mehrheit der Anteile hat.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte eingehen, die zur Erreichung, Förderung und Erhaltung des Gesellschaftszweckes dienlich sind.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an den Landkreis Zwickau, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke zu verwenden hat.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Dr. Florian Gräßler

Frau Angelika Hölzel

Frau Daniela Pfeifer

Frau Marina Salzwedel

Herr Prof. Dr. Joachim Schindler

Herr Andreas Weber

VORSITZ

Frau Ines Springer

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Christian Wagner

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Solidaris Revisions-GmbH

MITARBEITERANZAHL

782

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Wirtschaftsbericht

Die Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH konnte trotz abklingender COVID-Krise und der durch die kriegerische Auseinandersetzung in der Ukraine angeheizten inflationären Entwicklung ein positives Jahresergebnis erzielen. Die Prognose eines Jahresüberschusses in Höhe von 1.579 TEUR wurde um 412 TEUR unterschritten. Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2022 fiel von 2.836 TEUR in 2021 auf 1.167 EUR. Das operative Ergebnis fiel dabei von +1.859 TEUR auf -365 TEUR. Die Hauptursache hierfür lag in der Bildung von Rückstellungen, insbesondere für Inflationsausgleichszahlungen an das Personal, Prozessrisiken und drohende Erlösausfälle. Der noch im 1. Quartal 2022 bestehende coronabedingte Leistungseinbruch, vor allem im somatischen Bereich wurde im Wesentlichen durch die staatlichen Corona-Ausgleichszahlungen i. H. v. insgesamt 2.685 TEUR (Vorjahr 5.0712 TEUR) ausgeglichen.

Im Geschäftsjahr 2022 beschäftigte die Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH durchschnittlich 782 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Köpfen gegenüber 774 im Vorjahr.

Kapitalstruktur

Die Laufzeit des Fremdkapitals liegt mit Ausnahme von Einbehalten aus Baurechnungen unter einem Jahr.

Investitionen

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2022 Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von 9.607 TEUR getätigt. Die bedeutendsten Investitionen stellten die Fertigstellung des Neubaus Werkstattgebäude REHA-Zentrum-RPK, das weiter geführte Bauprojekt Neubau ambulante Reha-/Gesundheitszentrum sowie die Anschaffung eines OP-Microskops OPIM LUMERA 700 und eines Computertomographs FCT Speedia dar. Die zugewiesenen Pauschalfördermittel in Höhe von 988 TEUR wurden den Anforderungen entsprechend im Haus verwendet.

Liquidität

Der Finanzmittelbestand betrug am Ende des Geschäftsjahres 10.310 TEUR (Vorjahr: 8.128 TEUR). Die wesentlichen Zugänge zu den liquiden Mitteln wurden aus Abgängen aus den Finanzanlagen, dem Jahresüberschuss sowie aus den Abschreibungen auf das mit Eigenmitteln finanzierte Anlagevermögen finanziert. Die wesentlichen Minderungen der Finanzmittel resultieren aus Investitionen in das Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen) von 9.607 TEUR. Die Liquiditätsverhältnisse sind geordnet. Liquiditätsengpässe sind nicht zu erkennen.

Vermögenslage

Die Vermögenslage ist solide. Die Eigenkapitalquote beträgt 66,8 % (Vorjahr: 69,2 %). Die Erhöhung des Gesamtvermögens um 6.769 TEUR resultiert aus der Erhöhung des kurzfristig gebundenen Vermögens um 11.998 TEUR und der Abnahme des langfristig gebundenen Vermögens um 5.229 TEUR.

Die Verringerung des langfristig gebundenen Vermögens resultiert aus einer Abnahme der Finanzanlagen (- 9.940 TEUR) bei einer Erhöhung der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen (+ 4.711 TEUR). Die Investitionstätigkeit in das immaterielle und das Sachanlagevermögen übertraf deutlich die planmäßigen Abschreibungen.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Hauptursache für die Erhöhung des kurzfristig gebundenen Vermögens sind im Wesentlichen der Aufbau der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und der Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht (jeweils um + 4.886 TEUR) sowie der Geldmittel (+ 2.183 TEUR). Der Forderungsbestand erhöhte sich im Wesentlichen aufgrund eines Personalengpasses in der Patientenverwaltung. Die Geschäftsführung sieht diesen als zu hoch an und wird Maßnahmen zur Verbesserung des Forderungsmanagements einleiten.

Prognosebericht

Nach Ansicht der Geschäftsführung wird auch das Geschäftsjahr 2023 hauptsächlich durch die inflationäre Entwicklung dominiert. Insbesondere die hohen Energiepreise werden auch in den Krankenhäusern zu anhaltend stark steigenden Kosten führen. Jedoch hat der Gesetzgeber mit dem Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz-EWPBG die gesetzliche Grundlage für eine zumindest teilweise Entlastung beschlossen. Damit soll das wirtschaftliche Überleben der einzelnen Häuser in 2023 sichergestellt werden. [...] Darüber hinaus stellt das MDK-Reformgesetz auch in 2023 eine bedeutende inhaltliche Herausforderung und damit auch ein wirtschaftliches Risiko dar.

Insgesamt ergeben sich nach Ablauf des Prognosezeitraumes große Herausforderungen für die Krankenhäuser. Aus den gesetzlichen Regelungen, insbesondere dem Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) ergibt sich zukünftig, dass die Qualität der Leistungserbringung mittelfristig zum planungsrelevanten Indikator und zum Finanzierungsbestandteil werden wird. Dies wird strukturelle Veränderungen in den Krankenhäusern notwendig machen, welche möglichst rasch durchgeführt werden müssen. Die Krankenhausreform wird derzeit bundespolitisch diskutiert.

Auch der regional bestehende Mangel an Ärzten und sonstigem qualifizierten Personal wird sich bis Ende 2023 aller Voraussicht nach weiter verschärfen. [...]

Für das Jahr 2023 wurden vor allem aufgrund der prognostizierten inflationären Entwicklung ein negatives Jahresergebnis in Höhe von - 1.515 TEUR prognostiziert.

Neben der Sicherung der Leistungserbringung muss die vorhandene Kostenstruktur weiter optimiert und die Attraktivität des Standortes gestärkt werden. Dazu führt das Haus in 2023 den Neubau eines ambulanten Reha-/Gesundheitszentrum fort.

Die Risikolage der Gesellschaft kann für das kommende Jahr 2023 als entspannt beurteilt werden.

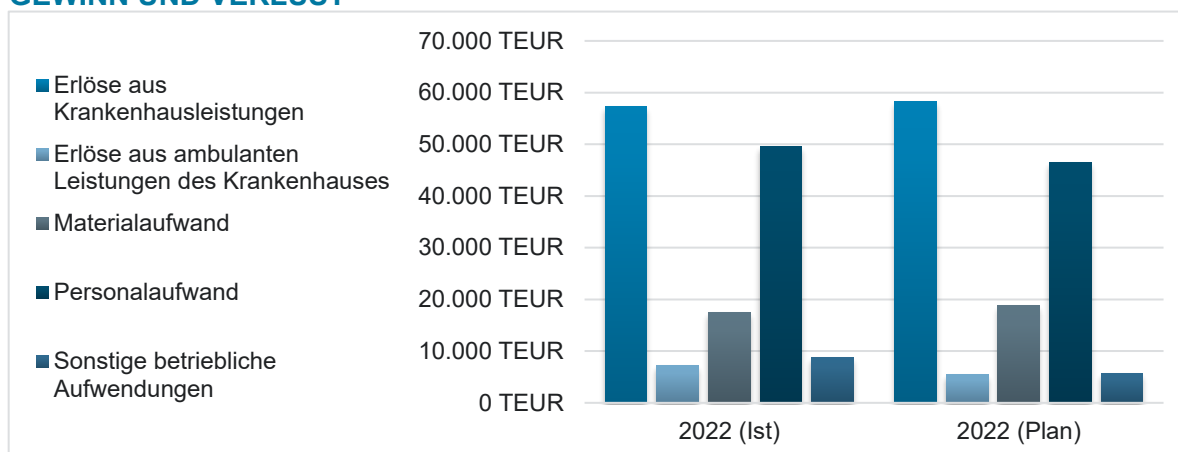
Chancen und Risiken

Die Gesamtrisikolage hat sich aufgrund des Ukraine-Konflikts insbesondere durch die anhaltend starke Inflation grundlegend verändert. Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Risikos werden jedoch voraussichtlich durch den Gesetzgeber zumindest teilweise ausgeglichen.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2022 (IST)	2022 (PLAN)
Erlöse aus Krankenhausleistungen	57.220.250,10	58.200.000,00
Erlöse aus Wahlleistungen	37.011,00	48.000,00
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	7.181.284,32	5.500.000,00
Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	405.417,73	765.000,00
Umsatzerlöse nach § 277 Absatz 1 HGB	10.688.502,75	9.772.000,00
Sonstige Erlöse	-	-
Bestandsveränderungen	28.049,93	-
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	690.079,88	24.000,00
Sonstige betriebliche Erträge	2.836.094,49	828.000,00
Materialaufwand	17.405.050,83	18.842.000,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	13.230.712,09	14.230.000,00
dar.: Lebensmittel und bezogene Leistungen	4.174.338,74	4.612.000,00
Personalaufwand	49.620.591,53	46.412.000,00
dar.: Löhne und Gehälter	42.334.436,94	38.677.000,00
dar.: soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.286.154,59	7.735.000,00
Erträge aus Fördermitteln nach dem KHG	6.458.504,28	3.216.000,00
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	3.816.762,35	996.000,00
Erträge aus der Auflösung von SoPo/Vblk. nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des AV	2.627.071,93	2.208.000,00
Aufwendungen aus Fördermitteln nach dem KHG	3.938.645,95	996.000,00
Aufwendungen aus der Zuführung zu SoPo/Vblk. nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des AV	3.938.645,95	996.000,00
Abschreibungen	4.866.833,21	4.841.000,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.673.973,36	5.646.000,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	75.123,47	77.000,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	50.026,92	-

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.752,56	6.000,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	96.000,00
Sonstige Steuern	-7.124,34	12.000,00
Jahresergebnis	1.166.621,77	1.579.000,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2020 (IST)	2021 (IST)	2022 (IST)
Anlagendeckung I (%)	86,6	89,9	95,6
Vermögensstruktur (%)	80,1	76,9	69,8
Eigenkapitalquote (%)	69,4	69,2	66,8
Eigenkapitalrendite (%)	2,8	2,9	1,2
Fremdkapitalquote (%)	14,1	15,6	19,3
Gesamtkapitalrendite (%)	1,9	2,0	0,8
Liquidität 1. Grades (%)	93,7	88,3	81,5
Pro-Kopf-Umsatz (TEUR)	99	92	97

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.2. RUDOLF VIRCHOW WOHNEN & PFLEGEN GGMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Heinrich-Mauersberger-Ring 23
FIRMENSITZ	09212 Limbach-Oberfrohna
TELEFON	03722 891-0
E-MAIL	info@rv-wohnen-pflegen.de
WEBSEITE	http://www.rv-wohnen-pflegen.de
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	20.12.2001
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN² Nominal _____ - / 100% / 100%
KAPITAL Stammkapital _____ 25.000 EUR

GESELLSCHAFTER Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH
_____ 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zwecke der Gesellschaft sind die Förderung der Altenhilfe und des Wohlfahrtswesens sowie die Unterstützung von Personen aller Altersgruppen, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustands der Hilfe bedürfen.

Die Gesellschaftszwecke werden insbesondere verwirklicht durch:

- die Betreuung von Altenheimen, Altenwohnheimen, Pflegeheimen und sonstigen Pflegeeinrichtungen;
- den Betrieb von Einrichtungen der Behindertenhilfe, insbesondere Wohnheime, Wohngruppen und
- den Betrieb von Einrichtungen des betreuten Wohnens.

Die Gesellschaft kann nach Zustimmung des Landkreises Zwickau im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen mit gleicher, ähnlicher oder verwandter Art beteiligen und solche Unternehmen sowie Hilfsbetriebe errichten, erwerben und verpachten.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96 a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigte Mehrheit der Anteile hat.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

² unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an die Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke zu verwenden hat.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Christian Wagner

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Solidaris Revisions-GmbH

MITARBEITERANZAHL

146

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Wirtschaftsbericht

Das Geschäftsjahr 2022 war, nach Abklingen der Pandemie des SARS-CoV-2 Virus, Bezug nehmend auf die Auslastung im Haus Am Wasserturm, bei durchschnittlich 72,4 % nicht zufrieden stellend. Im direkten lokalen Umfeld der Einrichtung befinden sich mehrere Mitbewerber mit stationären Angeboten. Im Haus Am Lustgarten in Waldenburg konnte die hohe Auslastung von 96,7 % gehalten werden. Trotz dieser Situation ist das Geschäftsjahr 2022 auch aufgrund der vom Gesetzgeber beschlossenen Änderungen im SGB XI wirtschaftlich stabil verlaufen. Qualitätsprüfungen nach § 114 Abs. 1 SGB XI durch den Medizinischen Dienst wurden im Jahr 2022 vorgenommen.

Ertragslage

Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2022 stieg von 599,3 TEUR auf 764,4 TEUR. Den um 264,2 TEUR gesunkenen Umsatzerlösen steht eine Erhöhung im Aufwandsbereich für Personal um 328,7 TEUR entgegen. Der Rückgang des Materialeinsatzes um 470,0 TEUR sowie eine Senkung der sonstigen Aufwendungen um 440,5 TEUR führte zu einem Anstieg des Jahresergebnisses.

Im Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sind die Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen, die Erträge aus Unterkunft und Verpflegung sowie die Erträge aus der gesonderten Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 11,4 % gestiegen. Die Pflegesätze für das Haus Am Wasserturm wurden im August 2022 in vereinfachter Form neu verhandelt. Die Sätze für Pflegeleistungen, Unterkunft und Verpflegung sowie für den Vergütungszuschlag gemäß Leistungen nach § 87b SGB XI wurden ab 1. September 2022 erhöht. Für das Haus Am Lustgarten wurden zwei Pflegesatzverhandlungen durchgeführt. Die vereinbarten Entgelte traten zum 1. Februar 2022 und zum 1. September 2022 in Kraft. Mit Datum 1. Februar 2023 treten neu verhandelte Entgelte für beide Häuser in Kraft.

Die Nachfrage nach Pflegeplätzen in Waldenburg war im Jahr 2022 weiterhin hoch. Mit 96,7 % konnte eine sehr gute Auslastung erreicht werden. Die Kapazitätsauslastung im Haus Am Wasserturm erhöhte sich von 69,8 % im Vorjahr auf 72,4 %. Die starke Konkurrenzsituation in Limbach-Oberfrohna macht die Auslastung der Pflegeplätze schwierig.

Im Geschäftsjahr 2022 wurden durchschnittlich 146,31 Mitarbeiter (Vorjahr: 185,25 Mitarbeiter) beschäftigt.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Finanzlage

Die Finanzanlage ist als sehr stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Kapitalstruktur hat sich weiter verbessert. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten betragen 1,54 % vom Gesamtkapital. Im Geschäftsjahr 2022 wurden Investitionen in Höhe von 1.087,6 TEUR getätigt.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die Gesellschaft erzielte einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.331 TEUR. Dieser wurde für Investitionstätigkeit in Höhe von 1.086 TEUR verwendet. Somit hat sich der Finanzmittelbestand im Vergleich zum Vorjahr um 245 TEUR erhöht. Die Eigenkapitalrendite betrug im laufenden Geschäftsjahr 4,8 %.

Prognosebericht

Die weitere Entwicklung der Coronapandemie und die historisch hohen Inflationsraten, welche unter anderem auf die kriegerische Auseinandersetzung um den Osten Europas zurückzuführen sind, sind die Auswirkungen auf die Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2023 ist derzeit nicht abschätzbar. Zur weiteren Qualitätserhöhung der Speisenversorgung der Pflegebedürftigen wurde fast während des gesamten Jahres 2022 die Generalsanierung der Großküche im Haus Am Wasserturm vorangetrieben. Diese wird im April 2023 beendet sein und die Interimslösung durch die externe Belieferung ablösen.

Das Hauptziel der Rudolf Virchow Wohnen & Pflegen gemeinnützige GmbH wird im Jahr 2023 darin bestehen, mit den vorhandenen Mitteln und Ressourcen die zur Erfüllung des Versorgungsvertrages notwendigen Pflege- und Betreuungsaufgaben wirtschaftlich vertretbar zu erbringen und dabei gleichzeitig die Vorgaben der Leistungs- und Qualitätsvereinbarung umzusetzen.

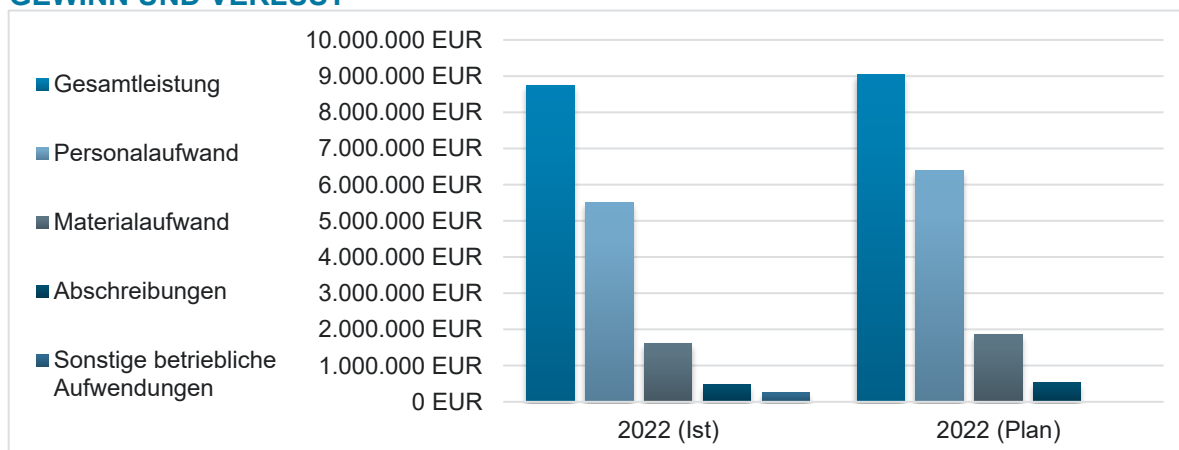
Chancen- und Risikobericht

Nach Überprüfung der Risikolage zu Ende des Geschäftsjahres 2022 kommen wir zu dem Gesamtergebnis, das bestandsgefährdende Risiken für die Gesellschaft nicht bestehen.

Der Wettbewerb um hinreichend qualifiziertes Personal besitzt höchste Priorität, um auch zukünftig den Fortbestand und die Weiterentwicklung beider Pflegeheime sichern zu können. Im Fokus steht die Mitarbeiterbindung gleichermaßen wie die Gewinnung neuer Mitarbeiter. Hierfür sind weiterhin geeignete Instrumente wie zum Beispiel ein betriebliches Gesundheitsmanagement zu schaffen und auszubauen, um als attraktiver Arbeitgeber in der Region zu gelten.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Alle Angaben in EUR

	2022 (IST)	2022 (PLAN)
Erträge aus ambulanter, teilstationärer und vollstationärer Pflege sowie aus Kurzzeitpflege	5.494.122,41	6.565.600,00
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	1.332.647,43	1.619.500,00
Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	565.147,18	675.900,00
Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB soweit nicht in Nr. 1 bis 4 enthalten	1.181.457,72	179.000,00
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	17.178,04	10.500,00
Sonstige betriebliche Erträge	163.170,53	-
Personalaufwand	5.515.335,42	6.400.494,00
dar.: Löhne und Gehälter	4.521.245,53	5.230.346,00
dar.: Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	994.089,89	1.170.148,00
Materialaufwand	1.599.322,25	1.864.410,00
dar.: Lebensmittel	527.865,50	440.300,00
dar.: Aufwendungen für Zusatzleistungen	146.775,19	154.200,00
dar.: Wasser, Energie, Brennstoffe	191.542,65	220.000,00
dar.: Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	733.138,91	1.049.910,00
Steuern, Abgaben, Versicherungen	43.193,02	55.645,00
Mieten, Pacht, Leasing	37.623,07	64.800,00
Erträge aus Auflösung von Sonderposten	111.824,00	111.291,00
Abschreibungen	475.371,67	529.831,00
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	472.237,76	529.831,00
dar.: auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.133,91	-
Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	195.701,12	235.110,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	249.343,94	7.000,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	14.741,72	4.000,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5,00	-
Jahresergebnis	764.393,54	8.501,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2020 (IST)	2021 (IST)	2022 (IST)
Anlagendeckung I (%)	97,3	104,2	105,1
Vermögensstruktur (%)	82,1	77,8	78,4
Eigenkapitalquote (%)	79,9	81,1	82,3
Eigenkapitalrendite (%)	4,7	4,0	4,8
Fremdkapitalquote (%)	7,8	7,4	7,1
Gesamtkapitalrendite (%)	3,8	3,2	4,0
Liquidität 1. Grades (%)	836,9	1.182,5	933,4
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	49.741,31	47.776,98	58.721,75

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.3. PLEIßENTAL-KLINIK GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Ronneburger Straße 106
FIRMENSITZ	08412 Werdau
TELEFON	03761 444-0
E-MAIL	info@pleissental-klinik.de
WEBSEITE	http://www.pleissentalklinik.de
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	06.02.2004
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN³
KAPITAL Nominal _____ 100% / - / 100%
Stammkapital _____ 25.000 EUR

GESELLSCHAFTER Landkreis Zwickau _____ 25.000 EUR (100,00%)

TOCHTERUNTERNEHMEN

Pleißental-Med GmbH 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zwecke der Gesellschaft sind:

- die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege,
- die Förderung der Jugend- und Altenhilfe,
- die Förderung des Wohlfahrtswesens sowie
- die Unterstützung von Personen aller Altersgruppen, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes der Hilfe bedürfen.

Die Gesellschaft dient im Rahmen ihrer sachlichen Möglichkeiten der stationären und ambulanten Untersuchung und Behandlung von Patienten, der Durchführung damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen der Vor- und Nachsorge sowie sonstiger gesundheitsfördernder Maßnahmen, ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Konfession, Rasse, Geschlecht und Wohnsitz.

Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens wird verwirklicht durch den Betrieb eines Allgemeinkrankenhauses im Sinne des § 67 der Abgabenordnung am Standort Werdau mit den unmittelbar dem Betrieb des Krankenhauses dienenden Ausbildungsstätten, den Einrichtungen der mit dem Betrieb des Krankenhauses im Zusammenhang stehenden Vor- und Nachsorge und der Gesundheitsförderung, den sonstigen Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben sowie die Bereitstellung von Grundstücken, Räumlichkeiten und sonstigen Sachen für Dritte zur Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens oder der Altenhilfe sowie durch die bedarfsgerechte Bereitstellung und Erbringung stationärer und ambulanter medizinischer Leistungen.

Die Förderung der Jugend- und Altenhilfe wird insbesondere verwirklicht durch die Betreibung von

³ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Altenwohn- und Pflegeheimen, Einrichtungen der Kurzzeitpflege und der Tagespflege sowie ambulanter Pflegedienste.

Die Förderung des Wohlfahrtswesens wird insbesondere verwirklicht durch die Teilnahme an der ambulanten ärztlichen und nichtärztlichen Betreuung der Bevölkerung, durch die Gründung und den Betrieb von medizinischen Versorgungszentren im Sinne von § 98 SGB V und von Einrichtungen für integrierte Versorgungsformen zum Zwecke der Diagnostik, Therapie, Pflege und Rehabilitation. Der Zweck der Gesellschaft wird weiterhin durch den Betrieb von Einrichtungen des betreuten Wohnens verfolgt.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und unter Beachtung der Gemeinnützigkeit alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vorzunehmen, die dieser Zweckbestimmung dienlich erscheinen. Hierzu gehören auch, nach Zustimmung des Landkreises Zwickau, die Errichtung und Übernahme, weiterer Gesellschaften und die Beteiligung an anderen Gesellschaften, soweit die Zweckbestimmung des Abs. 2 gewahrt bleibt.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96 a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Etwasige Überschüsse oder sonstige Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei der Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es nicht nach Abs. 8 den Gesellschaftern zurück zu gewähren ist, an den Landkreis Zwickau zurück, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Stefan Czarnecki

Herr Prof. Dr. Gerd Drechsler

Herr Bernd Gerber

Herr Andreas Gerold

Herr Steffen Gruna

Herr Jan Löffler

Herr André Raphael

Herr Andreas Weigel

VORSITZ

Frau Angelika Hölzel

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Uwe Hantzsch

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

MITARBEITERANZAHL

347

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Geschäftsverlauf

Die Pleißental-Klinik GmbH, Werdau, (im Folgenden kurz: „Pleißental-Klinik“) ist in den Krankenhausplan des Freistaates Sachsen, 12. Fortschreibung vom 30. August 2018 aufgenommen und laut Bescheid vom 4. September 2018 der Leistungsstufe Regelversorgung mit einer Gesamtkapazität von 240 Betten in den Fachgebieten:

- Chirurgie
- Frauenheilkunde und Geburtshilfe
- Innere Medizin und Allgemeinmedizin inklusive Akutgeriatrie
- Kinder- und Jugendmedizin

zugeordnet.

Die wirtschaftliche Sicherung der Pleißental-Klinik wird durch öffentliche Förderung für Investitionskosten und durch die Vergütung der vereinbarten leistungsgerechten Entgelte durch die Kostenträger (in der Regel Krankenkassen) gewährleistet.

Die Entgeltverhandlung für das Jahr 2022 fand am 28. Juni statt. Die Entgeltvereinbarung für den Vereinbarungszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2022 vom 3. August 2022 wurde durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (SMS) mit Bescheid vom 23. September 2022 genehmigt. Im Ergebnis der Entgeltverhandlung wurde gegenüber dem Jahr 2021 (9.301 Fälle inkl. Überlieger-Fälle am Jahresanfang) eine Verringerung der Fallzahl um 774 Fälle auf 8.527 Fälle (inkl. Überlieger-Fälle am Jahresanfang) sowie eine Absenkung der effektiven aDRG-Bewertungsrelation um 376,172 auf insgesamt 6.200,012 Punkte vereinbart.

Unter Berücksichtigung der konsentierten Zusatzentgelte E2 nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 KHEntgG (TEUR 50) verringert sich das vereinbarte Erlösbudget gem. § 4 Abs. 2 KHEntgG im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 24.700 auf TEUR 23.766.

Zur Finanzierung der Pflegepersonalkosten für die unmittelbare Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen nach § 17b Abs. 4 KHG konnte gemäß § 6a KHEntgG ein krankenhausindividuelles Pflegebudget einschließlich der Ausgleichs in Höhe von TEUR 9.128 (TEUR +708 gegenüber 2021) mit den Kostenträgern vereinbart werden.

Die Gesamtsumme der sonstigen vereinbarten Budgetbestandteile beläuft sich auf TEUR 681, hierbei werden u. a. die Anforderungen des Infektionsschutzgesetzes nach § 4 Abs. 9 KHEntgG, die Teilnahme an der Notfallversorgung gemäß § 9 Abs. 1a Nr. 5 KHEntgG, der Betrieb der Telematikinfrastruktur nach § 377 SGB V sowie das Ausbildungsbudget nach § 17a KHG durch die Kostenträger teilfinanziert.

Investitionen erfolgten im Berichtsjahr 2022 in Höhe von insgesamt TEUR 2.032.

Im Jahresdurchschnitt waren im Geschäftsjahr 347,09 Vollkräfte im aktiven Beschäftigungsverhältnis. Im Geschäftsjahr galt der mit der ver.di - Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft verhandelte Tarifvertrag vom 14. November 2011 für das nichtärztliche Personal. Die Vergütung des ärztlichen Personals erfolgte gemäß Tarifvertrag für Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern (TV-Ärzte/VKA) in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nr. 8 vom 4. Mai 2022.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Zudem wurde im Geschäftsjahr die aus Bundesmitteln den zugelassenen Krankenhäusern zur Verfügung gestellt durch den Bund zur Verfügung gestellte „erneute Sonderleistung an Pflegekräfte aufgrund von besonderen Belastungen durch die SARS-CoV-2-Pandemie“ gem. § 26e KHG an die anspruchsberechtigten Mitarbeiter fristgerecht ausgezahlt.

Lage der Gesellschaft

Das bilanzielle Eigenkapital reduzierte sich um den Jahresfehlbetrag 2022 (TEUR 672). Die Eigenkapitalquote (bereinigt um die Sonder- und Ausgleichsposten) beträgt zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 40,8 % (31. Dezember 2021: 46,4 %).

Die Pleißental-Klinik verfügte zum Stichtag 31. Dezember 2022 über TEUR 2.149 liquide Mittel. Die Liquidität war im gesamten Geschäftsjahr 2022 jederzeit gesichert. Kreditverbindlichkeiten bestanden in Höhe von TEUR 1.450.

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresfehlbetrag i. H. v. TEUR -67 (Vj. TEUR -112) ab. Hauptgründe für diese rückläufige Entwicklung sind, trotz einer positiven Leistungsentwicklung gegenüber 2021, gesunkenen Leistungen sowie die pandemische Situation im I. Quartal, inflationsbedingte Preissteigerungen in nahezu allen Segmenten sowie die erhöhten Personalaufwendungen, wobei alle möglichen Personalveränderungen in Form von Nicht-Nachbesetzungen realisiert wurden.

Bewertung der Kennzahlen gemäß § 99 Abs. 3 Nr. 3 SächsGemO

Dem Anlagevermögen (TEUR 10.771) der Gesellschaft stehen Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens (TEUR 5.593) gegenüber. Das aus Eigenmitteln finanzierte langfristige Vermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 111 vermindert. Gemessen an der um den Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens und um den Ausgleichsposten aus Eigenmittelförderung korrigierten Bilanzsumme beträgt das aus Eigenmitteln finanzierte langfristige Vermögen 32,0 % (Vj. 36,5 %) der Bilanzsumme.

Die Investitionsdeckung beträgt 74,4 %, d. h. die Nettoinvestition des Geschäftsjahres war geringer als die Abschreibungen des Geschäftsjahres.

Kapitalstruktur

Die Fremdkapitalquote erhöhte sich von 53,6 % auf 59,2 %, die Eigenkapitalquote verminderte sich dementsprechend von 46,4 % auf 40,8 %.

Liquidität

Die Liquidität war zu jeder Zeit gesichert. Die liquiden Mittel erhöhten sich um TEUR 1.121 von TEUR 1.028 auf TEUR 2.149.

Rentabilität

Die Eigenkapitalrentabilität beträgt -1,0 % (Vj. -1,7 %). Die Gesamtkapitalrentabilität hat sich von -0,8 auf -0,4 % erhöht.

Geschäftserfolg

Die Erlöse stiegen von TEUR 35.920 auf TEUR 36.967. Dabei erwirtschaftete die Gesellschaft im Geschäftsjahr einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 67. Bei jahresdurchschnittlich 447 (Vj. 448) beschäftigten Arbeitnehmern wurde ein Pro-Kopf-Umsatz von rd. TEUR 83 (Vj. TEUR 80) erzielt. Die Gesamtentwicklung der Gesellschaft im Geschäftsjahr wird als nicht zufriedenstellend eingeschätzt.

Zukünftige Chancen und Risiken

Gesamtaussage

Für das Jahr 2022 hat sich die Gesamtsituation der Gesellschaft stabilisiert. Der Gesamtleistungsverlauf war durch steigende Fallzahlen gekennzeichnet. Insgesamt konnten über 500 Patientinnen und Patienten mehr betreut werden. Bezüglich der pandemischen Situation war trotzdem am Jah-

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

resanfang 2022 eine eingeschränkte Versorgung möglich. Im weiteren Verlauf gingen die Infektionsraten im Patientenstamm zurück. Allerdings kam es ab Oktober zu massiven Personalausfällen, die das Unternehmen in der regulären Leistungserbringung beeinträchtigt haben.

Durch die Geschäftsleitung wurden kontinuierlich kostensenkende Maßnahmen eingeleitet und im Personal- und Sachkostenbereich realisiert. Der Sachkostenbereich bot dafür leider nur sehr wenige Möglichkeiten. Insgesamt ist dort ein massiver Kostenanstieg zu verzeichnen. Die Fallwanderung von vollstationären Behandlungen zu ambulanten Operationen ist in der gesamten Klinik zu verzeichnen.

Prognosebericht

In der medizinischen Leistungsentwicklung kam es durch die Fallzahlensteigerung zu einer Stabilisierung. Leider konnten die im Vorjahr durch den Gesetzgeber begrenzten Prüfquoten von 5 % nicht gehalten werden. Es ergab sich eine reale Prüfquote in Höhe von ca. 10 %. Die stellt die betroffenen Bereiche vor zusätzliche bürokratische Herausforderungen.

In beiden Kliniken für Allgemein-, Viszeral- und Onkochirurgie und Anästhesie/Intensivmedizin machten sich Nachbesetzungsverfahren der Chefarztpositionen notwendig. Für beide Bereiche konnten die Verfahren erfolgreich abgeschlossen werden. Somit ist auch dort eine Kontinuität gewährleistet. Des Weiteren konnte der gesamte Personalstamm im ärztlichen Bereich weiter stabilisiert werden. Für das Jahr 2023 ergaben sich durch die strukturellen Veränderungen in der Umgebung weitere Möglichkeiten ärztliches Personal zu verpflichten. So gelang es in der Chirurgie sämtliche vakanten Positionen zu besetzen und die altersbedingten Abgänge zu kompensieren.

Perspektivisch ist durch die Tochtergesellschaft Pleißenal-Med GmbH die Möglichkeit gegeben, medizinische Versorgungszentren zu betreiben. Nach erfolgreich geführten Übernahmeverhandlungen konnten dafür zwei gynäkologische Arztstühle und ein orthopädischer Arztstuhl akquiriert werden. Perspektivisch ist vorgesehen, dieses Angebot noch weiter auszubauen, um die flächendeckende Versorgung in der Region weiter zu verbessern.

Um die zunehmende bürokratischer werdenden Prozesse zu optimieren, wird im Jahr 2023 eine Zentrale Aufnahmeeinheit seinen Betrieb aufnehmen.

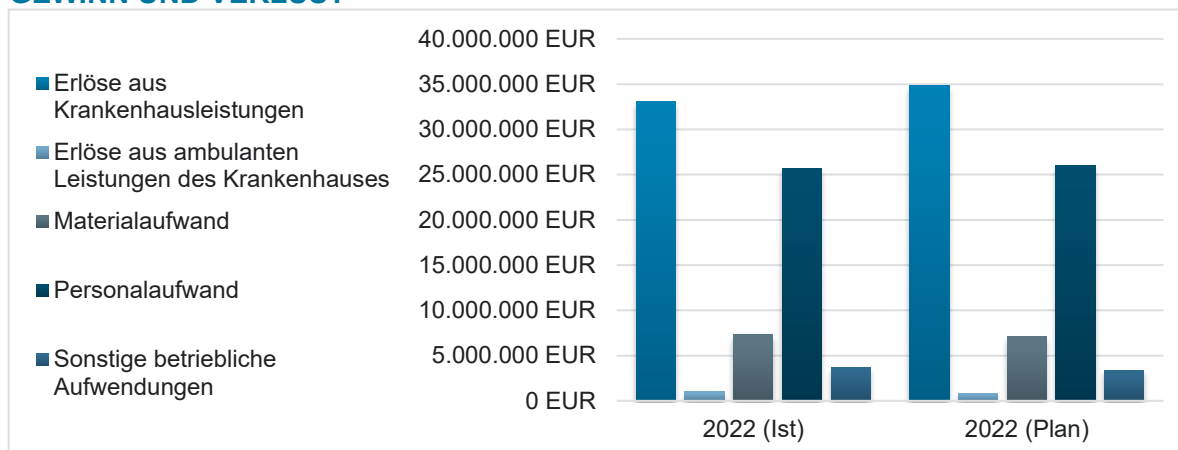
Das an der Pleißenal-Klinik begonnene Projekt „Erweiterungsbau und Umbau Zentralen Notaufnahme“ wurde in die aktive Bauphase überführt. Sämtliche Genehmigungen konnten erfolgreich erlangt werden. Die Terminketten wurden bislang alle eingehalten. Mit den ersten erfolgten Vergaben konnte das Projekt erfolgreich gestartet werden. Die Kostenentwicklung liegt bisher im projektierten Bereich.

Der Wirtschaftsplan 2023 weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 330 aus. Die Mittelfristplanung sieht auch für die Jahre 2024 und 2025 geringfügige Jahresfehlbeträge und für 2026 bei tendenziell steigenden Erlösen und Aufwendungen ein positives Jahresergebnis vor.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2022 (IST)	2022 (PLAN)
Erlöse aus Krankenhausleistungen	33.129.751,93	34.876.300,00
Erlöse aus Wahlleistungen	53.275,42	61.000,00
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1.038.550,12	853.900,00
Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	183.674,51	110.500,00
Umsatzerlöse nach § 277 Absatz 1 HGB	1.556.572,95	700.000,00
Sonstige Erlöse	-	-
Bestandsveränderungen	10.676,00	-
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	24.796,06	20.700,00
Sonstige betriebliche Erträge	970.106,71	46.667,00
Materialaufwand	7.340.622,17	7.086.100,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.187.497,31	4.214.400,00
dar.: Lebensmittel und bezogene Leistungen	3.153.124,86	2.871.700,00
Personalaufwand	25.691.163,63	25.971.579,00
dar.: Löhne und Gehälter	21.408.491,51	21.719.854,00
dar.: soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4.282.672,12	4.251.725,00
Erträge aus Fördermitteln nach dem KHG	3.307.437,76	3.480.400,00
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	860.282,35	735.000,00
Erträge aus der Auflösung von SoPo/Vblk. nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des AV	2.447.155,41	2.745.400,00
Aufwendungen aus Fördermitteln nach dem KHG	923.510,71	775.000,00
Aufwendungen aus der Zuführung zu SoPo/Vblk. nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des AV	923.510,71	775.000,00
Abschreibungen	2.732.728,60	3.076.300,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.641.149,09	3.391.400,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.017,21	9.000,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-
Sonstige Steuern	1.437,35	1.500,00
Jahresergebnis	-66.787,30	-161.412,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2020 (IST)	2021 (IST)	2022 (IST)
Anlagendeckung I (%)	93,4	100,9	106,8
Vermögensstruktur (%)	47,4	45,0	40,4
Eigenkapitalquote (%)	44,3	45,4	43,1
Eigenkapitalrendite (%)	-2,2	-1,0	-0,6
Fremdkapitalquote (%)	25,3	30,3	35,9
Gesamtkapitalrendite (%)	-1,0	-0,4	-0,2
Liquidität 1. Grades (%)	60,1	20,2	29,0
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	97.906,12	91.016,67	103.636,38

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.4. PLEIßENTAL-MED GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Ronneburger Straße 106
FIRMENSITZ	08412 Werdau
TELEFON	03761 444-0
E-MAIL	info@pleissental-med.de
WEBSEITE	http://www.pleissentalklinik.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	13.04.2022
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	23.03.2023

BETEILIGUNGSQUOTEN⁴ Nominal _____ - / 100% / 100%
KAPITAL Stammkapital _____ 25.000 EUR

GESELLSCHAFTER Pleißenal-Klinik GmbH _____ 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zwecke der Gesellschaft sind:

- die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege und
- die Förderung des Wohlfahrtswesens.

Die Gesellschaft dient im Rahmen ihrer sachlichen Möglichkeiten der ambulanten Untersuchung und Behandlung von Patienten, der Durchführung damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen der Vor- und Nachsorge sowie sonstiger gesundheitsfördernder Maßnahmen, ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Konfession, Rasse, Geschlecht und Wohnsitz.

Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens wird verwirklicht durch den Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 67 der Abgabenordnung am Standort Werdau und anderen Standorten innerhalb des Landkreises Zwickau.

Die Förderung des Wohlfahrtswesens wird insbesondere verwirklicht durch die Teilnahme an der ambulanten ärztlichen und nichtärztlichen Betreuung der Bevölkerung durch die Gründung und den Betrieb von medizinischen Versorgungszentren im Sinne von § 98 SGB V.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Uwe Hantzsch
(ab 13.04.2022)

MITARBEITERANZAHL

1

⁴ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft „Pleißental-Med GmbH“ mit dem Sitz in Werdau, Ronneburger Straße 106, wurde zum Zweck der Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, der öffentlichen Gesundheitspflege und des Wohlfahrtswesens am 23.03.2022 gegründet.

Alleinige Gesellschafterin ist die Pleißental-Klinik GmbH, die damit auch 100 % der Stimmenanteile hält. Mit der Gesellschaftergründung wurde der Grundstein für den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren (nachfolgend „MVZ“) und somit die Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung gelegt. Die nunmehr eng vernetzte Kooperation zwischen ambulanter und stationärer Versorgung bietet für unsere Patienten sektorenübergreifend viele Vorteile. Unser Ziel ist neben einem erweiterten und optimal aufeinander abgestimmten medizinischen Angebot für unsere Patienten auch die Sicherstellung der fachärztlichen Versorgung in und um Werdau. Im ersten Schritt konnte bereits eine niedergelassene Ärztin und eine, neu in die ambulante Versorgung kommende, Ärztin für die Anstellung im MVZ des Fachbereiches Gynäkologie und Geburtshilfe gewonnen werden. Die Pleißental-Med GmbH wird ihren offiziellen Geschäftsbetrieb am 01.04.2023 mit der Übernahme einer gynäkologischen Facharztpraxis aufnehmen. Perspektivisch wird zum 01.07.2023 ein weiterer Vertragsarztsitz mit orthopädischem Schwerpunkt am Klinikstandort etabliert. Aus diesem Grund wurden im Geschäftsjahr 2022 keine Einnahmen verzeichnet. Der monetäre Gründungsaufwand (u.a. Handelsregistereintragung) wurde zu 100 % durch die Pleißental-Klinik GmbH getragen. Die Pleißental-Med GmbH konnte ihren finanziellen Verpflichtungen in 2022 jederzeit uneingeschränkt nachkommen.

Ziele der Gesellschaft

Die Ziele der langfristigen Sicherung, der fachärztlichen Versorgung und das Nachkommen der damit verbundenen Verpflichtungen gegenüber Patienten sind aufgrund der personellen Entwicklung im MVZ für die kommenden Jahre realisiert worden. Hierzu ist die Übernahme von insgesamt drei Vertragsarztsitzen zu nennen. Zwei Sitze sind planmäßig ab April 2023 und ein weiterer ab Juli 2023 besetzt. Es wird aber bereits jetzt im Sinne der Weiterentwicklung und Vergrößerung der Gesellschaft nach zusätzlichen Ärzten zur Besetzung vakanter Vertragsarztsitze gesucht. Mit der Planung, 2023 ein MVZ zu betreiben, wird eine Steigerung der Standortattraktivität für andere Gesundheitsberufe einhergehen.

Durch die räumliche Nähe der unterschiedlichen Gesundheitsdienstleister soll ein vermehrter Austausch unter diesen gefördert werden. Das MVZ möchte hierbei eine entscheidende und federführende Rolle zur Verknüpfung des ambulanten und stationären Sektors einnehmen.

Durch die Pleißental-Med GmbH soll die Patientenversorgung in Werdau und Umgebung weiter verbessert werden. Insbesondere die Suche nach weiteren Ärzten für die Gesellschaft soll zu einer Erweiterung des bisher geplanten Angebotsspektrums führen.

Zukünftige Chancen und Risiken

Investitionsrisiko

Mit der Gründung und dem Betriebsstart des MVZ im April 2023 sind für die noch junge Gesellschaft erhebliche finanzielle Belastungen in Form von Investitionskosten zur Sicherstellung der Betriebsfähigkeit absehbar. Die Realisierung kann durch die Aufnahme eines Gesellschafterdarlehens gewährleistet werden. Um die Tilgung planmäßig zu garantieren, steht eine vollumfängliche und wirtschaftliche Leistungserbringung der angestellten Ärzte im Vordergrund. Durch die Übernahme von Praxissitzen mit bereits festem und erweiterbarem Patientenstamm, sind planmäßig die Einnahmen und die Liquidität der Gesellschaft gesichert.

Personalrisiko

Zwischen der Pleißental-Med GmbH und den angestellten Ärzten bzw. dem übrigen nichtärztlichen Personal besteht eine starke Abhängigkeit. Zur Aufnahme des Geschäftsbetriebs wird die Gesellschaft das Personal der bestehenden Praxen im Rahmen eines Betriebsübergangs arbeitsvertrag-

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

lich binden. Das Risiko, dass Ärzte unerwartet ausscheiden, ist zunächst auf den Krankheitsfall begrenzt. Dies würde jedoch Umsatzeinbußen und eine zwingende Nachbesetzung des Sitzes innerhalb von zwölf Monaten zur Konsequenz haben. Der vielerorts zu verzeichnende Mangel an Ärzten und medizinischen Fachangestellten betrifft ländliche Regionen in besonderem Maße. Durch das permanente Fördern einer guten Teamstruktur, einer attraktiven, leistungsorientierten Vergütung und eines modernen Arbeitsumfeldes versucht die Geschäftsführung dieses Risiko so weit wie möglich zu reduzieren.

Prognosebericht

Die Hauptaufgabe und das Hauptziel für 2023 ist jedoch ein strukturstarke MVZ zu etablieren und bestehende Kooperationen weiter auszubauen. Diesbezüglich müssen sowohl finanzielle als auch personelle Ressourcen bereitgestellt werden.

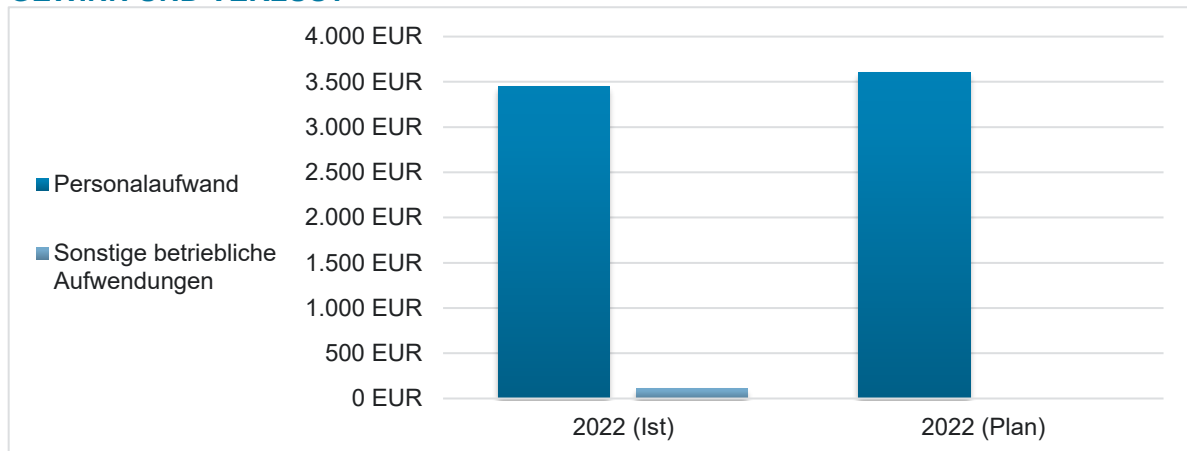
ANMERKUNGEN

Aufgrund der erst im April 2022 erfolgten Gründung der Gesellschaft und dem Umstand, dass im Planungsjahr die für einen MVZ-Betrieb notwendigen KV-Sitze noch nicht zur Verfügung stehen, ergeben sich keine Umsatzerlöse.

Die Personalkosten beschränken sich auf die der Geschäftsführung.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.5. GEMEINNÜTZIGE HEIMBETRIEBSGESELLSCHAFT MBH KIRCHBERG

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Niedercrinitzer Straße 1B
FIRMENSITZ	08107 Kirchberg
TELEFON	037602 88-100
E-MAIL	info@heimbetriebsgesellschaft-kirchberg.de
WEBSEITE	http://www.heimbetriebsgesellschaft-kirchberg.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	24.03.1994
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN ⁵	Nominal _____ 100% / - / 100%
KAPITAL	Stammkapital _____ 1.614.000 EUR

GESELLSCHAFTER	Landkreis Zwickau _____ 1.614.000 EUR (100,00%)
----------------	---

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Altenhilfe, des öffentlichen Gesundheitswesens und die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen durch die Betreuung älterer und pflegebedürftiger sowie behinderter Menschen in Heimen und Wohnungen. Der Gesellschaftszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb von Altenwohn-, Alten- und Pflegeheimen sowie Heimen für behinderte Menschen, von ambulanten Pflegediensten, von altersgerechten und betreuten Wohnungen und Mahlzeitendiensten (Essen auf Rädern).

Vorrangiges Ziel der Gesellschaft ist es, ein an den Grundsätzen der Menschenwürde ausgerichtetes Leben im Heim zu sichern und eine angemessene Qualität der Betreuung und Pflege zu gewährleisten.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und unter Beachtung der Gemeinnützigkeit alle Geschäfte und Maßnahmen vorzunehmen, die dieser Zweckbestimmung dienlich erscheinen. Hierzu gehören auch, nach Zustimmung des Landkreises Zwickau, die Errichtung und Übernahme weiterer Gesellschaften sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften, soweit die Zweckbestimmung des Abs. 2 gewahrt bleibt.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96 a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Etwas Überschüsse oder sonstige Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

Niemand darf durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind oder der durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Die Gesellschafter erhalten bei

⁵ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

ihrem Ausscheiden oder bei der Auflösung der Körperschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Bei Auflösung oder Aufhebung der Körperschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Körperschaft soweit es nicht nach Abs. 7 den Gesellschaftern zurück zu gewähren ist, an den Landkreis Zwickau zurück, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige und mildtätige Zwecke zu verwenden hat.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Tronje Hagen
Herr Maik Kaufmann
Frau Kerstin Nicolaus
Frau Dorothee Obst
Herr Frank Schmidt

VORSITZ

Frau Angelika Hölzel

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Frau Anke Herzig

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Falk Slomiany & Koll. GmbH

MITARBEITERANZAHL

249

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Insgesamt verlief das Geschäftsjahr 2022 für das Unternehmen erfolgreich. Mit den Pflegekassen wurden 2022 für alle Pflegeheime unterjährig beginnend neue Entgelte für Laufzeiten von jeweils 12 Monaten verhandelt, die sich insgesamt positiv auf das Gesamtergebnis auswirken. Die Entgelte für SGB XI und SGB V Leistungen des ambulanten Dienstes wurden zum 01.09.2022 neu vereinbart. In allen Einrichtungen für Menschen mit Behinderung trat zu Beginn des Jahres 2022 die nächste Stufe der Vergütungsvereinbarung nach dem Bundesteilhabegesetz in Kraft. Diese sah eine Erhöhung der Entgelte um 1,5 % vor, was sich ebenfalls positiv auf das Gesamtergebnis auswirkte. Alle Anstrengungen waren wegen des andauernden Pandemiegeschehens auf den größtmöglichen Schutz der Bewohner vor dem pandemiebedingten Infektionsgeschehen, ein aktives Pflegegradmanagement und die Akquise neuer Bewohner und Mitarbeiter gerichtet um den Bestand und die Entwicklung der Gesellschaft sicherzustellen.

Monatlich erzielte Ergebnisse, Auslastungen und Pflegegradverteilungen wurden mit den Einrichtungsleitungen regelmäßig bewertet und bei Bedarf geeignete Maßnahmen zur Steuerung abgestimmt. Die Prüfung und Anpassung bestehender Verträge mit Lieferanten und Dienstleistern wurde unter Berücksichtigung der deutlich gestiegenen Kosten intensiviert, um diese so gut wie möglich zu optimieren.

Notwendige Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen wurden durchgeführt. Geplante Investitionen in den Einrichtungen/ Arbeiten zur Werterhaltung der Immobilien wurden ab dem 2. Halbjahr 2022 realisiert und konnten wegen der Lieferzeiten von Material teilweise erst zu Beginn des Jahres 2023 abgeschlossen werden.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 500 erwirtschaftet.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Im Geschäftsjahr 2022 waren im Unternehmen durchschnittlich 249 Mitarbeiter (einschließlich 11 Azubi und 2 FSJ) und die Geschäftsführerin beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Verringerung um 6 Mitarbeiter [...].

Die Personalaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt TEUR 527 erhöht. Dies ist auf die Umsetzung des Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetzes (GVWG) zurückzuführen [...]. Ein wesentlicher Teil der Rückstellungen (TEUR 200) wird die Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie nach § 3 Nummer 11c Einkommenssteuergesetz an Mitarbeiter verwendet.

Die Kosten für Materialaufwendungen einschließlich für dort enthaltene bezogene Leistungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 445 erhöht. Als Ursache dafür sind die deutlich höheren Kosten für Personalleasing anzusehen, die sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. TEUR 303 erhöht haben. Zur Absicherung von Diensten und Einhaltung der Fachkraftquote war im Fachkraftbereich der Einsatz von Leiharbeitnehmern unverzichtbar.

Für Instandhaltungen wurden TEUR 523 aufgewendet. Dies waren TEUR 62 mehr als im Vorjahr.

Vermögens- und Finanzlage, Bewertung der Kennzahlen gemäß § 99 Abs. 3 Nr. 3 SächsGemO
Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist solide.

Investitionen

Für Investitionen wurden TEUR 329 aus Eigenmitteln aufgewendet, insbesondere für Einrichtungen und Ausstattungen in den Einrichtungen. Damit wurden TEUR 96 mehr investiert als im Vorjahr.

Vermögenssituation

Das lang- und mittelfristige Vermögen (TEUR 10.016) der Gesellschaft an der insgesamt leicht gestiegenen Bilanzsumme (TEUR 16.848) beträgt 59,4 % (Vorjahr 61,9 %). Unter Berücksichtigung dessen beträgt das kurzfristige Vermögen (TEUR 6.823) 40,5 % (Vorjahr 38,1 %) der Bilanzsumme.

Das Anlagevermögen ist langfristig vollständig durch das Eigenkapital und den Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens gedeckt.

Kapitalstruktur

Das Eigenkapital stieg um den Jahresüberschuss 2022 (TEUR 500) auf TEUR 12.150. Dementsprechend und trotz der erhöhten Bilanzsumme erhöhte sich die bilanzielle Eigenkapitalquote von 69,8 % auf 72,1 %. Unter Hinzurechnung des eigenkapitalähnlichen Sonderpostens verringerte sich die wirtschaftliche Eigenkapitalquote von 92,8 % auf 93,5 %. Die Fremdkapitalquote verringerte sich von 7,2 % auf 6,5 %.

Liquidität

Die Liquidität war im Geschäftsjahr 2022 durchgängig gesichert. Der Bestand an liquiden Mitteln erhöhte sich von TEUR 5.479 auf TEUR 6.131. Die Effektivverschuldung der Gesellschaft ist negativ (Nichtverschuldung). Die liquiden Mittel übersteigen dabei das kurzfristige Fremdkapital um TEUR 5.044 (Vorjahr TEUR 4.279).

Rentabilität und Produktivität

Die Eigenkapitalrentabilität liegt bei 4,1 % und ist zum Vorjahr (5,1 %) gestiegen. Die Gesamtkapitalrentabilität hat sich von 3,6 % im Vorjahr auf 2,9 % verringert.

Bei einschließlich der Geschäftsführerin 252 im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeitern (Vorjahr 256) wurde ein Pro-Kopf-Umsatz von TEUR 50 (Vorjahr TEUR 45) erzielt.

Geschäftserfolg

Die Gesamtentwicklung der Gesellschaft im Geschäftsjahr kann positiv eingeschätzt werden. Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 500.

Chancen und Risikobericht

Als Herausforderung ist die Gewinnung von neuen Mitarbeitern, insbesondere von Fachkräften anzusehen. Das Unternehmen ist bemüht die öffentliche Wahrnehmung, insbesondere auch als Arbeitgeber stetig zu verbessern. Die Präsenz auf Messen und Beteiligung an Projekten wie „Schau rein“

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

oder „Genial Sozial“ ...wurde nach Beendigung pandemiebedingter Einschränkungen deutlich erweitert. Mit einem externen Partner wurde im Sommer 2022 über Facebook eine Marketingkampagne zur Mitarbeitergewinnung gestartet.

Das Mitarbeiterempfehlungsprogramm, welches für Mitarbeiter eine Vermittler- und für neue Mitarbeiter eine Willkommensprämie vorsieht, wurde fortgesetzt.

Es ist unerlässlich die Qualität der Dienstleistungen regelmäßig zu evaluieren und bei auftretenden Problemen sofort gegen zu steuern um eine höchstmögliche Zufriedenheit der Bewohner zu erreichen.

In die vorhandenen Gebäude, die zum Großteil mehr als 20 Jahre als Pflegeeinrichtungen genutzt werden, muss weiter investiert werden um den baulichen Zustand zu erhalten und vorhandene Ausstattungen und Einrichtungen bedarfsgerecht zu modernisieren. Mit dem Ziel der Erarbeitung einer mittel- bis langfristigen Bedarfsplanung für bauliche/technische Investitionen wurde mit der Prüfung der Gebäudesubstanz durch einen Sachverständigen begonnen.

Prognosebericht

Positiv wirkt sich das breite Angebotsspektrum, welches sich über betreutes Wohnen, ambulante Pflege, Kurzzeit- und vollstationäre Pflege sowie die Betreuung von Menschen mit Behinderungen erstreckt, aus. Die Einrichtungen für Menschen mit Behinderung verzeichnen stabile Auslastungen. Diese werden auch künftig erwartet. Das Leitungsteam wird weiter an der strategischen Ausrichtung der Einrichtungen arbeiten.

Die Außenwohngruppe des Wohnheimes für Menschen mit Behinderung wird, wegen fehlender Nachfrage und anhaltender Minderauslastung, Ende Juni 2023 geschlossen. Die verbliebenen Bewohner und deren Betreuer sind informiert und Umzüge organisiert.

Investitionen sind im Jahr 2023 in Höhe von TEUR 293 und Instandhaltungen in Höhe von TEUR 476 geplant. Diese sollen aus Eigenmitteln finanziert werden.

Die Liquidität und Finanzierung von notwendigen Investitionen werden auch zukünftig als gesichert angesehen.

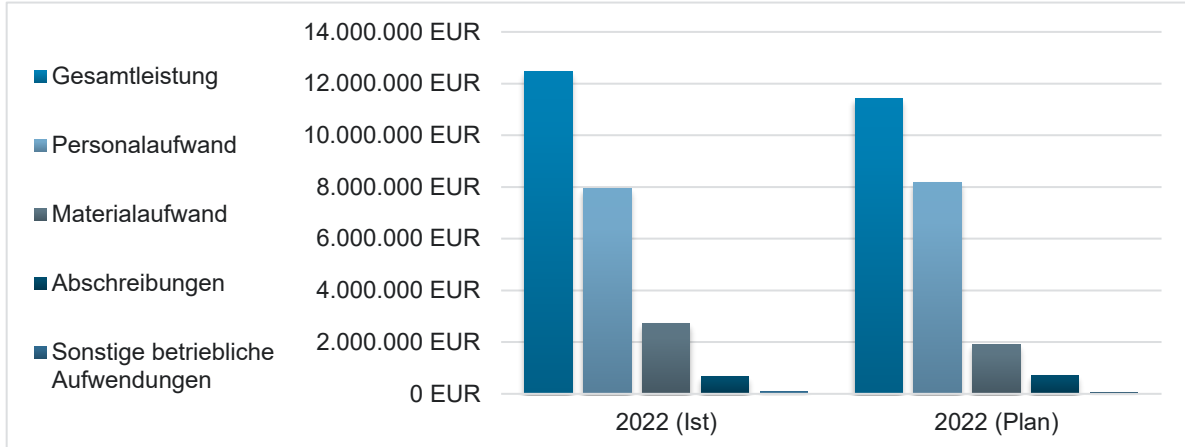
Insgesamt werden unter Berücksichtigung der aktuellen Belegungssituation, der erforderlichen Gewinnung und Bindung von Pflegepersonal/Pflegekräften, der Energiekosten, der Inflation und der kaum noch beeinflussbaren Entwicklung der Entgelte, Risiken für den zukünftigen Geschäftsverlauf und wirtschaftlichen Belastungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft gesehen.

Eine Fortbestandsgefährdung ist jedoch derzeit nicht zu erwarten.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2022 (IST)	2022 (PLAN)
Erträge aus ambulanter, teilstationärer und vollstationärer Pflege sowie aus Kurzzeitpflege	6.342.859,62	6.137.436,00
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	1.351.415,11	1.394.996,00
Erträge aus Zusatzleistungen und Transportleistungen	16.469,84	19.785,00
Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	760.377,12	807.665,00
Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB soweit nicht in Nr. 1 bis 4 enthalten	2.979.420,43	159.520,00
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	948.950,65	2.905.389,00
Sonstige betriebliche Erträge	84.576,97	-
Personalaufwand	7.925.696,81	8.186.312,00
dar.: Löhne und Gehälter	6.444.601,02	6.347.883,00
dar.: Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	1.481.095,79	1.838.429,00
Materialaufwand	2.703.380,53	1.906.421,00
dar.: Lebensmittel	602.289,21	557.299,00
dar.: Aufwendungen für Zusatzleistungen	2.276,28	2.688,00
dar.: Wasser, Energie, Brennstoffe	467.557,41	471.750,00
dar.: Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	1.631.257,63	874.684,00
Steuern, Abgaben, Versicherungen	288.780,19	208.284,00
Mieten, Pacht, Leasing	30.167,66	38.266,00
Erträge aus Auflösung von Sonderposten	217.947,12	203.349,00
Abschreibungen	657.929,67	690.666,00
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	632.281,70	690.666,00
dar.: auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	25.647,97	-
Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	523.202,58	484.707,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	77.325,26	36.049,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.894,88	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.470,82	650,00
Jahresergebnis	499.958,22	76.785,00

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Entnahmen aus Rücklagen	128.405,00	-
Bilanzergebnis	628.363,22	-

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2020 (IST)	2021 (IST)	2022 (IST)
Anlagendeckung I (%)	102,8	112,9	121,3
Vermögensstruktur (%)	65,2	61,8	59,4
Eigenkapitalquote (%)	67,0	69,8	72,1
Eigenkapitalrendite (%)	2,9	5,1	4,1
Fremdkapitalquote (%)	8,7	7,2	6,5
Gesamtkapitalrendite (%)	1,9	3,6	3,0
Liquidität 1. Grades (%)	866,4	1.889,3	1.862,0
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	43.248,57	40.260,73	45.986,11

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.6. TOURISMUS UND SPORT GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Stausee Oberwald
FIRMENSITZ	09337 Callenberg
TELEFON	03723 4182-0
TELEFAX	03723 4182-19
E-MAIL	info@stausee-oberwald.de.de
WEBSEITE	http://www.tourimusundsport.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	31.03.1993
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	03.02.2017

BETEILIGUNGSQUOTEN⁶ Nominal _____ 100% / - / 100%
KAPITAL Stammkapital _____ 260.000 EUR

GESELLSCHAFTER Landkreis Zwickau _____ 260.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Gesellschaft ist das Dienstleistungsunternehmen des Landkreises Zwickau für die Erfüllung wesentlicher Aufgaben in den Bereichen Sport, Kultur, Tourismus und Naherholung.

Gegenstand des Unternehmens sind alle Maßnahmen, die der Entwicklung, Betreibung sowie wirtschaftlichen und funktionellen Sicherstellung von kommunalen Freizeiteinrichtungen dienen.

Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen ermächtigt, die unmittelbar oder mittelbar dem vorstehenden Unternehmensgegenstand dienen oder förderlich erscheinen.

Die Gesellschaft darf mit Zustimmung des Landkreises Zwickau andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art errichten, übernehmen und sich an ihnen beteiligen.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Thorsten Dahlberg
Herr Lutz Dressel
Herr Mike Gärtner
Herr Erich Homilius
Herr Carsten Michaelis
(ab 08.12.2022)
Herr Andreas Osse
Frau Ines Springer

⁶ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

VORSITZ

Herr Dr. Christoph Scheurer
(bis 31.07.2022)

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Frau Ina Klemm

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Herr Dr. Karl-Christian Stopp

MITARBEITERANZAHL

41

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Die GmbH versteht sich als Dienstleistungsunternehmen des Landkreises Zwickau für Belange von Sport, Kultur und Tourismus.

Das Unternehmen unterhält drei Geschäftsbereiche:

1. das Erholungsgebiet Stausee Oberwald in Callenberg, ein 50 ha großes Freizeitareal mit Badensee, Bungalowsiedlung, Campingplatz, Sommerrodelbahn sowie Adventure Golfanlage – seit dem Jahr 1993;
2. die Sachsenlandhalle in Glauchau, eine multifunktional nutzbare Sport- und Kultureinrichtung mit 3-Feldersporthalle, Kultursaal, Bowling- und Kegelanlage sowie Gaststättenbereich – seit dem Jahr 1996;
3. das Schloss in Waldenburg, ein ehemaliges Residenzschloss mit Möglichkeiten der Durchführung von Veranstaltungen, Schlossführungen, Trauungen u. v. m. – seit dem Jahr 2016.

Alle drei Bereiche sind, bis auf kaum erwähnenswerte Ausnahmen, touristisch-kulturell genutzt.

Nach dem endgültigen Aus des Lockdowns Anfang Februar 2022 wurde es für alle drei Unternehmensbereiche möglich, wieder zurück zum normalen Betrieb zu kehren. [...] Doch auch wenn die touristisch-kulturelle Arbeit der Tourismus und Sport GmbH nach zwei Jahren fast einschränkungs-frei fortgesetzt werden konnte, entstanden im Februar 2022 mit Beginn des russischen Angriffskrieges und damit im Zusammenhang stehenden Energie- und Rohstoffpreiserhöhungen neue Herausforderungen, die es zu meistern galt.

Nach den durch Einschränkungen geprägten Jahren der Pandemie war 2022 für den mit Abstand größten und wirtschaftlich stärksten Bereich der Tourismus und Sport GmbH, den Stausee Oberwald, das Jahr des Aufatmens und der Besucherrekorde.

Die Event- und Sporthalle Sachsenlandhalle wird multifunktional genutzt. Nach den Umsatzeinbrüchen der Jahre 2020 und 2021 hat die Sachsenlandhalle im Betrachtungszeitraum erstmals wieder an das Ergebnis 2019 anschließen können.

Nach sieben Jahren der Betreibung des Schlosses Waldenburg durch die Tourismus und Sport GmbH lassen sich erste Erfolge verzeichnen. Das Schloss nimmt an Bekanntheit zu.

Mit der Ertüchtigung des Geländes am Südufer Stausee Oberwald wurde innerhalb der Tourismus und Sport GmbH ein neues Projekt geschaffen, das große Herausforderungen, aber auch Chancen für die zukünftige Betreibung des Gebietes am Stausee Oberwald schafft. 2022 wurden insbesondere für die Freianlagen aber auch für die Detailplanung erstmals Fördermittel aus dem Topf der PMO-Mittel des Freistaates ausgezahlt (PMO-Mittel = Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR).

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Der Vernetzung der Angebote der einzelnen Geschäftsbereiche sowie personelle Schnittstellen stehen im wirtschaftlichen Interesse des Unternehmens.

Die Bilanzsumme liegt im Geschäftsjahr 2022 bei 3.542,1 T€, also ein wenig über der Summe des Vorjahres (2021: 3.479,5 T€).

Im Jahr 2022 betrug der Zuschuss des Landkreises Zwickau 425 T€.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2022 weist im ersten Jahr nach der Arbeit unter Pandemiebedingungen wieder einen Gewinn von 87.392,82 € auf. In erster Linie ist das dem ausgesprochenen guten Wirtschaftsjahr am Stausee Oberwald zuzuschreiben. Aber auch zunehmende Veranstaltungs- und Besucherzahlen in Sachsenlandhalle und Schloss Waldenburg trugen zu dieser positiven Entwicklung bei.

Die von Landkreis zur Verfügung gestellten Zuschüsse halfen auch in Zeiten der Inflation, erhöhten Betriebs- und Materialkosten dabei, dass die Liquidität der Gesellschaft in 2022 jederzeit gesichert war.

Ausblick auf die zukünftige Entwicklung, Chancen und Risiken

Mit ihrem großen Angebotsspektrum im kulturellen, touristischen und sportlichen Bereich ist die Tourismus und Sport GmbH gut aufgestellt.

Für alle drei Bereiche sind Entwicklungskonzepte erstellt worden, die konsequent verfolgt und umgesetzt werden sollten. Dabei gilt es jedoch, insbesondere in dieser fragilen Zeit, alle drei Bereiche verantwortungsbewusst und strategisch zu leiten, neue Trends zu erkennen und die Entwicklungskonzepte entsprechend fortzuschreiben.

Investitionen sind unabdingbar, um die Marktfähigkeit und sogar die Besuchersicherheit zu erhalten, diese müssen jedoch vorsichtig und mit Bedacht angegangen werden, da auf keine Liquiditätsreserven zurückgegriffen werden kann.

Schloss Waldenburg, die Sachsenlandhalle und der Stausee Oberwald sind autark agierende Bereiche, die grundsätzlich unterschiedliche Angebote offerieren. Entsprechend wurden in allen drei Bereichen die Angebotsentwicklung und Marketingstrategien an zielgruppenspezifische Ansprüche angepasst. Dennoch können Symbiosen genutzt werden. Gegenseitige Verlinkung, die personelle Hilfe im Bedarfsfall oder sogar gemeinsam gestrickte Gästeangebote sind dort nur einige Beispiele.

Trotz des stabilen und in Teilen zunehmenden Erfolges in der Betreuung der sehr unterschiedlichen Unternehmensbereiche der Tourismus und Sport GmbH, ist es besonders dem kulturell geprägten Segment der Gesellschaft geschuldet, dass der Unternehmenserfolg von der finanziellen Unterstützung durch den Gesellschafter abhängig ist. Insgesamt ist die Existenzfähigkeit auch weiterhin angewiesen auf Zuwendungen der öffentlichen Hand.

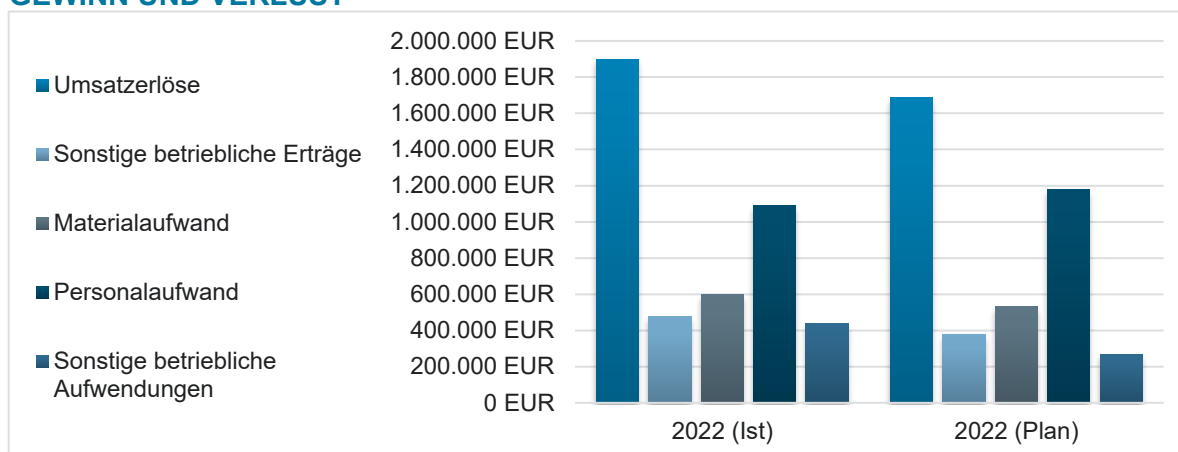
Für das Jahr 2023 wurden im Haushalt des Landkreises Zwickau erneut Zuwendungen eingestellt [...].

Durch die pandemiegeprägten Jahre 2020 und 2021 sind die Liquiditätsreserven des Unternehmens aufgebraucht.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2022 (IST)	2022 (PLAN)
Umsatzerlöse	1.899.784,38	1.685.000,00
Bestandsveränderungen	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	475.827,13	375.000,00
Materialaufwand	599.280,34	530.000,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-	-
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	599.280,34	530.000,00
Personalaufwand	1.092.009,52	1.176.260,00
dar.: Löhne und Gehälter	922.161,61	953.506,00
dar.: soziale Abgaben	169.847,91	222.754,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	438.136,62	269.750,00
Abschreibungen	147.722,02	167.520,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	1.132,72	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	208,00	2.000,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.443,64	11.000,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1,41	-
Sonstige Steuern	2.968,68	18.667,00
Jahresergebnis	87.392,82	-111.197,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2020 (IST)	2021 (IST)	2022 (IST)
Anlagendeckung I (%)	88,1	79,9	84,0
Vermögensstruktur (%)	83,4	89,8	86,8
Eigenkapitalquote (%)	73,4	71,7	72,9
Eigenkapitalrendite (%)	-0,9	-2,4	3,4
Fremdkapitalquote (%)	24,2	23,5	23,0
Gesamtkapitalrendite (%)	-0,4	-1,5	2,7
Liquidität 1. Grades (%)	187,1	81,7	100,4
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	33.796,18	35.230,58	46.336,20

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2022 (IST)
Leistungen des Landkreises	
Ertragszuschüsse	425.000,00

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.7. KOMMUNALENTSORGUNG CHEMNITZER LAND GMBH (KECL)

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Ringstraße 36 B
FIRMENSITZ	08371 Glauchau/ OT Reinholdshain
TELEFON	03763 404-0
TELEFAX	03763 404-123
E-MAIL	info@kecl.de
WEBSEITE	http://www.kecl.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	01.12.2000
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	03.02.2017

BETEILIGUNGSQUOTEN⁷ Nominal _____ 100% / - / 100%
KAPITAL Stammkapital _____ 100.000 EUR

GESELLSCHAFTER Landkreis Zwickau _____ 100.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand der Gesellschaft ist die Durchführung von Aufgaben der Abfallentsorgung.

Die Gesellschaft ist zur Vornahme und Ausführung aller damit in Verbindung stehenden Geschäfte und Handlungen, soweit sie zur Erreichung des Gesellschaftszweckes als dienlich erscheinen oder die Unternehmen der Gesellschaft zur Förderung geeignet sind, berechtigt.

Die Gesellschaft darf nur mit Zustimmung des Landkreises Zwickau andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art errichten, übernehmen oder sich an solchen in jeder Form beteiligen und bei dritten Unternehmen die Geschäftsführung übernehmen. Sie ist zur Errichtung von Zweigniederlassungen befugt.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigte Mehrheit der Anteile hat.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Friedrich Hähner-Springmühl

Herr Mario Müller

Herr Daniel Polster

Frau Sabine Zimmermann

VORSITZ

Herr Dr. Florian Gräßler

⁷ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Wolfgang Schwabe
(bis 31.10.2022)

Herr Ronny Teuchert
(ab 01.11.2022)

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

KJF GMBH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

MITARBEITERANZAHL

55

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist mit der Inhouse-fähigen Fortführung von Aufgaben der Abfallentsorgung in definierten Sammelgebieten innerhalb der Landkreisgrenzen als Drittbeauftragter im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) beauftragt. Zu den Aufgaben der KECL zählen weiterhin das Einsammeln und der Transport von gemischten Siedlungsabfällen, sperrigen Abfällen und Bioabfällen, die Einsammlung und der Transport von Pappe, Papier und Kartonagen, die Sammlung von Elektro(nik)-Altgeräten in der betriebseigenen Sammelstelle sowie die Ausrüstung der Haushalte und Unternehmen mit entsprechenden Abfallsammelbehältern.

Geschäftsverlauf und Lage

Die teilweise Vorwegnahme von Investitionen in den privaten Haushalten während der Corona-Pandemie sowie das Inflationsgeschehen und der damit einhergehende Kaufkraftverlust im Geschäftsjahr 2022 führten bei allen Abfallfraktionen vor allem im zweiten Halbjahr zu einem signifikanten Rückgang der zu sammelnden Volumen und bewegte sich auch unter den Abfallsammelvolumen vor der Coronapandemie in 2019. Diese Entwicklung war Gradmesser bei der Beurteilung des Jahresumsatzes der Gesellschaft.

So reduzierten sich die Abfallmengen im Vergleich zum Vorjahr im Bereich Restabfall um 5,8 %, bei Pappe und Karton um 9,3 % sowie Biomüll um 10,8 %. Die Abfuhr sperriger Abfälle sank um 15,6 % und die Rücknahme von Elektro(nik)-Altgeräten brach um 22 % ein.

Auf Basis der genehmigten Kalkulationsansätze nach den Bestimmungen des Abfallentsorgungsvertrages erhöhte sich das vom Landkreis Zwickau gewährte pauschale Entgelt auf 2.622 TEUR (Vorjahr: 2.541 TEUR). Die mengenabhängige Vergütung für das Sammeln und Befördern von Rest- und Bioabfall, sperrigem Abfall bzw. Altpapier in Höhe von 1.406 TEUR (Vorjahr: 1.532 TEUR) sank durch den Mengenrückgang um 126 TEUR.

Die innerbetrieblichen Kapazitäten konnten aufgrund der zum Großteil fixen und damit mengenunabhängigen Touren nur teilweise an die rückläufigen Sammelmengen angepasst werden. Die Kosten für kurzfristiges Personal im Bereich der Leiharbeitnehmerüberlassung konnten im Vergleich zum Geschäftsjahr 2021 um 28 TEUR reduziert werden.

Besonders die massiven Kostensteigerungen im Bereich der Energie stellten die Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Durch die Umstellung eines Großteils der Beleuchtungsanlage auf energieeffizientere LED-Technik konnte der Stromverbrauch gegenüber dem Vorjahr um 6,8 % gesenkt werden. [...]

Die stark gestiegenen Dieselpreise konnten im Rahmen einer Sondervereinbarung ab 01.04.2022 teilweise an den Landkreis Zwickau verrechnet werden. Die Mehrkosten aus der Dieselpreiserhöhung des ersten Quartals 2022 verblieben in der Gesellschaft und wirken sich negativ auf das Ergebnis der Gesellschaft aus. [...]

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Die Bewirtschaftung des satzungs- bzw. vertragsgemäß vorzuhaltenden Abfallbehältersystems für anschlusspflichtige Nutzer war im Berichtsjahr wiederum essentielle Aufwandsschwerpunkt.

Ertragslage der Gesellschaft

Der Gesamtumsatz der Gesellschaft stieg leicht von 4.199 TEUR in 2021 auf 4.207 TEUR in 2022. Der signifikante Rückgang der von der Gesellschaft erfassten Haushaltsabfälle wurde auf Seiten der Umsätze durch die Verrechnung der Dieselpreiserhöhung an den Landkreis Zwickau in Höhe von 57 TEUR sowie eine Steigerung des pauschalen Preisanteils im Vergleich zum Geschäftsjahr 2021 (2.541 TEUR Vorjahr, 2.622 TEUR 2022) teilweise kompensiert. Die pauschalen fixen Umsätze mit dem Landkreis Zwickau erhöhten sich zum Vorjahr um 81 TEUR.

Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresüberschuss in Höhe von 16 TEUR. Im Jahresvergleich verringerte sich das Ergebnis um -114 TEUR. Das Planergebnis in Höhe von 59 TEUR konnte nicht realisiert werden. Die Umsatzrentabilität beträgt 0,9 % (Vorjahr 4,76 %).

Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft

Die Finanzlage der KECL ist unverändert stabil. Der Gesellschaft standen zum 31.12.2022 liquide Mittel in Höhe von 1.225 TEUR (Vorjahr: 1.638 TEUR) zur Verfügung. [...] Die Veränderung der Liquidität resultiert aus einem Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit von 418 TEUR, dem Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit von 803 TEUR sowie der Finanzierungstätigkeit in Höhe von -28 TEUR.

Das Anlagevermögen der KECL stieg von 3.236 TEUR auf 3.490 TEUR aufgrund der Beschaffung zweier ASF sowie dem Kauf von zwei Grundstücken mit einer Gesamtfläche von 1.835 qm.

Die Eigenkapitalquote beträgt 88,1 % (Vorjahr: 85,7 %) [...].

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert [...].

Prognose-, Chancen- und Risikobericht der künftigen Entwicklung der Gesellschaft

In Zeiten von Klimawandel und Nachhaltigkeit werden Entsorgungs- und Recyclingunternehmen vor neue Herausforderungen gestellt. Zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes braucht es effizientere und flexiblere Abholrouten, die sich am Füllstand der Container orientieren. Eine weitere Herausforderung ist die unterschiedliche Trennmoral bei der Abfallentstehung – wird nicht oder falsch getrennt, entstehen hohe Folgekosten für das Recycling und viele Wertstoffe, die im Restmüll entsorgt werden, gehen verloren.

Die Kernkompetenzen der Gesellschaft gilt es weiter zu entwickeln und auf das umfangreiche Spektrum der abfallrechtlich geregelten Sachverhalte mittels digitaler Transformation zu übertragen. Prozesse müssen hinsichtlich ihrer Effizienz mit Hilfe eines Kennzahlensystems überwacht und bewertet werden. Mithilfe eines nachhaltigen kennzahlengestützten Verbesserungsmanagements ergibt sich die Möglichkeit, die Kostenstruktur vor dem Hintergrund steigender Preise positiv zu beeinflussen.

Unter Anwendung der Vorschriften des öffentlichen Preisrechts erstellte die Gesellschaft die Preiskalkulation der Leistungen auf Basis von Selbstkostenfestpreisen. Dabei wurden latente Einzelrisiken im kalkulatorischen Ansatz angemessen berücksichtigt.

Die investiven Maßnahmen für das aufgabennotwendige Betriebsvermögen sind im präzisierten Investitionsplan bis 2026 dargestellt.

Die Beschaffung von Abfallsammelfahrzeugen mit alternativen CO₂-armen Antrieben nach den gesetzlichen Bestimmungen zur Erhöhung des Anteils alternativer Antriebe im Lastverkehr stellt hohe Anforderungen an die Bewertung der Leistungsparameter und wird die Vergabep Praxis in den nächsten Jahren maßgeblich dominieren. Ziel muss es sein, eine Kombination des wachsenden Flottenbestands mit einer geeigneten Infrastruktur alternativer Energieträger wie zum Beispiel Bio-CNG oder Wasserstoff im Entsorgungsgebiet der Gesellschaft zu schaffen und nach ökonomischen Prinzipien auszurichten.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Auch künftig steht die Verfügbarkeit von Fachpersonal im Mittelpunkt der Arbeitskräfteplanung. Die Zahl der Beschäftigten im gewerblichen Mitarbeiter wird sich in 2023 auf Vorjahresniveau bewegen.

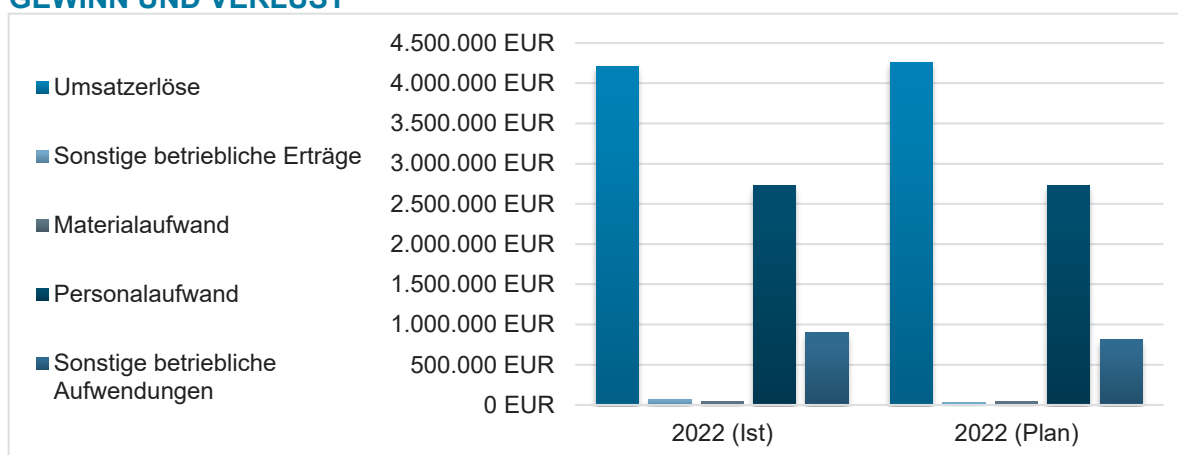
Der Gesamtumsatz der Gesellschaft wird sich nach unserem Planansatz für das Jahr 2023 auf insgesamt 4.750 TEUR einstellen.

Das Jahresergebnis wird mit 38 TEUR prognostiziert.

Die Ergebnisvorschau führt zu gleichbleibenden Gewinnerwartungen.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2022 (IST)	2022 (PLAN)
Umsatzerlöse	4.207.161,02	4.263.000,00
Bestandsveränderungen	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	67.213,44	25.000,00
Materialaufwand	44.184,26	40.000,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-	-
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	44.184,26	40.000,00
Personalaufwand	2.724.985,33	2.724.000,00
dar.: Löhne und Gehälter	2.192.850,42	2.172.500,00
dar.: soziale Abgaben	532.134,91	551.500,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	895.563,75	817.500,00
Abschreibungen	565.630,58	590.000,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.159,92	9.500,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	2.577,85	30.000,00
Sonstige Steuern	19.765,33	18.000,00
Jahresergebnis	15.507,44	59.000,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2020 (IST)	2021 (IST)	2022 (IST)
Anlagendeckung I (%)	126,6	134,4	125,1
Vermögensstruktur (%)	63,6	63,8	70,4
Eigenkapitalquote (%)	80,5	85,7	88,1

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Eigenkapitalrendite (%)	4,0	3,0	0,4
Fremdkapitalquote (%)	19,5	14,3	11,9
Gesamtkapitalrendite (%)	3,5	2,7	0,4
Liquidität 1. Grades (%)	501,9	665,8	603,3
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	79.747,76	77.762,15	76.493,84

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.8. ENTSORGUNGSGESELLSCHAFT ZWICKAUER LAND MBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Lößnitzer Straße 98
FIRMENSITZ	08141 Reinsdorf
TELEFON	037603 521-0
TELEFAX	037603 521-23
E-MAIL	info@egzmbh.de
WEBSEITE	http://www.egzmbh.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	17.02.1992
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	09.02.2017

BETEILIGUNGSQUOTEN⁸
KAPITAL

Nominal	_____	100% / - / 100%
Stammkapital	_____	26.000 EUR

GESELLSCHAFTER

Landkreis Zwickau	_____	26.000 EUR (100,00%)
-------------------	-------	----------------------

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Gegenstand der Gesellschaft ist die Entsorgung (Beseitigung/Verwertung) von Abfällen. Die Entsorgungstätigkeit erfasst sowohl die überlassungspflichtigen Abfälle als auch Abfälle, die der Gesellschaft freiwillig überlassen werden. Die Gesellschaft ist berechtigt, Entsorgungstätigkeiten auch außerhalb des Landkreises wahrzunehmen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern. Die Gesellschaft darf mit Zustimmung des Landkreises Zwickau andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art errichten, übernehmen und sich an ihnen beteiligen. Sie ist zur Errichtung von Zweigniederlassungen befugt.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigte Mehrheit der Anteile hat.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Prof. Dr. Hans-Reinhard Berger

Herr Stefan Feustel

Herr Andreas Gerold

Herr Mario Müller

Herr Tino Obst

Herr Alexander Weiß

VORSITZ

Herr Dr. Ing. Michael Luther

⁸ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Dr. Michael Hahn

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

HKMS Treuhand GmbH Plauen

MITARBEITERANZAHL

56

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen des Unternehmens

Die Grundlagen der Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH (EGZ) unterlagen im Geschäftsjahr 2022 nicht geändert. Die EGZ ist mit Aufgaben der Abfallentsorgung im Landkreis Zwickau befasst. Der Tätigkeitsbereich bezieht sich auf das Zwickauer Land und Teile der Stadt Zwickau. Zu den Aufgaben der EGZ gehören unverändert die Einsammlung und der Transport von gemischten Siedlungsabfällen, Sperrmüll und Bioabfällen, die Einsammlung und der Transport von Pappe, Papier und Kartonagen sowie die Betreuung und Bewirtschaftung der Hausmülldeponie Lohe. Das Einsammeln und der Transport der Restabfälle im Zwickauer Land und in Teilen der Stadt Zwickau wurde 2022 durch die EGZ selbst durchgeführt.

Die Aufgaben für die Betreuung und Bewirtschaftung der Deponie Lohe bezogen sich auf Maßnahmen im Zusammenhang mit der Nachsorge der Deponie Lohe sowie auf Maßnahmen zur Vorbereitung der Oberflächenabdichtung der Deponie Lohe. Die hierzu vorliegende Beauftragung wurde 2022 durch eine Vereinbarung über die Abwicklung und Bewirtschaftung der Deponie Lohe ergänzt. Die Vereinbarung regelt eine geordnete Beendigung der Beauftragung der EGZ für die Bewirtschaftung der Deponie Lohe.

Die Betreuung des Erdstofflagers wurde 2022 fortgeführt. Die Sauberhaltung von Flächen für Sammelgroßbehälter zur Erfassung von Glas und die Sammlung wilder Ablagerungen im Zwickauer Land und in der Stadt Zwickau wurden ebenfalls durch die EGZ fortgeführt. Die EGZ führt den Behälterdienst mit der Sammlung von Elektronikschrott, Metallschrott und Kunststoffen in ihrem Entsorgungsgebiet durch.

Die Ausrüstung von Behältern für die Erfassung von Papier, Pappen und Kartonagen mit Transpondern wurde 2022 fortgesetzt.

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die EGZ war gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen bei der Durchführung ihrer Tätigkeiten unterworfen, besonders bei der Sammlung und dem Transport von Abfällen. Wesentlichen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der EGZ hatten 2022 die hohen Kostensteigerungen. Besonders stark stiegen die Kosten für die Beschaffung der Kraftstoffe, die teilweise durch eine angepasste Entgeltgestaltung kompensiert werden konnten. Die Einstellung geeigneten Fahrpersonals ist ebenfalls weiter schwierig.

Die hohe Inflation in Deutschland führte mit dem aus dem Ukraine-Krieg hervorgegangenen Verunsicherungen und der Störung der Lieferketten zu einem geänderten Verbraucherverhalten. Im Bereich der Abfallwirtschaft war ein deutlicher Rückgang der gesammelten Mengen festzustellen. Der Rückgang der Sammelmengen erfolgt zeitversetzt zum Beginn des Ukraine-Kriegs, die Sammelmengen gingen im Vergleich zum jeweiligen Vorjahreszeitraum zwischen 7 % und 25 % zurück.

Die Corona-Pandemie hatte 2022 weiterhin Auswirkungen auf die Gesellschaft durch krankheitsbedingten Ausfall von Mitarbeitern und angeordneten Quarantänemaßnahmen gegenüber Mitarbeitern der EGZ. Hier bestand die Notwendigkeit [...] Maßnahmenpläne zur Sicherung der Abfallentsorgung und zur Vermeidung von Infektionen fortzuschreiben und zu realisieren.

Die infolge der hohen Inflation geänderte Zinspolitik der EZB führte zum Ende des Geschäftsjahres 2022 zum Wegfall von Verwahrgeldern bei Banken.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2022 betragen die Umsatzerlöse 4.689 TEUR und liegen damit um 185 TEUR über den Umsatzerlösen des Geschäftsjahres 2021. Die Umsatzsteigerung beruht im Wesentlichen auf der Erhöhung der Entgelte für die durch die EGZ erbrachten Leistungen sowie auf Weiterberechnungen von Kraftstoffpreisen. Die starke Steigerung der Kraftstoffpreise führte dabei zu einer merklichen Erhöhung des Umsatzes.

Die Höhe der Umsatzerlöse wird durch die Sammelmenge im Entsorgungsgebiet beeinflusst.

Lage

Der Jahresüberschuss der Gesellschaft erhöht sich damit von 118 TEUR um 13 TEUR auf 131 TEUR. Zum 31. Dezember 2022 wird ein Bilanzgewinn in Höhe von 2.378 TEUR ausgewiesen.

Die Finanzlage der EGZ ist unverändert stabil. Der Gesellschaft standen zum 31.12.2022 liquide Mittel in Höhe von 9.434 TEUR (Vorjahr: 8.916 TEUR) zur Verfügung. [...] Die Veränderung der Liquidität resultiert aus dem Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit von 912 TEUR und der Finanzierungstätigkeit von 244 TEUR, dem Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit von 638 TEUR gegenüberstehen.

Prognosebericht

Die EGZ geht in den folgenden Geschäftsjahren von einer insgesamt positiven Entwicklung der Geschäftstätigkeit aus. Die EGZ erwartet 2023 steigende Umsätze und Aufwendungen, wobei die Positionen weitestgehend korrespondieren und dabei die Aufwendungen den Annahmen zu Kostensteigerungen entsprechen. Umsatzsteigerungen durch eine erhöhte Entsorgungstätigkeit sind nicht signifikant. Es wird mit nochmals sinkenden Sammelmengen und weiterhin hohen Kosten, insbesondere der Kraftstoffe, gerechnet.

Der Haustarifvertrag wurde bis April 2025 verlängert. Er gibt im Bereich der Personalkosten Planungssicherheit bei weiteren steigenden Personalkosten.

Die EGZ plant mittelfristig mit geringeren Jahresüberschüssen.

Chancen- und Risikobericht

Die bereits im Geschäftsjahr 2018 vorgenommene Anpassung der Planung für die Deponie Lohe, inklusive der Veränderung des Abdichtungssystems an den Stand der Technik, liegt vor. Die Genehmigung der Planung verzögert sich weiter durch die angespannte Personalsituation bei der Genehmigungsbehörde in Verbindung mit deutlich längeren Bearbeitungszeiten in Folge der Corona-Pandemie in der Genehmigungsbehörde. Nach Vorliegen der Genehmigung soll 2023 die Ausführungsplanung erstellt werden. Die Herstellung der Oberflächenabdichtung der Deponie Lohe wird für die Jahre 2023 und 2024 geplant. Bei dieser zeitlichen Planung sind allerdings erneut zeitliche Verschiebungen auf die Folgejahre möglich.

Weiterhin wird unterstellt, dass die Entwicklung der Baukonjunktur zeitliche Veränderungen bewirken kann. Die Preisentwicklung im Baubereich stellt weiterhin ein Kostenrisiko für die Herstellung der Oberflächenabdichtung dar.

Auf Grund der zeitlichen Verschiebungen der Herstellung der Oberflächenabdichtung wurde der Nachsorgezeitraum bis 2054 verlängert. Die Rückstellungen der Deponiefolgekosten wurden entsprechend angepasst.

Der Abschluss der Deponie Lohe stellt den größten Risikofaktor für die EGZ dar.

Mit dem Abfluss der Liquidität für die Oberflächenabdichtung der Deponie Lohe verringert sich die Liquidität der Gesellschaft. Zur Sicherung der Liquidität nach dem Aufbringen der Oberflächenabdichtung ist es weiterhin erforderlich, die Gewinne der Gesellschaft zu thesaurieren und ggf. Zwischenfinanzierungen während der Phase der Abdichtung der Deponie zu sichern.

Durch die Vereinbarung über die Abwicklung der Bewirtschaftung der Deponie Lohe wird nunmehr ein Zeitpunkt konkretisiert, ab dem die Deponie Lohe als Risiko für die EGZ entfällt.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Weitere Risikobereiche, insbesondere auch bestandsgefährdende Risiken, können aufgrund der Umsatztätigkeit und der Geschäftspolitik ausgeschlossen werden.

Bewertung der Kennzahlen gemäß § 99 Abs. 3 Nr. 3 SächsGemO

Vermögenssituation

Das lang- und mittelfristige Vermögen (1.608 TEUR) der Gesellschaft an der insgesamt gestiegenen Bilanzsumme (11.687 TEUR) beträgt rd. 14 %. Dementsprechend beträgt das kurzfristige Vermögen (10.079 TEUR) rd. 86 % der Bilanzsumme. Die Investitionsdeckung beträgt 141 %, d. h. die Nettoinvestition des Geschäftsjahres ist höher als die Abschreibung des Geschäftsjahres.

Kapitalstruktur

Die Fremdkapitalquote blieb konstant bei 73 % und die Eigenkapitalquote bei 27 %.

Liquidität

Die Liquidität war zu jeder Zeit gesichert. Die liquiden Mittel erhöhten sich von 8.916 TEUR auf 9.434 TEUR. Die Effektivverschuldung der Gesellschaft hat um 5 % zugenommen. Die liquiden Mittel übersteigen dabei das kurzfristige Fremdkapital um 8.366 TEUR nach 7.957 TEUR im Vorjahr.

Rentabilität

Die Eigenkapitalrentabilität beträgt wie im Vorjahr 4 %. Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt wie im Vorjahr 1 %.

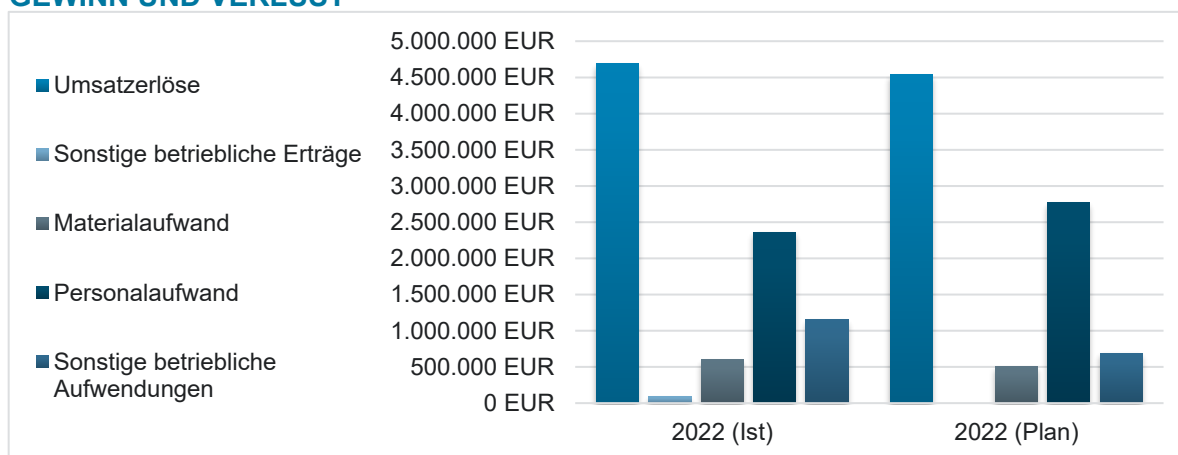
Geschäftserfolg

Die Umsatzerlöse erhöhten sich von 4.505 TEUR auf 4.689 TEUR. Dabei erwirtschaftete die Gesellschaft im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss von 131 TEUR. Bei im Jahresdurchschnitt 56 (Vorjahr 55) beschäftigten Arbeitnehmern wurde ein Pro-Kopf-Umsatz von rd. 84 TEUR nach rd. 82 TEUR im Vorjahr erzielt.

Die Gesamtentwicklung der Gesellschaft im Geschäftsjahr kann als zufriedenstellend eingeschätzt werden.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2022 (IST)	2022 (PLAN)
Umsatzerlöse	4.689.459,06	4.541.000,00
Bestandsveränderungen	0,00	0,00
Sonstige betriebliche Erträge	91.370,59	0,00

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Materialaufwand	597.584,15	506.000,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	557.881,82	478.000,00
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	39.702,33	28.000,00
Personalaufwand	2.363.380,64	2.776.000,00
dar.: Löhne und Gehälter	1.948.603,81	2.248.000,00
dar.: soziale Abgaben	414.776,83	528.000,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.155.778,25	691.000,00
Abschreibungen	490.483,70	523.000,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	42.630,22	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18.766,10	17.000,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	48.803,53	8.000,00
Sonstige Steuern	17.293,87	11.000,00
Jahresergebnis	131.369,63	9.000,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2020 (IST)	2021 (IST)	2022 (IST)
Anlagendeckung I (%)	171,9	212,7	194,5
Vermögensstruktur (%)	15,5	12,9	13,8
Eigenkapitalquote (%)	26,7	27,4	26,8
Eigenkapitalrendite (%)	8,6	3,9	4,2
Fremdkapitalquote (%)	73,3	72,5	73,2
Gesamtkapitalrendite (%)	2,7	1,5	1,3
Liquidität 1. Grades (%)	1.498,2	1.659,5	1.479,2
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	132.903,22	82.041,84	83.740,34

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.9. AUTOBUS GMBH SACHSEN - REGIONALVERKEHR

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Eichelbergstraße 10
FIRMENSITZ	09212 Limbach-Oberfrohna
TELEFON	0151 74500199
E-MAIL	nadin.pohlers@autobus-gmbh.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	01.07.1991
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN ⁹	Nominal _____ 100% / - / 100%
KAPITAL	Stammkapital _____ 511.650 EUR

GESELLSCHAFTER	Landkreis Zwickau _____ 511.650 EUR (100,00%)
----------------	---

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorhaltung und Überlassung von Infrastruktur zur Durchführung des Öffentlichen Personennahverkehrs auf dem Gebiet des Landkreises Zwickau.

Ziel der Gesellschaft ist es, durch Maßnahmen nach Abs. 1 sicherzustellen, dass Beförderungsaufgaben effektiv und rationell, dabei bürgerfreundlich und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Struktur auf dem Gebiet des Landkreises Zwickau, erbracht werden können. Die Gesellschaft hat diese Ziele unter Ausnutzung aller staatlichen Förderungsmöglichkeiten möglichst kostendeckend zu verwirklichen.

Zur Erfüllung des Unternehmensgegenstandes kann sich die Gesellschaft Dritter bedienen und bei Zweckmäßigkeit insbesondere private Personenbeförderungsunternehmen als Subunternehmen einbinden.

Sie darf sich nach Zustimmung des Landkreises Zwickau an anderen Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen oder derartige Unternehmen errichten, übernehmen und erwerben. Sie darf auch Geschäfte vornehmen, die zur Erreichung und Förderung des Unternehmenszwecks dienlich sein könnten.

Hierzu gehört auch die Befugnis, Zweigniederlassungen zu errichten und den Gelegenheitsverkehr im Rahmen eines Deckungsbeitrages durchzuführen sowie Nebengeschäfte, wie Auslastung technischer Kapazitäten durch Fremdaufträge. Die Gesellschaft ist zur Lehrausbildung berechtigt.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96 a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat.

Die Gesellschaft kann sich auch an Interessengemeinschaften, wie Tarifgemeinschaften, Verkehrsgemeinschaften, Verkehrsverbänden, beteiligen und Kooperationsabkommen mit anderen Verkehrsunternehmen abschließen.

⁹ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Erich Homilius

Herr Matthias Ulbricht

VORSITZ

Herr Carsten Michaelis

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Frau Nadine Pohlers

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

M2audit GmbH

MITARBEITERANZAHL

1

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen der Gesellschaft

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft besteht in der Vorhaltung und Überlassung von Infrastruktur zur Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs auf dem Territorium des Landkreises Zwickau sowie angrenzender Ballungszentren. Die Gesellschaft hält dafür einen vollständigen Verkehrshof vor mit Betriebsdienstgebäude, bestehend aus einem Verwaltungstrakt einschließlich Inventar, einer Waschhalle für Fahrzeuge, einer Werkstatt einschließlich Maschinen und Werkzeuge und einer Wagenhalle. Letztere bietet Platz für die Abstellung von bis zu 50 Linienbussen. Seit 01.01.2019 besteht ein Pachtverhältnis mit der Regional Westsachsen GmbH (RVW) über die Verpachtung des Grundstücks, der aufstehenden Gebäude und baulichen Einrichtungen für eben genannten Verkehrshof. Das Pachtverhältnis ist bis 31.12.2028 geschlossen.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 140,9 erwirtschaftet. Darin enthalten sind Umsätze aus dem Kerngeschäft der Vermietung und Verpachtung in Höhe von TEUR 135,0, die zu 100% dem im Betriebspachtvertrag vereinbarten Pachtzins entsprechen.

Die übrigen Umsatzerlöse sind mit TEUR 5,9 beziffert und ergeben sich aus der Weiterberechnung von Betriebskosten wie u. a. Aufwendungen für Versicherung und Grundsteuer an die Pächterin RVW, wofür der Pachtvertrag die Grundlage darstellt.

Das Jahresergebnis wird erneut durch die auf die Sichteinlagen der Gesellschaft zu zahlenden Verwahrenentgelte beeinflusst. Diese betragen TEUR 9,9.

Das Wirtschaftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresüberschuss von TEUR 10.416,34.

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 511,7 und ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert geblieben.

Das Eigenkapital ist zum Bilanzstichtag 31.12.2022 mit TEUR 4.581,1 beziffert und hat sich zum Vorjahr um TEUR 10,4 erhöht. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 89,4 % und ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Prozentpunkte gestiegen.

Das Vermögen der Gesellschaft ist für das Geschäftsjahr 2022 nach Saldierung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse mit dem Sachanlagevermögen mit TEUR 4.596,4 beziffert.

Die Liquidität des Unternehmens war ganzjährig sichergestellt und ist von einem stabilen Verlauf gekennzeichnet.

Unter Abzug der sonstigen Steuern in Höhe von EUR 3.589,29 ergibt sich ein Jahresüberschuss von EUR 10.416,34.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Chancen- und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Entwicklung des Unternehmens seit der Strukturveränderung von 2010 ist geprägt von Stabilität und wirtschaftlichem Erfolg. Sie belegt, dass das unternehmerische Konzept der ASR, die Beistellung des Verkehrshofes als Ausgangspunkt und eine der Grundlagen für die Erfüllung des Verkehrsvertrages für die Erbringung von ÖPNV-Leistungen durch den jeweiligen Pächter, praktikabel ist und zu dem die förderrechtlichen Belange und Auflagen der Genehmigungsbehörde erfüllt. Letzteres wird durch den Abschluss einer dreiseitigen Zuwendungsvereinbarung zwischen den Freistaat Sachsen, der RWV und der ASR geregelt.

Die ASR stellt gemäß ihrem Unternehmenszweck als Besitzgesellschaft ein wesentliches Glied bei der Erfüllung der Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Zwickau dar. Die Praktikabilität des Pachtmodells ist auch für den Aufgabenträger des ÖPNV die Gewähr, dass mit dem ab 01.01.2019 gültigen neuen Pachtvertrag zwischen der ASR und der RWV eine wesentliche Grundlage für eine verlässliche Erfüllung des Verkehrsvertrages besteht.

Mit dem Abschluss des neuen Pachtvertrages ab 2019 ist für die ASR die grundlegende wirtschaftliche Basis für die nächsten zehn Jahre formal gelegt, zumal das Ende der Zweckbindefrist für den noch bestehenden Sonderposten für Investitionszuschüsse zum 31.12.2023 durch die Gesamtlaufzeit des Pachtvertrages gedeckt ist.

Gleichzeitig steigt jedoch auch das Risiko anfallender größerer Instandhaltungsmaßnahmen in Bezug auf die Gewerbeimmobilie, da der Verkehrshof zwischenzeitlich bereits mehr als 20 Jahre alt ist.

Somit besteht die berechtigte Gefahr, dass der jährliche Pachtzins für den Verkehrshof, dessen Höhe u. a. durch die Auflagen des Fördermittelgebers stark begrenzt ist, derartige Aufwendungen nicht immer vollständig abdecken können wird. Allerdings ist dieses Risiko für die ASR nicht essenziell, da der Gewinnvortrag per 12/2022 in Höhe von TEUR 1.609 und die dafür zweckgebundenen Rücklagen in Höhe von TEUR 210,0 sowie die liquiden Mittel ausreichend sein werden, auch größere außerplanmäßige Reparaturaufwendungen abzufangen.

Auf der Grundlage des Wirtschafts- und Finanzplanes wird für das Jahr 2023 mit einem Jahresüberschuss von TEUR 316,3 geplant.

Die weiterhin drängenden Instandhaltungsmaßnahmen sowie die aktuelle Preisentwicklung im Bau-sektor unterstreicht erneut, dass die strategische Ausrichtung der ASR nach Ende der Zweckbindefrist 2023 im Blickfeld gehalten werden muss. Zielsetzung sollte dabei der Verkauf der Immobilie mit Ablauf der Zweckbindefrist sein. Grundlage bildet dabei das bereits erstellte Verkehrswertgutachten vom Juni 2022.

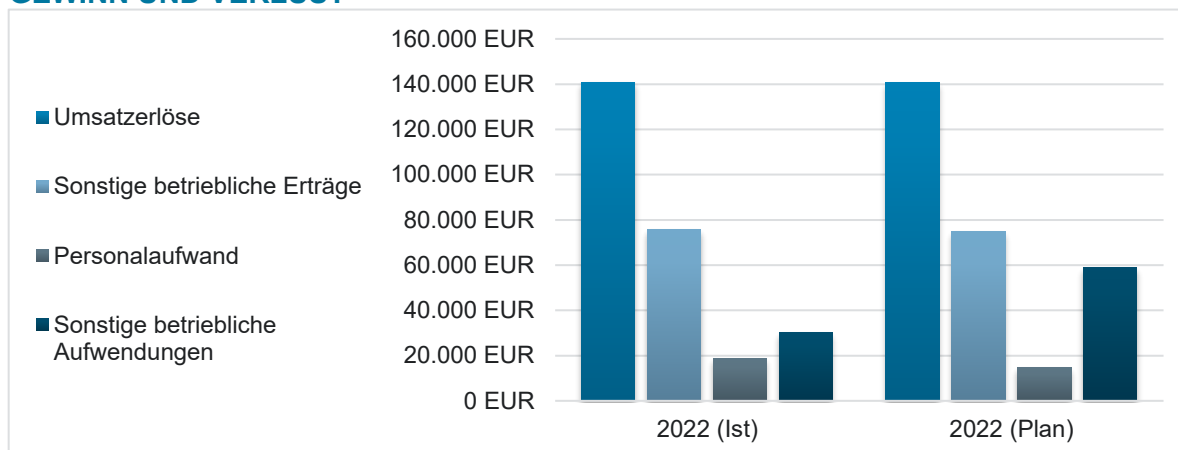
Für die ASR hätte der Verkauf des Betriebshofes als wesentlicher Bestandteil des Anlagevermögens und Grundlage für die Wirtschaftstätigkeit die planmäßige und folgerichtige Einleitung der Liquidation des Unternehmens zur Folge.

Bestandsgefährdende bzw. die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage über den beschriebenen Umfang hinaus beeinträchtigende Risiken sind derzeit nicht bekannt.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2022 (IST)	2022 (PLAN)
Umsatzerlöse	140.900,06	140.514,00
Bestandsveränderungen	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	75.737,63	74.856,00
Materialaufwand	-	-
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-	-
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	-	-
Personalaufwand	18.529,56	14.748,00
dar.: Löhne und Gehälter	15.000,00	-
dar.: soziale Abgaben	3.529,56	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	30.035,81	59.029,00
Abschreibungen	143.176,23	142.677,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.916,10	-
Steuern vom Einkommen und Ertrag	974,36	-
Sonstige Steuern	3.589,29	3.592,00
Jahresergebnis	10.416,34	-4.676,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2020 (IST)	2021 (IST)	2022 (IST)
Anlagendeckung I (%)	357,0	400,5	457,8
Vermögensstruktur (%)	23,9	22,0	19,5
Eigenkapitalquote (%)	85,4	88,1	89,4
Eigenkapitalrendite (%)	0,4	-0,2	0,2
Fremdkapitalquote (%)	1,9	0,3	0,3
Gesamtkapitalrendite (%)	0,4	0,1	0,4
Liquidität 1. Grades (%)	98.535,6	148.791,7	91.580,5
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	137.876,16	137.875,05	140.900,06

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.10. GEMEINNÜTZIGE AUS-, FORTBILDUNGS- UND UMSCHULUNGSGESELLSCHAFT MBH OBERLUNGWITZ

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Hofer Straße 159
FIRMENSITZ	09353 Oberlungwitz
TELEFON	03723 6523-0
TELEFAX	03723 6523-23
E-MAIL	leitung@gafug.de
WEBSEITE	http://www.gafug.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	16.10.1991
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	17.02.2017

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹⁰	Nominal _____ 66% / - / 66%
KAPITAL	Stammkapital _____ 26.000 EUR

GESELLSCHAFTER	Landkreis Zwickau _____ 17.160 EUR (66,00%)
	Herr Reinhard Roßner _____ 5.200 EUR (20,00%)
	Herr Gotthard Richter _____ 3.640 EUR (14,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Erziehung, Jugendhilfe, Volks- und Berufsbildung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Errichtung und Betreibung von Kindertageseinrichtungen sowie Kinder- und Jugendheimen, Durchführung der Berufsvorbereitung, Ausbildung, Fortbildung und Umschulung von Menschen in allen Bereichen der Industrie, des Handwerks, der Landwirtschaft und Forsten sowie des Hotel- und Gastgewerbes.

Zur Erfüllung aller damit verbundenen Aufgaben kann die Gesellschaft sämtliche Geschäfte betreiben, die ihrem Hauptzweck zu dienen geeignet sind. Sie darf insbesondere bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, pachten, veräußern oder weitervermieten sowie sich nach Maßgabe des § 96 Abs. 1 SächsGemO sowie des Absatzes 4 dieses Paragraphen mit anderen Gesellschaften, öffentlichen oder nichtöffentlichen Trägern, zusammenschließen, sofern es dem Gesellschaftszweck -sei es mittelbar oder unmittelbar- dienlich ist.

Die Gesellschaft darf nur mit Zustimmung des Landkreises Zwickau andere Unternehmen errichten, übernehmen oder sich an ihnen beteiligen. Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96 a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigte Mehrheit der Anteile hat.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

¹⁰ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Frau Eileen Heydel

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

HWS Vogtland GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

MITARBEITERANZAHL

106

ANMERKUNGEN

Die Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2022 steht noch aus. Aus diesem Grund entfallen die entsprechenden Angaben.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.11. HEINRICH-BRAUN-KLINIKUM GEMEINNÜTZIGE GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Karl-Keil-Straße 35
FIRMENSITZ	08060 Zwickau
TELEFON	0375 51-0
E-MAIL	geschaeftsfuehrung@hbk-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.heinrich-braun-klinikum.de
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	02.08.2007
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	13.04.2021

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹¹	Nominal _____ 4,67% / - / 4,67%
KAPITAL	Stammkapital _____ 3.147.000 EUR

GESELLSCHAFTER	Stadt Zwickau _____ 3.000.000 EUR (95,33%)
	Landkreis Zwickau _____ 147.000 EUR (4,67%)

TOCHTERUNTERNEHMEN

HBK-Diagnostik GmbH	25.000 EUR (100,00%)
HBK-Poliklinik gemeinnützige GmbH	25.000 EUR (100,00%)
HBK-Service gemeinnützige GmbH	25.000 EUR (100,00%)
HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH	23.400 EUR (90,00%)
Senioren- und Seniorenpflegeheim gemeinnützige GmbH Zwickau	1.071.416 EUR (59,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH mit Sitz in Zwickau verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens vor allem im Raum Zwickau und Umgebung, insbesondere durch den Betrieb des Heinrich-Braun-Klinikums als Krankenhaus der Schwerpunktversorgung, und sonstiger, vor allem medizinischer Einrichtungen. Darüber hinaus sind weitere Zwecke der Gesellschaft die Förderung der Volks- und Berufsbildung, einschließlich der Studentenhilfe sowie die Förderung des Wohlfahrtswesens.

Zweck der Gesellschaft ist weiterhin die Betreibung von sozialen Einrichtungen zur Unterbringung, Betreuung, Förderung, Versorgung und Pflege alter, pflegebedürftiger und behinderter Menschen sowie zur Betreuung von Kindern.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch

- voll-, vor-, nach-, teilstationäre und ambulante akute und rehabilitative Krankenversorgung,

¹¹ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

- ambulante Krankenversorgung der Bevölkerung im gesetzlich möglichen Rahmen, insbesondere die Teilnahme an der ambulanten ärztlichen und nichtärztlichen Betreuung der Bevölkerung durch die Gründung und den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren,
- Aus-, Fort- und Weiterbildung,
- Verfolgung wissenschaftlicher Fragestellungen insbesondere in der Funktion als akademisches Lehrkrankenhaus sowie mittels Durchführung von Studien in anderem Rahmen
- die Unterstützung von Personen gemäß § 53 AO, insbesondere durch Ermöglichung von erforderlicher medizinischer und pflegerischer Behandlung, jeweils im Rahmen des § 53 AO.

Unternehmensziel ist die optimale Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen, pflegerischen und sozialen Leistungen in Fortführung des gegenwärtig hohen Standards in einer wirtschaftlich nachhaltigen Struktur mit einer eigenverantwortlichen ärztlichen, kaufmännischen und pflegerischen Leitung und einer hochmotivierten und qualifizierten Mitarbeiterschaft sowie eine optimale Positionierung des Klinikums im regionalen Wettbewerb.

Die Gesellschaft darf weitere Geschäfte betreiben, soweit diese dem Gesellschaftszweck dienlich sind oder mit ihm in Zusammenhang stehen. Insbesondere darf sie Medizinische Versorgungszentren gründen und betreiben. Zweck der Medizinischen Versorgungszentren ist der Betrieb zur Förderung des Wohlfahrtswesens (§ 52 Abs. 2 Nr. 9 AO), insbesondere durch die Einbringung ambulanter medizinischer Leistungen im Rahmen von Medizinischen Versorgungszentren nach § 95 SGB V.

Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten, mit Unternehmen kooperieren und Interessengemeinschaften eingehen. Die Errichtung und Übernahme von Unternehmen sowie die Beteiligung an anderen Unternehmen bedarf der Zustimmung der Stadt Zwickau und des Landkreises Zwickau.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Rüdiger Glaß

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Euros GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Die HBK gGmbH ist ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung an den Standorten Zwickau, Kirchberg und Glauchau.

Um sich den zunehmend steigenden Anforderungen im Gesundheitswesen stellen zu können, wurden im Wirtschaftsjahr die Bereiche Verwaltung und Bildung in eine eigenständige Gesellschaft, die HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH, überführt. Die Ausgründung erfolgte mit Wirkung zum 1. Januar 2022 und ermöglicht die Öffnung für strategische Partnerschaften mit anderen regionalen Akteuren des Gesundheitswesens und eine Allianz gegen den Fachkräftemangel.

Ein weiterer bedeutender Schritt für die Entwicklung des Klinikums ist der am 12. Juli 2022 unterzeichnete Anteils- und Übertragungsvertrag mit der Paracelsus-Kliniken Deutschland GmbH & Co. KGaA über die Übertragung des Betriebes der Paracelsus-Klinik Zwickau im Rahmen eines Asset Deals. Die Übertragung der Vermögenswerte und Wirtschaftsgüter mit den zugehörigen Arbeits-, Vertrags- und Rechtsverhältnissen erfolgte im Wege der Einzelrechtsnachfolge und wurde zum 1. Dezember 2022 vollzogen. [...] Das Klinikum verfügt nun über 1.112 Betten und 83 tagesklinische Plätze in mehr als 30 Kliniken und medizinischen Abteilungen und hält damit alle wesentlichen

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Fachrichtungen vor. Als modernes Krankenhaus investiert das Klinikum auf anhaltend hohem Niveau in die Sanierung von Bestandsgebäuden, in Neubauten und in modernste Medizintechnik.

So wurden die im Jahr 2013 mit Eigenmitteln begonnenen Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen am Standort Kirchberg im Jahr 2022 beendet. Im Geschäftsjahr wurde entschieden, den Standort in ein Fachklinikum für Neurorehabilitation umzuwandeln. Dies erfordert weitere Um- und Neubauten. Um die dafür notwendigen Kapazitäten zu schaffen, wurde die akutmedizinische Versorgung zum 21. Dezember 2022 eingestellt. Die Umsetzung des Vorhabens wird etwa drei Jahre in Anspruch nehmen und circa zwölf Millionen Euro kosten. Die Maßnahme ist beim Land Sachsen für den Strukturfonds II angemeldet.

Der Neubau Haus 1 wurde fortgesetzt. Hier ist die Bündelung der Klinik für Innere Medizin/Geriatrie sowie der Klinik für Innere Medizin V/Pneumologie, pneumologische Onkologie, Beatmungs- und Schlafmedizin geplant. Das Klinikum wird nach aktuellem Stand circa 37 Millionen Euro investieren und rechnet mit der Fertigstellung Anfang 2024. Unterstützt wird das Vorhaben mit knapp einer Million Euro vom Freistaat Sachsen, welche in die technische Ausstattung fließen.

Mit erfolgreicher Rezertifizierung im Wirtschaftsjahr wurde dem Darmkrebszentrum ein Höchstmaß an Behandlungsqualität durch die Zertifizierungsgesellschaft der DKG (OnkoZert) bestätigt. Am Standort Werdauer Straße erhielt die Stroke Unit erneut von der LGA InterCert Zertifizierungsgesellschaft mbH die Erfüllung der Qualitätsstandards der Deutschen Schlaganfall-Gesellschaft und der Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe bescheinigt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Im Wirtschaftsjahr 2022 erzielte das Klinikum einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 88 (Vorjahr: TEUR 2.167).

Die Finanzlage war stabil und die Liquidität im Wirtschaftsjahr stets gesichert. Das langfristige Vermögen wird fristenadäquat finanziert.

Die HBK gGmbH hatte im Wirtschaftsjahr 2022 im Jahresmittel 1.859,28 Vollkräfte beschäftigt. Damit stieg der Personalbestand gegenüber dem Vorjahr durchschnittlich um 47,28 VK. Die Veränderung zum Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aus der Übernahme der Mitarbeiter der ehemaligen Paracelsus-Klinik Zwickau, einer Zunahme bei den Auszubildenden und aus der Ausgründung der HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH.

Im Jahr 2022 wurden Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von TEUR 11.760 (Vj. TEUR 9.125) vorgenommen. Für Modernisierungen am Standort Kirchberg wurden in 2022 TEUR 1.460 eingesetzt.

Risiko- und Prognosebericht

Inflation, energiepreisbedingte Kostensteigerungen, zunehmender Fachkräftemangel, sinkende Fallzahlen und die angekündigte Krankenhausfinanzierungsreform des Bundesgesundheitsministers stellen die Krankenhäuser vor eine nie da gewesene Gleichzeitigkeit der Herausforderungen. Zudem unterstehen Krankenhäuser zunehmend verschärften Regularien des Gesetzgebers, beispielsweise sind hier die Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung und das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und die 2022 in Kraft getretene Prüfverfahrensvereinbarung zu nennen. Die Krankenhäuser sind nicht mehr in der Lage, diese Kostenentwicklung zu kompensieren und auch zukünftig wird mit einem überproportionalen Anstieg der Kosten im Vergleich zu den Einnahmen gerechnet.

Seit 2017 sind die Patientenfallzahlen für den Krankenhausbereich leicht rückläufig. Hinzu kommt, dass der Gesetzgeber vermehrt die stationärsersetzende Versorgung erwartet. Um in diesem Wettbewerb um die Patienten zu bestehen, setzt das Klinikum auch zukünftig auf gut ausgebildetes Personal sowie die medizinische und bauliche Modernisierung.

Aufgrund unzureichender Investitionsförderung muss das Klinikum seine Vorhaben zum Großteil aus Eigenmitteln finanzieren. Zuweilen ist festzustellen, dass Baumaßnahmen hierdurch verspätet begonnen werden können.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.12. HBK-POLIKLINIK GEMEINNÜTZIGE GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Karl-Keil-Straße 35
FIRMENSITZ	08060 Zwickau
TELEFON	0375 51-0
E-MAIL	geschaeftsfuehrung@hbk-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.heinrich-braun-klinikum.de
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	01.08.2008
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN¹² Nominal _____ - / 4,67% / 4,67%
KAPITAL Stammkapital _____ 25.000 EUR

GESELLSCHAFTER Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH
_____ 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Die HBK-Poliklinik gemeinnützige GmbH in Zwickau verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege sowie die Förderung des Wohlfahrtswesens vor allem im Raum Zwickau und Umgebung.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch

- die Einbringung ambulanter medizinischer Leistungen im Rahmen von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) im Sinne des § 95 Abs. 1 SGB V,
- die Unterstützung von Personen gemäß § 53 AO, insbesondere durch Ermöglichung von erforderlicher medizinischer Behandlung.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Michael Kamolz
Frau Bianca Steiner

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Als 100-prozentige Tochtergesellschaft des Heinrich-Braun-Klinikums gGmbH liegt der Zweck der Gesellschaft in dem Betreiben von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ).

¹² unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Ende 2022 werden

- das MVZ Poliklinik am Neumarkt
- das MVZ Poliklinik Moritzstraße
- das MVZ Poliklinik West Strahlentherapie
- das MVZ Poliklinik West
- das MVZ Poliklinik West II
- das MVZ Poliklinik Crimmitschau
- das MVZ Poliklinik Kirchberg
- das MVZ Poliklinik am Borberg/Kirchberg
- das MVZ Poliklinik am Brühl/Kirchberg
- das MVZ im Volksbad/Kirchberg
- das MVZ Poliklinik am Schwanenteich
- das MVZ Polimed
- das MVZ Poliklinik Gefäßzentrum Zwickau
- das MVZ Poliklinik Neuplanitz
- das MVZ Poliklinik Wilkau-Haßlau

betrieben.

Die HBK-Poliklinik gemeinnützige GmbH erreichte in den 15 betriebenen Medizinischen Versorgungszentren 76,25 KV-Sitzen im Geschäftsjahr 2022 eine Behandlungsfallzahl von 211.671. Im Geschäftsjahr 2021 mit 71,75 KV-Sitzen lag die Behandlungsfallzahl bei 203.144. Damit ergibt sich eine Steigerung von 4,2 %. Der Fallzahlenanstieg ist das Resultat der in 2022 erworbenen KV-Sitze, welche den coronabedingten Rückgang kompensieren konnten. Das Vorkrisenniveau ist allerdings noch nicht erreicht.

Mit dem Kauf aller Geschäftsanteile an der Paracelsus Zwickau MVZ GmbH erwarb die HBK-Poliklinik gemeinnützige GmbH im Wege eines Share Deals rückwirkend zum 1. Januar 2022 100 % am Vermögen dieser Gesellschaft. Zum Zeitpunkt der Übernahme waren 9,5 KV-Sitze integriert. Am 23. Dezember 2022 erfolgte am Amtsgericht Chemnitz die Umfirmierung in HBK MVZ Zwickau gemeinnützige GmbH.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Insgesamt konnten TEUR 20.210 Erlöse aus ambulanten Leistungen erzielt werden. (Vorjahr: TEUR 18.807).

Sonstige betriebliche Erträge wurden i. H. v. TEUR 876 (Vorjahr: TEUR 652) erwirtschaftet. Diese resultieren aus Zuwendungen der öffentlichen Hand (TEUR 404), aus periodenfremden Erträgen (TEUR 153) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen i. H. v. TEUR 207.

Mit der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen wurden die Leistungen für alle vier Quartale 2022 abgerechnet.

Im Geschäftsjahr 2022 wurde ein Jahresverlust in Höhe von TEUR 294 erzielt (Vorjahr: Verlust TEUR 449).

Die Steigerung des Personalaufwandes um TEUR 907 ergibt sich im Wesentlichen aus der Aufstockung des Personals durch Übernahme und Eröffnung neuer Praxen.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Die flüssigen Mittel haben sich im Wirtschaftsjahr um TEUR 1.281 auf TEUR 1.652 erhöht. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2022 jederzeit gegeben.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur ist für das Jahr 2022 ausgeglichen. Das Eigenkapital verringert sich um TEUR 294. Daraus ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 62 %. Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2022 ist im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 20.506 auf TEUR 22.691 gestiegen.

Risiko- und Prognosebericht

Für das kommende Geschäftsjahr wird mit einer Steigerung der Fallzahlen und der Umsätze gerechnet. Ergebnisbelastend werden sich steigende Personalkosten und der aufgrund weiterer Investitionstätigkeiten erhöhte Abschreibungsaufwand auswirken.

Der Fortbestand der Gesellschaft ist nachhaltig gesichert. Insgesamt wird in der ambulanten Versorgung mit einem weiterhin schwierigen Umfeld zu rechnen sein.

Die Risiken im Gesundheitssektor liegen vor allem in der Abhängigkeit von politischen und sonstigen Einflüssen und den daraus resultierenden Auswirkungen auf die Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Weitere Risiken liegen in den Tarifforderungen der Bundesärztekammer als auch des Marburger Bundes, die auch Auswirkungen auf die Personalkostenentwicklung der HBK-Poliklinik haben werden. Die Tarifabschlüsse übersteigen zunehmend die Erlöszuwächse, somit ist von einem stetigen Kostendruck auszugehen. Die Nachbesetzung von Sitzen wird eine enorme Herausforderung für die Zukunft darstellen. Durch vorausschauende Personalplanung und Personalentwicklung sowie Absprachen mit den im Krankenhaus tätigen Ärzten sollte die Nachbesetzung möglich sein.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine bestandsgefährdenden bzw. die Entwicklung wesentlich beeinträchtigenden Risiken erkennbar.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.13. HBK-SERVICE GEMEINNÜTZIGE GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Karl-Keil-Straße 35
FIRMENSITZ	08060 Zwickau
TELEFON	0375 51-0
E-MAIL	geschaeftsfuehrung@hbk-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.heinrich-braun-klinikum.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	02.07.2010
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN¹³ Nominal _____ - / 4,67% / 4,67%
KAPITAL Stammkapital _____ 25.000 EUR

GESELLSCHAFTER Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH
_____ 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen an die "Heinrich-Braun-Klinikum Zwickau gemeinnützige GmbH" mit Sitz in Zwickau und an mit dieser verbundenen Unternehmen in den Bereichen: Speisenversorgung, Technik, Hauswirtschaft und Logistik, Patientenservice sowie Physio- und Ergotherapie. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet erscheinen, dem Gegenstand des Unternehmens zu dienen.

Die Gesellschaft darf weitere Geschäfte betreiben, soweit diese dem Gesellschaftszweck dienlich sind oder mit ihnen in Zusammenhang stehen. Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten, mit Unternehmen kooperieren und Interessengemeinschaften eingehen.

Die Errichtung und Übernahme von Unternehmen sowie die Beteiligung an anderen Unternehmen bedarf der Zustimmung der Stadt Zwickau und des Landkreises Zwickau.

Die Gesellschaft darf ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn den Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 des § 96a Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung entsprechende Regelungen im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens enthalten sind, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaften, für die ebenfalls dieses Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrags berechtigten Mehrheit der Anteile hat. Bei einer geringeren Beteiligung hat die Gesellschaft darauf hinzuwirken, dass die genannten Regelungen getroffen werden. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Unternehmen in anderen Rechtsformen des privaten Rechts.

Die Dauer der Gesellschaft ist unbestimmt.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Rüdiger Glaß

¹³ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Der Geschäftsverlauf im Wirtschaftsjahr 2022 war wie im Klinikum selbst von den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie geprägt. Der hohe Krankenstand durch immer wiederkehrende Infektionen belastet die Erbringung der Dienstleistungen enorm. So war es im Jahresverlauf nicht durchgängig möglich, sämtliche Reinigungsleistungen zu erbringen. Kompensation erfolgte in patientenfernen Bereichen. Auch im Hol- und Bringedienst kam es wiederholt zu Verzögerungen in den Abläufen, sodass Wartezeiten in manchen Bereichen nicht auszuschließen waren.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Die HBK-Service gemeinnützige GmbH weist zum 31. Dezember 2022 ein positives Ergebnis von TEUR 12 (Vorjahr TEUR 4) aus.

Die Finanzlage war stabil und die Liquidität im Wirtschaftsjahr stets gesichert.

Die Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 10.720 (Vorjahr TEUR 9.932) resultieren ausschließlich aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Gesellschafterin. Sonstige betriebliche Erträge fielen in Höhe von TEUR 132 (Vorjahr TEUR 123) an und resultieren im Wesentlichen aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen und Erstattungen der öffentlichen Hand.

Die Gesellschaft hat im Jahresmittel 252,16 Vollkräfte (Vj. 251,3 VK) beschäftigt, für welche ein Personalaufwand i. H. v. TEUR 10.790 (Vj. TEUR 9.965) entstanden ist. Die Abweichung zum Vorjahr resultiert aus der Tarifsteigerung von 4 Prozent.

Der Materialaufwand ergibt sich im Wesentlichen aus dem Servicevertrag für Dienstleistungen der Gesellschafterin.

Im sonstigen betrieblichen Aufwand sind sonstige Verwaltungsgebühren, Fort- und Weiterbildungskosten sowie Personalleasing enthalten.

Risiko- und Prognosebericht

Für das kommende Geschäftsjahr geht die Gesellschaft von leicht steigenden Umsätzen aus. Insgesamt erwartet sie ein leicht positives Ergebnis.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.14. HBK-DIAGNOSTIK GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Karl-Keil-Straße 35
FIRMENSITZ	08060 Zwickau
TELEFON	0375 51-0
E-MAIL	ilab@hbk-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.heinrich-braun-klinikum.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	01.01.2019
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN¹⁴
KAPITAL Nominal _____ - / 4,67% / 4,67%
Stammkapital _____ 25.000 EUR

GESELLSCHAFTER Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH
_____ 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Leistungen im medizinischen Bereich, insbesondere Laborleistungen für die „Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH“ mit Sitz in Zwickau und an mit dieser verbundenen Unternehmen. Sie kann Leistungen auch für andere Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte, Medizinische Versorgungszentren oder sonstige Einrichtungen im Bereich des Gesundheitswesens erbringen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet erscheinen, dem Gegenstand des Unternehmens zu dienen. Die Gesellschaft ist insbesondere berechtigt, medizinische Versorgungszentren zu gründen, zu unterhalten und sich daran zu beteiligen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Dr. med. habil. Peter Reichardt

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung zum Geschäftsverlauf

Die HBK-Diagnostik GmbH wurde 2019 als hundertprozentige Tochter der Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH errichtet. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Leistungen im medizinisch-technischen Bereich, insbesondere Laborleistungen, für die Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH und damit verbundene Unternehmen sowie für andere Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Die Finanzlage der Gesellschaft war im Wirtschaftsjahr stabil und die Liquidität stets gesichert. Es wurde ein Jahresüberschuss von TEUR 60 (Vorjahr: TEUR 7) erzielt.

¹⁴ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Ertragslage

Die HBK-Diagnostik GmbH erbrachte im Berichtsjahr fast ausschließlich Leistungen an die Gesellschafterin (TEUR 4.525 Vorjahr: TEUR 4.760). Durch die Leistungserbringung an Dritte erwirtschaftete die Gesellschaft Umsatzerlöse i. H. v. TEUR 4 (Vorjahr: TEUR 7).

Personalaufwand

Die Gesellschaft hat im Jahresmittel 33,14 Vollkräfte (Vorjahr: 31,12 Vollkräfte) beschäftigt, für welche ein Personalaufwand i. H. v. TEUR 2.110 (Vorjahr: TEUR 1.922) entstanden ist. Die Erhöhung beruht nahezu ausschließlich auf der für die Gesellschaft kostenneutralen Umschichtung von Personalkosten für die Geschäftsführung aus dem Geschäftsbesorgungsaufwand in den Posten Personalaufwand. Für die Folgejahre (insbesondere ab 2025) sind schrittweise Reduktionen im Personalschlüssel möglich und vorgesehen.

Materialaufwand

Der Materialaufwand (TEUR 1.863, Vorjahr: TEUR 2.259) ergibt sich größtenteils aus dem Laborbedarf (TEUR 1.589, Vorjahr: 1.889), Fremduntersuchungen (TEUR 190, Vorjahr: TEUR 100) und dem Geschäftsbesorgungsaufwand mit der Gesellschafterin (TEUR 75 Vorjahr: TEUR 224). Auch die zurückgehenden pandemiebedingten Untersuchungsanforderungen, vor allem beim PCR-Test, wirkten sich positiv auf die Entwicklung des Materialaufwandes aus.

Sonstiger Aufwand

Der sonstige betriebliche Aufwand (TEUR 465 Vorjahr: TEUR 571) ergibt sich im Wesentlichen aus EDV- und Organisationsaufwand (TEUR 30 Vorjahr: TEUR 46), Instandhaltungs- (TEUR 183 Vorjahr: TEUR 150) und Mietaufwand (TEUR 221 Vorjahr: TEUR 318).

Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2022 betragen die flüssigen Mittel der Gesellschaft TEUR 356 (Vorjahr: TEUR 207). Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2022 jederzeit gegeben. Die Vermögens- und Kapitalstruktur ist für das Jahr 2022 ausgeglichen. Das Eigenkapital erhöhte sich um den Jahresüberschuss auf TEUR 139 (Vorjahr: TEUR 79). Insgesamt betragen die Rückstellungen zum 31. Dezember 2022 TEUR 197 (Vorjahr: TEUR 178) und wurden maßgeblich für Personalverpflichtungen gebildet.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Für das kommende Wirtschaftsjahr geht die Gesellschaft weitestgehend von vergleichbaren Umsätzen aus. Wenngleich die derzeit beobachteten, teils dramatischen Steigerungen der Fracht-, Arbeits- und Verbrauchsmittel- sowie Energiekosten eine Erhöhung der Ausgaben erwarten lassen müssen, so gehen wir durch eine aktiv angepasste Einkaufspolitik und eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Analysespektrums erneut von einem positiven Jahresergebnis aus.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.15. HBK VERWALTUNG UND BILDUNG GEMEINNÜTZIGE GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Karl-Keil-Straße 35
FIRMENSITZ	08060 Zwickau
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	18.07.2022
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹⁵	Nominal _____ - / 4,62% / 4,62%
KAPITAL	Stammkapital _____ 26.000 EUR

GESELLSCHAFTER	Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH _____ 23.400 EUR (90,00%) Senioren- und Seniorenpflegeheim gemeinnützige GmbH Zwickau _____ 2.600 EUR (10,00%)
----------------	--

UNTERNEHMENSgegenstand

Die HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH mit Sitz in Zwickau verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege, die Förderung der Volks- und Berufsbildung, die Förderung der Altenhilfe sowie die Förderung des Wohlfahrtswesens vor allem im Raum Zwickau und Umgebung durch den Betrieb einer medizinischen Berufsfachschule und eines Bildungszentrum sowie durch die Erbringung von Kooperationsleistungen an andere steuerbegünstigte Körperschaften und den Bezug von Kooperationsleistungen von anderen steuerbegünstigten Körperschaften, insbesondere an die bzw. von der „Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH“ mit Sitz in Zwickau und an mit dieser verbundenen Unternehmen.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch

- den Betrieb der Medizinischen Berufsfachschule am Heinrich-Braun-Klinikum
- den Betrieb eines Bildungszentrums
- die Erbringung von Kooperationsleistungen (insbesondere Geschäftsbesorgungsangelegenheiten, Bildungsleistungen) und den Bezug von Kooperationsleistungen (u. a. Überlassung von Räumen und Einrichtungen).

Die Gesellschaft ist zu weiteren Maßnahmen berechtigt, darf weitere Geschäfte betreiben und ist zum Bezug weiterer Kooperationsleistungen berechtigt, soweit diese dem Geschäftszweck dienlich sind oder mit ihm im Zusammenhang stehen.

¹⁵ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Jens Geigenmüller

(ab 17.08.2022)

Herr Rüdiger Glaß

(ab 17.08.2022)

Herr Mirco Schmidt

(ab 17.08.2022)

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Zwickau vom 28. April 2022 und des Kreistagsbeschlusses vom 6. Juli 2022 wurde am 6. Juli 2022 durch notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages die HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH errichtet. Die Eintragung der Gesellschaft erfolgte im Handelsregister B des Amtsgerichtes Chemnitz unter der Nummer 35102.

Die Gesellschaft hat Wege der Ausgliederung zur Aufnahme gemäß Spaltungs- und Übernahmevertrag vom 2. August 2022 einen Teil des Vermögens der Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH als Gesamtheit übernommen. Die Übertragung des Vermögens erfolgte mit Wirkung zum 1. Januar 2022.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Die HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH weist zum 31. Dezember 2022 ein positives Ergebnis von TEUR 7 aus.

Die Finanzlage war stabil und die Liquidität im Wirtschaftsjahr stets gesichert.

Die Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 9.536 resultieren aus der Leistungserbringung an die Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH und an mit dieser verbundenen Unternehmen. Sonstige betriebliche Erträge fielen in Höhe von TEUR 99 an und resultieren im Wesentlichen aus Erstattungen Dritter für laufenden Aufwand und aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die Gesellschaft hat im Jahresmittel 65,85 Vollkräfte beschäftigt, für welche ein Personalaufwand i. H. v. TEUR 8.436 entstanden ist.

Der Materialaufwand i. H. v. TEUR 398 ergibt sich im Wesentlichen aus Energiekosten (TEUR 142) und aus bezogenen Leistungen von der Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH und an mit dieser verbundenen Unternehmen (TEUR 141).

Im sonstigen betrieblichen Aufwand (TEUR 695) sind Verwaltungsgebühren, EDV- und Organisationsaufwand und Fort- und Weiterbildungskosten enthalten.

Risiko- und Prognosebericht

Für das kommende Geschäftsjahr geht die Gesellschaft von leicht steigenden Umsätzen aus. Insgesamt erwartet sie ein leicht positives Ergebnis.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.16. SENIOREN- UND SENIORENPFLEGEHEIM GEMEINNÜTZIGE GMBH ZWICKAU

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Sternenstraße 5
FIRMENSITZ	08066 Zwickau
TELEFON	0375 44050-900
E-MAIL	info@ssh-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.ssh-zwickau.de
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	01.09.1993
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹⁶	Nominal _____ - / 4,18% / 4,18%
KAPITAL	Stammkapital _____ 1.816.000 EUR

GESELLSCHAFTER	Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH _____ 1.071.416 EUR (59,00%)
	Senioren- und Seniorenpflegeheim gemeinnützige GmbH Zwickau _____ 617.464 EUR (34,00%)
	Stadt Zwickau _____ 127.120 EUR (7,00%)

TOCHTERUNTERNEHMEN

SSH Service GmbH	30.000 EUR (100,00%)
Äskulap Zwickau Pflegedienst gemeinnützige GmbH	58.299 EUR (78,57%)
Senioren- und Seniorenpflegeheim gemeinnützige GmbH Zwickau	617.464 EUR (34,00%)
HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH	2.600 EUR (10,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Förderung der Alten- und Behindertenhilfe durch Betreiben von sozialen Einrichtungen sowie durch Erbringung von Kooperationsleistungen an andere steuerbegünstigte Körperschaften und Bezug von Kooperationsleistungen von anderen steuerbegünstigten Körperschaften. Das Unternehmen dient einem Gemeinbedarf zur Unterbringung, Betreuung, Förderung, Versorgung und Pflege alter, pflegebedürftiger und behinderter Menschen.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch Besitz und Betrieb von betreuten Wohnformen für ältere oder behinderte Menschen, Spezialpflegeeinrichtungen, Altenpflegeeinrichtungen, Wohnheimen für behinderte Menschen sowie durch Erbringung von Kooperationsleistungen an steuerbegünstigte Tochterunternehmen der Senioren- und Seniorenpflegeheim GmbH und der Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH, insbesondere an die SSH Service gemeinnützige GmbH, Äskulap Zwickau Pflegedienst gemeinnützige GmbH und an andere jeweils steuerbegünstigte Alten- und Pflegeeinrichtungen oder Bezug von Kooperationsleistungen von diesen steuerbegünstigten Körperschaften.

Die zu erbringenden bzw. bezogenen Kooperationsleistungen umfassen insbesondere Leistungen in den Bereichen Management- und Betriebsführung, Auftragsmanagement, Geschäftsbesorgung,

¹⁶ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Personalverwaltung, Buchhaltung, Controlling, IT, Beschaffung und Einkauf, Vermietung und Nutzungsüberlassung sowie Leistungen in den Bereichen Bewirtschaftung, Catering, Reinigung, Facility-Dienstleistungen, Verwaltung, Beratung und Schulung von Spezialbetrieben und deren Nebenbetrieb, Belieferung mit Waren aller Art sowie Bildungsleistungen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Jens Geigenmüller

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Das Wirtschaftsjahr 2022 stand weiterhin unter dem Einfluss der abklingenden Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sowie den Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine mit Unsicherheiten, Lieferengpässen sowie enormen Preisanstiegen insbesondere bei Energie und Lebensmitteln.

Wesentliche Schwerpunkte im Wirtschaftsjahr 2022 für die SSH gGmbH waren im Einzelnen:

- ständige Koordinierung von Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung des Corona-Virus unter Führung des SSH-Führungsstabs mit verstärkter Angehörigenarbeit wie Besuchsregelungen und Hygieneplänen
- Koordinierung von Personalausfällen durch Krankheit und Pandemie sowie Organisation der Schnelltests von Mitarbeitern und Bewohnern
- Beschaffung von Erstattungsleistungen für pandemiebedingte Umsatzausfälle und Zusatzkosten
- Engmaschiges Controlling des Personals bei Minderauslastung sowie Umsetzung des Tariftreuegesetzes und des Pflegemindestlohns
- Controlling aller Sachkosten, insbesondere Koordinierung von Maßnahmen zur Energieeinsparung sowie Beratungen zur Abfederung der Kostensteigerung insbesondere Energie
- weitere Optimierung des internen Qualitätsmanagementsystems auf alle Bereiche mit Qualitätszielen und internen Audits
- Durchführung der geplanten Instandsetzungs- und Investitionsmaßnahmen, insbesondere den Umbau und Modernisierung der Küche im Haus Planitz.

Mit einer Auslastung der vollstationären Pflegeeinrichtungen von 93,25 % wurde das Niveau des Vorjahres um ca. 1 % gesteigert. Im Sommer trat eine Erholung der Nachfrage nach Pflegeheimplätzen ein, nur Doppelzimmer waren schwer vermittelbar. Hier zeigte sich der Wettbewerbsnachteil von Einrichtungen mit einem hohen Doppelzimmeranteil. Durch hohe Krankenstände des Personals konnten vereinzelt keine Bewohner aufgenommen werden. Die Personalrekrutierung gestaltet sich oft schwierig, da in den Einrichtungen noch immer Masken- und Impfpflicht durchgesetzt werden musste.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Die Umsatzerlöse erhöhten sich mit TEUR 27.710 um TEUR 809 (3 %) zum Vorjahr. Dies ist durch Steigerung der Vergütung der Kostensätze ab Oktober 2022 sowie einer Auslastungssteigerung von 1 % gegenüber dem Vorjahr erfolgt. Der Planwert wurde pandemiebedingt um TEUR 233 (1 %) nicht erreicht.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Die Realisierung aller Aufgabenbereiche im Wirtschaftsjahr erfolgte mit durchschnittlich 437 Mitarbeitern (Vj. 448), davon waren 33 (Vj. 36) Auszubildende.

Das Eigenkapital der Gesellschaft verringerte sich geringfügig um TEUR 65 auf TEUR 16.905. Der Wert kann als eine sehr solide Grundlage angesehen werden.

Der Bestand an liquiden Mitteln erhöhte sich im Geschäftsjahr zum Bilanzstichtag um TEUR 45 auf TEUR 8.061. Die Gesellschaft konnte jederzeit allen Zahlungsverpflichtungen nachkommen.

Risiko- und Prognosebericht

Von besonderer Bedeutung in der weiteren Entwicklung hinsichtlich einer Risikominimierung für den wirtschaftlichen Bereich ist die Zusammenarbeit innerhalb des HBK-Verbundes. Vor allem in der Umsetzung und Realisierung gemeinsamer Anstrengungen einer umfassenden Pflegeüberleitung, eines gemeinsamen Entlassungs- und Überleitungsmanagements sowie gemeinsamer wirtschaftlicher Strategien ist es möglich, gezielt die positive Entwicklung aller Partner zu beeinflussen. Mit der Integration des ambulanten Pflegedienstes 2020 wurden diese Effekte noch verstärkt und haben sich in der herrschenden Pandemielage bestens bewährt. Außerdem konnten die SSH-Unternehmen vom Fachwissen und Einkauf des HBK profitieren.

Unter dem Aspekt der Beachtung real bestehender Pflegeplatzkapazitäten in der Stadt Zwickau und im Landkreis Zwickau ist eine Auslastungsvorhersage zur Ermittlung gesicherter wirtschaftlicher Kennzahlen der SSH gGmbH in den nächsten Jahren nicht gegeben. Dies wird stark von gesetzlichen Regelungen, insbesondere vom Wettbewerb mit den im Bau befindlichen und bereits fertiggestellten stationären Pflegeeinrichtungen bestimmt.

In den nächsten Jahren muss die Gesellschaft zunehmend in ambulante Projekte in der Region Zwickau investieren, um ihre bestehende gute Position am und im Pflegemarkt zu sichern und auszubauen.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.17. VERKEHRSSICHERHEITZENTRUM AM SACHSENRING GMBH & CO. KG

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Am Sachsenring 2
FIRMENSITZ	09353 Oberlungwitz
TELEFON	03723 6533-0
TELEFAX	03723 6533-55
E-MAIL	info@sachsenring.de
WEBSEITE	http://www.sachsenring.de
RECHTSFORM	GmbH & Co. KG
GRÜNDUNGSDATUM	18.02.1994
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	16.02.2017

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹⁷	Nominal _____ 21,05% / - / 21,05%
KAPITAL	Komplementäreinlage _____ - EUR
	Kommanditeinlage _____ 22.800 EUR

GESELLSCHAFTER

KOMMANDITISTEN

ADAC Sachsen e. V.	_____ 7.800 EUR (34,21%)
BKP Beteiligungs GmbH	_____ 6.600 EUR (28,95%)
Landkreis Zwickau	_____ 4.800 EUR (21,05%)
Motor Presse Stuttgart GmbH & Co. KG	_____ 3.000 EUR (13,16%)

KOMPLEMENTÄR

Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH
Sachsenring

TOCHTERUNTERNEHMEN

Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH Sachsenring	7.800 EUR (26,00%)
--	--------------------

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, der Besitz und Betrieb eines Entwicklungszentrums Fahrzeug-, Sicherheits- und Verkehrssicherheitstechnik einschließlich des Angebotes von Laborleistungen für die gewerbliche Wirtschaft. Das Unternehmen führt dabei Dienstleistungen für Forschung, Entwicklung, wie z. B.:

- Produktentwicklung für Elektro- und Solarantriebe für Fahrzeuge,
- Langzeitversuche für Reifen und Fahrwerke auf verschiedenen Fahrbahnbelägen,
- Erprobung von Sicherheitseinrichtungen an Fahrzeugen (z. B. Crashtests),
- Entwicklung von Kleinserien und Tuningbausätzen,
- Messungen von Emissionen und Immissionen (Test von Lärmschutzwänden)

¹⁷ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

im Auftrag für dritte Unternehmen selbst durch.

Bestandteil des Unternehmens ist die Arbeit auf dem Gebiet zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insbesondere die Durchführung von Fahrsicherheitslehrgängen.

Daneben ist die Möglichkeit zur Durchführung von regionalen Leistungsschauen vorgesehen. Die Gegenstände des Unternehmens sollen auch dazu dienen, die Wirtschaftskraft des Landkreises Zwickau zu stärken, insbesondere seinen Bekanntheitsgrad zu steigern und den Fremdenverkehr zu fördern. Die Gesellschaft ist insoweit wirtschaftsfördernd tätig.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Ruben Zeltner

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Procontext Revision und Beratung GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen des Unternehmens

Die VSZ am Sachsenring GmbH & Co. KG ist eine multifunktionelle Fahrtrainingsanlage. Das Unternehmenskonzept stützt sich auf drei Säulen. Die VSZ am Sachsenring GmbH & Co. KG ist ein Fahrtrainingszentrum, Veranstaltungsgelände für Events und nicht permanente Rennstrecke in einem. Die Angebotspalette reicht von mehrstufigen Fahrsicherheitstrainings für Autos, Motorräder, Bussen und LKW's über Sportfahrerlehrgänge, Incentives für spezielle Kunden, Mitarbeiter- und Motivationsseminare oder Firmenfeiern bis hin zu Pressekonferenzen, Produktpräsentationen und noch vieles mehr. Darüber hinaus vermietet die VSZ am Sachsenring GmbH & Co. KG die Trainingspiste der Rennstrecke an externe Veranstalter von Sicherheits- und Rennstreckentrainings. Zusätzlich vermietet die VSZ am Sachsenring GmbH & Co. KG die Rennstrecke "Sachsenring" an den ADAC Sachsen zum Zwecke der Durchführung von Motorsportveranstaltungen am Sachsenring.

Wirtschaftsbericht

Am Anfang des Jahres waren die Buchungen der Kunden, beeinflusst durch die Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg, noch eher zurückhaltend. Ab März konnten durch den Wegfall der Corona-Einschränkungen allerdings wieder bessere Umsätze erwirtschaftet werden. Insgesamt sind die Umsätze im Vergleich zu den Beiden Vorjahren deutlich gestiegen und erreichen wieder ein vor-Corona-Niveau.

Mit dem Verschmelzungsvertrag vom 27.04.2022 wurde die VSZ Beteiligungs GmbH rückwirkend zum 01.01.2022 zu Buchwerten auf unsere Gesellschaft verschmolzen. In Folge der Verschmelzung mussten die Anteile an der VSZ Beteiligungs GmbH aus dem Anlagevermögen ausgebucht werden. Nach Verrechnung mit den Untergegangenen Verbindlichkeiten und dem übernommenen Bankguthaben ergibt sich ein Verschmelzungsverlust in Höhe von 1.052,6 TEUR. Dieser wird in den übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen und hat sich mindernd auf das Jahresergebnis ausgewirkt. Der Verschmelzungsverlust hat keine negative Liquiditätsauswirkung, führt jedoch dazu, dass im Jahresabschluss ein Jahresfehlbetrag von 643,7 TEUR ausgewiesen werden muss. Unter Nichtberücksichtigung des Verschmelzungsverlustes, hätte der Jahresüberschuss 408,9 TEUR betragen.

Insoweit schätzen wir den Geschäftsverlauf als gut ein.

Lage der Gesellschaft

Die Vermögenslage unserer Gesellschaft ist nach wie vor sehr gut. Das Eigenkapital zum 31.12.2022 liegt bei 3.251,4 TEUR. Die Eigenkapitalquote beträgt 53 %, hat sich jedoch gegenüber dem Vorjahr um 5,1 %-Punkte verringert.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Durch die Verschmelzung der VSZ Beteiligungs GmbH auf unsere Gesellschaft ist die Darlehensverbindlichkeit gegenüber der VSZ Beteiligungs GmbH in Höhe von 267 TEUR weggefallen.

Die Finanzlage kann als solide bezeichnet werden.

Nach Ertragssteuern (Gewerbesteuer) in Höhe von 62,5 TEUR und dem Verschmelzungsverlust von 1.052,6 TEUR ergab sich ein Jahresfehlbetrag von 643,7 TEUR.

Chancen- und Risikobericht

Neben den allgemeinen Risiken, die sich aus unserer täglichen Arbeit ergeben, wie Beschaffungsrisiken, Personalrisiken, Vermietungsrisiken und Umweltschutzrisiken ist derzeit noch nicht abschätzbar, wie sich die steigenden Verbraucherpreise auf die weiteren Kursbuchungen und somit auf unseren Umsatz auswirken.

Auch in unserer Gesellschaft sind die Preissteigerungen insbesondere bei Energiekosten aber auch bei sämtlichen anderen Kosten deutlich spürbar. Dies zwingt uns dazu, unsere Preise weiter anzuheben.

Anfang des Jahres 2022 stellte der BUND LV Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen einen Antrag auf nachträgliches immissionsschutzbehördliches Einschreiten hinsichtlich unserer Betriebsführung auf der Grundlage unserer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung. Wir beauftragten daraufhin einen auf dieses Thema spezialisierten Anwalt aus München. Es wurde ein umfangreiches Gutachten zur Beurteilung der Geräuschemission durch einen Sachverständigen erstellt und zusammen mit unserer Stellungnahme eingereicht.

Am 21.04.2023 wurde unserem Anwalt ein Bescheid der Landesdirektion Sachsen zugestellt, der unsere immissionsrechtliche Genehmigung derart einschränkt, dass quasi keine Rennstreckentrainings, Rundkursvermietungen und Incentivveranstaltungen mehr durchgeführt werden können. Dies hätte zur Folge, dass ca. 40 % unserer Umsätze wegbrechen würden und wir nicht mehr in der Lage wären, gewinnbringend zu wirtschaften.

In der heutigen Zeit mit den Problemen zunehmenden Verkehrs als auch der Möglichkeiten interessanter Freizeitgestaltung sehen wir uns gut gerüstet, die sich daraus entwickelnden Bedürfnisse mit unserem Angebot zu bedienen.

Die Prognose für das Jahr 2023 ist, auf Grund der derzeitigen Buchungen, eigentlich gut. Allerdings kann der [...] Bescheid der Landesdirektion Sachsen mit der Einschränkung unserer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung dazu führen, dass wir einen erheblichen Teil der Buchungen nicht durchführen können. Die Folge wäre ein dramatischer Umsatzeinbruch und damit einhergehende hohe Verluste.

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2022 (IST)
Leistungen an den Landkreis	
Auflösung Gewinnrücklage	154.639,06

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.18. VERKEHRSSICHERHEITZENTRUM VERWALTUNG GMBH SACHSENRING

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Am Sachsenring 2
FIRMENSITZ	09353 Oberlungwitz
TELEFON	03723 6533-0
TELEFAX	03723 6533-55
E-MAIL	info@sachsenring.de
WEBSEITE	http://www.sachsenring.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	18.02.1994
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	06.06.2016

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹⁸	Nominal _____ 16% / 5,47% / 21,47%
KAPITAL	Stammkapital _____ 30.000 EUR

GESELLSCHAFTER	ADAC Sachsen e. V. _____ 7.800 EUR (26,00%)
	Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG _____ 7.800 EUR (26,00%)
	BKP Beteiligungs GmbH _____ 6.600 EUR (22,00%)
	Landkreis Zwickau _____ 4.800 EUR (16,00%)
	Motor Presse Stuttgart GmbH & Co. KG _____ 3.000 EUR (10,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG, die zum Gegenstand hat, die Errichtung, den Besitz und den Betrieb eines Entwicklungszentrums Fahrzeug-, Sicherheits- und Verkehrssicherheitstechnik einschließlich des Angebotes von Laborleistungen für die gewerbliche Wirtschaft. Das Unternehmen führt dabei Dienstleistungen für Forschung, Entwicklung, wie z. B.:

- Produktentwicklung für Elektro- und Solarantriebe für Fahrzeuge,
- Langzeitversuche für Reifen und Fahrwerke auf verschiedenen Fahrbahnbelägen,
- Erprobung von Sicherheitseinrichtungen an Fahrzeugen (z. B. Crashtests),
- Messungen von Emissionen und Immissionen (Test von Lärmschutzwänden)

im Auftrag für dritte Unternehmen selbst durch.

Bestandteil des Unternehmens ist die Arbeit auf dem Gebiet zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insbesondere die Durchführung von Fahrsicherheitslehrgängen.

¹⁸ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Daneben ist die Möglichkeit zur Durchführung von regionalen Leistungsschauen vorgesehen. Die Gegenstände des Unternehmens sollen auch dazu dienen, die Wirtschaftskraft des Landkreises Chemnitzer Land zu stärken, insbesondere seinen Bekanntheitsgrad zu steigern und den Fremdenverkehr zu fördern. Die Gesellschaft ist insoweit wirtschaftsfördernd tätig.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Ruben Zeltner

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

procontext Revision und Beratung GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen des Unternehmens

Wir sind persönlich haftender Gesellschafter der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG.

Wirtschaftsbericht

Die Haftungsvergütung und die Vergütung für die Geschäftsführung von T€ 114,3 haben die laufenden Kosten gedeckt. Es ergibt sich ein Jahresüberschuss von € 913,26. Insoweit schätzen wir den Geschäftsverlauf als gut ein.

Chancen- und Risikobericht

Die Risikolage wird ganz wesentlich durch die gesellschaftsrechtliche Funktion als persönlich haftender Gesellschafter der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG bestimmt.

Neben den allgemeinen Risiken, die sich aus der täglichen Arbeit der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG ergeben, wie Beschaffungsrisiken, Personalrisiken, Vermietungsrisiken, Liquiditätsrisiken und Umweltschutzrisiken ist derzeit noch nicht abschätzbar, wie sich die steigenden Verbraucherpreise auf die weiteren Kursbuchungen und somit auf den Umsatz der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG auswirken.

Anfang des Jahres 2022 stellte der BUND LV Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen einen Antrag auf nachträgliches immissionsschutzbehördliches Einschreiten hinsichtlich der Betriebsführung der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG auf der Grundlage deren immissionsschutzrechtlichen Genehmigung.

Die Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG beauftragten daraufhin einen auf dieses Thema spezialisierten Anwalt aus München. Es wurde ein umfangreiches Gutachten zur Beurteilung der Geräuschemission durch einen Sachverständigen erstellt und zusammen mit der Stellungnahme der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG eingereicht.

Am 21.04.2023 wurde dem Anwalt ein Bescheid der Landesdirektion Sachsen zugestellt, der die immissionsrechtliche Genehmigung der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG derart einschränkt, dass quasi keine Rennstreckentrainings, Rundkursvermietungen und Incentivveranstaltungen mehr durchgeführt werden können. Dies hätte für die Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG zur Folge, dass ca. 40 % ihrer Umsätze wegbrechen würden und sie nicht mehr in der Lage wäre, gewinnbringend zu wirtschaften.

Der Bescheid stellt ein akutes Risiko für die Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG dar und sie wird mit allen Mitteln dagegen vorgehen.

Chancen sind aufgrund des Gesellschaftszwecks nur bedingt gegeben.

Für das Geschäftsjahr 2023 erwarten wir wieder ein positives Ergebnis.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.19. BUSINESS AND INNOVATION CENTRE ZWICKAU GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Lessingstraße 4
FIRMENSITZ	08058 Zwickau
TELEFON	0375 541-0
TELEFAX	0375 541-300
E-MAIL	bic@bic-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.bic-zwickau.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	11.06.1991
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	17.09.2019

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹⁹	Nominal _____ 10% / - / 10%
KAPITAL	Stammkapital _____ 153.400 EUR

GESELLSCHAFTER	Stadt Zwickau _____ 92.040 EUR (60,00%)
	Sparkasse Zwickau _____ 38.350 EUR (25,00%)
	Landkreis Zwickau _____ 15.340 EUR (10,00%)
	IHK Chemnitz _____ 7.670 EUR (5,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Gründer- und Innovationszentrums sowie eines Technologieparks. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit ist dabei die Förderung von Unternehmensgründungen, Innovationen und Technologietransfer sowie das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen mit wirtschaftsfördernder Zielstellung. Die Gesellschaft verfolgt vorrangig keine Gewinnerzielungsabsicht zum Zweck der Erlangung von finanziellen Vorteilen für ihre Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Hierbei kann sie sich an anderen Unternehmen beteiligen bzw. deren bedienen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Andreas Sobe

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde auch im Jahr 2022 von den Auswirkungen der Corona-Krise nicht so hart getroffen wie andere Unternehmen. Obwohl die eingemieteten Firmen Ihre Mitarbeiter zum Großteil im Homeoffice arbeiten ließen, wurden keine Mietverträge gekündigt. Demzufolge konnten die

¹⁹ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Mieteinnahmen bei einer Auslastung der Büro- und Werkstattflächen (annähernd 100%) stabil gehalten werden. Allerdings konnten wegen der Corona-Schutzmaßnahmen die vorhandenen Schulungsräume wiederum nicht vermarktet werden.

Entsprechend der finanziellen Möglichkeiten sind kleinere Reparatur- und Sanierungsarbeiten an den Gebäuden durchgeführt worden. Größere Investitionen haben nicht stattgefunden.

Im Bereich der Dienstleistungen konnten die Aktivitäten auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr fortgeführt werden. Die Projekte „die Box“ und „Welcome Center“ des Landkreises Zwickau konnte erfolgreich weitergeführt und ausgebaut werden. Für das Projekt „Gründerzeit“ der Stadt Zwickau ist eine Vollzeitstelle installiert worden.

Lage des Unternehmens

Trotz des nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes konnte die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 23 T€ erreichen, was eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 52 % bedeutet. Begründet ist diese Steigerung durch Mehreinnahmen im Projektbereich und einer Erhöhung der Auslastung der Immobilien.

Die Finanzierung der laufenden Geschäfte sowie die Durchführung der geplanten Investitionen waren zu jeder Zeit sichergestellt. [...] Der Cashflow ist im Vergleich zum Vorjahr weiterhin positiv. Das Guthaben auf dem Geschäftskonto betrug zum Stichtag 90.695,12 €. Darüber hinaus verfügt die Gesellschaft über ein Depot beim Deka Investmentfonds. Die Depotübersicht weist zum 31.12.2022 einen Stand in Höhe von 444.061,23 € aus.

Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken

Für das Geschäftsjahr 2023 kann aus heutiger Sicht, trotz der sich verschlechternden weltpolitischen Lage und des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes, von einer stabilen Mieterstruktur ausgegangen werden. Jedoch wird die Reduzierung der Firma SD Worx zu einem Umsatzrückgang führen.

Im Bereich der Dienstleistungen konnten die Aktivitäten stabilisiert werden. Die vom Landkreis Zwickau in Auftrag gegebenen Projekte laufen weiter über das gesamte Geschäftsjahr. Das initiierte Jobportal hat sich auf gutem Niveau etabliert. Hier kann der Umsatzrückgang durch die reduzierte Mietfläche teilweise kompensiert werden. Größere Sanierungsarbeiten oder Investitionen sind nicht geplant.

Die in den letzten Jahren erfolgreiche Etablierung als Dienstleister wird zu vermehrten Projektanfragen und der Erweiterung der Kompetenzen im Bereich der Fachkräftegewinnung und des Gründergeschehens führen. Ab Mai 2023 werden die Aufgaben innerhalb des Projektes „Gründerzeit Zwickau“ übernommen. Die hohe Nachfrage zur Nutzung von Schulungsräumen wird zu einer Umsatzsteigerung führen.

Für das laufende kommunale Projekt „Gründerzeit Zwickau“ wurde ganzjährig eine Vollzeitstelle aktiviert, welche zu einem negativen Betriebsergebnis führen wird, welcher planerisch für das Gesamtjahr mit -76 T€ ausgewiesen ist und genehmigt wurde. Im Wirtschaftsplan sind Kleinreparaturen berücksichtigt. Sollte es an den mittlerweile 25 Jahre alten Gebäude und dessen Betriebsausstattung zu kostenintensiven Reparaturen kommen, stellt dieser Sachverhalt bei dem geringen Betriebsgewinn ein wirtschaftliches Risiko dar.

5. Zweckverbände

ZWECKVERBÄNDE

5.1. KOMMUNALER SOZIALVERBAND SACHSEN (KSV SACHSEN)

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Humboldtstraße 18
FIRMENSITZ	04105 Leipzig
TELEFON	0341 1266-0
TELEFAX	0341 1266-9700
E-MAIL	post@ksv-sachsen.de
WEBSEITE	http://www.ksv-sachsen.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	22.01.1993
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Stadt Dresden	12,50	6
Stadt Leipzig	12,50	6
Erzgebirgskreis	8,33	4
Landkreis Bautzen	8,33	4
Landkreis Mittelsachsen	8,33	4
Landkreis Zwickau	8,33	4
Landkreis Görlitz	6,25	3
Landkreis Leipzig	6,25	3
Landkreis Meißen	6,25	3
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	6,25	3
Stadt Chemnitz	6,25	3
Vogtlandkreis	6,25	3
Landkreis Nordsachsen	4,17	2
Gesamt		48

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Aufgaben des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen erstrecken sich nach Maßgabe der hierzu erlassenen besonderen Vorschriften auf die nachfolgenden Aufgaben des Sozialwesens und des Gesundheitswesens. Der Kommunale Sozialverband Sachsen ist

- überörtlicher Träger der Sozialhilfe,
- überörtliche Betreuungsbehörde,
- zuständig für die Aufgaben, die ihm durch das Landesjugendhilfegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1998 (SächsGVBl. S. 506), zuletzt geändert durch Artikel 40 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 168), in der jeweils geltenden Fassung, zugewiesen sind,
- zuständig für die Anerkennung und Förderung der niedrigschwelligen Betreuungsangebote gemäß § 45 b Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) - Soziale Pflegeversicherung - (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1994, BGBl. I S. 1014, 1015), das zuletzt durch Artikel 5 a des Gesetzes vom 19. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3024, 3031) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, die Förderung der Modellvorhaben nach § 45c Abs. 4 und 6 SGB XI sowie die Förderung ehrenamtlicher Strukturen und der Selbsthilfe nach § 45d SGB XI,

ZWECKVERBÄNDE

- zuständig für die Aufgaben nach § 7 Abs. 2 Nr. 1 und 3 des Gesetzes zur Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes und weiterer sozialer Entschädigungsgesetze (SächsDGBVG) vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 176), in der jeweils geltenden Fassung,
- zuständige Landesbehörde für die Erteilung der Zustimmung zur gesonderten Berechnung und die Entgegennahme der Mitteilung der gesonderten Berechnung nach § 82 Abs. 3 Satz 3 und Abs. 4 Satz 2 SGB XI und den hierzu erlassenen landesrechtlichen Ausführungsvorschriften,
- zuständige Stelle nach § 1 Abs. 3 Satz 1 der Verordnung über die Erstattung von Aufwendungen für die gesetzliche Rentenversicherung der in Werkstätten beschäftigten Behinderten (Aufwendungserstattungs-Verordnung) vom 11. Juli 1975 (BGBl. I S. 1896), die zuletzt durch Verordnung vom 31. Mai 1994 (BGBl. I S. 1203) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
- die Zentrale Vermittlungsstelle (Kopfstelle) zum Renten Service im Rentenauskunftsverfahren,
- zuständig für Aufgaben nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - (Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2001, BGBl. I S. 1046, 1047), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 18. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2894, 2999), in der jeweils geltenden Fassung, und gemäß § 15 a Abs. 1 Satz 5 und Abs. 2 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (SächsAGSGB) vom 06. Juni 2002 (SächsGVBl. S. 168, 169), zuletzt geändert durch Artikel 44 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 174), in der jeweils geltenden Fassung,
- zuständig für die Aufgaben nach § 7 Satz 4 des Gesetzes über die Gewährung eines Landesblindengeldes und anderer Nachteilsausgleiche (Landesblindengeldgesetz - LBlindG) vom 14. Dezember 2001 (SächsGVBl. S. 714), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 177), geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
- zuständig für die Aufgaben des Integrationsamtes nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch,
- zuständige Behörde gemäß § 23 Abs. 1 des Heimgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. November 2001 (BGBl. I S. 2970), das zuletzt durch Artikel 78 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407, 2416) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
- zuständig für die in den §§ 1 und 7 Abs. 1 und 2 Nr. 2 SächsDGBVG genannten Aufgaben,
- zuständig für den Vollzug von Richtlinien zur Förderung nach § 9 Abs. 2 des Landesjugendhilfegesetzes (LJHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1998 (SächsGVBl. S. 506), das zuletzt durch Artikel 40 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 168) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
- zuständig für den Vollzug des Teils B Abschnitt 4 der Richtlinie zur Förderung der Chancengleichheit vom 22. Mai 2007 (SächsABl. S. 768),
- zuständige Behörde oder Stelle für den Vollzug der in § 1 Abs. 2 des Gesetzes über den Vollzug des Berufsrechts der akademischen Heilberufe und der Gesundheitsfachberufe sowie der arzneimittel- und apothekenrechtlichen Vorschriften (Heilberufezuständigkeitsgesetz - HeilbZuG) vom 09. Februar 2004 (SächsGVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 61 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 180), in der jeweils geltenden Fassung, genannten Vorschriften, soweit nicht aufgrund einer Verordnung nach § 1 Abs. 2 oder 3 HeilbZuG etwas anderes bestimmt ist.

ZWECKVERBÄNDE

VERBANDSDIREKTOR/-IN

Frau Christin Wölk

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Henry Graichen

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Nach § 21 SächsKomSozVG finden auf die Wirtschaftsführung des KSV Sachsen die für die Landkreise geltenden Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes sowie der Jahresabschluss entsprechend Anwendung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

Am 07.12.2020 beschloss die Verbandsversammlung die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2021.

Das Sächsische Staatsministerium des Innern hat als Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 26. Februar 2021 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung bestätigt und die in § 5 festgesetzte Sozialumlage i. H. v. 9,3006356025 v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte genehmigt. Die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte im Sächsischen Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nr. 13 vom 1. April 2021.

Die Jahresrechnung 2021 (Kommunalhaushalt) schließt in der Ergebnisrechnung mit einem negativen Gesamtergebnis in Höhe von 25.252.419,32 EUR und in der Finanzrechnung mit einem Endbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von -23.501.223,78 EUR ab. Er verringert sich gegenüber dem Vorjahr um 2.988.001,65 EUR.

Die sozialen Transferaufwendungen (Aufwendungen der Sozialhilfe) erreichen ein Jahresergebnis von 700,7 Mio. EUR und liegen damit deutlich über den geplanten Aufwendungen in Höhe von 673,1 Mio. EUR. Das betrifft vorwiegend die Maßnahmekosten der Eingliederungshilfe, insbesondere die Leistungen in besonderen Wohnformen.

Aufgrund des für das Haushaltsjahr 2021 bereits Mitte des Jahres prognostizierten Fehlbetrages wurde mit Wirkung ab 10.06.2021 eine haushaltswirtschaftliche Sperre für den Teil Kommunalhaushalt ausgesprochen. Damit konnte ein noch höherer Fehlbetrag verhindert werden.

Die Liquidität hat sich insbesondere auf Grund des negativen Zahlungsmittelsaldos aus laufender Verwaltungstätigkeit um 3,0 Mio. EUR auf -23,5 Mio. EUR verringert.

Die Bilanzsumme beträgt 94.083.077 EUR.

Zum Ausgleich der Bilanz weist der Kommunalhaushalt einen nicht durch Kapitalposition gedeckten Fehlbetrag aus (35.206.893 EUR), welcher aber in der Gesamtbilanz durch die Ausgleichsabgabe kompensiert werden kann. Er resultiert aus den Fehlbeträgen der Jahre 2020 und 2021 und wird durch die geplanten Ausgleichs dieser Fehlbeträge in den Jahren 2022 und 2023 dann nicht mehr erforderlich sein.

ANMERKUNGEN

Die Feststellung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2022 steht noch aus. Aus diesem Grund beziehen sich die Angaben auf den Rechenschaftsbericht der Jahresrechnung 2021.

ZWECKVERBÄNDE

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2022 (IST)
Leistungen des Landkreises	
Laufende Umlagen	49.400.478,48

ZWECKVERBÄNDE

5.2. ZWECKVERBAND ABFALLWIRTSCHAFT SÜDWESTSACHSEN (ZAS)

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Schlachthofstraße 12
FIRMENSITZ	09366 Stollberg
TELEFON	037296 66-200
TELEFAX	0372960 66-225
E-MAIL	info@za-sws.de
WEBSEITE	http://www.za-sws.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	03.12.1993
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	22.04.2022

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Erzgebirgskreis	51,52	34
Landkreis Zwickau	48,48	32
Gesamt		66

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Zweckverband erfüllt als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 SächsKrwBodSchG die Aufgabe, Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet einschließlich der Anlagen zum Umschlagen von Abfällen nach § 5 zu errichten und zu betreiben. Der Betrieb umfasst auch alle zur Stilllegung und Nachsorge notwendigen Maßnahmen

Der Zweckverband ist zuständig für die Entsorgung (Verwertung und Beseitigung) der ihm überlassenen Abfälle.

Satz 1 gilt nicht für das Gebiet „Altlandkreis Mittlerer Erzgebirgskreis“, soweit die Aufgaben auf den Abfallwirtschaftsverband Chemnitz (AWVC) gemäß Satzung vom 1. Juni 2017 in der jeweils aktuellen Fassung übergegangen sind.

Nach Maßgabe von § 4 Absatz 2 Satz 2 SächsABG wurden dem Zweckverband vom Erzgebirgskreis folgende weitere abfallwirtschaftliche Aufgaben übertragen:

sämtliche Aufgaben des Landkreises als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, insbesondere:

- Einsammeln und Befördern von Abfällen aus privaten Haushalten und aus anderen Herkunftsbereichen, die in dem Gebiet angefallen und dem öffentlichen Entsorgungsträger zu überlassen sind,
- Erlass und Vollzug der Abfallwirtschafts- und Gebührensatzung für das Gebiet des Erzgebirgskreises nach § 9 SächsKrwBodSchG,
- Ausübung der Abfallberatungspflicht nach § 11 SächsKrwBodSchG,
- Betrieb von Wertstoffhöfen

Grundlagen dafür sind:

- die Vereinbarung zur Übertagung von Aufgaben vom Landkreis Aue-Schwarzenberg auf den Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) vom 28. Mai 2004

ZWECKVERBÄNDE

- die Vereinbarung zur Übertragung von Aufgaben vom Landkreis Stollberg auf den Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) vom 28. Mai 2004
- der Vertrag zur Übertragung von Aufgaben der Abfallwirtschaft vom Landkreis Erzgebirgskreis auf den Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) vom 02./04. Februar 2011 in der Fassung des Änderungsvertrages vom 20./27. Oktober 2014 und 10. Dezember 2020/6. Januar 2021.

Auf den Landkreis Zwickau sind folgende Aufgaben nach § 3 Abs. 3 SächsKrwBodSchG rückübertragen:

- Entsorgung von Kraftfahrzeugen oder Anhängern ohne gültige amtliche Kennzeichen im Sinne des § 20 Abs. 3 KrWG,
- Entsorgung von Abfällen gem. § 5 Abs. 1 SächsKrwBodSchG
- Entsorgung von Kleinmengen an Schadstoffen.

Grundlagen hierfür sind:

- der Übertragungsvertrag zwischen dem Landkreis Zwickau und dem Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen vom 10.12.2009
- die Zustimmungsbescheid der Landesdirektion Sachsen zur Rückübertragung von Verbandsaufgaben vom 21.10.2015

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe von § 21 KrWG und § 6 Abs. 1 SächsKrwBodSchG in der jeweils geltenden Fassung im Rahmen seiner Aufgaben das Abfallwirtschaftskonzept und schreibt dieses fort.

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe von § 21 KrWG und § 6 Absatz 2 SächsKrwBodSchG in der jeweils geltenden Fassung im Rahmen seiner Aufgaben jährliche Abfallbilanzen.

Der Zweckverband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

Der Zweckverband erlässt die für die Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Satzungen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Frau Ramona Uhlig

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Dr. Christoph Scheurer
(bis 31.07.2022)

Herr Carsten Michaelis
(ab 27.10.2022)

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes im Wirtschaftsjahr 2022

Aufgabenschwerpunkt des Jahres 2022 war die weitere Optimierung der Abläufe und Erschließung von Ressourcen bei Sammlung, Beförderung, Transport und Verwertung bzw. Entsorgung der Abfälle mit dem Ziel der Wirtschaftlichen Umsetzung der Abfallwirtschaftssatzung und der Gebührensatzung.

Die Umsatzerlöse des Abfallzweckverbandes setzen sich zusammen aus

- Umsatzerlösen aus Abfallgebühren,
- Erlösen aus der Verwertung von Papier und Pappe (PP) sowie anderen Abfällen (Metalle, Elektroschrott, Altholz),

ZWECKVERBÄNDE

- anderen Erlösen, insbesondere Erlöse aus Pachten, Stromerlöse der Blockheizkraftwerke zur Deponiegasverstromung,
- gewerblichen Erlösen aus BgA (Mitbenutzung Papiersammlung und Nebentgelte der Systembetreiber, Containerdienst und Sperrmüllentsorgung).

Gegenüber den im Ansatz des Wirtschaftsplanes 2022 eingestellten Umsatzerlösen in Höhe von 31.114.100 EUR sind mit dem Jahresergebnis Erlöse in Höhe von 38.678.447,54 EUR zu verzeichnen.

Die für den Landkreis Zwickau erzielten Erlöse für PP in Höhe von 3.562.133,70 EUR wurden an den Landkreis Zwickau ausgekehrt. Die Kosten für Umschlag, Transport und Handling wurden weiterberechnet.

Der ZAS ist Betreiber von 86 Deponien und Altlasten, davon 8 Deponien im Landkreis Zwickau und 78 Deponien im Erzgebirgskreis. Mit Wirkung zum 01.01.2021 befinden sich nach Ablauf des Rückübertragungszeitraumes an den Landkreis Zwickau weitere 43 Deponien des Landkreises Zwickau in Inhaberschaft und der Betreiberpflichtung des ZAS. Ausnahmen bilden die Deponie Lohe, mit deren Oberflächenabdichtung der ZAS den Landkreis Zwickau beauftragt hat und das Fäkalbecken Lauenhain/Dänkriz deren Sanierung und Rekultivierung ebenfalls bis zur rechtskräftigen Bestätigung des Verwendungsnachweises dem Landkreis übertragen wurde.

Wirtschaftliche Lage

Im Ergebnis der Saldierung von Erträgen und Aufwendungen weist der Jahresabschluss zum Bilanzstichtag 31.12.2022 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.296.436,64 EUR aus.

Das bilanzielle Eigenkapital beläuft sich auf 0,00 EUR. Ursache sind die Fehlbeträge der Jahre 2015 bis 2019. Mit dem Jahresergebnis 2022 erhöht sich der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag von 4.097.837,34 EUR auf 7.471.101,68 EUR.

Die Liquidität war im Wirtschaftsjahr 2022 durchgehend auf Grundlage der laufenden Gebühren, der eingezahlten Rücklage des Erzgebirgskreises, der vertraglichen Zahlungen des Landkreises Zwickau für Deponieaufgaben, ausgereicherter Fördermittel für Deponiesanierung sowie der verfügbaren Bankguthaben sichergestellt.

Prognosen, Chancen und Risiken

Im Wirtschaftsjahr 2022 kann eine positive Bilanz zum Geschäftsverlauf im Zweckverband Abfallwirtschaft gezogen werden. Die Liquidität des ZAS war im gesamten Wirtschaftsjahr uneingeschränkt gesichert.

Aufgrund der neu übernommenen Deponien wurde eine Überarbeitung des Gutachtens beauftragt, mit dem die Höhe der Rückstellung für die Deponienachsorge ermittelt wurde. Bedingt durch die zusätzlichen Deponien sowie dem daraus sich ergebenden zusätzlichen Sachkosten- und Personalaufwand, den gestiegenen Preisen und den längeren Laufzeiten der Rückstellung infolge der verzögerten Entlassung in die Nachsorge errechnet sich eine Zuführung in Höhe von 5.470.438,34 EUR. Diese wird um 1.228.258,80 EUR durch die Abzinsung aufgrund des veränderten Zinsniveaus vermindert.

Insgesamt führt dies dennoch zu einem hohen Fehlbetrag, der jedoch keinesfalls die wirtschaftliche Situation des ZAS widerspiegelt.

Nach § 12 SächsEigBVO können festgestellte Jahresverluste bis zu drei Jahre vorgetragen werden. [...] Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bestätigung des Wirtschaftsplanes 2022 den weiteren Vortrag der in den Wirtschaftsjahren 2015 bis 2019 entstandenen Jahresfehlbeträge rechtsaufsichtlich genehmigt.

Die Liquidität des ZAS gilt aufgrund laufender Gebühreneinnahmen, der vertraglichen Finanzierungsbeiträge der Mitgliedslandkreise und eigener verfügbarer finanzieller Mittel mittelfristig als gesichert.

ZWECKVERBÄNDE

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2022 (IST)
Leistungen an den Landkreis	
Erstattung Umlage	37.053,68
Leistungen des Landkreises	
laufende Umlage	432.500,00

ZWECKVERBÄNDE

5.3. ZWECKVERBAND VERKEHRSVERBUND MITTELSACHSEN

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Am Rathaus 2
FIRMENSITZ	09111 Chemnitz
TELEFON	0371 40008-0
TELEFAX	0371 40008-99
E-MAIL	post@vms.de
WEBSEITE	http://www.vms.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	05.11.1997
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Erzgebirgskreis	21,43	3
Landkreis Mittelsachsen	21,43	3
Landkreis Zwickau	21,43	3
Stadt Chemnitz	21,43	3
Stadt Zwickau	14,29	2
Gesamt		14

TOCHTERUNTERNEHMEN

Verkehrsverbund Mittelsachsen Gesellschaft mit beschränkter Haftung	3.000.000 EUR (100,00%)
City-Bahn Chemnitz GmbH	12.876 EUR (50,00%)
SDG Sächsische Dampfeisenbahngesellschaft, Annaberg-Buchholz	10.000 EUR (33,33%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Zweckverband ist Träger der hoheitlichen Aufgaben gemäß dem ÖPNVG und erfüllt seine Aufgaben ohne Gewinnerzielungsabsicht.

Der Zweckverband ist Aufgabenträger für den SPNV in seinem Verbandsgebiet gemäß § 4 Abs. 2 ÖPNVG. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe entscheidet der Zweckverband insbesondere über folgende Angelegenheiten:

- Planung, Organisation und Ausgestaltung des SPNV;
- Vereinbarung oder Auferlegung von Nahverkehrsleistungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.
- Vorhaltung und Bewirtschaftung von Infrastruktur sowie Beschaffung und Beistellung von Fahrzeugen und Instandhaltungsanlagen.

Der Zweckverband hat in Abstimmung mit seinen Mitgliedern einen Nahverkehrsplan für das Verbandsgebiet zu erstellen, zu beschließen und fortzuschreiben.

Der Zweckverband erfüllt in Verwirklichung des Verbundgedankens folgende weitere Aufgaben:

- Koordination des kreisgrenzenüberschreitenden ÖPNV, insbesondere durch Entwicklung eines einheitlichen Netzes mit abgestimmten Fahrplänen;

ZWECKVERBÄNDE

- Entwicklung und Festlegung eines einheitlichen Tarifs, einheitlicher Tarifbestimmungen und einheitlicher Beförderungsbedingungen (Verbundtarif);
- Aufteilung der Beförderungsentgelte zwischen den Verkehrsunternehmen (Einnahmenaufteilung);
- Bereitstellung einer einheitlichen Fahrplanauskunft und Herausgabe eines einheitlichen Fahrplanheftes in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen;
- Entwicklung eines einheitlichen Vertriebs und Marketings des ÖPNV in Abstimmung mit Verkehrsunternehmen;
- Ermittlung von Kostensätzen für Verkehre im Verbandsgebiet.

Der Zweckverband ist Maßnahmenträger des Nahverkehrsprojektes Chemnitzer Modell – Stufe 2 – Ausbau Chemnitz – Aue und Stufe 4 – Ausbau Chemnitz – Limbach-Oberfrohna. Diese Vorhaben umfassen die Verknüpfung der Eisenbahnstrecke Chemnitz – Aue im Bereich des Südbahnhofes mit dem Stadtbahnnetz Bernsdorfer Straße durch den Neubau der Straßenbahntrasse entlang der Reichenhainer Straße mit mehreren Zugangsstellen sowie Neubau des Straßenbahnzentrumsringes und der Straßenbahntrasse entlang der Hartmannstraße und der Leipziger Straße und dessen Verknüpfung mit der Eisenbahnstrecke nach Limbach-Oberfrohna. Zur Realisierung dieses Vorhabens errichtet der Zweckverband Verkehrsinfrastrukturanlagen auch des straßengebundenen ÖPNV, insbesondere Straßenbahntrassen. Eine eventuelle Kostenerstattung für die Erledigung dieser Aufgabe wird nur von der Stadt Chemnitz getragen.

Aufgabe des Zweckverbandes ist die notwendige Beförderung der Schüler auf dem Schulweg zum Besuch der öffentlichen Schulen und der staatlich anerkannten Ersatzschulen freier Träger (§ 23 Absatz 3 SchulG) und den Ausbildungsverkehr zu fördern, zu organisieren, zu planen und seine Finanzierung zu regeln und zu kontrollieren.

Hinsichtlich der Schülerbeförderung werden allein die Aufgaben der Landkreise Mittelsachsen und Zwickau sowie des Erzgebirgskreises wahrgenommen. Beschlüsse diese Aufgabe betreffend erfolgen nur durch die Verbandsräte der Landkreise Mittelsachsen und Zwickau sowie des Erzgebirgskreises. Für die Erledigung dieser Aufgabe tragen allein die übertragenden Verbandsmitglieder die Kosten. Auf der Grundlage von § 60 Abs. 2 SächsKomZG werden die Istkosten der Schülerbeförderung vom ZVMS gegenüber den Landkreisen jährlich abgerechnet, soweit sie nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt sind. Die Kosten für die Durchführung der Beförderungs- bzw. Erstattungsleistungen werden den Landkreisen anteilig nach dem Verursacherprinzip zugeordnet. Personal- und sonstige Verwaltungsaufwendungen werden gedrittelt. Die Einzelheiten zu den Abrechnungsmodalitäten werden durch öffentlich-rechtlichen Finanzierungsvertrag geregelt.

Der ZVMS ist Aufgabenträger für das Sonderverkehrsmittel „Drahtseilbahn Augustusburg“ gemäß § 1 Abs. 2 Satz 3 ÖPNVG.

Der ZVMS ist Aufgabenträger für die Planung, Organisation, Ausgestaltung und Durchführung der straßengebundenen Ersatzverkehre als dauerhaften Ersatz für vom ZVMS abbestellte SPNV-Verkehrsleistungen (Bahnersatzverkehr) im Gebiet der Stadt Chemnitz und des Landkreises Zwickau.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Mathias Korda
(ab 01.01.2022)

Herr Dr. Harald Neuhaus
(bis 30.08.2022)

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Dr. Christoph Scheurer
(bis 30.04.2022)

Herr Sven Schulze
(ab 01.05.2022)

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Rahmenbedingungen

Die Landkreise Erzgebirgskreis, Mittelsachsen und Zwickau sowie die kreisfreie Stadt Chemnitz und die Stadt Zwickau bilden zur Entwicklung und dauerhaften Sicherstellung eines einheitlichen, flächendeckenden, bedarfsgerechten, bürgernahen und effizienten Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) den Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS). Das Verbandsgebiet umfasst dabei das Territorium der Verbandsmitglieder.

Dem ZVMS obliegt, in Übereinstimmung mit den Verbandsmitgliedern sowie in Zusammenarbeit mit den von Verbandsmitgliedern getragenen kommunalen Verkehrsunternehmen, den im Verbandsgebiet tätigen privaten Verkehrsunternehmen und Unternehmen des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV), die Abstimmung eines attraktiven zukunftsweisenden ÖPNV. Ziel ist dabei die Verbesserung der Verkehrsverteilung zugunsten des ÖPNV sowie die Unterstützung der kommunalen Gebietskörperschaften bei der Raumordnungsplanung und -entwicklung durch eine Erschließung mit ÖPNV (§ 3 Satzung des ZVMS).

Zur Aufgabenerfüllung (§ 5 Abs. 1 Verbandssatzung) bedient sich der ZVMS der Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH (VMS GmbH), deren alleiniger Gesellschafter er ist.

Dem ZVMS stehen für die Finanzierung und Durchführung seiner Aufgaben zugewiesene Mittel des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr (LASuV), Fördermittel für Investitionsprojekte sowie Kostenerstattungen der Landkreise für die Schülerbeförderung und Elternbeiträge zur Verfügung. Des Weiteren erhielt der ZVMS zur Finanzierung von Verkehrsleistungen auf der RB 37 (Glauchau-Gößnitz) erstmalig 203 TEUR vom Freistaat Thüringen für 2021.

Betriebsprüfung des Finanzamts und Rückforderungsbescheid des LASuV

Die Bildung einer allgemeinen Rücklage war im kameralem System gemäß § 20 SächsKomHVO möglich und der ZVMS machte davon Gebrauch, um die Finanzierung von Investitionsprogrammen künftiger Jahre sicherzustellen. Sofern nicht alle Zuweisungen des Verwaltungshaushaltes eines Jahres für Ausgaben benötigt wurden, wurde dieser Überschuss dem Vermögenshaushalt zugeführt um die Ausgaben für Investitionen zu decken. Ein verbleibender Restbetrag wurde der allgemeinen Rücklage zugeführt. Die Ermittlung und Buchung der allgemeinen Rücklage erfolgten im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses.

Die Betriebsprüfung für die Jahre 2008 bis 2011 des Finanzamtes Chemnitz-Süd würdigte diese Vorgehensweise anders. Sie unterstellte, dass es sich bei der allgemeinen Rücklage nicht um eine Verbindlichkeit mit Rückzahlungsverpflichtung der unverbrauchten Regionalisierungsmittel handelt, sondern vielmehr um körperschaftsteuerliche Gewinne, die zu versteuern sind. Am 26. Februar 2014 wurde der Betriebsprüfungsbericht übergeben, auf dessen Grundlage am 17. Juni 2016 die Steuerbescheide durch das Finanzamt Chemnitz-Mitte erlassen wurden. Aus den genannten Bescheiden ergab sich eine Nachzahlung für Körperschaftssteuer, Solidaritätszuschlag und Zinsen von 2.001 TEUR. Die Nachzahlung wurde 2016 geleistet, um den Zinslauf zu stoppen. Gegen die Steuerfestsetzung wurde Einspruch eingelegt, über den bisher nicht entschieden wurde.

Die Rechtsauffassung der Finanzverwaltung konnte auch in der Betriebsprüfung für die Jahre 2012 bis 2014, dass es sich bei den Zuführungen unverbrauchter Regionalisierungsmittel in die allgemeine Rücklage um körperschaftsteuerliche Gewinne handelt, nicht widerlegt werden. Dafür wurde im Jahresabschluss 2018 vorsorglich eine Steuerrückstellung von 6.096 TEUR gebildet. Im Jahr 2012 wurden nicht verwendete Regionalisierungsmittel von 6.331 TEUR auf das Jahr 2013 nach Genehmigung übertragen. Insoweit hat die Betriebsprüfung die Bildung einer Verbindlichkeit zum 31. Dezember 2013 in dieser Höhe anerkannt.

Die Steuerrückstellung aus der Betriebsprüfung 2012 bis 2014 wurde im Jahresabschluss 2021 um 284 TEUR auf 6.948 TEUR erhöht.

Mit Schreiben vom 6. Januar 2021 [...] erhielt die Geschäftsstelle des ZVMS ein Schreiben des Landesamtes für Steuern und Finanzen (LSF). Das Schreiben stellt die Reaktion auf die Begründung zum Einspruch des ZVMS gegen die Bescheide aus der Betriebsprüfung 2008 bis 2011 und des Aufrechterhaltens des Einspruchs durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG) vom 28. Juni 2017 dar.

Die vom LSF vorgeschlagene ertragsteuerliche Behandlung der noch nicht verbrauchten Regionalisierungsmittel unterstellt, dass zunächst alle im Veranlagungszeitraum zugeflossenen Mittel ertragswirksam vereinnahmt werden, sodass zum Bilanzstichtag nunmehr keine Verbindlichkeit besteht. Erst wenn bekannt ist, ob im Folgejahr ein Antrag auf Übertragung der Mittel ins Folgejahr gestellt wurde, könne eine Verbindlichkeit bilanziert werden.

Nach intensiver Prüfung des Schreibens unter Einbeziehung unserer Steuerberaterin sowie der KPMG hatte der ZVMS die KPMG mit der Beantwortung des Schreibens des LSF beauftragt. In Abstimmung mit dem ZVMS übermittelte die KPMG am 8. April 2021 unser Antwortschreiben an das LSF. Die vom LSF aufgezeigte Bildung und Verzinsung einer Rückstellung für „unverbrauchte“ Regionalisierungsmittel statt einer Verbindlichkeit wird dahingehend vom ZVMS mitgetragen, dass der ZVMS einer Rückstellungsbildung zustimmt. Uneinigkeit besteht allerdings über die Höhe der Zuführungen und wie Entnahmen aus der Rückstellung abgebildet werden sowie über deren Verzinsung.

Mit Schreiben vom 21. Juli 2022 teilte das LSF dem ZVMS seine Ergebnisse bezüglich der Prüfung des Sachverhaltes unter Einbeziehung der vorgetragenen Argumente und nachgereichten Unterlagen zum maßgeblichen Bilanzstichtag, Zinssatz und der Minderung der Rückstellungshöhe durch Übertragungen und Entnahmen mit. Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass das LSF bei dieser Prüfung zu keinem anderen Ergebnis gekommen ist, da die vorgetragenen Argumente und Unterlagen keine Berücksichtigung in der Urteilsbildung fanden. Festgehalten werden kann, dass keine Einspruchsentscheidung getroffen wird, solange die Punkte offen sind.

Unabhängig davon stellte das LSF mit Schreiben vom 21. Juli 2022 fest, dass der ZVMS für die Veranlagungszeiträume 2008 bis 2011 zu viel Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag einschließlich Zinsen entrichtet hat. Der ZVMS erhielt am 10. August 2022 vom Finanzamt Chemnitz-Mitte entsprechend geänderte Steuerbescheide [...], ohne dass über das Einspruchsverfahren entschieden worden ist. Mit Eingang der Bescheide überwies das Finanzamt Chemnitz-Mitte dem ZVMS 2.038.455,30 EUR für zuviel entrichtete Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Zinsen.

Im Rahmen der Betriebsprüfung für die Jahre 2015 bis 2017 wurde der Verwendungsnachweis 2017 neu erstellt und am 30. November 2018 geändert. In dieser Änderung wurde die Mittelübertragung zum 31. Dezember 2017 in Höhe der bestehenden Verbindlichkeit aus unverbrauchten Regionalisierungsmitteln mit 20.851.889,86 EUR beim LASuV beantragt.

Mit dem korrigierten Nachweis zur Mittelverwendung hat der ZVMS gegenüber dem LASuV angegeben, dass bis zum Jahr 2016 ausgereichte Regionalisierungsmittel in Höhe von 27.361.559,74 EUR nicht verbraucht wurden. Die Mittel wurden nach Angabe des ZVMS einer Rücklage zugeführt, welche im Verwendungsnachweis für das Haushaltsjahr 2017 als Einzahlung gewertet wurden.

In Folge des berichtigten Verwendungsnachweises hat das LASuV mit Schreiben vom 11. Dezember 2018 dem ZVMS mitgeteilt, dass bis zur Entscheidung über der weiteren Mittelverwendung die zur Übertragung beantragten Mittel von 20.851.889,86 EUR nicht zu verausgaben sind.

[...] Nach Ermittlung des LASuV ergaben sich nicht verbrauchte Regionalisierungsmittel von 28.130.900,13 EUR. Darüber hinaus hat der ZVMS gegenüber dem LASuV angegeben, dass zum 1. Januar 2008 eine Rücklage aus nicht verbrauchten Regionalisierungsmitteln von 8.906.526,81 EUR gebildet wurde. Das LASuV hat in Bezug auf die grundlegende Abrechnung der nach § 1 ÖPNVFinVO für das Jahr 2017 zugewiesenen Regionalisierungsmittel verbunden mit dem Antrag auf Mittelübertragung in das Haushaltsjahr 2018 einen Erstattungsanspruch des LASuV in

Höhe von 37.037.426,94 EUR mit Bescheid vom 23. Dezember 2019 festgesetzt. [...] In dem Bescheid vom 23. Dezember 2019 hat das LASuV auf die Verzinsung des Erstattungsanspruches hingewiesen. Die Höhe der Zinsen wird in einem gesonderten Bescheid festgesetzt. Das LASuV hat für die aus den Jahresüberschüssen abgeleiteten nicht verwendeten Regionalisierungsmittel in Höhe von 28.130.900,13 EUR unter der Bedingung, dass die Rückzahlung bis zum 31. Januar 2020 erfolgt wäre, nach vorläufiger Berechnung Zinsen in Höhe von 7.776.000,00 EUR ermittelt. Hinzu kämen die Zinsen für den Erstattungsanspruch aus der zum 1. Januar 2008 vorhandenen Rücklage in Höhe von 8.906.526,81 EUR.

Das LASuV stützt den festgesetzten Erstattungsanspruch auf die nicht zweckentsprechende Verwendung der Regionalisierungsmittel und führt im Weiteren aus, dass dem beantragten Mittelübertrag in das Jahr 2018 mangels einer gesetzlichen Grundlage nicht stattgegeben werden kann.

Für die Jahre 2018, 2019 und 2020 wurden durch den ZVMS die Verwendungsnachweise nach § 3 Abs. 1 ÖPNVFinVO beim LASuV eingereicht. Eine Reaktion von Seiten des LASuV ist bezüglich der Verwendungsnachweise für die Jahre 2018 und 2019 bislang nicht erfolgt.

Darüber hinaus kann der ZVMS der Aufforderung des LASuV, die zur Übertragung beantragten Mittel in Höhe von 20.851.889,86 EUR nicht zu verausgaben, nicht nachkommen, da die Mittel zum Zeitpunkt des Bescheids des LASuV bereits verausgabt waren. Die Vermögensrechnung des ZVMS weist zum Bilanzstichtag liquide Mittel in Höhe von nur 11.987.557,91 EUR aus. Damit unterschreiten die zum Bilanzstichtag vorhandenen liquiden Mittel die gemäß der Vorgabe des LASuV nicht zu verausgabenden Mittel erheblich.

Der ZVMS hat mit Schreiben vom 20. Januar 2020 fristgemäß Widerspruch gegen den Bescheid des LASuV vom 23. Dezember 2019 eingelegt und mit Schreiben vom 4. Juni 2020 im Widerspruchsverfahren den Antrag gestellt den Bescheid vom 23. Dezember 2019 hinsichtlich der Ablehnung der Mittelübertragung und der Rückforderung von Regionalisierungsmitteln aufzuheben.

In der Begründung führt der ZVMS aus, dass kein Erstattungsanspruch in Höhe von 37.037.426,94 EUR besteht. Nach Ansicht der ZVMS wurden die zugewiesenen Regionalisierungsmittel vollumfänglich zweckentsprechend verwendet. Die zweckentsprechende Verwendung wurde nach Ansicht des ZVMS gegenüber dem LASuV und dem SMWA ordnungsgemäß nachgewiesen.

Der gesetzliche Vertreter des ZVMS sowie der Geschäftsführer des ZVMS vertreten gemäß dem eingelegten Widerspruch die Ansicht, dass ein Rückerstattungsanspruch des LASuV nicht besteht, der Bescheid vom 23. Dezember 2019 demnach aufzuheben sei. Am 11. Oktober 2021 erhielt die Geschäftsstelle ein Schreiben vom LASuV, welches deren Reaktion auf die Widerspruchsbegründung darstellt.

Der vom ZVMS gegenüber dem LASuV vertretenen Rechtsansicht folgend, wurde im Abschluss zum 31. Dezember 2021 der mögliche Erstattungsanspruch des LASuV nicht passiviert. Ebenfalls wurde eine mögliche Verpflichtung aus der Verzinsung des Erstattungsanspruches nicht passiviert.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum 31. Dezember 2020 (260.568 TEUR) um 50.869 TEUR auf 311.437 TEUR.

Die operative Ertragslage wird hauptsächlich durch die Zuweisung staatlicher Mittel nach dem RegG bestimmt, die der Freistaat Sachsen auf der Grundlage der jeweils geltenden Verordnung (ÖPNVFinVO) des SMWA ausreicht. Gemäß der ÖPNVFinVO werden Mittel zur Finanzierung von Verkehrsleistungen im ÖPNV, insbesondere des SPNV, zur Abdeckung verbundbedingter Aufwendungen bei Verkehrskooperationen und Investitionen im ÖPNV eingesetzt.

Im Ergebnishaushalt standen Aufwendungen von 206.286 TEUR (Vorjahr: 196.589 TEUR) Erträgen von 206.286 TEUR (Vorjahr: 196.588 TEUR) gegenüber, sodass der ZVMS das Haushaltsjahr 2021 genau wie im Vorjahr mit einem Jahresergebnis von 0 TEUR abschließt.

Die Finanzierung der Aufgabenerfüllung des ZVMS war im Berichtsjahr jederzeit gewährleistet.

ZWECKVERBÄNDE

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Einen großen Schwerpunkt bildet die Realisierung des Projektes „Chemnitzer Modell“ mit dem Ziel, eine Verknüpfung zwischen den Netzen der Eisenbahn und der Straßenbahn herzustellen, um mehrere Linien des SPNV umsteigefrei in das Stadtzentrum Chemnitz zu führen und die verbleibenden Umsteigebeziehungen zum regionalen und überregionalen Eisenbahnverkehr zu verbessern.

Um die Vollendung des „Chemnitzer Modells“ und weiterer Investitionsvorhaben nicht zu gefährden, ist zum einem, ein auf den ZVMS bezogener Ausnahmetatbestand dahingehend geboten, dass abweichend von der in § 3 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 ÖPNVFinVO festgelegten Regelung („Ein Drittel zurückzuerstatten“) der ZVMS nicht verbrauchte Mittel als Eigenmittel zur Vollendung des „Chemnitzer Modells“ und weiterer wesentlicher Investitionen einsetzen darf.

Eine entscheidende Voraussetzung für die Gewährleistung eines flächendeckenden integrierten Nahverkehrsangebotes auf Straße und Schiene in der Region Mittelsachsen ist die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Aufgabenerfüllung in ausreichender Höhe.

Basierend auf den in der ÖPNVFinVO festgelegten, zugewiesenen Regionalisierungsmitteln strebt der Zweckverband auch für 2022 ein ausgeglichenes Ergebnis an.

Das Ziel der Weiterentwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs als integriertes Gesamtsystem wird auch weiterhin verfolgt. Gemeinsam mit dem Tourismusbereich sollen Verkehrskonzepte entwickelt werden und durch eine gemeinsame Vermarktung von Tourismus und Verkehr erhofft man sich die Erschließung neuer Potenziale.

Bestandsgefährdende und entwicklungsbeeinträchtigende Risiken werden gegenwärtig nicht gesehen. Die solide und nachhaltige Geschäftspolitik konnte auch im Jahr 2021 weitergeführt werden.

Das innerhalb des Controllings der VMS GmbH implementierte Risikomanagementsystem wurde auf den ZVMS ausgeweitet.

BETEILIGUNGSBERICHT DES ZWECKVERBANDES

Der Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen für das Geschäftsjahr 2022 liegt noch nicht vor. Aus diesem Grund wurde der Beteiligungsbericht des Jahres 2021 der Anlage beigelegt.

ANMERKUNGEN

Die Feststellung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2022 steht noch aus. Aus diesem Grund beziehen sich die Angaben auf den Rechenschaftsbericht der Jahresrechnung 2021.

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2022 (IST)
Leistungen an den Landkreis	
Erstattung aus Abrechnung	240.186,27
Zahlungen für PlusBus-/TaktBus-Linien	321.998,40
Leistungen des Landkreises	
Kostenerstattung Schülerbeförderung	7.694.094,00
Kostenerstattung Bildungstickets	1.611.852,68
Kostenerstattung für den Ausbildungsverkehr	2.125.740,56

ZWECKVERBÄNDE

5.4. ZWECKVERBAND STUDIENINSTITUT FÜR KOMMUNALE VERWALTUNG SÜDSACHSEN

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Schulstraße 38
FIRMENSITZ	09125 Chemnitz
TELEFON	0371 278629-0
TELEFAX	0371 278629-29
E-MAIL	post@skvs-sachsen.de
WEBSEITE	http://www.skvs-sachsen.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	27.02.1993
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	12.11.2021

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Städte, Gemeinden, Landkreise, Verwaltungsverband	94,68	89
Landkreis Zwickau	5,32	5
Gesamt		94

UNTERNEHMENSgegenstand

Aufgabe des Zweckverbandes ist die Wahrnehmung von Aus-, Fort- und Weiterbildungsaufgaben seiner Mitglieder, insbesondere die ordnungsgemäße Vorbereitung von deren Bediensteten auf ihren Beruf und/oder die vor einer juristischen Person des öffentlichen Rechtes abzulegende Prüfung einschließlich der Abnahme gesetzlich vorgeschriebener und anderer Prüfungen, soweit dazu nicht Kraft Gesetzes oder sonstiger Rechtsvorschriften der Freistaat Sachsen zuständig ist.

Der Zweckverband kann auch weitere Aufgaben übernehmen, wie z. B. die Beratung in Fragen der Personal- und Organisationsentwicklung oder die Durchführung von Projektaufgaben.

Der Zweckverband kann auch Bedienstete von Nichtmitgliedern in deren Auftrag ausbilden, fortbilden und die gesetzlich vorgeschriebenen oder andere Prüfungen abnehmen, wenn die Kapazitäten des Zweckverbandes nicht bereits durch Inanspruchnahme seiner Mitglieder ausgeschöpft sind. Ein Anspruch der Nichtmitglieder hierauf besteht nicht.

Der Zweckverband hat das Recht, im Rahmen der Erfüllung seiner Aufgaben Satzungen zu erlassen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

INSTITUTSLEITER/-IN

Frau Dr. Annelie Pfannenstein-Löser

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Thomas Kunzmann

ZWECKVERBÄNDE

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Wirtschaftsbericht

Auf Grund der Corona-Pandemie konnten in 2021 nur wenige Lehrveranstaltungen im Zeitraum Juni bis November 2021 in Präsenz durchgeführt werden. Laufende Lehrgänge wurden problemlos online fortgeführt, da schon ein großes Erfahrungspotential aus 2020 vorhanden war. Zu einem drastischen Umsatzeinbruch kam es coronabedingt im Seminarbereich. Hier wurden gegenüber 2020 61,50 % weniger Umsatzerlöse [...] erzielt.

Die Kalkulation der Entgelte und somit der Umsatzerlöse erfolgt kostendeckend ohne Gewinnerzielungsabsicht gemäß Verbandssatzung.

In der Gesamtschau kam es 2021 gegenüber 2020 zu einem coronabedingten Rückgang der Umsatzerlöse um 29,79 % [...]. Bei den Teilnehmerstunden kam es gleichlautend ebenfalls zu einem Rückgang [...].

Der Zweckverband beschäftigte im Jahresdurchschnitt 6 teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter.

Ausgaben im Bereich Investitionen wurden im Geschäftsjahr in Höhe von € 11.214,56, im Wesentlichen in die Anschaffung neuer Technik, getätigt.

Trotz der coronabedingten schwierigen Wirtschaftslage gelang es dennoch in 2021 ein positives Jahresergebnis in Höhe von € 11.862,95 [...] zu erzielen.

Das Eigenkapital stieg um den Jahresüberschuss 2021 auf € 980.491,50. Die Eigenkapitalquote sank leicht auf 90,31 % (Vj. 90,60 %).

Der Verband verfügt über ausreichende Liquidität und war im gesamten Geschäftsjahr 2021 in der Lage, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen [...].

Insgesamt ist die Vermögens- und Finanzlage im Geschäftsjahr 2021 weiterhin als gut zu bezeichnen.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Hauptrisiken für den für den Zweckverband ergeben sich aus den coronabedingten Veränderungen in der Nachfrage nach Aus- und Fortbildungsmaßnahmen und dem allgemeinen Kostenrisiko. [...] Haushaltssperren in den Kommunen sowie Veränderungen der Prioritäten durch die Corona-Pandemie bei den Arbeitgebern (keine Zeit für Fortbildung) werden zu Umsatzausfällen weiterhin führen. Erzielte Gewinne aus den Vorjahren (Gewinnvortrag) können zukünftige Verluste decken. Des Weiteren besteht im schlechtesten Fall nach der Verbandssatzung die Möglichkeit etwaige Verluste durch die Erhebung einer Umlage von den Zweckverbandsmitgliedern auszugleichen.

Insgesamt lässt die Einschätzung der Risikolage die Feststellung zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Zweckverbandes gefährdenden Risiken bestanden haben und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch für einen mittelfristigen Zeitraum nicht erkennbar sind.

ANMERKUNGEN

Die Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2022 steht noch aus. Aus diesem Grund beziehen sich die Angaben auf den Lagebericht des Jahresabschlusses 2021.

ZWECKVERBÄNDE

5.5. PLANUNGSVERBAND REGION CHEMNITZ

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Werdauer Straße 62
FIRMENSITZ	08056 Zwickau
TELEFON	0375 289405-0
TELEFAX	0375 289405-90
E-MAIL	info@pv-rc.de
WEBSEITE	http://www.pv-rc.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	01.08.2008
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	14.02.2020

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Erzgebirgskreis	21,43	6
Landkreis Mittelsachsen	21,43	6
Landkreis Zwickau	21,43	6
Stadt Chemnitz	17,86	5
Vogtlandkreis	17,86	5
Gesamt		28

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Verband ist Träger der Regionalplanung in seinem Verbandsgebiet.

Er hat insbesondere die Aufgabe

- den Regionalplan aufzustellen, zu beschließen und fortzuschreiben und dabei die Interessen der Region im Rahmen der Landesplanung unter Wahrung der vom Freistaat Sachsen gesetzten Planungsziele und unter Abwägung der Grundsätze der Raumordnung abzustimmen,
- die Grundlagen und Inhalte der Landschaftsrahmenplanung für das Verbandsgebiet als Fachbeitrag zusammenhängend darzustellen,
- an der Ausarbeitung und Aufstellung von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung durch Staatsbehörden nach Maßgabe der landesrechtlichen Vorschriften mitzuwirken,
- auf die Verwirklichung der Raumordnungs- und Entwicklungspläne hinzuwirken und dabei die Zusammenarbeit der für die Verwirklichung maßgeblichen öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts zur Stärkung der regionalen Entwicklung zu unterstützen,
- Abstimmungen des Regionalplanes mit den benachbarten Regionen unter angemessener Berücksichtigung deren Interessen und raumbedeutsamen Planungen herbeizuführen,
- die Träger der Bauleitplanung, die anderen öffentlichen sowie die sonstigen Planungsträger über die Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung in seinem Verbandsgebiet zu unterrichten und zu beraten und darauf hinzuwirken, dass raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen in ihrem Gebiet miteinander in Einklang stehen,
- Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen abzugeben.

ZWECKVERBÄNDE

Die Erfüllung der Fachaufgaben und die Erledigung der Verwaltungsgeschäfte erfolgt durch die Verbandsgeschäftsstelle.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Sebastian Kropop

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Rolf Keil
(bis 13.08.2022)

Herr Dirk Neubauer
(ab 10.11.2022)

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Der Planungsverband Region Chemnitz ist einer von vier Planungsverbänden im Freistaat Sachsen. Er ist Träger der Regionalplanung für die gleichnamige Planungsregion, welche das Gebiet der kreisfreien Stadt Chemnitz sowie der Landkreise Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau umfasst.

Der Planungsverband verfügt über eine stabile Kassenlage. Die stetige Aufgabenerfüllung des Verbands war im gesamten Haushaltsjahr sichergestellt. Zudem verfügt der Planungsverband über ausreichend liquide Mittel, um alle Zahlungsverpflichtungen dauerhaft zu erfüllen. Der Verband ist schuldenfrei. Die Aufnahme von Krediten (inkl. Kassenkrediten) war im Haushaltsjahr nicht erforderlich.

Die im Haushalt dargestellten Erträge des Planungsverbands bestehen hauptsächlich aus dem Mehrbelastungsausgleich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern. [...] Der Mehrbelastungsausgleich wird gemäß § 12 Abs. 2 SächsLPIG zur Erfüllung der übertragenen Pflichtaufgaben gewährt. Er soll sowohl die personellen Ressourcen als auch die Sachkosten, die zur Leistungserfüllung notwendig sind, ersetzen. Die Leistungserfüllung betrifft vorrangig die Regionalplanerstellung und die dazu notwendigen Verfahrensschritte, die auf Grund der Komplexität mehrere Jahre dauern.

Mit Hilfe von Fremdfinanzierungen kann sich der Planungsverband Projekten widmen, die für die aktuelle Situation in der Region von Bedeutung sind.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich keine Verbesserung des Ergebnisses im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ergeben hat. Dennoch konnten deutlich positive Ergebnisse erzielt werden. Die Lage ist daher weiterhin als stabil einzuschätzen [...]. Auch sind genügend Liquiditätsreserven vorhanden, um alle Zahlungsverpflichtungen begleichen zu können. Auch in absehbarer Zeit wird der Verband keine Kredite für sein Normalgeschäft aufnehmen müssen.

Die Pflichtaufgaben wurden gemäß § 4 SächsLPIG mit der Durchführung der erneuten Offenlage des Entwurfs des Regionalplanes Region Chemnitz mit dem Umweltbericht und der Unterrichtung der berührten öffentlichen Stellen und der Öffentlichkeit zum Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Wind; Regionales Windenergiekonzept erfüllt.

Die Verpflichtung, Raumordnungspläne aufzustellen und fortzuschreiben besteht auf Grund der mehrjährigen Planverfahren auch weiterhin. Das Verfahren zur Aufstellung des Regionalplan Region Chemnitz konnte aufgrund der Komplexität und der mehrstufigen Beteiligungsverfahren auch 2021 noch nicht abgeschlossen werden.

Positiv zu bewerten ist, dass der in Aufstellung befindliche Regionalplan nach seiner Fertigstellung zu einer gesteuerten nachhaltigen Entwicklung in der Planungsregion beiträgt.

Der Planungsverband Region Chemnitz hat eine stabile Haushalts- und Finanzlage.

ZWECKVERBÄNDE

ANMERKUNGEN

Die Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2022 steht noch aus. Aus diesem Grund beziehen sich die Angaben auf den Rechenschaftsbericht des Jahresabschlusses 2021.

ZWECKVERBÄNDE

5.6. KULTURRAUM VOGTLAND-ZWICKAU

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Werdauer Straße 62
FIRMENSITZ	08056 Zwickau
TELEFON	0375 4402-27010
TELEFAX	0375 4402-27019
E-MAIL	mandy.lippold@landkreis-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.kulturraum-vogtland-zwickau.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	01.08.1994
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Landkreis Zwickau	25,00	1
Stadt Plauen	25,00	1
Stadt Zwickau	25,00	1
Vogtlandkreis	25,00	1
Gesamt		4

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Kulturraum fördert im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel und nach näherer Maßgabe der von ihm erlassenen Förderrichtlinien die jährlich festzulegenden Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung.

KULTURKONVENT

KULTURSEKRETÄR-IN

Frau Mandy Lippold

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Dr. Christoph Scheurer
(bis 31.07.2022)
Herr Carsten Michaelis
(ab 14.09.2022)

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Zur Erhaltung und Förderung kultureller Einrichtungen und Maßnahmen wurde der ländliche Kulturraum Vogtland-Zwickau gemäß § 1 Sächsisches Kulturraumgesetz (SächsKRG) als Gesamtrechtsnachfolger der Kulturräume Vogtland und Zwickauer Raum zum 01.08.2008 gebildet. Pflichtmitglieder des Kulturraumes sind der Vogtlandkreis und der Landkreis Zwickau (§ 1 Abs. 3 SächsKRG). Die ehemals kreisfreien Städte Plauen und Zwickau sind dem Kulturraum auf der Grundlage von § 7a SächsKRG zum 01.01.2009 als freiwillige Mitglieder beigetreten.

Dem Kulturkonvent gehören gemäß § 4 Abs. 3 und § 7a Abs. 2 SächsKRG die Landräte und Oberbürgermeister der Kulturraummitglieder als stimmberechtigte Mitglieder an.

ZWECKVERBÄNDE

Die Kulturkasse finanziert sich aus den Zuweisungen des Freistaates Sachsen gem. § 6 Abs. 2 Buchstabe a) SächsKRG und der von den Kulturraummitgliedern zu erhebenden Kulturumlage (§ 6 Abs. 3 SächsKRG).

Im Jahr 2021 erhielt der Kulturraum eine Zuweisung in Höhe von 13.802.829 Euro (Vorjahr: 13.591.917 Euro). Die zu erhebende Kulturumlage betrug 6.901.415 Euro (Vorjahr: 6.796.500 Euro).

Zusätzlich bewilligte das SMWK eine Zuwendung für die Netzwerktätigkeit sowie vier Projekte der Kulturellen Bildung im Kulturraum Vogtland-Zwickau in Höhe von 99.000 Euro (Vorjahr: 85.800 Euro).

Gemäß § 6 Abs. 2 Buchstabe b SächsKRG erhielt der Kulturraum für Investitionsmaßnahmen 148.522 EUR (Vorjahr: 182.787 Euro), welche mit der Landeszuweisung an die Kulturräume ausgereicht wurde. Die bewilligten Mittel wurden an die Letztempfänger weitergeleitet [...].

Insgesamt belaufen sich die ordentlichen Erträge der Ergebnisrechnung des Jahres 2021 auf 21.512.294,12 Euro (Vorjahr: 21.209.717,20).

Der Kulturraum Vogtland-Zwickau gewährte im Jahr 2021 Zuwendungen für 63 Einrichtungen und 62 Projekte. Im Bereich der Kulturellen Bildung wurden Zuwendungen für 70 Kleinprojekte, 31 Projekte im Rahmen des Programms „Jeder Kita einen Künstler“, 7 Projekte innerhalb des Projekts „Museum trifft Schule“, 3 Projekte im Rahmen des Modellprojektes „Kubi-Labor“ gewährt. Weiterhin wurden 20 Projekte im Rahmen des Mobilitätsprojektes „Kulturpass“t“, ein Kooperationsprojekt mit dem benachbarten Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen, gewährt. [...]

Für die institutionelle Förderung von regional bedeutsamen, kulturellen Einrichtungen reichte der Kulturraum Vogtland-Zwickau im Jahr 2021 insgesamt Zuwendungen in Höhe von 18.120.205,01 Euro aus (Vorjahr: 17.859.210,00 Euro). Für die Projektförderung wurden 650.944,89 Euro an bewilligten Zuwendungen ausgereicht.

Für die Projekte der Kulturellen Bildung wurden im Jahr 2021 Zuwendungen von insgesamt 157.504,84 Euro ausgereicht (Vorjahr: 104.313,96 Euro).

Der Kulturraum förderte im Jahr 2021 36 investive Projekte in Höhe von 1.178.742,87 Euro (Vorjahr: 1.426.886,08 Euro). Für 23 Projekte gewährte der Kulturraum Zuwendungen in Höhe von 518.462,67 Euro, weitere 3 Projekte konnten im Rahmen des interregionalen Kulturlastenausgleiches gem. § 6 Abs. 2 Buchst. b SächsKRG für Investitionen in Höhe von 180.628,23 Euro gefördert werden [...].

Darüber hinaus konnten 9 weitere Projekte im Jahr 2021 eine Förderung erhalten, welche aus zusätzlichen investiven Verstärkungsmitteln sowie aus Kulturraumeigenen Mitteln in Höhe von 472.495,88 Euro gefördert werden konnten [...].

In der Ergebnisrechnung werden die Transferleistungen mit 20.115.598,58 Euro ausgewiesen.

Insgesamt belaufen sich die in der Ergebnisrechnung im Jahr 2021 ausgewiesenen ordentlichen Aufwendungen auf 20.749.327,59 Euro (Vorjahr: 20.798.660,62 Euro).

In der Ergebnisrechnung ergibt sich ein Überschuss in Höhe von 762.966,53 Euro.

Zum 31.12.2021 ergibt sich ein Zahlungsmittelüberschuss in der Finanzrechnung in Höhe von 752.058,55 Euro [...].

Durch die Anwendung der neuen Berechnungsgrundlagen gemäß der Verordnung über die Zuweisung von Landesmitteln an die Kulturräume (Sächsische Kulturraumverordnung – SächsKRVO) vom 3. März 2009 treten Schwankungen in der Höhe der auf den Kulturraum Vogtland-Zwickau jährlich entfallenden Landeszuweisung ein. Es ist nicht auszuschließen, dass sich in den Folgejahren durch diese jährliche Berechnung der Landeszuweisungen für den Kulturraum Vogtland-Zwickau Mindereinnahmen ergeben. Durch die verfügbaren Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen

ZWECKVERBÄNDE

Ergebnisse der Vorjahre stehen dem Kulturraum grundsätzlich jedoch ausreichend Mittel zur Verfügung, um entsprechende Schwankungen der kommenden Jahre auszugleichen. Damit sind die Liquidität und die stetige Aufgabenerfüllung des Kulturraumes mittelfristig gesichert.

ANMERKUNGEN

Die Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2022 steht noch aus. Aus diesem Grund beziehen sich die Angaben auf den Rechenschaftsbericht des Jahresabschlusses 2021.

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2022 (IST)
Leistungen des Landkreises	
Laufende Umlage	2.932.851,04

ZWECKVERBÄNDE

5.7. SPARKASSENZWECKVERBAND CHEMNITZ

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Bahnhofstraße 51 (über Sparkasse Chemnitz)
FIRMENSITZ	09111 Chemnitz
TELEFON	0371 99-1010
TELEFAX	0371 99-1109
E-MAIL	enrico.langer@spk-chemnitz.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	08.02.1993
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Stadt Chemnitz	60,00	12
Landkreis Zwickau	40,00	8
Gesamt		20

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Verband fördert das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitglieder. Die zu diesem Zweck von ihm errichtete Sparkasse führt den Namen "Sparkasse Chemnitz" (im Nachfolgenden "Sparkasse" genannt).

Der Verband ist Träger der Sparkasse; im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen über Sparkassenzweckverbände in ihrer jeweiligen Fassung.

Die Verbandsmitglieder dürfen weder selbst noch in irgendeiner Gesellschaftsform eine Sparkasse oder ein anderes Geldinstitut betreiben oder sich an einem solchen Unternehmen beteiligen.

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Dr. Christoph Scheurer
(bis 31.07.2022)
Herr Carsten Michaelis
(ab 03.11.2022)

ANMERKUNGEN

Die erforderlichen Verwaltungsarbeiten des Zweckverbandes werden gemäß § 12 Abs. 2 der Verbandssatzung von der Sparkasse Chemnitz ausgeführt. Zudem trägt die Sparkasse Chemnitz nach § 12 Abs. 3 der Verbandssatzung den Verwaltungsaufwand und die sonstigen Kosten des Verbandes.

ZWECKVERBÄNDE

5.8. ZWECKVERBAND KOMMUNALE INFORMATIONSVERRARBEITUNG SACHSEN (KISA)

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Eilenburger Straße 1 A
FIRMENSITZ	04317 Leipzig
TELEFON	0351 86652-120
TELEFAX	0351 86652-122
E-MAIL	post@kisa.it
WEBSEITE	http://www.kisa.it
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	01.01.2004
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	22.01.2021

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Landkreise, Städte, Gemeinden, Verwaltungsverbände, Zweckverbände und Sonstige Einrichtungen	93,37	2.394
Landkreis Zwickau	0,78	20
Gesamt		2.414

TOCHTERUNTERNEHMEN

KDN-Kommunale DatenNetz GmbH	60.000 EUR (100,00%)
Komm24GmbH	5.000 EUR (20,00%)
Lecos GmbH	20.000 EUR (10,00%)
ProVitago eG	5.000 EUR (2,32%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Zweckverband stellt seinen Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörige Serviceleistungen zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche die Mitglieder ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können.

Zu den Leistungen und Aufgaben des Zweckverbandes gehören insbesondere die nachfolgend aufgezählten:

- Wartung, Pflege, Weiterentwicklung und erforderlichenfalls geordnete Ablösung der bereitgestellten Verfahren,
- Gewährleistung eines möglichst integrierten Einsatzes der angebotenen Verfahren durch Bereitstellung entsprechender Schnittstellen,
- Beratung und Unterstützung der Mitglieder sowie der sonstigen Kunden in allen Fragen, die mit den Leistungen nach Abs. 1 im Zusammenhang stehen, in allen sonstigen Anwendungsfragen und bei der Auswahl, Beschaffung und Nutzung von Hardware und Software, wobei Rechtsberatung ausgeschlossen ist,

ZWECKVERBÄNDE

- Durchführung von Schulungen,
- Erwerb von Gebietslizenzen und Abschluss von Rahmenverträgen mit Dritten über Lieferungen und Leistungen,
- Bereitstellung eines Übertragungsnetzes zur Nutzung der Datenverarbeitungsverfahren und für andere Netzdienste,
- Vertretung der Interessen der Verbandsmitglieder auf dem Gebiet der technikunterstützten Informationsverarbeitung,
- Erwerb und Überlassung von Informationstechnik sowie damit verbundene Betreiberleistungen.
- Der Verband stellt beruflich qualifiziertes und sachkundiges Personal bereit, das befähigt ist, als Datenschutzbeauftragter gemäß Art. 37 Datenschutz-Grundverordnung Verwendung zu finden. Mitglieder der KISA erhalten das Entscheidungsrecht, bereitgestelltes Personal zum Datenschutzbeauftragten gemäß Art. 37 Datenschutz-Grundverordnung bei Verfügbarkeit zu benennen. Im Falle seiner Benennung erfüllt der jeweilige Datenschutzbeauftragte seine Pflichten und Aufgaben gegenüber der Geschäftsleitung des Verbandes unabhängig und berichtet unmittelbar und ausschließlich dem Verantwortlichen, d. h. der benennenden Stelle. Allein im Falle von Vertragsstörungen zwischen dem Verband und einem Verbandsmitglied bei der Wahrnehmung der Aufgabe, ist der Verband befugt, das von ihm gestellte Personal zum erbrachten Leistungsumfang zu befragen.

Der Verband kann sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben Dritter bedienen. Hierbei muss vertraglich sichergestellt sein, dass alle Normen des Datenschutzes ausnahmslos eingehalten werden und dass dies jederzeit durchsetzbar ist.

Der Zweckverband erbringt seine Leistungen im Wesentlichen für seine Verbandsmitglieder. Im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten kann er Leistungen auch für Dritte erbringen. Der Drittgeschäftsanteil darf einen Wert von 20 % des durchschnittlichen Gesamtumsatzes der vergangenen drei Jahre nicht erreichen oder überschreiten.

Der Verband arbeitet kostendeckend. Die Erzielung eines Gewinnes wird nicht angestrebt.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Andreas Bitter

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Ralf Rother

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen des Unternehmens

Der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) ist ein Zweckverband mit Sitz in Leipzig. KISA ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und arbeitet auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit.

Mitglieder von KISA sind Städte, Gemeinden, Landkreise, Verwaltungsverbände, Zweckverbände und sonstige Einrichtungen, darunter auch juristische Personen des Privatrechts. [...] Die Gesamtzahl der Mitglieder verringerte sich (...) im Jahr 2022 und belief sich zum 31.12.2022 auf 276 Mitglieder.

Der Zweckverband KISA erbringt seine Leistungen im Wesentlichen gegenüber seinen Verbandsmitgliedern. Es können im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten in einem beschränkten Maß auch

Leistungen an Dritte erbracht werden. Der Verband arbeitet kostendeckend, eine Gewinnerzielungsabsicht besteht nicht.

Der Zweckverband KISA ist in Sachsen und darüber hinaus ein bekannter kommunaler IT-Dienstleister und stellt seinen Mitgliedern und Kunden im öffentlichen Sektor integrierte IT-Lösungen zur Verfügung. Das Portfolio bietet ein umfassendes Spektrum sicherer, komfortabler und nachhaltiger Verfahren, Dienstleistungen und Infrastruktur zur Vereinfachung der Verwaltungsaufgaben. Schwerpunkte darunter sind die Softwareanwendungen u. a. im Finanz- und Personalwesen sowie das Dokumentenmanagement.

Wirtschaftsbericht

Das Jahr 2022 war für KISA durch eine enorme Vielfalt an Themen geprägt. Ein Fokus lag fortgesetzt und ausbauend auf den Geschäftsfeldern im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Verwaltungsaufgaben, der Dienstleistungserbringung im Hard- und Software-Bereich für Schulen und den Dienstleistungen zum zweiten Finanzwesen. Zusätzlich wurden mehrere gesetzliche Veränderungen begleitet, vor allem die Grundsteuer- und Wohngeldreform aber auch die Einführung der Umsatzsteuer bei den Kommunen inkl. der überraschenden Optionszeitraumverlängerung durch das Jahressteuergesetz 2022 zum Jahreswechsel. Darüber hinaus gab es in 2022 in den zwei nutzerstarken Anwendungen HCM und Meso einen Verfahrenswechsel.

Gesamtaussage

Zum Jahresende 2022 entstand ein positives Ergebnis von 1,395 Mio. € (Vorjahr 1,085 Mio. €), was deutlich über der Prognose lag. Es wurde wie geplant keine Umlage erhoben.

Ursachen für das positive Ergebnis im Vergleich zum Planansatz waren insbesondere:

- Geringere Personalaufwendungen aufgrund nicht besetzter Stellen
- Eingesparte sonstige betriebliche Aufwendungen
- Niedrigere Abschreibungen aufgrund geringerer Investitionen
- Auflösung eines Anteils der Rückstellungen, insbesondere aufgrund der Betriebsprüfung
- Ausnutzung aller vertretbaren Einsparmöglichkeiten.

KISA kalkuliert die Preise kostendeckend bzw. passt die Produkt- und Dienstleistungspreise bei Preissteigerungen der Lieferanten und Hersteller kontinuierlich an. [...] Die Ertragslage ist weiterhin abgesichert.

Prognosebericht

Für das Jahr 2023 wurde die Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan mit Bescheid vom 01.11.2022 durch die Landesdirektion Sachsen genehmigt. Die Haushaltssatzung sieht einen Jahresfehlbetrag von 1.146 T€, eine Entnahme aus der Gewinnrücklage zur Deckung des Jahresfehlbetrages von 1.146 T€, keine Erhebung von Umlagen, keine Aufnahme von Kassenkrediten und einen Gesamtbeitrag der Kreditaufnahmen für Investitionen in Höhe von 1.577 T€ vor. Der Endbestand der liquiden Mittel zum 31.12.2023 wurde mit 5.637 T€ prognostiziert. Der Zweckverband ist ganzjährig mit ausreichend Liquidität ausgestattet.

Ab dem 01.01.2023 unterliegt KISA vollständig dem Umsatzsteuergesetz, so dass die Leistungen von KISA dann umsatzsteuerpflichtig sind.

Chancen- und Risikobericht

Die Entwicklung des Verbandes wird in Zukunft ganz wesentlich davon abhängen, dass unsere Mitglieder und Kunden bereit sind, kostendeckende und marktgerechte Preise für Dienstleistungen zu zahlen. Das setzt voraus, dass in der KISA ein ausgeprägtes Wissen über die kommunalen Abläufe und Bedürfnisse sowie über gesetzliche Entwicklungen vorhanden ist und eine den Anforderungen des Marktes entsprechende Servicequalität gewährleistet wird.

ZWECKVERBÄNDE

BETEILIGUNGSBERICHT DES ZWECKVERBANDES

Der Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) für 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

ZWECKVERBÄNDE

5.9. RETTUNGSZWECKVERBAND "SÜDWESTSACHSEN"

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Poeppigstraße 6
FIRMENSITZ	08529 Plauen
TELEFON	03741 457-0
TELEFAX	03741 457-111
E-MAIL	briefkasten@rzv-sws.de
WEBSEITE	http://www.rettzv-sws.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	18.08.1995
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Landkreis Zwickau	50,00	1
Vogtlandkreis	50,00	1
Gesamt		2

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Zweckverband ist Träger des bodengebundenen Rettungsdienstes in seinem Verbandsgebiet. Er hat insbesondere die Aufgaben:

- die Sicherstellung - ausgenommen die notärztliche Sicherstellung - einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung - einschließlich Bergwacht und Wasserrettungsdienste, soweit sie Aufgaben der Notfallrettung wahrnehmen - und des Krankentransportes;
- auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG) i. V. m. der Sächsischen Landesrettungsdienstplanungsverordnung (SächsLRettDPVO) in den jeweils gültigen Fassungen einen Bereichsplan aufzustellen;
- den Bereitschaftsbeirat für den Rettungsdienst zu bestellen und ihn in grundsätzlichen Angelegenheiten anzuhören; Erlass einer Geschäftsordnung für den Bereichsbeirat;
- durch öffentlich-rechtlichen Vertrag die Durchführung von Notfallrettung und Krankentransport nach einem Vergabeverfahren auf private Hilfsorganisationen oder auf andere Unternehmer (Leistungserbringer) zu übertragen;
- den Rettungsdienst selbst durchzuführen, soweit die bedarfsgerechte Versorgung mit Leistungen des Rettungsdienstes nicht nach Ziffer 4 sichergestellt ist;
- die Integrierte Regionalleitstelle (IRLS) zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben; die Verbandsmitglieder übertragen ihre diesbezüglichen Zuständigkeiten, die sich aus § 11 Abs. 1 und § 34 Abs. 2 SächsBRKG ergeben, auf den Zweckverband;
- gemeindeübergreifenden Alarmierungs- und Nachrichtenübermittlungssysteme zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben; die Verbandsmitglieder übertragen ihre diesbezüglichen Zuständigkeiten, die sich aus § 7 Abs. 1 Ziffer 2 SächsBRKG ergeben, auf den Zweckverband;
- die Rettungswachen und die sonstigen für die Durchführung der Notfallrettung oder des Krankentransportes benötigten baulichen Anlagen zu errichten und zu unterhalten;

ZWECKVERBÄNDE

- die zur Durchführung von Notfallrettung und Krankentransport benötigten Fahrzeuge - einschließlich der erforderlichen Ausrüstung und Ausstattung - im Benehmen mit den Kostenträgern nach Bedarf und wirtschaftlichen Gesichtspunkten selbst zu beschaffen und zu unterhalten;
- einen hauptamtlichen Ärztlichen Leiter Rettungsdienst und dessen hauptamtlichen Vertreter zu bestellen, die insbesondere Festlegungen zur Sicherung der Qualität der rettungsdienstlichen Versorgung treffen und deren Umsetzung überwachen; der Ärztliche Leiter Rettungsdienst und dessen Vertreter erfüllen zugleich die gesetzlichen Aufgaben des Ärztlichen Leiters der Integrierten Regionalleitstelle;
- ehrenamtlich tätige Leitende Notärzte zu bestellen, die bei der rettungsdienstlichen Versorgung einer großen Anzahl von Verletzten oder Erkrankten die ärztliche Versorgung koordinieren;
- ehrenamtlich tätige Organisatorische Leiter Rettungsdienst zu bestellen, die den Leitenden Notarzt bei taktischen und organisatorischen Aufgaben am Schadensort unterstützen;
- die Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung bei einem Großschadensereignis, insbesondere durch organisatorische und planerische Vorsorgemaßnahmen, unter anderem in Verbindung mit den unteren Brandschutz-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzbehörden der Verbandsmitglieder Schnell-Einsatz-Gruppen (SEG) aufzustellen und gemäß § 39 SächsBRKG im Katastrophenschutz mitzuwirken;
- für die Durchführung des Rettungsdienstes auf der Grundlage des § 32 SächsBRKG einheitliche, leistungsgerechte Benutzungsentgelte für alle in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Benutzer mit den Kostenträgern zu vereinbaren;
- für alle nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Benutzer des Rettungsdienstes Gebühren durch Satzung festzulegen;
- für die Qualitätssicherung der medizinischen Leistungen kann der Zweckverband eigene Fortbildungen anbieten und durchführen;
- die Ersthelferausbildung der Bevölkerung mit dem Ziel zu fördern, das therapiefreie Intervall bei Notfallpatienten zu verkürzen; die Ersthelferausbildung ist durch die Leistungserbringer nach Ziffer 4 durchzuführen;
- Durchführung von Projekten oder Förderung solcher, die im Kontext zur demografischen Entwicklung, zur langfristigen Stabilisierung der Systeme der ärztlichen bzw. notärztlichen Versorgung sowie der Gefahrenabwehr dienen;
- Unterhaltung von Serviceeinrichtungen für den Endgerätesupport des Rettungsdienstes im BOS-Digitalfunknetz, welche auch durch die Feuerwehr oder den Katastrophenschutz genutzt werden können; die Betreuung kann durch Vertrag auf Dritte übertragen werden.

Zur Erfüllung einiger oben genannten Aufgaben - insbesondere der Betreuung der Integrierten Regionalleitstelle - bedient sich der Verband der Berufsfeuerwehr Zwickau. Er schließt hierzu einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Großen Kreisstadt Zwickau in ihrer Funktion als Träger der Berufsfeuerwehr.

Der Zweckverband arbeitet im Rahmen der Notfallseelsorge/Krisenintervention organisatorisch und koordinierend mit. Er berücksichtigt hierbei insbesondere den seelsorgerischen Auftrag der Kirchen sowie die besonderen Fähigkeiten anderer Organisationen. Er kann selbst Träger eines oder mehrerer Teams sein.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Jens Leistner

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Wirtschaftsbericht

Die weltweite Coronapandemie hatte maßgebliche Auswirkungen auf alle Tätigkeitsfelder des Rettungszweckverbandes „Südwestsachsen“ in seinem Verbandsgebiet. Im ersten Halbjahr stagnierten die Einsatzzahlen im Bereich der Rettungstransporteinsätze sowie der qualifizierten Krankentransporte auf dem geringen Niveau des Vorjahres.

Dies ist zum einen durch den langen bundesweiten Lockdown im Frühjahr und zum anderen durch den Rückgang von planbaren Eingriffen in den Krankenhäusern des Verbandsgebietes zu begründen.

In den Sommermonaten nahmen die Einsatzzahlen wieder deutlich zu und erreichten im September annähernd das Niveau von 2019.

Die kumulierte Hilfsfrist für das Berichtsjahr lag bei 89,92 % und ist dabei gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken.

Die Umlageentwicklung im Bereich IRLS Zwickau und im Bereich des nichtentgeltrelevanten Rettungsdienstes bestätigt den Trend der Kostensteigerung der vergangenen Wirtschaftsjahre. Allerdings erreichten die Kosten beider Umlagearten nicht die kalkulierten Planansätze.

Die Umlageentwicklung im Bereich des nichtentgeltrelevanten Rettungsdienstes stellt sich wie folgt dar:

Die Umlage für den Teil Feuerwehr der IRLS Zwickau hat sich wie folgt entwickelt:

Wirtschaftliche Lage

Der Verband hat in 2021 Erträge von 53.490 TEUR und Aufwendungen von 53.490 TEUR erzielt.

Die Finanzierung der laufenden Kosten sowie der Investitionen erfolgte je nach Art und Verursachungsgebiet durch die Kostenträger der GKV, die Verbandsmitglieder sowie Fördermaßnahmen. Die verursachungsgerechte Darstellung der Kosten und Erträge wird über eine Aufschlüsselung nach Kostenträger gewährleistet.

Direkt dem Rettungsdienst zurechenbare Aufwendungen werden vollständig von der GKV getragen. Der Finanzierungsrückfluss erfolgt über das Entgelt.

Die Kosten der IRLS Zwickau sowie bei anderen Mischfinanzierungen werden je zur Hälfte von den Verbandsmitgliedern und der GKV getragen.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement des RettZV „SWS“ befindet sich derzeit noch im Aufbau. Eine Ableitung der Chancen und Risiken findet daher nur aus den Grundüberlegungen und den derzeit laufenden, vorbereitenden Tätigkeiten des Risikomanagements statt.

Der RettZV agiert weiterhin an den beiden durch die Verbandssatzung festgesetzten Standorten in Plauen und Zwickau und betreibt vor Ort jeweils eine Geschäftsstelle.

Die Verbesserung der Rettungswachenstruktur hat weiterhin eine hohe Priorität.

Auch der bis einschließlich 2025 schrittweise Baubeginn für fünf Rettungswachen bedeutet eine enorme Herausforderung für die zuständigen Mitarbeiter. Schwierig und vor allem langwierig gestaltet sich die Suche von geeigneten Grundstücken.

ZWECKVERBÄNDE

Die Realisierung und Umsetzung der Projekte bietet allerdings auch die Chance, den derzeit bereits sehr hohen Erfüllungsgrad zur Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfrist, weiter zu steigern und letzten Endes die rettungsdienstliche Versorgung der Bevölkerung bestmöglich zu gewährleisten.

Die zunehmende Energiekrise stellt derzeit ein schwer kalkulierbares Risiko dar.

Ein branchenspezifisches Risiko stellt die Vorbereitung für ein erneutes Ausschreibungsverfahren für die Vergabe der rettungsdienstlichen Aufgaben im Verbandsgebiet dar.

Ein zusätzliches finanzielles Risiko in diesem Zusammenhang stellt eine Verlängerung der derzeitigen Vertragslaufzeit über den 31.12.2022 dar. Die derzeit gültigen Verträge waren auf einer Sieben-Jahres-Basis kalkuliert und würden zum 31.12.2022 auslaufen. Aufgrund von (u. a. pandemiebedingten) Verzögerungen in der Folgeausschreibung macht der RettZV „SWS“ von der vertraglich ausdrücklich vorgesehenen Option Gebrauch, den Vertrag interimweise zu verlängern. [...] Die Kostenträger wurden vorab gehört und haben der Vertragsverlängerung zugestimmt. Das finanzielle Risiko zielt hierbei auf die derzeit kaum kalkulierbaren Energiekosten ab. Da die Entgelte der Leistungserbringer prozentual gesteigert werden und ein Ende der Preissteigerung in allen Energiesektoren nicht absehbar ist, kann eine plausible Kostendeckung nur bedingt erreicht werden. Bei finanzieller Nichtauskömmlichkeit der Leistungserbringer drohen dem RettZV „SWS“ Nachverhandlungen und letzten Endes hohe Nachzahlungen, welche nicht im Entgelt einkalkuliert sind.

Sollte es dem RettZV „SWS“ nicht gelingen, alle öffentlich-rechtlichen Verträge mit den potentiellen Leistungserbringern zum 01.01.2023 abzuschließen, müssen Interimsverträge mit den Leistungserbringern abgeschlossen werden. Es ist nach heutigem Stand davon auszugehen, dass derartige Interimsverträge mit einem Anstieg des Leistungsentgeltes verbunden sind.

ANMERKUNGEN

Die Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2022 steht noch aus. Aus diesem Grund beziehen sich die Angaben auf den Lagebericht des Jahresabschlusses 2021.

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2022 (IST)
Laufende Umlage	1.947.764,00

ZWECKVERBÄNDE

5.10. ZWECKVERBAND FÜR TIERKÖRPERBESEITIGUNG SACHSEN

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Staudaer Weg 1
FIRMENSITZ	01561 Priestewitz/OT Lenz
TELEFON	035249 735-0
TELEFAX	035249 735-25
E-MAIL	info@tba-sachsen.de
WEBSEITE	http://www.tba-sachsen.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	21.02.1991
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Erzgebirgskreis	7,69	1
Landkreis Bautzen	7,69	1
Landkreis Görlitz	7,69	1
Landkreis Leipzig	7,69	1
Landkreis Meißen	7,69	1
Landkreis Mittelsachsen	7,69	1
Landkreis Nordsachsen	7,69	1
Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	7,69	1
Landkreis Zwickau	7,69	1
Stadt Chemnitz	7,69	1
Stadt Dresden	7,69	1
Stadt Leipzig	7,69	1
Vogtlandkreis	7,69	1
Gesamt		13

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Verband führt die seinen Verbandsmitgliedern nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften der Europäischen Union, des Bundes und des Freistaates Sachsen obliegenden Aufgaben an deren Stelle durch.

Er verarbeitet und beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörper-teile, Erzeugnisse und tierischen Nebenprodukte, deren Beseitigung nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften in einer Tierkörperbeseitigungsanstalt zu erfolgen hat.

Der Verband errichtet oder erwirbt und betreibt die hierfür erforderlichen Anlagen entweder selbst oder betreibt sie durch Dritte. Auch im Übrigen kann sich der Verband zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

Der Verband kann weitere Aufgaben übernehmen, die mit seiner Zweckbestimmung im Zusammen-hang stehen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Frau Sylvia Schäfer

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Michael Geisler

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Geschäftsverlauf des Beseitigungsbetriebs

Der Entsorgungsbetrieb lief im Jahr 2022 technisch und wirtschaftlich stabil.

Die Erträge für Tierfett sind gegenüber dem ohnehin schon preisstarken Vorjahr um ca. 40 % gestiegen. Grund hierfür ist der im Sog der allgemeinen Energiepreissteigerungen stark gestiegene Preis für Tierfett, als Rohstoff für die Produktion von Biodiesel.

Der Erlös für Tierkörpermehl ist um mehr als 25 % gegenüber dem Vorjahr gefallen. Grund hierfür sind ein Mengen- und ein Preisrückgang, obwohl das Tiermehl ebenfalls als Brennstoff genutzt wird. Allerdings steht diesem Erlös der Transportaufwand gegenüber, der dreimal so groß ist, wodurch dieser Ersatzbrennstoff keinen positiven Beitrag liefern kann.

Der Ertrag durch den Verkauf von Tierhäuten hat sich auf ca. 35 T€ verdoppelt – allerdings von sehr niedrigem Niveau ausgehend. Die Nachfrage wird auch künftig gering bleiben.

Die Verarbeitung lief üblicherweise durchgängig von Montagnachmittag bis Sonnabendmorgen, wobei die Anlage je nach Rohwareaufkommen zur Wochenmitte für einige Stunden außer Betrieb genommen wurde.

Aus der Verarbeitung der Rohware fielen 8.118 t Tiermehl und 3.030 t Tierfett an.

Der seit 2013 in Oelsnitz/Erzg. genutzte LKW-Stellplatz ermöglicht den Einsatz von sog. Wechselcontainern. Die Überführung zum Verarbeitungsbetrieb mittels Anhängerfahrzeug verringert den Transportaufwand.

Hohen Aufwand verursacht die Entsorgung von Wildschweinkörpern und Wildschweinaufbruch (Schlachtabfall) aus den Landkreisen Görlitz, Bautzen und Meißen sowie von Wildschweinkörpern als sog. FUK-Tiere (Fallwild, Unfallwild, krank erlegtes Wild) in ganz Sachsen. Von den zuständigen Veterinärbehörden wurden Kadaversammelpunkte eingerichtet. Diese und teilweise auch Sammeltonnen bei Privatpersonen (Jäger) werden aus hygienischen Gründen auf separaten Touren entsorgt. Für diese Transporte werden ein Sammel-LKW sowie 2 Kastenfahrzeuge eingesetzt. Ab 2023 ist ein zusätzlicher Sammel-LKW im Einsatz, der Entsorgungen auch über unbefestigte Straßen ermöglicht.

Lage des Zweckverbands (Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage)

Das Rohwareaufkommen sicherte eine planmäßige Anlagenauslastung. Die Verarbeitungsmenge sank auf 32.285 t (Vorjahr: 34.657 t; -6,8 %). Technisch bedingte Stillstände waren nicht zu verzeichnen.

Die Anlagen zur Verarbeitung tierischer Nebenprodukte unterliegen hohen Beanspruchungen. Daraus resultiert ein hoher Instandhaltungsaufwand und die Notwendigkeit des periodischen Wechsels von Verschleißteilen und ganzen Baugruppen.

Die Planansätze für Reparaturen wurden im Berichtsjahr erheblich überschritten (Plan 500 T€; Ist: 1.088 T€). Maßgebend dafür war umfangreicher Ersatz des Filtermaterials für den Biofilter sowie ein großer Schaden am Rührwerk des Abwasserklärbeckens. Diese Arbeiten konnten nicht verschoben werden. Der im Jahresverlauf deutlich werdende Mehrertrag beim Tierfett führte dazu, dass der Haushaltsplan trotz der genannten Überschreitungen vollzogen werden konnte.

Der Planansatz für den Reparaturaufwand im Bereich des Fuhrparks (400 T€) wurde erheblich unterschritten (293 T€).

Planmäßig wurden drei LKW und ein Pritschen-Kleintransporter beschafft. Ein LKW, der speziell für die Entsorgung von ASP-verdächtigem Material genutzt werden soll, wurde Ende 2022 angezahlt und geliefert. Die Aktivierung erfolgte erst im Jahr 2023. Der Freistaat Sachsen zahlte seinen Zweidrittel Anteil bereits im Dezember 2022 vollständig.

Der ZV ist nach § 11 der Verbandssatzung umlagefinanziert. Er deckt finanzwirtschaftlich nur seine Aufwendungen und erzielt keine Gewinne. Die Erfolgsrechnung hat daher unter Berücksichtigung

ZWECKVERBÄNDE

der Verbandsumlage grundsätzlich ein ausgeglichenes Ergebnis auszuweisen. Dem entspricht der Jahresabschluss 2022.

Gesamtaussage

Die Vermögens- und Finanzlage kann als gut eingeschätzt werden. Das Rohwareaufkommen ist rückläufig, aber zur wirtschaftlichen Betriebsführung weiterhin ausreichend.

Das vorhandene Finanzanlagevermögen bietet ausreichend Sicherheit auch für unvorhersehbare Situationen.

Chancen- und Risikobericht

Risiken für die Betriebsführung bestehen in der Möglichkeit verringerter Mengen an Schlacht- und Ei-Abfall, wenn die Produktion in den betreffenden wenigen Betrieben kurzfristig verringert oder gar eingestellt werden würde oder Pflichtware ausnahmsweise nach außerhalb des Verbandsgebiets verbracht werden würde. Ein weiteres Risiko stellt der Rückgang der Tierbestände in der Landwirtschaft dar. Weitere Risiken bestehen in fallenden Marktpreisen für den Verkauf der Produkte Tierfett, Tiermehl und Tierhäute.

Weitere Risiken bestehen in Preissteigerungen für den Bezug von Energie (Erdgas, Heizöl, Diesel, Strom) bzw. die im Zusammenhang mit Energieknappheit infolge internationaler Verwerfungen (Ukrainekrieg) mögliche zeitweise Sperrung des Energiebezugs, insbesondere von Erdgas. Zur Vorsorge wurde ein neuer Öltank gekauft, um alternativ Heizöl zu nutzen.

Als ein weiteres Risiko gelten Preissteigerungen für die Verbrennung unseres Tiermehls. Durch den zukünftigen Verzicht auf Kohleverstromung werden mit den Kohlekraftwerken mögliche Abnehmer wegfallen.

Weitere Risiken bestehen in der Möglichkeit veränderter rechtlicher Vorgaben, etwa dem Wegfall der alleinigen örtlichen Zuständigkeit und der Verarbeitung nach anderen technischen Standards, wofür es allerdings derzeit keinerlei Ansatzpunkte gibt.

Daneben stellt die technische Verarbeitungssicherheit ein weiteres Risiko da. Durch die Auslegung der Schlüsselaggregate als redundante Systeme, also der Vorhaltung von mehrfachen, unabhängig voneinander wirkenden Anlagen, z. B. von zwei Dampfkesseln und der Beschäftigung erfahrener technischer Fachkräfte wird dieses Risiko minimiert. Es gibt keine Hinweise auf technische Einschränkungen. Die deutlich längeren Lieferzeiten für Ersatzteile und Investitionsgüter könnten jedoch zu technischen Problemen führen, die nicht kurzfristig behoben werden können. Daher wurde bereits wieder damit begonnen, wichtige Ersatzteile auf Lager zu legen. Dies belastet zwar finanziell, erhöht aber die Verarbeitungssicherheit.

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2022 (IST)
Leistungen des Landkreises	
Laufende Umlage	107.271,00

6. Formelverzeichnis

$$\text{Anlagendeckung I in \%} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}} * 100$$

$$\text{Vermögensstruktur in \%} = \frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtkapital}} * 100$$

$$\text{Eigenkapitalquote in \%} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} * 100$$

$$\text{Eigenkapitalrendite in \%} = \frac{\text{Jahresergebnis}}{\text{Eigenkapital}} * 100$$

$$\text{Fremdkapitalquote in \%} = \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}} * 100$$

$$\text{Gesamtkapitalrendite in \%} = \frac{\text{Jahresergebnis} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital}} * 100$$

$$\text{Liquidität 1. Grades in \%} = \frac{\text{Flüssige Mittel}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} * 100$$

$$\text{Pro-Kopf-Umsatz in EUR} = \frac{\text{Umsatz}}{\text{Mitarbeiteranzahl}} * 100$$

7. Kennzahlen

Anlagendeckung I	Die Kennzahl erfasst, in welcher Höhe das Anlagevermögen durch Eigenkapital gedeckt ist. Das Ziel ist es, einen Anlagendeckungsgrad I von 70 bis 100 % zu erreichen.
Vermögensstruktur	Prozentualer Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen des Unternehmens.
Eigenkapitalquote	Diese Kennziffer gibt Auskunft darüber, wie hoch das Eigenkapital an dem Gesamtkapital der Gesellschaft ist. Je höher die Eigenkapitalquote ausfällt, um so solider ist die Finanzausstattung des Unternehmens.
Eigenkapitalrendite	Die Kennzahl drückt aus, in welcher Höhe sich das im Unternehmen eingesetzte Eigenkapital verzinst. Bei Jahresverlusten ergibt sich eine negative Kennziffer.
Fremdkapitalquote	Die Fremdkapitalquote gibt an, mit welchem Anteil das Fremdkapital am Gesamtkapital eines Unternehmens beteiligt ist. Je geringer die Fremdkapitalquote ausfällt, um so unabhängiger ist ein Unternehmen.
Gesamtkapitalrendite	Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie sich das Gesamtkapital eines Unternehmens verzinst. Bei Jahresverlusten ist diese Kennzahl negativ.
Liquidität 1. Grades	Mit der Kennzahl soll die Zahlungsfähigkeit eines Unternehmens bewertet werden. Beträgt die Liquidität 1. Grades z. B. über 100 % können allein mit den liquiden Mitteln alle kurzfristigen Verbindlichkeiten (zum Stichtag der Betrachtung) gedeckt werden. Kurzfristige Verbindlichkeiten sind Zahlungsverpflichtungen mit einer Fristigkeit von unter einem Jahr.

8. Fachbegriffe

Abschreibung	Methode zur Ermittlung des Betrages, der bei Gegenständen des Anlagevermögens die im Laufe einer Nutzungsdauer durch Nutzung eingetretenen Wertminderungen an den einzelnen Vermögensgegenständen erfassen soll und als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung angesetzt wird.
Anlagevermögen	<p>Sind nur die Gegenstände auszuweisen, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (§ 247 Abs. 2 HGB). Das Anlagevermögen ist gemäß § 266 Abs. 2 HGB in der Bilanz auf der linken Seite (Aktiva) unter Punkt A. folgendermaßen darzustellen:</p> <ul style="list-style-type: none">• immaterielle Vermögensgegenstände (Konzessionen, Patente)• Sachanlagen (Grundstücke, Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung)• Finanzanlagen (Anteile und Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen, langfristige Wertpapiere)
Bilanzsumme	Ist die Schlusssumme der linken (Aktiva) und der rechten Seite (Passiva) der Bilanz.
Eigenkapital	<p>Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden (Selbstfinanzierung). Das Eigenkapital sollte in Höhe des langfristig gebundenen Vermögens vorhanden sein (goldene Bilanzregel). Gemäß § 266 Abs. 3 HGB ist das Eigenkapital auf der rechten Seite (Passiva) in der Bilanz unter Punkt A. wie nachstehend gegliedert darzustellen:</p> <ul style="list-style-type: none">• gezeichnetes Kapital• Kapitalrücklage• Gewinnrücklagen• Gewinnvortrag/Verlustvortrag• Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag• Sonderposten (Fördermittel und Zuschüsse für Investitionen, sofern dem Eigenkapital zugeordnet, ansonsten Fremdkapital)
Flüssige Mittel	Bestand an Geld- und Vermögenswerten, die bei Bedarf in Geld gewandelt werden können.
Fremdkapital	<p>Bezeichnung für die in der Bilanz ausgewiesenen Schulden der Unternehmung gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind. Fremdkapital dient der Finanzierung des Unternehmensvermögens. Aufgrund des § 266 Abs. 3 HGB ist das Fremdkapital auf der rechten Seite (Passiva) der Bilanz wie folgt detailliert aufzugliedern:</p> <ul style="list-style-type: none">• Sonderposten (Fördermittel und Zuschüsse für Investitionen, sofern dem Fremdkapital zugeordnet, ansonsten Eigenkapital)• Rückstellungen (Verluste oder Aufwand, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind z. B. Garantieverpflichtungen, Steuerrückstellungen)• Verbindlichkeiten

FACHBEGRIFFE

Gesamtkapital	Ist die Summe aus Eigenkapital, Fremdkapital sowie Rechnungsabgrenzungsposten und somit die Schlusssumme der rechten Seite der Bilanz (Passiva).
Investition	Im Sinne der Betriebswirtschaftslehre – Anschaffung eines langfristig nutzbaren Produktionsmittels. Investitionsgüter werden in der Bilanz in das Anlagevermögen aufgenommen und gelten somit als Wertgegenstand im Besitz des Unternehmens. Sie werden über den erwarteten Nutzungszeitraum abgeschrieben.
Jahresergebnis	Das Jahresergebnis ist der während des Geschäftsjahres erwirtschaftete Überschuss oder Fehlbetrag, ergibt sich als Differenz zwischen den Erträgen und Aufwendungen.
Jahresfehlbetrag	Begriff der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung für Kapitalgesellschaften gemäß § 275 HGB, weist den in der Abrechnungsperiode eingetretenen Verlust aus.
Jahresüberschuss	Als Jahresüberschuss bezeichnet man das nach handelsrechtlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen ermittelte positive Ergebnis eines Geschäftsjahres. Als Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung zeigt es an, welchen Gewinn ein Unternehmen in dem laufenden Geschäftsjahr erwirtschaftet hat.
Kurzfristige Verbindlichkeiten	Sind Verbindlichkeiten mit der Fälligkeit bis zu einem Jahr (z. B. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Umsatzsteuerverbindlichkeiten).
Umsatz	Erlös, wertmäßige Erfassung des Absatzes eines Unternehmens.
Verbindlichkeiten	Summe der am Bilanzstichtag noch offenen finanziellen Verpflichtungen eines Unternehmens gegenüber seinen Lieferanten und sonstigen Gläubigern. Verbindlichkeiten sind in der Bilanz auf der rechten Seite (Passiva) unter Punkt C. aufgeführt (§ 266 Abs. 3 HGB): <ul style="list-style-type: none">• Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten• Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen• Verbindlichkeiten gegenüber Träger/Gesellschafter oder anderen Unternehmen• sonstige Verbindlichkeiten (Steuern und im Rahmen der sozialen Sicherheit).

9. Abkürzungen

Abs.	Absatz
ADAC	Allgemeiner Deutscher Automobil Club
aDRG	Ausgliederte Diagnosis Related Groups
AO	Abgabenordnung
ASR	Autobus GmbH Sachsen – Regionalverkehr
ASF	Abfallsammelfahrzeug
ASP	Afrikanische Schweinepest
AV	Anlagevermögen
AWVC	Abfallwirtschaftsverband Chemnitz
Azubi	Auszubildende
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BGBI	Bundesgesetzblatt
BOS	Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CNG	Compressed Natural Gas
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
dar.	darunter
d. h.	das heißt
DKG	Deutsche Krebsgesellschaft
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
eG	Eingetragene Genossenschaft
EGZ	Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH
EUR/€	Euro
e. V.	eingetragener Verein
EWPBG	Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz
EZB	Europäische Zentralbank
FSJ	Freiwilliges soziales Jahr
gem.	gemäß
ggf.	gegebenenfalls
gGmbH	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
ha	Hektar
HBK	Heinrich-Braun-Klinikum gGmbH
HGB	Handelsgesetzbuch
HeilbZuG	Gesetz über den Vollzug des Berufsrechts der akademischen Heilberufe und der Gesundheitsfachberufe sowie der arzneimittel- und apothekenrechtlichen Vorschriften (Heilberufezuständigkeitsgesetz)
IHK	Industrie- und Handelskammer
i. H. v.	in Höhe von
i. L.	in Liquidation
inkl./incl.	inklusive
IRLS	Integrierte Regionalleitstelle
IT	Informationstechnik
i. V. m.	in Verbindung mit
KdöR	Körperschaft des öffentlichen Rechts
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausgesetz

ABKÜRZUNGEN

KHSG	Krankenhausstrukturgesetz
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KV	Kassenärztliche Vereinigung
KVS	Kassenärztliche Vereinigung Sachsen
LASuV	Landesamt für Straßenbau und Verkehr
LBlindG	Gesetz über die Gewährung eines Landesblindengeldes und anderer Nachteilsausgleiche
LED	Leuchtdioden
LJHG	Landesjugendhilfegesetz
LKW	Lastkraftwagen
LV	Landesverband
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
Mio.	Million
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum
Nr.	Nummer
OP	Operation
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVFinVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs
ÖPNVG	Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr
OT	Ortsteil
PP	Pappe und Papier
RB	Regionalbahn
qm	Quadratmeter
rd.	rund
RegG	Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs
Retz "SWS"	Rettungszweckverband Südwestsachsen
Reha	Rehabilitation
RFID	Identifizierung mit Hilfe elektromagnetischer Wellen
RPK	Rehabilitationseinrichtung für psychisch kranke Menschen
RVW	Regionalverkehr Westsachsen
SächsABG	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
SächsABl.	Sächsisches Amtsblatt
SächsBRKG	Sächsisches Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz
SächsDGBVG	Gesetz zur Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes und weiterer sozialer Entschädigungsgesetze
SächsEigBVO	Sächsische Eigenbetriebsverordnung
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung
SächsGVBl	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
SächsKomSozVG	Gesetz über den Kommunalen Sozialverband Sachsen
SächsKomHVO	Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung-Doppik
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
SächsKRG	Sächsisches Kulturraumgesetz
SächsKRVO	Sächsische Kulturraumverordnung
SächsKrWBodSchG	Sächsisches Kreislauf- und Bodenschutzgesetz
SächsLKrO	Sächsische Landkreisordnung
SächsLPIG	Sächsisches Landesplanungsgesetz
SächsLRettDPVO	Sächsische Landesrettungsdienstplanverordnung
SchulG	Schulgesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SK	Stammkapital
SMI	Sächsisches Staatsministerium des Innern
SMWA	Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

ABKÜRZUNGEN

SMWK	Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
sog.	Sogenannt
SoPo	Sonderposten
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
SSH	Senioren- und Seniorenpflegeheim gGmbH Zwickau
t	Tonne
TEUR/T€	Tausend Euro
TV	Tarifvertrag
u. a.	unter anderem
UV	Umlaufvermögen
u. v. m.	und vieles mehr
v. a.	vor allem
v. H.	von Hundert
Vj.	Vorjahr
VK	Vollkräfte
VKA	Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
VSZ	Verkehrssicherheitszentrum
z. B.	zum Beispiel
ZV	Zweckverband
ZVMS	Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen

10. Impressum

HERAUSGEBER

Landkreis Zwickau
Landratsamt
Robert-Müller-Straße 4-8
08056 Zwickau

Der Landkreis Zwickau ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, vertreten durch den Landrat
Herrn Carsten Michaelis.

www.landkreis-zwickau.de

11. Anlage(n)

ANLAGE 1: BETEILIGUNGSBERICHT DES ZECKVERBANDES
VERKEHRSVERBUND MITTELSACHSEN (ZVMS)



Beteiligungsbericht

des

Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS)

für das Jahr 2021

nach § 58 Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG)
i. V. m. § 99 Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO)

Inhaltsverzeichnis	
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	3
1 EINLEITUNG UND ÜBERSICHT BETEILIGUNGEN	4
1.1 GEGENSTAND DES BETEILIGUNGSBERICHTES	4
1.2 UNTERNEHMEN IN PRIVATER RECHTSFORM	4
1.3 BETEILIGUNGSVERWALTUNG DES ZVMS.....	4
2 ÜBERBLICK ÜBER DIE BETEILIGUNGEN DES ZVMS	5
2.1 BETEILIGUNGSSTRUKTUR	5
2.2 ÜBERSICHTEN ZU DEN BETEILIGUNGEN.....	6
3 BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN	7
3.1 VERKEHRSVERBUND MITTELSACHSEN GMBH (VMS GMBH)	7
3.1.1 ÜBERBLICK.....	7
3.1.2 VERLAUF DES GESCHÄFTSJAHRES 2020 DER VMS GMBH	10
3.1.3 WIRTSCHAFTLICHE DATEN DER VMS GMBH	12
3.1.4 FINANZBEZIEHUNGEN ZWISCHEN ZVMS UND VMS GMBH.....	15
3.1.5 WICHTIGE KENNZAHLEN DER VMS GMBH	16
3.1.6 AUSBLICK, CHANCEN UND RISIKEN DER VMS GMBH	16
3.2 CITY-BAHN CHEMNITZ GMBH (CBC)	19
3.2.1 ÜBERBLICK.....	19
3.2.2 VERLAUF DES GESCHÄFTSJAHRES 2020 DER CBC	21
3.2.3 WIRTSCHAFTLICHE DATEN DER CBC	25
3.2.4 FINANZBEZIEHUNGEN ZWISCHEN ZVMS UND CBC	28
3.2.5 WICHTIGE KENNZAHLEN DER CBC	28
3.2.6 AUSBLICK, CHANCEN UND RISIKEN	29
3.3 SDG SÄCHSISCHE DAMPFEISENBAHNGESELLSCHAFT MBH (SDG)	31
3.3.1 ÜBERBLICK.....	31
3.3.2 VERLAUF DES GESCHÄFTSJAHRES 2020	33
3.3.3 WIRTSCHAFTLICHE DATEN DER SDG	34
3.3.4 FINANZBEZIEHUNGEN ZWISCHEN ZVMS UND SDG	37
3.3.5 WICHTIGE KENNZAHLEN DER SDG	38
3.3.6 AUSBLICK, CHANCEN UND RISIKEN	38
ERLÄUTERUNG ZU DEN BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN	49

Abkürzungsverzeichnis

ATD	Alstom Transport Deutschland GmbH
BEMU	Battery Electric Multiple Unit
CBC	City-Bahn Chemnitz GmbH
COVID-19	Corona Virus Disease 2019
CVAG	Chemnitzer Verkehrs-AG
DTVG	Deutschlandtarifverbund-GmbH
EMS	Elektronetz Mittelsachsen
EVU	Eisenbahnverkehrsunternehmen
GDL	Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
ITCS	Intermodal Control System
i. V. m.	in Verbindung mit
NEB	Niederbarnimer Eisenbahn-AG
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
RIS	Regio Infra Service Sachsen GmbH
RL Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV 2021	Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 im Jahr 2021 im Freistaat Sachsen
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
SächsÖPNVG	Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Freistaat Sachsen
SDG	Sächsische Dampfeisenbahngesellschaft mbH
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
VVHC	Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH Chemnitz
VMS	Verkehrsverbund Mittelsachsen
VMS GmbH	Verkehrsverbund Mittelsachsen Gesellschaft mit beschränkter Haftung
VVO	Verkehrsverbund Oberelbe
ZVMS	Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen
ZVOE	Zweckverband Verkehrsverbund Oberelbe

1 Einleitung und Übersicht Beteiligungen

1.1 Gegenstand des Beteiligungsberichtes

Der vorliegende Beteiligungsbericht ermöglicht einen aussagekräftigen Überblick über die Beteiligungen des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS). Abgebildet werden die Beteiligungsverhältnisse, die Zusammensetzung der Organe sowie die wesentlichen Daten der Beteiligung. Mit dem Beteiligungsbericht sollen der Geschäftsverlauf und die Lage der Unternehmen, an denen der ZVMS beteiligt ist, so dargestellt werden, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild vermittelt wird. Hier soll insbesondere auf Unternehmensvorgänge eingegangen werden, die während des letzten Geschäftsjahres von besonderer Bedeutung gewesen sind und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen im kommenden Jahr abbilden. Weiterhin bildet der Beteiligungsbericht für die interessierte Öffentlichkeit die Grundlage, um sich einen Überblick über die Mittelverwendung zu verschaffen.

Der vorliegende Bericht umfasst die unmittelbaren Unternehmensbeteiligungen des ZVMS und basiert auf den Daten der geprüften und festgestellten Jahresabschlüsse 2021.

1.2 Unternehmen in privater Rechtsform

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben darf die Gemeinde ein Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur errichten, übernehmen, unterhalten, wesentlich verändern oder sich daran mittelbar oder unmittelbar beteiligen, wenn

- durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde sichergestellt ist,
- die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan des Unternehmens, erhält und
- die Haftung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist.

An die Stelle der Gemeinde kann auch ein Zweckverband treten und die Regelungen gelten entsprechend.

1.3 Beteiligungsverwaltung des ZVMS

Die Beteiligungsverwaltung ist ein Teilgebiet des Geschäftsbereiches Finanzen/Tarif. Sie stellt ein Bindeglied zwischen den Beteiligungen des Zweckverbandes, den Vertretern in den Gremien (Aufsichtsräte) und den gesetzlichen Vertretern (Gesellschaftervertreter, Verbandsversammlung) dar. Die Aufgaben der Beteiligungsverwaltung können wie folgt gegliedert werden:

- Beteiligungsstrategie: Vorbereitung und Unterstützung strategischer Entscheidungen zur Beteiligungsstruktur, Festlegung und Überprüfung von Finanzvorgaben und weiterer Rahmendaten der Planung,
- Beteiligungscontrolling: Analyse der Berichterstattungen der Beteiligung, Prüfung und Abstimmung der Jahresabschlüsse und der Wirtschaftsplanung, Risikoberichterstattung und Risikomanagement, Kontrolle der Rentabilität, Wirtschaftlichkeit und Amortisation großer Investitionsvorhaben,
- Beteiligungsverwaltung: Dokumentation, Koordination, Information und Überwachung im Sinne einer zentralen Stelle zur Erfüllung der formalen Aufgaben des Gesellschafters, Organisation und Umsetzung von Verwaltungsaufgaben, gesellschafts- und teilweise steuerrechtliche Fragen, Erstellen des jährlichen Beteiligungsberichtes sowie

- Mandatsbetreuung: Unterstützung der Verwaltungsvertreter und der in die Aufsichtsratsgremien entsandten Vertreter bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten und Aufgaben, Teilnahme an Sitzungen, Sichtung und Kommentierung von Sitzungsunterlagen.

2 Überblick über die Beteiligungen des ZVMS

2.1 Beteiligungsstruktur

Der ZVMS hat mit Stand 31. Dezember 2021 vier unmittelbare Beteiligungen. Die Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH, an der der ZVMS zu 100 % beteiligt ist, die City-Bahn Chemnitz GmbH, an der der ZVMS 50,004 % der Anteile hält sowie die SDG Sächsische Dampfeisenbahngesellschaft mbH, an der der ZVMS 33,34 % der Anteile innehat und die Deutschlandtarifverbund-GmbH, an der der ZVMS mit 1,36 % der Anteile.



Übersicht 1: Beteiligungen des ZVMS

2.2 Übersichten zu den Beteiligungen

Nachfolgend werden die wichtigsten Daten der Beteiligungen in drei Übersichten dargestellt.

		Jahr	Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH	City-Bahn Chemnitz GmbH	SDG Sächsische Dampfisenbahn- gesellschaft mbH	Deutschlandtarif- verbund-GmbH
Stammkapital	TEUR	2019	3.000	26	30	
		2020	3.000	26	30	
		2021	3.000	26	30	54
Beteiligungsquote ZVMS	%	2019	100	50,004	33,34	
		2020	100	50,004	33,34	
		2021	100	50,004	33,34	1,36
Bilanzsumme	TEUR	2019	292.357	11.159	7.565	
		2020	345.509	8.014	7.285	
		2021	382.212	8.922	8.177	397
Eigenkapital	TEUR	2019	1.911	1.266	3.682	
		2020	3.449	2.465	3.944	
		2021	5.496	2.585	4.215	257
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	TEUR	2019	113.913	1.173		
		2020	126.015	528		
		2021	119.920	312		
Umsatzerlöse	TEUR	2019	20.831	23.322	9.441	
		2020	22.955	26.840	7.988	
		2021	32.931	30.111	8.983	
Jahresergebnis	TEUR	2019	45	-436	207	
		2020	1.538	1.199	262	
		2021	2.047	121	271	-1.248
Anzahl Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt		2019	68	140	107	
		2020	68	147	112	
		2021	69	161	118	8

Übersicht 2: Eckdaten der Beteiligungen des ZVMS

in TEUR	Anlage- vermögen	Umlauf- vermögen	aktiver Rechnungs- abgrenzungs- posten	Eigen- kapital	Sonder- posten	Rück- stellungen	Verbindlich- keiten	passiver Rechnungs- abgrenzungs- posten	Bilanz- summe
Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH	254.538	124.632	3.042	5.496	105.770	11.298	246.990	12.658	382.212
City-Bahn Chemnitz GmbH	4.308	4.611	3	2.585	1.126	1.316	3.895		8.922
SDG Sächsische Dampfisenbahn- gesellschaft mbH	3.329	4.724	124	4.215	2.293	665	974	30	8.177
Deutschlandtarif- verbund-GmbH	18	366	13	257		108	32		397

Übersicht 3: Bilanzwerte 2021 der Beteiligungen des ZVMS

in TEUR	Umsatz- erlöse	Bestands- veränderung	sonstige Erträge	Material- aufwand	Personal- aufwand	Abschrei- bungen	sonstiger Aufwand	Zins- erträge	Zins- aufwand	Steuern	Jahres- ergebnis
Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH	32.931	34.309	5.815	-46.158	-3.912	-13.089	-2.477	9	-4.393	-987	2.047
City-Bahn Chemnitz GmbH	30.111		1.960	-19.158	-8.294	-1.888	-2.696	15	-52	123	121
SDG Sächsische Dampfisenbahnges- ellschaft mbH	8.983		1.671	-3.569	-4.804	-272	-1.638	1	-92	-9	271
Deutschlandtarif- verbund-GmbH			14	-37	-509	-5	-511				-1.048

Übersicht 4: GuV-Werte 2021 der Beteiligungen des ZVMS

3 Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen

3.1 Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH (VMS GmbH)

3.1.1 Überblick

Postanschrift: Am Rathaus 2 09111 Chemnitz	Telefon: 0371 40008-0 Telefax: 0371 40008-99 E-Mail: info@vms.de Homepage: www.vms.de
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) Die VMS GmbH ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 Handelsgesetzbuch (HGB).
Handelsregister:	Amtsgericht Chemnitz, HRB 21599
Sitz:	Chemnitz
Gründung:	1. Juni 2004
Beteiligung des ZVMS:	100 %
Stammkapital:	3.000 TEUR
aktueller Gesellschaftsvertrag vom:	12. Juli 2018
Geschäftsführer:	Herr Dr.-Ing. Harald Neuhaus (bis 31. August 2022) Herr Mathias Korda (ab 1. Januar 2022)
Beschäftigte:	Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 69 (im Vorjahr 68) Angestellte (ohne Geschäftsführer) beschäftigt.
Unternehmens- gegenstand:	Planung und Vermarktung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Sinne des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Freistaat Sachsen (SächsÖPNVG) zur Unterstützung des ZVMS sowie die Unterstützung des ZVMS bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Die Gesellschaft kann auch als Dienstleistungsunternehmen im Bereich des ÖPNV tätig werden.
Unternehmenszweck:	Die VMS GmbH erfüllt für den ZVMS im Wege der Geschäftsbesorgung folgende Aufgaben: <ul style="list-style-type: none">• Koordination des kreisgrenzenüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere durch Entwicklung eines einheitlichen Netzes mit abgestimmten Fahrplänen,• Entwicklung eines einheitlichen Tarifs, einheitlicher Tarifbestimmungen und einheitlicher Beförderungsbedingungen (Verbundtarif),• Vornahme der Aufteilung der Beförderungsentgelte zwischen den Verkehrsunternehmen (Einnahmearteilung),• Bereitstellung einer einheitlichen Fahrplanauskunft und Herausgabe eines einheitlichen Fahrplanheftes in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen,

- Entwicklung eines einheitlichen Vertriebs und Marketings des öffentlichen Personennahverkehrs in Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen,
- Ermittlung von Kostensätzen für Verkehre im Verbandsgebiet,
- Planung und Mitwirkung an der Finanzierung von Verkehrsleistungen,
- Bestellung und Kontrolle der Verkehrsleistungen,
- Erstellung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes,
- Durchführung von Investitionen zur Verbesserung des ÖPNV,
- Vorhaltung und Bewirtschaftung von Infrastruktur,
- Beschaffung und Beistellung von Fahrzeugen und Instandhaltungsanlagen,
- Betrieb von Sonderverkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs sowie
- Vertrieb von Fahrscheinen des öffentlichen Personennahverkehrs.

Die VMS GmbH fungiert des Weiteren als Managementgesellschaft im Sinne des Kooperationsvertrages zwischen dem ZVMS und den Verkehrsunternehmen zur Anwendung des Verbundtarifs.

Gesellschafter-
versammlung:

Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen
vertreten durch:

Herrn Dr. Christoph Scheurer, Landrat Landkreis Zwickau
(Verbandsvorsitzender) bis 31. April 2022

Aufsichtsrat:

Im Berichtszeitraum 2021 gehörten dem Aufsichtsrat folgende
Personen an:

- Herr Bernd Gregorzyk, Amtsleiter Stadt Chemnitz
(bis 31. März 2022),
- Herr Rico Ott, Abteilungsleiter Erzgebirgskreis,
- Herr Mario Müller, Dezernent Landkreis Zwickau,
- Frau Kathrin Köhler, Dezernentin Bauen, Stadt Zwickau (bis
26. November 2021),
- Herr Thomas Keller, Sachbearbeiter Amt für Finanzen Stadt
Zwickau (ab 1. Dezember 2021) und
- Herr Thomas Kranz, Abteilungsleiter Landkreis
Mittelsachsen.

Abschlussprüfer:

Herr Bernhard Kuhlmann, Wirtschaftsprüfer
RSM Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft, Zweigniederlassung Chemnitz

Abschlussprüfer seit:

Jahresabschluss 2020 (Wechsel nach 5 Jahren)

Prüfungsergebnis:

Am 6. Mai 2022 wurde ein uneingeschränkter
Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung hat zu keinen
Einwendungen geführt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG ergab
keine Besonderheiten, die für die Beurteilung der
Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfbericht der Abschlussprüfer wurden vom Aufsichtsrat in der 2. außerordentlichen Sitzung am 3. Juni 2022 abschließend behandelt.

Die Verbandsversammlung hat in der Sitzung am 3. Juni 2022 den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 zur Kenntnis genommen und stimmt der Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung zu (ZVMS-24/22) zu.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 3. Juni 2022 die Feststellung des Jahresabschlusses 2021 und die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung beschlossen (G-340/1).

3.1.2 Verlauf des Geschäftsjahres 2021 der VMS GmbH

Die VMS GmbH ist die Managementgesellschaft des ZVMS und unterstützt diesen bei der Erbringung und Durchführung seiner Aufgaben. So unterstützte die VMS GmbH den ZVMS bei der Organisation der SPNV-Verkehrsleistungen, im Bereich Marketing und Kommunikation bei der Erstellung des Kundenmagazins *InFahrt*, bei Anzeigenschaltungen und Gewinnspielen sowie Social-Media-Aktionen.

Außerdem führt die VMS GmbH Investitionsvorhaben durch, hält Infrastrukturanlagen vor und bewirtschaftet diese zum Teil. So werden die finanziellen Belastungen für die Verkehrsunternehmen und die Aufgabenträger für den ÖPNV reduziert und die Refinanzierung der getätigten Investitionen durch Nutzungsentgelte sichergestellt.

Insbesondere umfassen die Infrastrukturmaßnahmen das „Chemnitzer Modell“. Es gilt als eines der wichtigsten ÖPNV-Projekte im Freistaat Sachsen. Mit nur wenigen Ergänzungen wird das vorhandene Streckennetz der Eisenbahnen in und um Chemnitz zusammen mit dem städtischen Straßenbahnnetz zu einem integrierten Verkehrssystem ausgebaut und ermöglicht schnelle und direkte Verbindungen zwischen Stadt und Region. Ziel des Projektes ist die umsteigefreie Anbindung der Mittelzentren in der Region an die Chemnitzer Innenstadt. Beide sollen sich mit dem „Chemnitzer Modell“ gegenseitig ergänzen und voneinander partizipieren.

Zur Verbesserung der Attraktivität des ÖPNV sollen bestehende und neue Infrastrukturen durch moderne umweltfreundliche Verkehrsmittel befahren werden. Dazu beschafft die VMS GmbH Schienenfahrzeuge, die genau auf die Bedürfnisse im Verbundraum zugeschnitten sind.

Im vergangenen Jahr fanden auf der Strecke des Teilprojektes Eisenbahnstrecke des „Chemnitzer Modells“ – Stufe 2 – Chemnitz – Aue umfangreiche Bauarbeiten statt, um den Neubau bis Ende 2021 abschließen zu können. Am 29. Januar 2022 konnte der Eisenbahnbetrieb auf der Strecke Chemnitz – Aue wieder aufgenommen werden. Verbleibende Restarbeiten sollen bis Ende Mai 2022 abgeschlossen sein. Finanziert wird dieses Vorhaben über Fördermittel, die durch das Landesamt für Straßenbau und Verkehr (LASuV) ausgezahlt werden. Mit Änderungsbescheid vom 26. Juli 2021 wurden für 2021 weitere 24,7 Mio. EUR bewilligt und abgerufen.

Nachlaufend zum Vorhaben „Chemnitzer Modell“ – Stufe 1 – Einfahrt Chemnitz Hauptbahnhof wird im Chemnitzer Hauptbahnhof eine elektrische Systemtrennstelle errichtet. Im Zuge dieses Vorhabens soll auch das Gleis 28 der DB Netz AG mit einer Oberleitung überspannt werden. Dies ist Voraussetzung für das Laden der batterieelektrischen Züge (BEMU), die für die Strecke Chemnitz – Leipzig (RE 6) angeschafft und 2023 geliefert werden. Die Baumaßnahmen zur Errichtung der elektrischen Systemtrennstelle und der Oberleitung Gleis 28 haben im Oktober 2021 begonnen und wurden im II. Halbjahr 2022 baulich weitestgehend abgeschlossen. Für die beiden Projekte wurde am 2. März 2021 Fördermittelanträge beim LASuV gestellt und in 2021 für die Elektrifizierung der Oberleitung Gleis 28 bewilligt. Die Bewilligung für die elektrische Systemtrennstelle erfolgte in 2022.

Für die Stufe 4 des „Chemnitzer Modells“ – Chemnitz – Limbach-Oberfrohna wurde die VerkehrsConsult Dresden-Berlin (VCDB) im Jahr 2020 nach einem EU-weiten Vergabeverfahren als Generalplaner mit den Planungsleistungen beauftragt. In 2020 wurden bereits verschiedene Varianten der Einordnung der Gleistrasse und der Verkehrswege der weiteren Verkehrsteilnehmer in den Straßenraum untersucht. Dabei erfolgt die Abstimmung aller Planungsschritte mit den Ämtern der Stadtverwaltung Chemnitz und der Chemnitzer VerkehrsAG (CVAG). Die Vorplanung wurde im November 2021 durch Stadtratsbeschluss bestätigt. Bei der zuständigen Behörde wurde nach Vorliegen eines Änderungsbescheides, welcher den Eigenanteil erhöhte, ein Teilwiderspruch gestellt, über dem momentan noch nicht entschieden wurde. Der Abschluss des Bau- und Finanzierungsvertrages mit den Beteiligten (ZVMS, Stadt Chemnitz und CVAG) soll im II. Halbjahr 2022 erfolgen.

Die Beauftragung des Generalplaners für das „Chemnitzer Modell“ – Stufe 5 – Stollberg – Oelsnitz/E. – St. Egidien erfolgte im I. Quartal 2021. Aufgrund von neu aufgetretenen Aspekten und Rahmenbedingungen (u. a. die Neuaufnahme des 6-streifigen Ausbaus der A 72 in den Bundesverkehrswegeplan und die Überführung der bestehenden Planungen in das neu anzuwendende Lage- und Höhensystem) erforderten Anpassungen und Umplanungen in den bereits bestehenden Planungen. Die überarbeitete Entwurfsplanung soll im III. Quartal 2022 bei der Planfeststellungsbehörde eingereicht werden.

Die vorhandenen 29 Elektrotriebzüge für das Elektonetz Mittelsachsen (EMS) kommen planmäßig zum Einsatz. Die EMS-Fahrzeuge werden im Eisenbahnbetriebshof an der Dresdener Straße in Chemnitz durch die Firma Alstom Transport Deutschland GmbH (ATD) gewartet und instandgesetzt. Die 12 Zweisystemfahrzeuge Citylinks sind aktuell an die City-Bahn Chemnitz GmbH (CBC) vermietet und werden auf den fertiggestellten Strecken des „Chemnitzer Modells“ eingesetzt.

Die weitere Umsetzung des „Chemnitzer Modells“ schreitet voran und die dafür benötigten neuen Züge wurden im Jahr 2021 ausgeschrieben und im I. Quartal 2022 beauftragt. Für die Wartung der 19 Elektroschienefahrzeuge (TramTrains) wird ein neuer Eisbahnbetriebshof benötigt, der von der VMS GmbH geplant und gebaut werden soll. Dazu wurde das Grundstück neben dem vorhandenen Eisbahnbetriebshof von der Stadt Chemnitz erworben und im Jahr 2022 soll mit dem Abriss der Bestandsanlagen begonnen werden.

Auf der Linie RE 6 zwischen Chemnitz und Leipzig sollen voraussichtlich ab Ende 2023 neue batterieelektrische Züge (BEMUs) des Typs „Coradia Continental“ der ATD den Betrieb aufnehmen. Die dafür notwendigen elf Züge fahren auf der 81 Kilometer langen Strecke mit der Energie aus Akkumulatoren, da außerhalb der beiden Endbahnhöfe keine Oberleitung zur Verfügung steht. In den Bahnhöfen Chemnitz und Leipzig werden die Batterien mittels Stromabnehmer über die Oberleitung aufgeladen. Im Chemnitzer Hauptbahnhof wird die dafür benötigte Oberleitung bis 2023 ergänzt. Die Bestellung der BEMUs erfolgte Ende Januar 2020 mittels Option aus dem bestehenden Liefervertrag mit ATD für die EMS-Fahrzeuge. In die neuen Züge investiert die VMS GmbH insgesamt 71,6 Mio. EUR. Umfangreiche Eigenmittel des ZVMS reduzieren das benötigte Fremdkapital auf ca. 55 Mio. EUR. Die ursprünglich geplanten Eigenmittel des ZVNL (13 Mio. EUR) werden als Darlehen zur Verfügung gestellt. Die geplanten Fördermittel des Freistaates Sachsen (7,5 Mio. EUR) wurden bisher nicht bewilligt und werden über Eigenmittel des ZVMS zur Verfügung gestellt.

Für das Projekt „Erneuerung der Steuerung“ der Drahtseilbahn Augustusburg wurde 2021 der Verwendungsnachweis über die erhaltenen Fördermittel von 718 EUR und Gesamtausgaben von 1.228 TEUR abgegeben. Die Prüfung des Verwendungsnachweises wurde im November 2021 und somit das Projekt abgeschlossen.

Bei dem Projekt Intermodal Transport Control System (ITCS Mittelsachsen) wurde die 2019 begonnene Umrüstung der Fahrzeuge mit neuen Bordrechnern im November 2021 erfolgreich abgeschlossen. Die VMS GmbH investierte in das Projekt bis einschließlich 2021 rund 12 Mio. EUR. Der Freistaat Sachsen finanziert davon rund 8,6 Mio. EUR, das entspricht 75 % der als förderfähig anerkannten Kosten. Die restlichen 25 % werden durch die VMS GmbH und ihre Partnerunternehmen getragen, wobei der Anteil der VMS GmbH durch den ZVMS zu 100 % bezuschusst wird.

Der Geschäftsbetrieb in der Geschäftsstelle konnte unter Einhaltung der geltenden Hygienebestimmungen ohne Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie aufrecht erhalten werden.

ANLAGE(N)

3.1.3 Wirtschaftliche Daten der VMS GmbH

Bilanz zum 31.12.	Plan 2019	Ist 2019	Plan 2020	Ist 2020	Plan 2021	Ist 2021
A Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.113	646	1.675	704	2.132	729
II. Sachanlagen	231.671	230.383	262.131	244.289	293.512	250.809
III. Finanzanlagen	500	2.500	500	2.500	2.500	3.000
	233.284	233.529	264.306	247.493	298.144	254.538
B Umlaufvermögen						
I. Vorräte	35.126	29.291	31.686	59.364	5.147	94.544
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.695	4.785	25.025	3.585	4.610	17.769
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	10.161	21.358	8.923	31.853	11.377	12.319
	54.981	55.434	65.634	94.802	21.134	124.632
C Rechnungsabgrenzungsposten	700	3.394	593	3.214	5.241	3.042
Summe Aktiva	288.965	292.357	330.533	345.509	324.518	382.212
A Eigenkapital						
I. gezeichnetes Kapital	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
II. Kapitalrücklage	6.000					
III. Gewinn-/Verlustvortrag	-1.521	-1.134	-1.085	-1.089	40	449
IV. Jahresüberschuss	-1.968	45	436	1.538	-154	2.047
	5.511	1.911	2.351	3.449	2.886	5.496
B Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	105.487	97.567	132.464	103.745	135.268	105.770
C Rückstellungen	1.302	500	1.272	1.866	292	11.298
D Verbindlichkeiten	161.011	176.908	180.382	222.384	173.415	246.990
E Rechnungsabgrenzungsposten	15.654	15.470	14.064	14.065	12.657	12.658
Summe Passiva	288.965	292.357	330.533	345.509	324.518	382.212

Übersicht 5: Bilanz VMS GmbH

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 36.703 TEUR auf 382.212 TEUR (Vorjahr 345.509 TEUR) erhöht. Dies resultiert hauptsächlich aus einer Zunahme der Vorräte (+ 35.180 TEUR), der Erhöhung der Forderung und sonstigen Gegenständen (+ 14.184 TEUR) sowie den Zugängen zum Anlagevermögen (+ 7.045 TEUR). Gegenläufig wirkt sich die Reduzierung der liquiden Mittel um 19.534 TEUR auf 12.319 TEUR aus. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme betrug 66,6 % (Vorjahr 71,6 %) und der Anteil des Umlaufvermögens (inkl. aktiven Rechnungsabgrenzungsposten) 33,4 % (Vorjahr 28,3 %). Die Zugänge ins Anlagevermögen enthielten Investitionen von 22.245 TEUR, davon vor allem 16.137 TEUR geleistete Anzahlungen für die BEMUs, 2.500 TEUR für die Wertpapiere des Anlagevermögens sowie für den Erwerb des Grundstückes inkl. Bauten an der Sachsen-Allee für den Eisenbahnbetriebshof von 1.156 TEUR und für das Projekt „Chemnitzer Modell“ – Stufe 5 Stollberg – St. Egidien 1.079 TEUR.

Die unfertigen Leistungen haben sich um 35.180 TEUR auf 94.544 TEUR (Vorjahr 59.364 TEUR) erhöht. Sie beinhalteten im Wesentlichen Kosten für das „Chemnitzer Modell“ – Stufe 2 bis 5 sowie elektrische Systemtrennstelle von 42.48 TEUR. In 2021 erfolgte der Verkauf des Projektes ITCS an den ZVMS, was zu einer Reduzierung der unfertigen Leistungen von 8.1771 TEUR führte.

Die Forderung und sonstigen Vermögensgegenstände stiegen um 14.184 TEUR auf 17.769 TEUR an. Die liquiden Mittel wiesen zum Jahresende einen Bestand von 12.319 TEUR auf und verringerten sich somit im Jahresverlauf um 19.534 TEUR.

Die Kapitalstruktur der VMS GmbH ist entsprechend ihrer Managementaufgabe unterteilt. Der Großteil des wirtschaftlichen Eigenkapitals stammt aus Investitionszuschüssen seitens des ZVMS, welche in den Sonderposten abgebildet sind. Da diese Sonderposten jedoch zweck- und fristgebunden sind, wird unterstellt, dass jeweils zwei Drittel davon als wirtschaftliches Eigenkapital zur Verfügung stehen. Die Sonderposten für Projekte werden durch Zuschussraten des ZVMS, beziehungsweise indirekt durch den Bund und Freistaat von bis zu 100 %, auch weiterhin einen großen Anteil am Eigenkapital aufweisen und sind damit Haupttreiber für wesentliche Änderungen am wirtschaftlichen Eigenkapital.

Aufgrund des Jahresüberschusses von 2.047 TEUR im abgelaufenen Geschäftsjahr erhöhte sich das Eigenkapital auf 5.496 TEUR. Die Eigenkapitalquote unter Einbeziehung von 2/3 des Sonderpostens war gegenüber 2020 leicht rückläufig und betrug 19,9 % (Vorjahr: 21,0 %). Die Fremdkapitalquote inkl. 1/3 des Sonderpostens belief sich auf 80,1 %.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagenvermögen stieg um 2.025 TEUR durch gewährte Zuschüsse des ZVMS für Investitionen.

Von der Erhöhung der Rückstellungen um 9.432 TEUR entfielen auf die sonstigen Rückstellungen 9.234 TEUR und auf die Steuerrückstellungen 198 TEUR.

Die Verbindlichkeiten stiegen um 24.606 TEUR auf 246.990 TEUR und setzten sich aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (119.920 TEUR), Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (108.374 TEUR), sonstigen Verbindlichkeiten (10.251 TEUR) sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen 6.319 TEUR) und erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen (2.126 TEUR) zusammen. In der Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (- 6.095 TEUR) spiegelten sich zwei gegenläufige Trends wider. Zum einem wurde das bestehende Darlehen für die Finanzierung der EMS-Fahrzeuge planmäßig mit 7.615 TEUR getilgt und zum anderen erhöhten sich die Verbindlichkeiten für das Darlehen zur Finanzierung der BEMUs um 8.524 TEUR. Die Verbindlichkeiten, die sich aus der Zwischenfinanzierung der Investitionen für das „Chemnitzer Modell“ – Stufe 2 ergaben, die aufgrund der verspäteten Zahlung der Fördermittel aufgenommen werden musste, betrug zum Geschäftsjahresende 3.000 TEUR.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bestanden aus erhaltenen Anzahlungen für Bestellungen (92.374 TEUR) und aus den zwei Gesellschafterdarlehen von insgesamt 16.000 TEUR.

ANLAGE(N)

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.	Plan 2019	Ist 2019	Plan 2020	Ist 2020	Plan 2021	Ist 2021
1 Umsatzerlöse	23.330	20.831	58.781	22.955	113.096	32.931
2 Bestandsveränderung	33.986	11.997	-6.634	29.989	-82.112	34.309
3 sonstige betriebliche Erträge	4.200	6.266	5.030	6.387	5.096	5.815
4 Materialaufwand	-38.380	-13.359	-31.761	-32.656	-10.258	-46.158
5 Personalaufwand	-2.719	-3.329	-3.413	-3.683	-3.780	-3.912
6 Abschreibungen	-13.150	-13.828	-13.508	-12.994	-12.938	-13.089
7 sonstiger betrieblicher Aufwand	-3.060	-3.068	-2.333	-2.690	-3.994	-2.477
8 Erträge aus Wertpapieren des Finanzanlagevermögens		3	3	3	3	3
9 sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10	1	2	15		6
10 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-6.171	-4.897	-5.544	-4.609	-5.058	-4.393
11 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.954	615	623	2.717	55	3.034
12 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-10	-475		-1.147	-184	-972
13 sonstige Steuern	-5	-95	-187	-32	-24	-15
14 Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-1.968	45	436	1.538	-153	2.047

Übersicht 6: GuV der VMS GmbH

Die Umsatzerlöse (32.930 TEUR) beinhalteten Erlöse aus Vermietung und Verpachtung (15.450 TEUR), Erlöse für die Geschäftsbesorgung für den ZVMS und für Projekte (13.821 TEUR), Erlöse aus der Verbundarbeit für Verkehrsunternehmen 3.435 TEUR) sowie sonstige Erlöse (224 TEUR).

Die Bestandsveränderungen betragen zum Jahresende 34.307 TEUR und setzten sich aus Zugängen von 42.478 TEUR und Abgängen von 8.171 TEUR zusammen. Insbesondere sind die Bestände aufgrund des Baufortschrittes beim „Chemnitzer Modell“ – Stufe 2 – Ausbau Chemnitz – Aue Teilprojekt Eisenbahnstrecke um 37.513 TEUR gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (5.815 TEUR) beinhalteten die Auflösung des Sonderpostens (5.318 TEUR), periodenfremde Erträge (340 TEUR) sowie übrige sonstige betriebliche Erträge von 133 TEUR.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen (46.068 TEUR) stammten insbesondere aus dem Projekt „Chemnitzer Modell“ – Stufe 2 – Ausbau Chemnitz – Aue Teilprojekt Eisenbahnstrecke (42.258 TEUR) und bildeten damit den wesentlichen Teil der Materialaufwendungen.

Die Löhne und Gehälter betragen 2021 3.177 TEUR (Vorjahr 2.976 TEUR) und die sozialen Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung 734 TEUR (Vorjahr 706 TEUR). Die Ausgaben stiegen unter anderem aufgrund von Neueinstellungen sowie durch Entgeltanpassungen in Anlehnung an die Tarifierhöhungen im TVöD (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst), welche durch den Gesellschafter beschlossen wurden.

Die Abschreibungen im abgelaufenen Geschäftsjahr beliefen sich auf 13.089 TEUR und resultierten insbesondere aus der Abschreibung von Schienenfahrzeugen (10.143 TEUR), der Abschreibung auf Sachanlagen (1.324 TEUR) und der Abschreibung auf Gebäude (1.239 TEUR). Sofortabschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter von 16 TEUR wurden vorgenommen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (2.477 TEUR) setzten sich im Wesentlichen aus verschiedenen betrieblichen Kosten (945 TEUR), Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltung (517 TEUR), Raumkosten (508 TEUR), Werbe- und Reisekosten (315 TEUR) sowie aus Aufwendungen für Versicherungen, Beiträge und Abgaben (97 TEUR) zusammen.

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen gliederten sich in Zinsen zur Finanzierung des Anlagevermögens (EMS Fahrzeuge und Eisenbahnbetriebshof) von 4.209 TEUR, Zinsen für kurzfristige Verbindlichkeiten von 164 TEUR sowie Zinsen aus der Betriebsprüfung für die Jahre 2012 – 2014 von 18 TEUR.

Das Jahresergebnis wird insgesamt durch Ertragssteuern von 972 TEUR und sonstigen Steuern von 15 TEUR belastet.

Der Jahresüberschuss betrug 2.047 TEUR und wurde mit dem vorhandenen Gewinnvortrag des Vorjahres von 449 TEUR verrechnet und auf neue Rechnung vorgetragen.

3.1.4 Finanzbeziehungen zwischen ZVMS und VMS GmbH

Angaben in TEUR	2019	2020	2021
Zuflüsse zu den Umsatzerlösen aufgrund von Verträgen	812	1.612	-1.737
Investitionszuschüsse	18.067	45.168	33.918
Gesellschafterdarlehen			
Rückzahlung Investitionszuschüsse	-278	-260	-1.087
Zinszahlung aus Gesellschafterdarlehen	-2	-2	-2
Gesamtsumme	18.600	46.518	31.092

Übersicht 7: Finanzbeziehungen der VMS GmbH

Zwischen dem ZVMS und der VMS GmbH besteht seit 2004 ein Geschäftsbesorgungsvertrag, wonach die VMS GmbH als Entgelt die nachgewiesenen Aufwendungen zuzüglich eines Gewinnaufschlages erhält. In 2021 zahlte die VMS GmbH Aufwendungen aus laufenden Verträgen wie den Geschäftsbesorgungsvertrag oder Leistungen für die Schülerbeförderung von insgesamt 1.737 TEUR an den ZVMS.

Des Weiteren gewährte der ZVMS im Berichtsjahr Investitionszuschüsse für Infrastrukturprojekte und Investitionen in das Umlaufvermögen von 33.918 TEUR, davon im Wesentlichen für den Ausbau des „Chemnitzer Modells“ – Stufe 2 – Ausbau Chemnitz – Aue Teilprojekt Eisenbahnstrecke (23.440 TEUR), für die Beschaffung der BEMUs (5.028 TEUR), für das Projekt ITCS Mittelsachsen (2.700 TEUR), für die sowie 733 TEUR für das „Chemnitzer Modell“ – Stufe 4 – Chemnitz – Limbach-Oberfrohna. Gleichzeitig zahlte die VMS GmbH 1.087 TEUR Investitionszuschüsse für Projekte, davon aus der Schlussrechnung für das „Chemnitzer Modell“ – Stufe 1 – Einfahrt Hauptbahnhof (1.073 TEUR) an den ZVMS zurück.

Aus der Gewährung von zwei Gesellschafterdarlehen aus 2014 (6.000 TEUR) und 2016 (10.000 TEUR) resultieren Zinszahlungen von 1,6 TEUR.

3.1.5 Wichtige Kennzahlen der VMS GmbH

	Vorvorjahr	Vorjahr	Berichtsjahr
	2019	2020	2021
Vermögenssituation			
Investitionsdeckung (%)	323,9	48,2	58,8
Vermögensstruktur (%)	79,9	71,6	66,6
Kapitalstruktur			
Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des Eigenkapitalanteils (2/3) des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (%)	22,9	21,0	19,9
Fremdkapitalquote unter Berücksichtigung des Fremdkapitalanteils (1/3) des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (%)	77,1	79,0	80,1
Liquidität			
Effektivverschuldung (TEUR)	166.573	178.095	181.571
kurzfristige Liquidität (%)	215,2	205,0	160,8
Rentabilität			
Eigenkapitalrendite (%)	2,3	44,6	37,2
Gesamtkapitalrendite (%)	1,7	1,7	1,6
Personalaufwandsquote (%)	16,0	16,0	11,9
Geschäftserfolg			
Pro-Kopf-Umsatz (TEUR)	306	338	477
Arbeitsproduktivität	6,3	6,2	8,4

Übersicht 8: Kennzahlen der VMS GmbH

Die Eigenkapitalquote unter Einbeziehung von 2/3 des Sonderpostens war gegenüber 2020 leicht rückläufig und betrug 19,9 % (Vorjahr: 21,0 %). Die Fremdkapitalquote inkl. 1/3 des Sonderpostens belief sich auf 80,1 %.

Die Investitionsdeckung stieg gegenüber dem Vorjahr an. Bei annähernd gleichbleibender Abschreibungshöhe im Vergleich zum Vorjahr sanken die Neuinvestitionen um 4.732 TEUR. Die Effektivverschuldung stieg gegenüber dem Vorjahr um 3.476 TEUR an. Trotz kontinuierlicher Tilgung der Kredite für die EMS-Fahrzeuge und den Eisenbahnbetriebshof nahm das Fremdkapital durch die Neuaufnahme weiterer Kredite für die Finanzierung der BEMUs und aufgrund der notwendigen Zwischenfinanzierung für das „Chemnitzer Modell“ – Stufe 2 – Ausbau Chemnitz – Aue zu. Gleichzeitig erhöhte sich das Umlaufvermögen durch die Zunahme der unfertigen Leistungen (+ 35.180 TEUR) und der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (+ 14.184 TEUR).

Die Eigenkapitalrendite sank trotz eines Jahresüberschusses von 2.047 TEUR von 44,6 % in 2020 auf 37,2 % in 2021.

3.1.6 Ausblick, Chancen und Risiken der VMS GmbH

Die VMS GmbH wird sich auch in Zukunft als Dienstleister für die Aufgabenträger des ÖPNV engagieren und in Zeiten der Corona-Pandemie drängt das Thema zur Digitalisierung noch stärker voran. Dazu hat der ZVMS mit der VMS GmbH bereits das HandyTicket Deutschland etabliert und durch das Projekt „Mitteldeutschland mobil“ (auch bekannt als „Sachsen mobil“) einen neuen digitalen Vertriebsweg schon vor der Corona-Pandemie gestartet. Dieses digitale

Ticket bündelt Fahrten verschiedener ÖPNV-Anbieter über die Verbundgrenzen in Sachsen hinaus. Der Nutzer erhält einen digitalen Fahrausweis über die gesamte Reisedistanz unabhängig davon, ob der Fahrgast Bus, Straßenbahn oder Zug nutzt. Die Realisierung des Projektes „Mitteldeutschland mobil“ wurde Ende 2021 abgeschlossen. Weiterhin werden im Rahmen des Projektes ITCS Mittelsachsen für den Fahrscheinverkauf die Busse mit neuer Verkaufstechnik ausgerüstet, die bargeldloses Zahlen ermöglicht. Seit September 2021 vereinfacht die aktualisierte Vertriebsstechnik in den Bussen im VMS-Gebiet eine elektronische Prüfung des Barcodes auf den HandyTickets zum VMS-Tarif. Für das Jahr 2022 ist eine Erleichterung bei der Kontrolle von elektronischen Tickets in den Bussen der Stadt- und Regionalbusunternehmen vorgesehen.

Ein weiteres Hauptaugenmerk bildet die Realisierung des Projektes „Chemnitzer Modell“ mit dem Ziel, eine Verknüpfung zwischen den Netzen der Eisenbahn und der Straßenbahn herzustellen, um mehrere Linien des SPNV umsteigefrei in das Stadtzentrum zu führen und die verbleibenden Umsteigebeziehungen zum regionalen und überregionalen Eisenbahnverkehr zu verbessern.

Für die Realisierung wurden beim zuständigen LASuV Fördermitelanträge gestellt. Der für das Projekt „Chemnitzer Modell“ – Stufe 2 – Ausbau Chemnitz – Aue Teilprojekt Eisenbahnstrecke in 2019 ausstehende Fördermittelbescheid wurde am Dezember 2020 bewilligt. Die Bauarbeiten für dieses Projekt sind abgeschlossen und seit dem 29. Januar 2022 wurde der Eisenbahnbetrieb auf der Strecke Chemnitz – Aue wieder aufgenommen. Weiterhin werden auch andere Teile des Projektes „Chemnitz Modell“ vorgebracht. Die Stufen 3, 4 und 5 sind noch zu bewerkstelligen. Dabei soll insbesondere die Stufe 5, die den Ausbau zwischen Stollberg und St. Egidien umfasst, in den Folgejahren realisiert werden. Die Stufe 4, die den Ausbau nach Limbach-Oberfrohna umfasst, ist aktuell in der Planungsphase. Der Bau- und Finanzierungsvertrag, der unter anderem dafür die Grundlage bildet, soll 2022 zwischen dem ZVMS, der VMS GmbH, der Stadt Chemnitz und der CVAG geschlossen werden. Die Stufe 4 stellt dabei das bisher größte Projekt des „Chemnitzer Modells“ dar. Die Gesamtkosten werden nach aktuellem Preisniveau auf über 270 Mio. EUR geschätzt.

Für das erweiterte Schienennetz des „Chemnitzer Modells“ sowie für die Verbesserung bestehender Eisenbahnstrecken hat sich die VMS GmbH zum Ziel gesetzt, notwendige Schienenfahrzeuge zu beschaffen. Für das bestehende Streckennetz betrifft das die aktuellen Investitionen für die BEMUs, welche in 2023 den Fahrbetrieb aufnehmen sollen. Ab 2024 werden dafür aktuell aus der Fahrzeugüberlassung an den ZVMS 5 Mio. EUR pro Jahr an zusätzlichen Umsatzerlösen eingeplant. Für die Erweiterung des Schienennetzes sollen 19 Zweisystem-Schienenfahrzeuge (TramTrain) sowie eine dafür erforderliche Instandhaltungsanlage beauftragt werden. Die Generierung der Umsatzerlöse aus der Vermietung der TramTrains sowie des Eisenbahnbetriebshofs werden ab 2026 erwartet.

Gemäß dem Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2022 wird ein Jahresüberschuss von 416 TEUR erwartet, der ausschließlich Fahrzeugpool-Sparte zuzuordnen ist.

Zur langfristigen Zielerreichung wird für 2022 mit einem Investitionsvolumen in das Anlagevermögen von 54.519 TEUR geplant. Auf die Beschaffung der TramTrains entfallen 34.209 TEUR sowie auf die BEMUs 16.171 TEUR. Die beabsichtigten Investitionen in das Vorratsvermögen für 2022 betragen 7.980 TEUR, wovon 6.060 TEUR für die Investitionen in die Infrastruktur des „Chemnitzer Modells“ vorgesehen sind. Weitere 1.920 TEUR sind im Wesentlichen für die Ausrüstung der Verkehrsunternehmen im Rahmen des Teilprojekts DFI geplant.

Innerhalb des Controlling der VMS GmbH werden bestehende sowie zukunftsrelevante Unternehmensrisiken mit bereits bestehendem Risikomanagement mittels einer Risikomatrix überwacht. Ein weiterer Schritt ist die Einführung und Implementierung eines Tax Compliance Management Systems (TCMS), welches den Projektschwerpunkt auf die wesentlichen steuerlichen Aspekte richtet. Die Ausschreibung ist im Frühjahr 2021 erfolgt und der Auftrag an die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig vergeben worden. Aktuell wird eine Bestandsaufnahme der bestehenden Prozesse, Abläufe, Richtlinien, Dokumentationen, Regelungen zu Verantwortlichkeiten und Analyse vorgenommen.

Die wirtschaftlichen Risiken infolge der Corona-Pandemie für die VMS GmbH sind als gering zu bezeichnen. Dennoch bestehen für die VMS GmbH Risiken infolge der Corona-Pandemie, welche sich insbesondere in den Arbeitsabläufen widerspiegeln und zusätzliche Ressourcen binden. Weitere Risiken sind derzeit nicht ersichtlich. Risiken aufgrund von Insolvenzen oder Zahlungsschwierigkeiten der Verkehrsunternehmen sind bisher nicht ersichtlich.

Als Eigentümer von Schienenfahrzeugen trägt die VMS GmbH die typischen Risiken hinsichtlich des Wiedereinsatz- und Verwertungsrisikos. Allerdings werden die Fahrzeuge zu einem kosten- und liquiditätsdeckenden Entgelt berechnet. Die Überprüfung des Entgeltes erfolgt im Zuge der Risikominimierung mindestens einmal jährlich.

Die Liquidität der VMS GmbH wird durch den Geschäftsbesorgungsvertrag gegenüber dem ZVMS und den Kooperationsvertrag gesteuert. Der Kooperationsvertrag regelt die Abrechnung der Verbundarbeit mit den Verkehrsunternehmen. Im Geschäftsbesorgungsvertrag sind die Abrechnungen der laufenden Kosten, Kosten für Investitionen im Verbund und die Abrechnung der Schülerbeförderung geregelt. Dazu werden von der VMS GmbH kontinuierlich Abrechnungspapiere an den ZVMS erstellt und gebucht. Somit ist eine bedarfsgerechte Liquidität stets vorhanden.

Trotz der Corona-Pandemie hält die Geschäftsführung an den Planungsvorgaben für 2022 und die Folgejahre fest. Die pandemiebedingte Reduktion der Fahrgastzahlen im VMS in 2021 sowie voraussichtlich in 2022 haben für die VMS GmbH keine materiellen Auswirkungen.

Vor dem Hintergrund des seit Februar 2022 vorherrschenden Ukraine-Konfliktes stellen die damit im Zusammenhang stehenden signifikanten Kostensteigerungen kein erhebliches Risiko für die VMS GmbH dar.

Für den Verlauf des Berichtszeitraums 2021 stellte die Geschäftsführung fest, dass die vorab getroffenen Aussagen zur kurzfristigen Planung bezüglich der Entwicklung der VMS GmbH zutreffend sind. Die langfristigen Planungsaussagen hingegen sind ausschließlich Erwartungen, die auf heutigen Annahmen und Einschätzungen beruhen. Auch wenn die Geschäftsführung davon überzeugt ist, dass die getroffenen Annahmen und Planungen einschlägig sind, können die tatsächlichen Entwicklungen und die tatsächlichen Ergebnisse in der Zukunft aufgrund einer Vielzahl von nicht zu beeinflussenden internen und externen Faktoren hiervon abweichen.

3.2 City-Bahn Chemnitz GmbH (CBC)

3.2.1 Überblick

Postanschrift: Bahnhofstraße 1 09111 Chemnitz	Telefon: 0371 495795-0 Telefax: 0371 495795-241 E-Mail: kontakt@city-bahn.de Homepage: www.city-bahn.de
---	--

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) Die CBC ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 Handelsgesetzbuch (HGB).
Handelsregister:	Amtsgericht Chemnitz, HRB 14683
Sitz:	Chemnitz
Gründung:	10. März 1997
Beteiligung des ZVMS:	50,004 % seit 1. Januar 2018
Weiterer Gesellschafter:	Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH Chemnitz (VVHC) 49,996 %
Stammkapital:	25.750 EUR
aktueller Gesellschaftsvertrag vom:	10. März 2020
Geschäftsführer:	Herr Dr.-Ing. Harald Neuhaus Herr Friedbert Straube)
Beschäftigte:	Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 162 Mitarbeiter (ohne Auszubildende) beschäftigt. Die Ermittlung erfolgte gemäß § 267 Abs. 5 HGB. Im Vorjahr waren 147 Mitarbeiter bei der CBC beschäftigt.
Unternehmens- gegenstand:	Durchführung und Vorbereitung von Verkehrsleistungen, insbesondere auch im Sinne des „Chemnitzer Modells“ unter Wahrung des Örtlichkeitsprinzips. Darüber hinaus erbringt die Gesellschaft öffentliche Personenverkehrsdienste, insbesondere im Schienenpersonennahverkehr, mit Straßenbahn und Omnibussen sowie Leistungen als Eisenbahninfrastrukturunternehmen im Zuständigkeitsgebiet des Gesellschafters ZVMS unter Wahrung des Örtlichkeitsprinzips. Ferner ist Gegenstand des Unternehmens die Erledigung aller damit unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.
Unternehmenszweck:	Gesellschaftszweck ist die Erbringung von Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr.
Gesellschafter- versammlung:	Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen vertreten durch:

Herrn Dr. Christoph Scheurer, Landrat Landkreis Zwickau
(Verbandsvorsitzender)

Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH Chemnitz
Vertreten durch:
Herrn Jens Meiwald (Geschäftsführer)

Aufsichtsrat: Im Geschäftsjahr 2021 gehörten dem Aufsichtsrat folgende Personen an:

- Herr Carsten Michaelis, Beigeordneter Landkreis Zwickau (Vorsitzender)
- Herr Bernd Gregorzyk, Amtsleiter Stadt Chemnitz (bis 31. März 2022)
- Herr Rico Ott, Abteilungsleiter Erzgebirgskreis
- Herr Mathias Korda, Geschäftsbereichsleiter VMS GmbH
- Herr Thomas Kranz, Abteilungsleiter Landkreis Mittelsachsen
- Herr Jens Meiwald, Geschäftsführer VVHC
- Herr Falk Ulbrich, Stadtrat Stadt Chemnitz

Abschlussprüfer: Herr Bernhard Kuhlmann, Wirtschaftsprüfer
RSM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft, Zweigniederlassung Chemnitz

Abschlussprüfer seit: Jahresabschluss 2020

Prüfungsergebnis: Am 16. März 2022 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

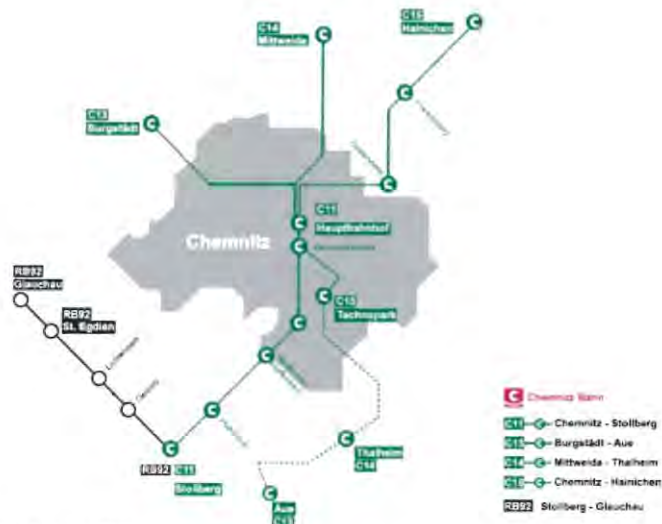
Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfbericht der Abschlussprüfer wurden vom Aufsichtsrat in der zweiten Sitzung am 12. Mai 2022 abschließend behandelt. Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 8. Juni 2022 die Feststellung des Jahresabschlusses 2021 und die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung beschlossen (GV-03/2022).

Die Beteiligung des ZVMS an der City-Bahn Chemnitz GmbH besteht seit dem 1. Januar 2018.

3.2.2 Verlauf des Geschäftsjahres 2021 der CBC

Die CBC erbringt Verkehrsleistungen auf den Linien des „Chemnitzer Modells“ nach Stollberg (C11), Burgstädt (C13), Hainichen (C15) und Mittweida (C14) sowie auf der Linie RB 92 (Kursbuchstrecke 523) von Stollberg über St. Egidien nach Glauchau. Die Inbetriebnahme des „Chemnitzer Modells“ nach Thalheim (C14) und Aue (C13) wird zu einer Erweiterung des Leistungsangebotes führen. Diese wird von dem bestehenden Verkehrsvertrag abgedeckt. Ab November 2021 fanden auf der Strecke nach Thalheim/Aue Erkundungs- und Einweisungsfahrten statt. Am 3. Juni 2021 wurde mit dem ZVMS ein weiterer Verkehrsvertrag geschlossen. Dieser umfasst die Erbringung von Verkehrsleistung zwischen Glauchau und Gößnitz (RB 37) ab dem 13. Juni 2021 bis zum Fahrplanwechsel 2025.

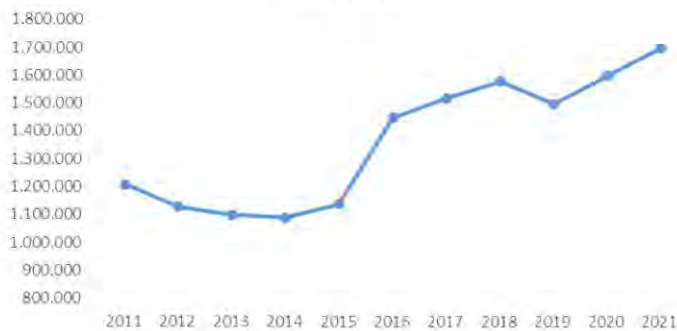
Mit dem „Chemnitzer Modell“ verfolgt der ZVMS die Verknüpfung von Eisenbahn- und Straßenbahnnetz, um eine schnellere Verbindung zwischen der Stadt Chemnitz und der Region zu ermöglichen.



Übersicht 9: Liniennplan der CBC

Die erbrachten Verkehrsleistungen der CBC im SPNV sind 2021 gegenüber dem Vorjahr um rund 60 Tzug-km angestiegen. Dabei war auf den Linien des „Chemnitzer Modells“ innerhalb der Stadt Chemnitz keine Ausweitung der Verkehrsleistung erfolgt. Die Erhöhung der Verkehrsleistung war im Wesentlichen auf die Übernahme der Leistung der Linie RB 37 (Glauchau – Gößnitz) ab 13. Juni 2021 zurückzuführen. Das Leistungsangebot der Linie RB 92 wurde dahin gehend erweitert, dass ab Fahrplanwechsel 2020/2021 die Züge auch am Wochenende bis Glauchau fahren.

Entwicklung der Verkehrsleistungen der CBC
im SPNV



Trotz der anhaltenden Corona-Pandemie wurde im Jahr 2021 keine Leistungsreduzierung vorgenommen.

Insgesamt erhielt die CBC für die Erbringung von Verkehrsleistungen Betriebskostenzuschüsse von 25.142 TEUR vom ZVMS. Die Übernahme von Teilleistungen der Linie 1/2 der CVAG wurde bis 11. Dezember 2021 verlängert. Für diese erbrachten Leistungen wurden im Jahr 2021 Umsatzerlöse von 428 TEUR erzielt. Mit der Arbeitnehmerüberlassung an die Transdev Regio Ost GmbH in der Zeit vom 18. Januar 2021 bis 11. Dezember 2021 erwirtschaftete die CBC einen Erlös von 233 TEUR. Darüber hinaus wurde der VMS GmbH für die Unterstützung bei fahrplanerischen Aufgaben im Zeitraum April bis Juli 2021 tageweise ein Mitarbeiter der CBC zur Verfügung gestellt. Hieraus wurden Erlöse von 15 TEUR erzielt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 2,3 Mio. Fahrgäste befördert. Gegenüber 2020 sanken die Fahrgastzahlen aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen leicht. Die Erlöse aus Fahrgeldeinnahmen sind durch die Tarifierung zum 1. Januar 2021 von 1.016 TEUR in 2020 auf 1.159 TEUR in 2021 gestiegen.

Zur Kompensation von Fahrgeldausfällen wurde vom Freistaat Sachsen ein Rettungsprogramm für den ÖPNV aufgelegt. Grundlage bildet die vom Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) erlassene Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 im Jahr 2021 im Freistaat Sachsen. (RL Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV 2021) vom 12. August 2021. Die CBC hat gegenüber dem ZVMS als Auftraggeber für die Verkehrsunternehmen einen Antrag auf Gewährung von Leistungen gemäß RL Corona-Billigkeitsleistungen 2021 von 588 TEUR eingereicht. Am 11. November 2021 erfolgte die Auszahlung von 303 TEUR für das Netz des „Chemnitzer Modells“ und 1,8 TEUR (60 % der beantragten Schadenssumme) für die SPNV-Leistungen Glauchau – Gößnitz. Die Restzahlung von 252 TEUR (94,7 % der beantragten Schadenssumme) erfolgte am 4. März 2022 an die CBC.

Die Verkehrsleistungen wurden mit sechs Variobahnen und sechs Regio-Shuttles, die sich im Eigentum der CBC befinden, sowie mit 12 Zweisystemfahrzeugen des Typs Citylink erbracht. Die Citylinks befinden sich im Eigentum der Schwestergesellschaft VMS GmbH und werden gemäß dem Vertrag zur Überlassung von Zweisystemfahrzeugen für den SPNV im „Chemnitzer Modell“ vom 16./19. Dezember 2016 an die CBC vermietet. Die daraus resultierenden Mietaufwendungen betragen 756 TEUR.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr befanden sich zwei Variobahnen zur Hauptuntersuchung mit Radwechsel in den Werkstätten der CVAG. In diesem Rahmen erfolgten die Sanierung der Dichtfugen sowie die Aufarbeitung diverser eile an den Fahrzeugen. Für Instandhaltungsaufwendungen der Variobahnen wurden insgesamt 1.375 TEUR aufgewendet. Ein weiteres Regio-Shuttle befand sich vom 8. Januar 2021 bis 30. September 2021 zur Hauptuntersuchung in der Werkstatt der OWS Service für Schienenfahrzeuge GmbH in Weiden. In allen Regio-Shuttles wurden die Fahrausweisautomaten inklusive Haltungen erneuert. Die Instandhaltungsaufwendungen für die Regio-Shuttles beliefen sich auf insgesamt 1.072 TEUR in 2021.

Die VMS GmbH hat gemeinsam mit seinen Partnerunternehmen im Verbundgebiet die IVU Traffic Technologies AG mit der Lieferung eines rechnergestütztem Betriebsleitsystems kurz ITCS beauftragt. Die Verkehrsunternehmen arbeiten damit künftig alle auf dem gleichen technischen Stand, um die Fahrten ihrer Busse und Bahnen zu überwachen und bei Bedarf zu reagieren. Eine automatische unternehmensübergreifende Anschlusssicherung informiert Fahrer und Disponenten, wenn sich die vorherige Fahr verzögert. Im Jahr 2021 erhielten alle zwölf Citylink-Fahrzeuge, alle sechs Regio-Variobahn-Fahrzeuge sowie alle sechs Regio-Shuttle-Fahrzeuge das neue Kommunikations- und Fahrgastinformationssystem ITCS-Mittelsachen, welches die IBIS-Krauth-Geräte ablöste. Diese Maßnahme hatte einen Umfang von 296 TEUR, wobei der CBC 254 TEUR als nicht rückzahlbare Finanzhilfe gewährt wurden. Der Eigenanteil für die CBC beträgt 12,5 % und beläuft sich auf 42 TEUR. Die Anlagen des neuen Kommunikations- und Fahrgastinformationssystems wurden am 11. November 2021 durch die Verkehrsunternehmen abgenommen und im Anlagevermögen aktiviert.

Für die Citylinks beliefen sich die Instandhaltungsaufwendungen auf insgesamt 2.816 TEUR. Davon wurden 1.392 TEUR € für präventive und 725 TEUR für korrektive Instandhaltungsmaßnahmen aufgewendet. Einen erheblichen finanziellen Aufwand hinsichtlich der Instandhaltung verursachen die Powerpacks, die Dieselmotor-Generator-Einheiten des Citylinks, mit 848 TEUR im Jahr 2021.

Am 25. Dezember 2021 kam es im Straßenbahnbereich zu einem schweren Unfall, bei dem eine Variobahn der CBC seitlich mit der entgegenkommenden Variobahn der CVAG kollidierte. In Folge des Zusammenstoßes entgleisten beide Fahrzeuge. Der Sachschaden an beiden Fahrzeugen wird auch 800 TEUR geschätzt. Bei dem Unfall waren keine Personenschäden zu verzeichnen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr stieg die Zahl der Mitarbeiter der CBC um 21 auf 174 Mitarbeiter zum 31. Dezember 2021 an. Die Neueinstellungen (25 Mitarbeiter) betrafen vor allem 14 Qualifikanten zum Triebfahrzeugführer, die restlichen eingestellten Mitarbeiter verteilten sich auf alle Geschäftsbereiche. Zwölf Mitarbeiter haben das Unternehmen im 2021 verlassen. Die Ausbildung weiterer Triebfahrzeugführer wird 2022 fortgesetzt werden.

Für die Triebfahrzeugführer, Kundenbetreuer und den Einsatzleiter/Personaldisponenten findet der Zug-Tarifvertrag (ZugTV) Anwendung. Seit 1. Juli 2020 gelten die Entgelttabellen des Bundes-Rahmentarifs des ZugTVs (BuRa-ZugTV) für die genannten Beschäftigten. Dieser wirkt, trotz der fristgemäßen Kündigung zum 28. Februar 2021 durch die Gewerkschaft, uneingeschränkt weiter. Die im November 2021 begonnenen Tarifverhandlungen konnten Ende Februar 2022 abgeschlossen werden. Neben dienstplanerischen Anpassungen wurde auch eine Entgelterhöhung um 1,5% ab 1. März 2022 und eine weitere Erhöhung um 1,8% ab 1. Januar 2023 sowie die Eingruppierung der Einsatzleiter in eine höhere Entgeltgruppe

vereinbart. Des Weiteren wird für 2021 eine steuerprivilegierte Corona-Beihilfe von 900 Euro gezahlt. Für alle tariflichen Mitarbeiter gilt die 38-Stundenwoche, wobei ein Wahlrecht für zusätzlichen Erholungsurlaub bei einer 39-Stundenwoche zulässig ist. Von dem Wahlmodell für zusätzlichen Erholungsurlaub haben mehr als die drei Viertel der Beschäftigten in Anspruch genommen.

Für die Mitarbeiter der Verwaltung wurden zum 1. Juni 2021 die Entgelte gemäß der Anpassung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst Bereich Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (TVöD/VKA) um 1,4% erhöht.

Die CBC ist am 18. März 2021 durch den Erwerb von zwei Gesellschaftsanteilen der Deutschlandtarifverbund-GmbH (DTVG) beigetreten. Der Vollzug der Kapitalerhöhung durch die DTVG erfolgte am 17. Juni 2021 durch Eintragung ins Handelsregister. Durch die Übernahme der RB 37 übernahm die CBC am 20. September 2021 zwei weitere Anteile an der DTVG. Der Vollzug der erneuten Kapitalerhöhung bei der DTVG erfolgte mit Eintragung in das Handelsregister. In der Gesellschafterversammlung der DTVG am 20. September 2021 wurde die Erhöhung des Stammkapitals beschlossen. Von den 23 neuen Anteilen erwarb die CBC für die Inbetriebnahme der neuen Strecke Chemnitz – Aue zwei Anteile. Insgesamt hat die CBC für die sechs Anteile 645 EUR inkl. Aufgeld gezahlt und weist diese als Finanzanlagen aus.

Die DTVG wurde am 9. Juni 2020 gegründet und ist die neue Plattform für den deutschen Eisenbahntarif im Nahverkehr. Gemeinsam mit staatlichen Institutionen und Verkehrsunternehmen möchte die DTVG den deutschen Eisenbahntarif im Nahverkehr zukünftig gestalten und die Aufteilung der Einnahmen vornehmen.

ANLAGE(N)

3.2.3 Wirtschaftliche Daten der CBC

Bilanz zum 31.12.	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
A Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	149	259	291
II. Sachanlagen	5.509	5.245	4.016
III. Finanzanlagen			1
	5.658	5.504	4.308
B Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.838	1.465	1.757
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	3.656	1.041	2.854
	5.494	2.506	4.611
C Rechnungsabgrenzungsposten	7	4	3
Summe Aktiva	11.159	8.014	8.922
A Eigenkapital			
I. gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Kapitalrücklage	128	128	128
III. Gewinnrücklagen	1.548	1.548	1.548
IV. Verlustvortrag		-436	762
V. Jahresüberschuss	-436	1.199	121
	1.266	2.465	2.585
B Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	1.417	1.451	1.126
C Rückstellungen	1.157	1.232	1.316
D Verbindlichkeiten	5.719	2.866	3.895
E Rechnungsabgrenzungsposten	1.600	0	0
Summe Passiva	11.159	8.014	8.922

Übersicht 10: Bilanz der CBC GmbH

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr (8.014 TEUR) um 908 TEUR auf 8.922 TEUR erhöht. Das resultiert hauptsächlich aus der Zunahme der liquiden Mittel um 1.813 TEUR und der Erhöhung der Forderung und sonstigen Vermögensgegenständen um 292 TEUR sowie der Abnahme des Anlagevermögens um 1.196 TEUR. Die Vermögensstruktur hat sich im Vergleich zum Vorjahr zugunsten des Umlaufvermögens inkl. aktiven Rechnungsabgrenzungsposten entwickelt, dessen Anteil am Gesamtvermögen auf 51,7 % (Vorjahr 31,3 %) gestiegen ist. Gleichzeitig hat sich aus den oben genannten Gründen der Anteil des Anlagevermögens (48,3 %) an der Bilanzsumme verringert.

ANLAGE(N)

Die Kapitalstruktur wies im Vergleich zum Vorjahr eine leicht geringere Eigenkapitalquote von 29,0 % (ohne Sonderposten; Vorjahr 30,8 %) auf. Ursächlich hierfür war der Anstieg der Verbindlichkeiten, insbesondere der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, um 1.029 TEUR auf 3.895 TEUR (Vorjahr 2.866 TEUR). Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote, die unter Einbeziehung von 2/3 des Sonderpostens berechnet wird, betrug 37,4 %. Die deutliche Erhöhung der Fremdkapitalquote auf 58,4 % (Vorjahr 51,1 %) war auf den Anstieg der Verbindlichkeiten (+ 1.029 TEUR) zurückzuführen. Die Fremdkapitalquote unter Einbeziehung von 1/3 der Sonderposten betrug 62,6 %. Dabei hat sich der Sonderposten gegenüber dem Vorjahr (1.451 TEUR) um 326 TEUR auf 1.126 TEUR verringert.

Das Gesamtinvestitionsvolumen betrug 80 TEUR, wovon 15 TEUR als geringwertige Wirtschaftsgüter der Sofortabschreibung zugeführt sowie 16 TEUR als Aufwand verbucht wurden. Die sechs Fahrkartenautomaten konnten in 2021 mit 237 TEUR aktiviert werden. Die erneute Erweiterung der Geschäftsstelle führte zu einer Nachaktivierung der Mietereinbauten von 45 TEUR. Mit der gesamtheitlichen Abnahme des Projektes „ITCS Mittelsachsen – Erneuerung der Vertriebs- und Bordrechner-technik in Bahnen sowie der Beschaffung eines regionalen rechnergestützten Betriebssystems“ am 11. November 2021 erfolgte die Aktivierung über 293 TEUR.

Für 2021 war die Liquidität durch die gezahlten Betriebskostenzuschüsse durch den ZVMS sowie durch die Leistungserbringung auf der Linie 1/2 für die CVAG sowie durch die Einnahmen aus der Arbeitnehmerüberlassung gesichert. Es bestanden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 312 TEUR, die planmäßig getilgt wurden. Die Tilgungszahlungen betragen im vergangenen Jahr 215 TEUR.

Der Erhöhung der Liquidität zum Bilanzstichtag um 1.813 TEUR auf 2.854 TEUR resultierte aus dem Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit (2.517 TEUR), einem Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit (691 TEUR) (sowie einem Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit von 13 TEUR).

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.	Plan 2019	Ist 2019	Plan 2020	Ist 2020	Plan 2021	Ist 2021
1 Umsatzerlöse	26.043	23.322	27.741	26.840	31.288	30.111
2 Bestandsveränderung						
3 sonstige betriebliche Erträge	644	2.504	683	2.319	1.424	1.960
4 Materialaufwand	-17.173	-15.648	-16.047	-16.034	-19.095	-19.158
5 Personalaufwand	-4.280	-6.409	-6.550	-7.189	-8.965	-8.294
6 Abschreibungen	-891	-1.083	-1.111	-1.111	-1.800	-1.888
7 sonstiger betrieblicher Aufwand	-4.653	-3.167	-3.343	-2.319	-2.344	-2.696
Erträge aus Wertpapieren des						
8 Finanzanlagevermögens						
9 sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22	20	20	16	21	15
10 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-66	-61	-125	-53	-33	-52
11 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-354	-522	1.268	1.628	496	-2
12 Steuern vom Einkommen und Ertrag	68	90	-401	-426	-156	126
13 sonstige Steuern	-4	-4	-5	-3	-4	-3
14 aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne						
15 Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-290	-436	862	1.199	336	121

Übersicht 11: GuV der CBC GmbH

Die Erlöse aus dem Verkehrsvertrag für das Netz des „Chemnitzer Modells“ von 24.258 TEUR und dem Verkehrsvertrag für die Strecke Glauchau – Gößnitz (RB 37) von 884 TEUR bildeten die Haupteinnahmequelle der CBC in 2021. Die Einnahmen aus dem Verkehrsvertrag für das „Chemnitzer Modell“ sind gegenüber dem Vorjahr (22.193 TEUR) um 2.065 TEUR angestiegen. Des Weiteren wurden Einnahmen aus SPNV-Ausgleichszahlungen von 2.905 TEUR (Vorjahr 2.696 TEUR), Fahrgeldeinnahmen von 1.159 TEUR (Vorjahr 1.016 TEUR) sowie übrige Umsatzerlöse von 905 TEUR (Vorjahr 935 TEUR) erzielt. Gegenüber dem Vorjahr gingen die Erlöse aus diesen drei Bereichen um 286 TEUR zurück.

In den übrigen Umsatzerlösen (905 TEUR) wurden die Erträge aus der Erbringung von Leistungen auf der Linie 1/2 der CVAG von 428 TEUR (Vorjahr 225 TEUR), Erträge aus der Arbeitnehmerüberlassung von 233 TEUR, Vermietung der Abstellhalle in Stollberg von 116 TEUR (gegenüber dem Vorjahr unverändert) sowie die Erträge aus Fahrgeldausfällen gem. § 148 Schwerbehindertengesetz von 83 TEUR (Vorjahr 93 TEUR) abgebildet. Gegenüber dem Vorjahr (588 TEUR) gingen die Erlöse aus Vermietung aufgrund des ausgelaufenen Vertrages mit der NEB Betriebsgesellschaft mbH um 472 TEUR zurück.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (1.960 TEUR) setzten sich im Wesentlichen aus der Auflösung des Sonderpostens von 580 TEUR (Vorjahr 609 TEUR), den Erträgen für den Ausgleich der Corona-Billigkeitsleistungen von 574 TEUR, aus der Ausgleichszahlung für höhengleiche Kreuzungen von 106 TEUR, aus Erträgen aus Schadensleistungen von 98 TEUR sowie aus Zuwendungen des Eisenbahnbundesamtes von 93 TEUR zusammen.

Der Materialaufwand stieg gegenüber 2020 um 3.124 TEUR auf 19.158 TEUR an. Der Anstieg resultierte aus den gestiegenen Ausgaben für bezogene Leistungen (+ 2.693 TEUR) sowie für die Aufwendungen für bezogene Waren (+ 431 TEUR).

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen (17.394 TEUR) beinhalteten im Wesentlichen Kosten für Trassenentgelte von 6.610 TEUR (Vorjahr 5.867 TEUR), für Wartung und Reparaturen der Fahrzeuge von 5.594 TEUR (Vorjahr 3.879 TEUR), für Stationsentgelt von 1.990 TEUR (Vorjahr 1.715 TEUR) sowie für den Geschäftsbesorgungsvertrag mit der RIS von 1.572 TEUR (Vorjahr 1.574 TEUR) und Kosten aus der Vermietung und Verpachtung von 836 TEUR. Die Aufwendungen für Vermietung und Verpachtung resultierten zum einem aus der Anmietung der Citylinks von der VMS GmbH von 756 TEUR (unverändert gegenüber dem Vorjahr) und aus der Anmietung einer Abstellfläche für die Citylinks von der CVAG von 80 TEUR (Vorjahr 77 TEUR). Des Weiteren fielen für Aufwendungen wie Fahrzeugwäsche der Fahrzeuge und dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der VMS GmbH 574 TEUR (Vorjahr 557 TEUR) sowie Kosten für den SEV von 217 TEUR (Vorjahr 276 TEUR) an. Grund hierfür sind im Wesentlichen die zusätzlichen Wartungsfristen für die Powerpacks an den Citylinks sowie der Wegfall der Gewährleistung bei diesen Fahrzeugen.

Der Personalaufwand (8.294 TEUR) stieg gegenüber 2020 um 1.105 TEUR an. Die Einstellung von Mitarbeitern für die Ausbildung zum Triebfahrzeugführer und Kundenbetreuer sowie im Verwaltungsbereich führten zu einem Anstieg der Personalaufwendungen. Die Entgelte der Verwaltungsmitarbeiter wurden, angelehnt an den TVöD zum 1. Juni 2021 um 1,4 % erhöht. Die Tabellenentgelte für alle im ZugTV angestellten Beschäftigten wurden für das Jahr 2021 nicht erhöht.

Die Abschreibungen im abgelaufenen Geschäftsjahr betragen 1.888 TEUR (Vorjahr 1.952 TEUR). Gegenüber dem Vorjahr gingen die Abschreibungen leicht zurück, da einige Wirtschaftsgüter wirtschaftlich abgeschrieben sind.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (2.696 TEUR) stiegen gegenüber 2020 um 377 TEUR. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus den gestiegenen Aufwendungen für die für Aus- und Weiterbildung von Triebfahrzeugführern und Kundenbetreuern (+ 165 TEUR) und den Aufwendungen für die Verkehrserhebung 2021 (+114 TEUR). Die übrigen Betriebsaufwendungen sind um 109 auf 409 TEUR gestiegen.

Die Zinsaufwendungen von 52 TEUR stammten aus den Verzugszinsen für die verspätete Inbetriebnahme des Projektes ITCS von 33 TEUR sowie aus Zinszahlungen für die Kredite von 17 TEUR.

Das Ergebnis nach Steuern von 121 TEUR (Vorjahr 1.202 TEUR) wurde durch die Erstattung von Steuern vom Einkommen und Ertrag von 126 TEUR entlastet. Des Weiteren fielen Ausgaben für Grund- und Kfz-Steuer von 3 TEUR an.

Der Jahresüberschuss betrug 121 TEUR und war damit um 1.077 TEUR geringer als 2020. Der Jahresüberschuss wurde für die Finanzierung für betriebsnotwendige Investitionen dem Eigenkapital als Gewinnrücklage zugeführt.

3.2.4 Finanzbeziehungen zwischen ZVMS und CBC

Angaben in TEUR	2019	2020	2021
Betriebskostenzuschüsse	21.508	20.006	25.486
Ausgleichszahlungen	1.031	827	858
anteilige Gewinnausschüttung	-214		
Gesamtsumme	22.325	20.833	26.344

Übersicht 12: Finanzbeziehungen zwischen der CBC GmbH

Die Anteile der CBC werden zu 50,004 % vom ZVMS und zu 49,996 % von der VVHC gehalten.

Im Jahr 2021 erhielt die CBC für bestellte Verkehrsleistungen 25.486 TEUR (inkl. Corona-Billigkeitsleistungen und Erstattungen) vom ZVMS. Weiterhin zahlte der ZVMS für Ausgleichsleistungen von Durchtarifierungsverlusten und für den Ausgleich SchülerFreizeitTicket insgesamt 858 TEUR.

3.2.5 Wichtige Kennzahlen der CBC

	Vorvorjahr	Vorjahr	Berichtsjahr
	2019	2020	2021
Vermögenssituation			
Investitionsdeckung (%)	64,6	130,2	267,0
Vermögensstruktur (%)	50,7	68,7	48,3
Kapitalstruktur			
Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des Eigenkapitalanteils (2/3) des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (%)	19,8	42,8	37,4
Fremdkapitalquote unter Berücksichtigung des Fremdkapitalanteils (1/3) des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (%)	80,2	57,2	62,6
Liquidität			
Effektivverschuldung (TEUR)	3.448	2.072	972
kurzfristige Liquidität (%)	96,5	70,3	94,2
Rentabilität			
Eigenkapitalrendite (%)	-34,5	48,6	4,7
Gesamtkapitalrendite (%)	-3,4	15,6	1,9
Personalaufwandsquote (%)	27,5	26,8	27,5
Geschäftserfolg			
Pro-Kopf-Umsatz (TEUR)	167	183	187
Arbeitsproduktivität	3,6	3,7	3,6

Übersicht 13: Kennzahlen der CBC GmbH

Die bilanzielle Eigenkapitalquote (inkl. 2/3 des Sonderpostens) verringerte sich 42,8 % auf 37,4 %. Im gleichen Maße erhöhte sich die Fremdkapitalquote um 5,4 % auf 62,6 %. Die Effektivverschuldung sank gegenüber 2020 um 1.110 TEUR. Grund für das Absinken der Effektivverschuldung in 2021 war die deutliche Erhöhung des Umlaufvermögens (+ 2.105 TEUR gegenüber Vorjahr) sowie ein geringerer Anstieg des Fremdkapitals (+ 921 TEUR). Die Eigenkapital- und die Gesamtkapitalrendite reduzierten sich durch das geringere Jahresergebnis (- 1.078 TEUR gegenüber Vorjahr) sich in 2021 deutlich.

3.2.6 Ausblick, Chancen und Risiken

Aufgrund der seit 1. Januar 2018 bestehenden Gesellschafterstruktur konnte der neue Verkehrsvertrag mit Laufzeitbeginn zum 1. Januar 2020 und mit einer Laufzeit bis 2030 direkt an die CBC vergeben werden. Entsprechend des Baufortschritts der einzelnen Stufen des „Chemnitzer Modells“ können über den Verkehrsvertrag auf dem stetig wachsenden Netz durch den ZVMS Leistungen bestellt und von der CBC geleistet werden. Des Weiteren konnte mit der Verkehrsleistung auf der Linie Glauchau – Gößnitz (RB 37) ab 13. Juni 2021 ein weiterer Verkehrsvertrag direkt an die CBC vergeben werden. Als Vergütung wurde der im jeweiligen Wirtschaftsplan vorgesehene Betriebskostenzuschuss vereinbart. Damit sind die bestehenden und zusätzlichen SPNV-Leistungen – und damit das wesentliche Geschäftsfeld der CBC – bis Ende 2030 bedarfsorientiert und somit stabil finanziert.

Mit der Betriebsaufnahme der zweiten Stufe des „Chemnitzer Modells“ am 30. Januar 2022 wird die CBC auf der Linie C14 von Mittweide über Chemnitz nach Thalheim im Halbstundentakt und mit der Linie C13 von Burgstädt über Chemnitz nach Aue im Stundentakt verkehren. Der Ausbau des „Chemnitzer Modells“ geht weiter voran, aber mittelfristig sind keine neuen Betriebsaufnahmen geplant. In den nächsten Jahren soll die Stabilisierung der Bestandslinien im Vordergrund stehen.

Durch die sukzessive Inbetriebnahme der weiteren Stufen des „Chemnitzer Modells“ wird weiterhin mit einer Zunahme der Fahrgastzahlen und einem damit verbundenen Anstieg der Fahrgeldeinnahmen gerechnet. Die Abrechnung und die Verteilung der Fahrgeldeinnahmen im Verkehrsverbund Mittelsachsen (VMS) erfolgt auf Grundlage der Einnahmearteilung unter Zuhilfenahme der automatischen Fahrgastzählensysteme. Die Fortschreibung der leistungsabhängigen Einnahmearteilung und der Verrechnungsanteile erfolgt ständig und schafft eine solide Grundlage für die Berücksichtigung der Beförderungsleistungen der CBC auch in den Folgejahren.

Trotz der Einschränkungen für den ÖPNV und die bestehende Aufforderung zum Home-Office sind die Fahrgeldeinnahmen und die Fahrgastzahlen leicht ansteigend. Mit der Betriebsaufnahme nach Thalheim und Aue wird nochmals mit einem Zuwachs an Fahrgastzahlen und -einnahmen gerechnet.

Der zwischen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und der CBC 2019 geschlossene Tarifvertrag wurde von Seiten der Arbeitnehmer zum 28. Februar 2021 gekündigt. Die Angleichung der Entgelte an den Bundesrahmentarifvertrag ist erfolgt. Eine aus der Tarifvertragsverhandlung zu erwartende Erhöhung der Personalkosten wurde in den Wirtschaftsplänen entsprechend berücksichtigt. Die Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Tarifvertrages sind abgeschlossen und sehen eine Entgeltanpassung um 1,5 % ab dem 1. März 2022 und eine weitere Steigerung ab dem 1. Januar 2023 von nochmals 1,8 % vor. Die Umgruppierung der Einsatzleiter in die höhere Entgeltgruppe erfolgt ab März 2022.

Kostensteigerungen sind, wie in den vergangenen Berichtsjahren, auch im Bereich der Trassen- und Stationsentgelte sowie bei der Instandhaltung und der Geschäftsbesorgung mit der RIS auf der Strecke Chemnitz – Stollberg zu verzeichnen und weiterhin zu erwarten

Für das Geschäftsjahr 2022 rechnet das Unternehmen mit Erträgen von 40 MEUR. Dem stehen Materialaufwendungen von 26 MEUR sowie Personalaufwendungen von 10 MEUR gegenüber. Es wird mit einem Ergebnis vor Steuern von 939 TEUR gerechnet. Die

ANLAGE(N)

insbesondere aufgrund des Ukraine Konfliktes signifikanten Kostensteigerungen werden das geplante Ergebnis 2022 beeinflussen, sodass im zweiten Quartal 2022 eine Überprüfung und Fortschreibung des Wirtschaftsplanes 2022 stattgefunden hat. Das geplante Investitionsvolumen beläuft sich nach Anpassung des Wirtschaftsplanes auf 136 TEUR. Alle Investitionen sollen durch Eigenmittel finanziert werden.

Die finanziellen und nicht finanziellen Leistungsindikatoren werden auch im Geschäftsjahr 2022 die Steuerungsgrößen für das Unternehmen sein.

Ab dem 1. Januar 2021 wird die CBC in die bereits bestehende umsatzsteuerliche Organschaft mit dem ZVMS und der VMS GmbH aufgenommen.

3.3 SDG Sächsische Dampfeisenbahngesellschaft mbH (SDG)

3.3.1 Überblick

Postanschrift: Geyersdorfer Straße 32 09456 Annaberg-Buchholz	Telefon: 03733-1510 Telefax: 03733-22154 E-Mail: kontakt@sdg-bahn.de Homepage: www.sdg-bahn.de
---	---

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) Die SDG ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 Handelsgesetzbuch (HGB).
Handelsregister:	Amtsgericht Chemnitz, HRB 15370
Sitz:	Annaberg-Buchholz
Gründung:	5. September 1997
Beteiligung des ZVMS:	33,34 % seit 1. Januar 2019
Weiterer Gesellschafter:	Zweckverband Verkehrsverbund Oberelbe (ZVOE) 66,6 %
Stammkapital:	30.000 EUR
aktueller Gesellschaftsvertrag vom:	11. Dezember 2018
Geschäftsführer:	Herr Roland Richter
Beschäftigte:	Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 109 Mitarbeiter (ohne Auszubildende) beschäftigt. Die Ermittlung erfolgte gemäß § 267 Abs. 5 HGB. Im Vorjahr waren 112 Mitarbeiter angestellt.
Unternehmensgegenstand:	Gegenstand des Unternehmens ist vorrangig die Erbringung des öffentlichen Eisenbahnverkehrs und das Betreiben von Eisenbahninfrastruktur, insbesondere der Schmalspurbahnen Cranzahl – Kurort Oberwiesenthal (Fichtelbergbahn), Radebeul – Radeburg (Lößnitzgrundbahn) und Freital-Hainsberg – Kurort Kipsdorf (Weißeritztalbahn).
Unternehmenszweck:	Gesellschaftszweck ist die Erbringung von Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr.
Gesellschafterversammlung:	Zweckverband Verkehrsverbund Oberelbe vertreten durch: Herrn Michael Harig, Landrat Landkreis Bautzen (Verbandsvorsitzender) Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen vertreten durch: Herrn Dr. Christoph Scheurer, Landrat Landkreis Zwickau (Verbandsvorsitzender)

ANLAGE(N)

Aufsichtsrat: Im Geschäftsjahr 2021 gehörten dem Aufsichtsrat folgende Personen an:

- Herr Rainer Kutschke, Landrat a. D. (Vorsitzender)
- Herr Burkhard Ehlen, Geschäftsführer der VVO GmbH
- Herr Dr. Harald Neuhaus, Geschäftsführer der VMS GmbH (Stellvertreter des Vorsitzenden; bis 31.08.2022)
- Herr Andreas Herr, Beigeordneter im Landkreis Meißen
- Herr Heiko Weigel, Beigeordneter im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
- Herr Rico Ott, Abteilungsleiter im Landratsamt Erzgebirgskreis

Abschlussprüfer: Herr Thomas Böckmann, Wirtschaftsprüfer
M2 Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stollberg

Abschlussprüfer seit: Jahresabschluss 2021

Prüfungsergebnis: Am 23. Mai 2022 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfbericht der Abschlussprüfer wurden vom Aufsichtsrat zur 82. Sitzung am 23. Juni 2022 abschließend behandelt (AR 01-82/2022). Die Gesellschafterversammlung wird im Umlaufverfahren (U GV SDG 03a/2022) die Feststellung des Jahresabschlusses 2021 und die Entlastung des Aufsichtsrates beschließen. Der Umlaufbeschluss wird nach Beschluss der Verbandsversammlung am 25. November 2022 vom Verbandsvorsitzenden des ZVMS unterschrieben werden. Die Unterschrift des Verbandsvorsitzenden des ZVOE erfolgt erst nach der dessen Verbandsversammlung.

Die Beteiligung des ZVMS an der SDG Sächsische Dampfeisenbahngesellschaft mbH besteht seit dem 1. Januar 2019.

3.3.2 Verlauf des Geschäftsjahres 2021 der SDG

Basis für den Geschäftsbetrieb bilden die geschlossenen Verkehrsverträge mit den Aufgabenträgern ZVOE für die Lößnitzgrund- und die Weißeritztalbahn und ZVMS für die Fichtelbergbahn. Die Fahrpläne beinhalten einen ganzjährig durchgängigen Fahrbetrieb auch außerhalb der touristischen Nachfrage, Schülerverkehre auf der Lößnitzgrundbahn sowie Verdichtungen von straßengebundenen ÖPNV-Angeboten auf allen drei Bahnen.

Das Einzugsgebiet befindet sich in den Landkreisen Erzgebirgskreis, Meißen sowie Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Die Fichtelbergbahn verkehrt im oberen Erzgebirge und verbindet auf 17,4 km Strecke Cranzahl mit dem Kurort Oberwiesenthal. Die Lößnitzgrundbahn erschließt auf 16,6 km Strecke die touristisch bedeutsame Region Radebeul Ost durch den Lößnitzgrund über Moritzburg bis nach Radeberg. Die Weißeritztalbahn führt auf einer Streckenlänge von insgesamt 26,1 km von Freital-Hainsberg über Dippoldiswalde bis zum Kurort Kipsdorf.

Die SDG betreibt außerdem eine Lokwerkstatt, die im Wesentlichen auf den Eigenbedarf ausgerichtet ist. Darüber hinaus ist am Bahnhof Freital-Hainsberg im Rahmen einer Grunderneuerung der Lokomotivwerkstatt eine moderne Werkstätte entstanden, die in 2019 Betrieb gegangen ist. Außerdem stehen in Cranzahl eine Wagenausbesserungshalle sowie ein im Bau befindlicher Werkstattkomplex in Radebeul Ost zur Verfügung. Diese Werkstätten, zu der auch die Schienenwerkstatt der Regionalverkehr Erzgebirge GmbH (RVE) in Marienberg gehört, sind Bestandteil des Werkstattkonzeptes der SDG. Auf Grundlage eines Werkvertrages bzw. Einzelaufträgen werden in der Schienenwerkstatt Marienberg Großinstandsetzungen an den Wagen der SDG durchgeführt. Ab 2023 gilt es für diese vertragliche Beziehungen eine Neuregelung zu konzipieren, an der bereits gearbeitet wird.

Die Gewährleistung einer fahrplanreuen, qualitätsgerechten und sicheren Durchführung der Verkehrsleistung auf allen drei Schmalspurbahnen auf Grundlage der bestehenden Verkehrsverträge war das Ziel der SDG im Jahr 2021. Dafür haben die Gesellschafter die Auszahlung der Bestellerentgelte zuzüglich der Dynamisierung und der zusätzlichen Erhöhung entsprechend geleistet.

Die Wirtschaftstätigkeit war auch in 2021 weiterhin stark durch die Corona-Pandemie und deren Einfluss auf die Wirtschaft und das gesamte öffentliche Leben beeinflusst. Jedoch konnte die SDG auf Grundlage der jeweils gültigen Allgemeinverfügungen das SPNV-Angebot bis auf wenige zeitweise Einschränkungen ganzjährig aufrechterhalten. Somit kam es im Vergleich zu 2020 keiner Einstellung des Fahrbetriebes und auch nicht zu einer Beantragung von Kurzarbeit.

Die Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie führten zu drastischen Einnahmeverlusten aus dem Verkauf von Fahrscheinen (- 32,5 % gegenüber dem Wirtschaftsplan 2021) und themenbezogenen touristischen Sonderfahrten (- 61 % gegenüber dem Plan 2021).

Im Jahr 2021 konnte die SDG insgesamt 456.965 Fahrgäste auf allen Bahnen begrüßen. Im Vorjahresvergleich sind die Fahrgastzahlen um 3,4 % gestiegen; jedoch im Verhältnis zum vorpandemischen Jahr 2019 beträgt der Rückgang der Fahrgastzahlen 30 %.

Zur Abfederung der Einnahmeverluste aus SPNV-Fahrgeldern und Bestellerentgelten gewährte der Freistaat Sachsen den betroffenen Unternehmen über die RL Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV 2021 vom 12. August 2021 finanzielle Unterstützung. Bis Mitte Oktober 2021 hat die SDG bei den zuständigen Aufgabenträgern einen Antrag auf Verlustausgleich für Fahrgeldeinnahmen gestellt. Bis Ende des Jahres wurden 60 % des beantragten Schadens an die SDG ausgezahlt.

Die Personalaufwendungen sind aufgrund des Tarifabschlusses ab Januar 2021 um 2,6 % gestiegen. Der Tarifabschluss von Oktober 2021 beinhaltete eine weitere Anpassung der Vergütungstabelle um 1,4 % sowie Anpassungen im Manteltarif.

ANLAGE(N)

Für den reibungslosen Fahrbetrieb ist die regelmäßige Wartung und Instandsetzung der Infrastruktur unabdingbar. Für die Reparatur des Schienennetzes wurden in 2021 insgesamt 332 TEUR aufgewandt. Weiterhin wurden für projektbezogene Infrastrukturprojekte 120 TEUR für die Bahnen im Elbtal und 136 TEUR für die Fichtelbergbahn ausgegeben. Schwerpunkt dieser Arbeiten waren die Einzelschwellenauswechslung auf der Lößnitzgrund- und der Fichtelbergbahn.

Im investiven Bereich wurde im Berichtsjahr die Bautätigkeit am 1. Bauabschnitt zum Werkstattkomplex in Radebeul Ost, Neubau einer Wagenwerkstatt, weiter fortgesetzt. Aufgrund von Verzögerungen wird sich die Fertigstellung in das Jahr 2022 verschieben.

Die Umsetzung des Investitionsvorhabens „Einführung eines elektronischen Abfertigungssystems“ (ITCS Mittelsachsen) wurde 2021 abgeschlossen.

3.3.3 Wirtschaftliche Daten der SDG

Bilanz zum 31.12. in TEUR	Ist 2020	davon anteilig ZVMS	Ist 2021	davon anteilig ZVMS
A Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	48	16	55	18
II. Sachanlagen	2.627	876	3.274	1.091
	2.675	892	3.329	1.110
B Umlaufvermögen				
I. Vorräte	1.036	345	1.108	369
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	935	312	950	317
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.557	852	2.666	889
	4.528	1.509	4.724	1.575
C Rechnungsabgrenzungsposten	82	27	124	41
Summe Aktiva	7.285	2.428	8.177	2.726
A Eigenkapital				
I. gezeichnetes Kapital	30	10	30	10
II. Kapitalrücklage	456	152	456	152
III. Bilanzgewinn	3.458	1.153	3.729	1.243
	3.944	1.315	4.215	1.405
B Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.095	365	2.293	764
C Rückstellungen	459	153	665	222
D Verbindlichkeiten	1.763	588	974	325
E Rechnungsabgrenzungsposten	24	8	30	10
Summe Passiva	7.285	2.428	8.177	2.726

Übersicht 14: Bilanz der SDG

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr (7.285 TEUR) um 892 TEUR auf 8.177 TEUR erhöht. Dies resultiert hauptsächlich aus der Zunahme des Anlagevermögens um 647 TEUR und dem Anstieg der liquiden Mittel um 109 TEUR. Die Zugänge zum Anlagevermögen (1.289 TEUR) betrafen im Wesentlichen die im Bau befindliche Wagenwerkstatt in Radebeul-Ost (1. Bauabschnitt), die die geleisteten Anzahlungen im Bau um 1.113 TEUR erhöhten. Dem standen 735 TEUR für Abschreibungen, Umbuchungen und Abgängen im Sachanlagevermögen gegenüber.

Die Vermögensstruktur hat sich im Vergleich zum Vorjahr zugunsten des Anlagevermögens entwickelt, dessen Anteil am Gesamtvermögen auf 40,7 % (Vorjahr 36,7 %) gestiegen ist.

Der Anteil des Umlaufvermögens inkl. aktiven Rechnungsabgrenzungsposten an der Bilanzsumme erhöhte sich von 59,3 % im Vorjahr auf 63,3 % in 2021. Gründe für die Zunahme sind die Erhöhung der liquiden Mittel (+ 109 TEUR), der Vorräte (+ 72 TEUR) sowie des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens (+ 42 TEUR).

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse betrug zum 31. Dezember 2021 2.293 TEUR. Der Zuschuss vom LASuV für die Lokwerkstatt Radebeul Ost (1. Bauabschnitt) erhöhte sich um 497 TEUR auf 1.357 TEUR. Der ZVOE beteiligt sich ebenfalls in Form einer nicht rückzahlbaren Zuwendung an diesem Projekt. Dafür wurden 2021 656 TEUR dem Sonderposten zugeführt, davon 229 TEUR aus einer bestehenden Verbindlichkeit aus dem Rückforderungsbescheid des ZVOE umgebucht.

Die Rückstellungen (665 TEUR) bestanden im Wesentlichen aus Personalrückstellungen (163 TEUR), ausstehenden Zinsen (114 TEUR), Beiträge für Berufsgenossenschaften (73 TEUR) und sonstigen Rückstellungen (45 TEUR) sowie aus Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten (27 TEUR) und ausstehenden Eingangsrechnungen (27 TEUR). Die Rückstellungen für Zinsen betreffen Zinsen (77 TEUR) aus dem Rechtsstreit zum Vergabeverfahren mit der ARGE IPRO Dresden, Zinsen (30 TEUR) für die nicht fristgerechten Verwendung von Fördermitteln für die Grunderneuerung der Fahrzeugwerkstatt Radebeul-Ost sowie Zinsen (7 TEUR) aus der Rückforderung von Fördermitteln zum Wiederaufbau der Weißeritztalbahn.

Die Verbindlichkeiten (974 TEUR) unterteilen sich in Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 561 TEUR sowie in sonstige Verbindlichkeiten von 414 TEUR. In den sonstigen Verbindlichkeiten wird im Wesentlichen der Rückforderungsbescheid des ZVOE von 157 TEUR, noch nicht verbrauchte Infrastrukturfinanzierung ZVOE von 129 TEUR sowie übrige sonstige Verbindlichkeiten von 36 TEUR abgebildet.

Die Eigenkapitalquote unter Einbeziehung von 2/3 des Sonderpostens beträgt 70,2 % und die Fremdkapitalquote (inkl. 1/3 Sonderposten) 29,8 %.

Die SDG erzielte im Geschäftsjahr 2020 einen Jahresüberschuss von 271 TEUR, der zusammen mit den in den Vorjahren gebildeten Bilanzgewinnen vorgetragen wird. Nach Vortragung des Jahresüberschusses von 2021 und der Vorjahre beträgt der Bilanzgewinn 3.729 TEUR.

ANLAGE(N)

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12. in TEUR			davon anteilig		davon
	Plan 2020	Ist 2020	ZVMS	Ist 2021	anteilig ZVMS
1 Umsatzerlöse	9.680	7.988	2.663	8.983	2.994
2 Bestandsveränderung	-150	-77	-26	0	0
3 sonstige betriebliche Erträge	987	3.024	1.008	1.671	557
4 Materialaufwand	-3.785	-3.641	-1.214	-3.569	-1.190
5 Personalaufwand	-4.630	-4.395	-1.465	-4.804	-1.601
6 Abschreibungen	-220	-265	-88	-272	-91
7 sonstiger betrieblicher Aufwand	-1.812	-2.349	-783	-1.638	-546
8 sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	0	0	1	0
9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2	-14	-5	-92	-31
10 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	70	271	90	280	93
11 Steuern vom Einkommen und Ertrag					
12 sonstige Steuern	-5	-9	-3	-9	-3
13 Jahresüberschuss/-fehlbetrag	65	262	87	271	90

Übersicht 15: GuV der SDG

Die Umsatzerlöse von 8.983 TEUR bestanden aus Zuschüssen aus Verkehrsverträgen von 6.755 TEUR und aus Tarif- und sonstigen Erlösen von 2.133 TEUR.

Für Zuschüsse aus Verkehrsverträgen zahlte der ZVOE 4.580 TEUR für die Lößnitzgrund- und die Weißeritztalbahn und der ZVMS 2.175 TEUR für die Fichtelbergbahn. Die Entwicklung der Umsatzerlöse in Summe zeigt im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg um 12,5 %, was im Wesentlichen mit den Mehreinnahmen aus den Bestellerentgelten im Zusammenhang steht. Diese sind aufgrund der beschriebenen Aufstockung der Haushaltsmittel des Freistaates Sachsen von zusätzlich 3,5 % zu der jährlichen Dynamisierung von 1 % begründet.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (1.671 TEUR) setzten sich aus Erträgen im Rahmen der Corona-Pandemie für 2021 (807 TEUR), aus Zuschüssen für Ausgleichszahlungen von 340 TEUR sowie sonstige besondere betriebliche Erträge (238 TEUR) zusammen. Die Erträge aus Corona-Billigkeitsleistungen für 2021 setzten sich aus Erstattungen des ZVMS von 440 TEUR und des ZVOE von 367 TEUR zusammen.

Der Materialaufwand (3.569 TEUR) beinhaltet die Aufwendungen für bezogene Leistungen von 2.462 TEUR und Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe von 1.107 TEUR. Die Hauptkostentreiber waren vor allem Aufwendungen für Fremdreparaturen von 1.634 TEUR, Kohle, Treib- und Schmierstoffe (720 TEUR), Aufwendungen für Energie; Gas und Wasser (256 TEUR, Aufwendungen für Winterdienst (147 TEUR) und für Fremdreinigung Fahrzeuge (145 TEUR).

Der Personalaufwand inkl. Sozialabgaben betrug 4.804 TEUR und die Abschreiben 272 TEUR.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (1.638 TEUR) sanken gegenüber dem Vorjahr (2.349 TEUR) um 711 TEUR.

3.3.4 Finanzbeziehungen zwischen ZVMS und SDG

Angaben in TEUR	2019	2020	2022
Betriebskostenzuschüsse (inkl. Corona-Billigkeitsleistungen)	2.060	1.987	2.552
Investitionskostenzuschüsse (Finanzhilfen)	80	80	80
Ausgleichszahlungen			
Gewinnabführungen			
Gesamtsumme	2.140	2.067	2.632

Übersicht 16: Finanzbeziehungen zwischen der SDG

Durch den Erwerb von Anteilen an der SDG entstand zwischen dem ZVMS und der SDG ein Beteiligungsverhältnis. Bereits vor Bestehen des Beteiligungsverhältnisses hatte der ZVMS mit der SDG einen Vertrag über die Erbringung von Verkehrsleistungen im Verbundgebiet abgeschlossen. Aus dem Verkehrsvertrag erhielt die SDG Betriebskostenzuschüsse von 2.552 TEUR (inkl. Corona-Billigkeitsleistungen von 368 TEUR) sowie aus einem Investitionsförderungsvertrag zwischen ZVMS, ZVOE und SDG vom 8. Dezember 2017/22. Dezember 2017/10. Januar 2018 weitere 80 TEUR. Die SDG darf diese Mittel ausschließlich für Instandhaltungsmaßnahmen für den historischen Fahrzeugpark und die Infrastruktur (Strecken und Anlagen) der von ihr betriebenen sächsischen Schmalspurbahnen einsetzen. Für den Investitionszuschuss des ZVMS bedeutet dies, dass dieser für die Fichtelbergbahn eingesetzt werden muss.

3.3.5 Wichtige Kennzahlen der SDG

	Vorjahr	Vorjahr	Berichtsjahr
	2019	2020	2021
Vermögenssituation			
Investitionsdeckung (%)	17,2	42,7	21,1
Vermögensstruktur (%)	31,0	36,7	40,7
Kapitalstruktur			
Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des Eigenkapitalanteils (2/3) des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (%)	55,2	64,2	70,2
Fremdkapitalquote unter Berücksichtigung des Fremdkapitalanteils (1/3) des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (%)	44,8	35,8	29,8
Liquidität			
Effektivverschuldung (TEUR)	-1.831	-1.917	-2.289
kurzfristige Liquidität (%)	169,7	207,5	295,8
Rentabilität			
Eigenkapitalrendite (%)	5,6	6,6	6,4
Gesamtkapitalrendite (%)	2,8	3,8	4,4
Personalaufwandsquote (%)	45,8	55,0	53,5
Geschäftserfolg			
Pro-Kopf-Umsatz (TEUR)	88	71	82
Arbeitsproduktivität	2,2	1,8	1,9

Übersicht 17: Kennzahlen der SDG

Die Passiva besteht aus 70,2 % bilanziellen Eigenkapital (inkl. 2/3 Sonderposten) und zu 29,8 % aus Fremdkapital (inkl. 1/3 Sonderposten). Gegenüber dem Vorjahr stieg das Eigenkapital inkl. 2/3 des Sonderpostens um 6 %. In dem gleichen Maße sank das Fremdkapital inkl. 1/3 des Sonderpostens. Die Effektivverschuldung liegt bei - 2.289 TEUR, dies bedeutet, dass das Umlaufvermögen das Fremdkapital übersteigt. Der Pro-Kopf-Umsatz stieg gegenüber 2019 um 11 TEUR.

3.3.6 Ausblick, Chancen und Risiken

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte der neue Verkehrsvertrag als dreiseitige Vereinbarung zwischen den Gesellschaftern ZVOE und ZVMS als Aufgabenträger für den SPNV und der SDG zum Abschluss gebracht werden, der nach Auslaufen des aktuellen Vertrages zum 31. Dezember 2022 diesen ab 2023 ersetzt. Demnach wollen die Vertragsparteien die bewährte Zusammenarbeit in Bezug auf den Betrieb der Lößnitzgrund- und der Weißeritztalbahn sowie der Fichtelbergbahn fortsetzen. Der Verkehrsvertrag ist mit einer Laufzeit von 15 Jahren geschlossen worden.

Mit dem Ziel der Umsatzsicherung und Stärkung der Tarifergiebigkeit hatte die SDG zum 1. Januar 2022 die Fahrpreise in Bezug auf ihren Haustarif erhöht. Hieraus werden mindestens 4 % Mehrererlöse bei den Fahrgeldeinnahmen erwartet.

Die Umsetzung des Werkstattkonzeptes der SDG wird weiter vorangetrieben. Dabei bildet der 1. Bauabschnitt des Werkstattkomplexes Radebeul-Ost die Vorstufe für die perspektivische

Umsetzung des 2. Bauabschnittes, wo der Bau einer Lokomotivwerkstatt geplant ist. Die Umsetzung des 2. Bauabschnittes ist noch nicht durch den Gesellschafter freigegeben worden.

Im Bereich Marketing soll die Zusammenarbeit mit den zuständigen Tourismusverbänden sowie den Städten und Gemeinden entlang der Streckenführung der Bahnen der SDG weiter verstärkt werden, um gezielte Pläne zur schrittweisen Ausgestaltung und weiteren Belegung der touristischen Infrastruktur zu entwickeln.

Die aktuelle Situation in der Welt, hier insbesondere in Bezug auf den Rohstoffmarkt, ausgelöst durch den Ukraine-Konflikt, stellt die Wirtschaftstätigkeit und die Umsetzung der strategischen Ziele von bis dahin nicht gekannte Schwierigkeiten. Die Auswirkungen aus den einzelnen Sanktionspaketen gegenüber Russland bedeutet für die SDG, dass sich der Preis für Steinkohle fast verdoppelt hat und in einen teilweisen Lieferstopp gemündet ist. Ab Juli 2022 wird Polen, wo die SDG die Kohle für die Bahnen bezieht, keine Steinkohle mehr liefern. Aus diesem Grund wird vehement nach Alternativen gesucht, die Steinkohle in der von der SDG benötigten Qualität zur Verfügung stellen kann.

Im Zusammenhang mit den immer stärker werdenden Diskussionen in der Öffentlichkeit zur Durchsetzung beschlossener Klimaziele im Rahmen des Umwelt- und Klimaschutzes besteht für die SDG die Gefahr, dass die Schmalspurbahnen aufgrund ihrer dampfbetriebenen Lokomotiven und der als Brennstoff verwendeten Steinkohle ins negative Licht gerückt werden. Im Rahmen der Marketingaktivitäten wird die SDG die Aspekte Nachhaltigkeit von verwendeten Rohstoffen und Materialien (u. a. der Einsatz von Recyclingkunststoffschwellen, die als Ersatz für Holzschwellen eingebaut werden) in den Fokus rücken.

Es besteht das Risiko, dass ab dem 1. Januar 2023 auch die Schmalspurbahnen von der CO₂-Bepreisung betroffen sein könnten, was aus derzeitiger Sicht nicht über die Bestellerentgelte abgedeckt ist. Auf Dauer kann die SDG die zusätzlichen Kosten aus der CO₂-Bepreisung nicht abdecken.

Darüber hinaus bestehen Risiken bezüglich von Kostensteigerungen bei dem Einkauf von Rohstoffen, Dienstleistungen und Energie die nicht über die Bestellerentgelte abgedeckt werden können.

Des Weiteren bestehen Risiken bei der Gewinnung von Fachkräften und in der Instandhaltungsbranche, die zunehmend schrumpft.

Für die zukünftigen Risiken aus der Corona-Pandemie wird eine Abschwächung erwartet. Für 2022 wird es auch, wie in den Jahren zuvor, einen ÖPNV-Rettungsschirm geben, dass die Einnahmeverluste aus Fahrscheinverkäufen ausgleichen soll.

Die SDG erwartet laut Plan für 2022 Umsatzerlöse von 10.227 TEUR, darunter Fahrgeldeinnahmen von 2.805 TEUR. Eine erste Prognose zeigt, dass die SPNV-Fahrgeldeinnahmen wohl nicht erreicht werden können. Laut Wirtschaftstätigkeit zum 30. Juni 2022 wurden nur 56,3 % der geplanten SPNV-Fahrgeldeinnahmen bis Juni 2022 erzielt. Auf den 31. Dezember 2022 hochgerechnet wird mit SPNV-Fahrgeldeinnahmen von 1.690 TEUR gerechnet. Damit bleibt man um ca. 1.090 TEUR hinter dem Planwert für 2022 zurück.

Die Einnahmesituation wird durch die Einführung des 9-Euro-Tickets für den Zeitraum Juni – August 2022 als Bestandteil des Entlastungspaketes der Bundesregierung angesichts der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise.

In Summe sind für 2022 Investitionen von 2.186 TEUR geplant, wovon 625 TEUR noch unter dem Vorbehalt der Finanzierung durch die Gesellschafter stehen.

Bestandsgefährdende bzw. die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage über den beschriebenen Umfang hinaus beeinträchtigende Risiken sind derzeit nicht bekannt.

3.4 Deutschlandtarifverbund-GmbH (DTVG)

3.4.1 Überblick

Postanschrift:
Wiesenhüttenplatz 25
60329 Frankfurt am Main

E-Mail:
info@deutschlandtarifverbund.de
Homepage
www.deutschlandtarifverbund.de

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
	Die DTVG ist eine Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB).
	Gemäß § 15 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages ist der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Regelungen des HGB aufzustellen.
Handelsregister:	Amtsgericht Frankfurt am Main, HRB 119746
Sitz:	Frankfurt am Main
Gründung:	9. Juni 2020
Beteiligung des ZVMS:	1,39% zum 31. Dezember 2021
Weitere Gesellschafter:	siehe Übersicht
Stammkapital:	54.075 EUR
aktueller Gesellschaftsvertrag vom:	9. Juni 2020
Geschäftsführer:	Herr Johann von Aweyden
Beschäftigte:	Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 8 Mitarbeiter beschäftigt. Die Ermittlung erfolgte gemäß § 267 Abs. 5 HGB. Im Vorjahr waren 3 Mitarbeiter angestellt.
Unternehmensgegenstand:	Erbringung und Beauftragung von Dienstleistungen zur Begründung und Fortentwicklung des verbund- und landestarifüberschreitenden SPNV-Tarifs.
Unternehmenszweck:	Die Fortentwicklung in den Bereichen Vertrieb, Marktforschung und Kommunikation sowie die Durchführung und Abwicklung der Einnahmeaufteilung, das diesbezügliche Berichtswesen sowie sämtliche Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen SPNV, sofern dies von den Gesellschaftern gewünscht wird.
Gesellschafterversammlung:	siehe Anlage

Aufsichtsrat: Im Geschäftsjahr 2021 gehörten dem Aufsichtsrat folgende Personen an:

- Bastian Großner (Vorsitzender), Kfm. Geschäftsleiter, Leiter Tarif, Erlöse & Vertrieb,
- Herr Norbert Kuhnle (stellv. Vorsitzender), Jurist,
- Frau Ines Benderoth, Leiterin Erlösmanagement,
- Herr Nils Dreyhaupt, Leiter Erlöscontrolling und RES,
- Frau Saskia Heller, Senior Referentin Preisstrategie (bis 30. April 2021),
- Frau Anja Niebuhr, Abteilungsleiterin Tarif, Vertrieb und Erlösmanagement,
- Frau Lara Söring, Bereichsleiterin Tarif & Vertrieb (bis 15. Februar 2021),
- Herr Jörg Strubberg, Leiter Erlösmanagement,
- Herr Klaus Wittmann, Volljurist,
- Herr Tilo Kühnhausen, Leiter Marketing und Vertrieb (ab 12. Juli 2021) und
- Frau Katharina Orth, Leitende Angestellte (ab 12. Juli 2021).

Abschlussprüfer: Herr Benjamin Feldmann, Wirtschaftsprüfer
PKF Industrie- und Verkehrstreuhand GmbH,
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München

Abschlussprüfer seit: Jahresabschluss 2020

Prüfungsergebnis: Am 21. März 2022 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2021, der durch die Steuerberatung aufgestellt wurde vom Aufsichtsrat zur 20. Sitzung am 2. März 2022 behandelt (B132/2022). Der Aufsichtsrat geht davon aus, dass die Sachverhalte zutreffend dargestellt und vom Wirtschaftsprüfer testiert werden. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Genehmigung des Jahresabschluss 2021 und der darin dargestellten Ergebnisverwendung.

Die Gesellschafterversammlung hat am 26. April 2022 die Feststellung des Jahresabschlusses 2021 und die Ergebnisverwendung (Vortragen des Verlustes von 1.048.214,68 EUR auf neue Rechnung) (N22) sowie die Entlassung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung (N 23) beschlossen.

Die Beteiligung des ZVMS an der DTVG besteht seit dem 18. März 2021.

Übersicht über die Gesellschafter der DTVG zum 31. Dezember 2021

Gesellschafter	EUR	Anteil
DB Regio AG	14.700,00	27,18%
Land Baden Württemberg	3.975,00	7,35%
Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH	2.850,00	5,27%
Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe	1.950,00	3,61%
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)	1.950,00	3,61%
Landesverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH	1.875,00	3,47%
Verkehrsverbund Rhein-Ruhr Anstalt des öffentlichen Rechts	1.650,00	3,05%
Zweckverband Nahverkehr Rheinland	1.350,00	2,50%
Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz	1.275,00	2,36%
DB RegioNetz Verkehrs GmbH	1.050,00	1,94%
Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen GmbH	975,00	1,80%
DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH	900,00	1,66%
NordWestBahn GmbH	900,00	1,66%
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	900,00	1,66%
Abtal-Verkehrs-Gesellschaft	900,00	1,66%
Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz	825,00	1,53%
ABELLIO Rail NRW GmbH	750,00	1,39%
Die Länderbahn GmbH	750,00	1,39%
VMV-Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH	750,00	1,39%
Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen	750,00	1,39%
Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH	675,00	1,25%
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	675,00	1,25%
Zweckverband Verkehrsverbund Oberelbe	675,00	1,25%
Keolis Deutschland GmbH & Co. KG	600,00	1,11%
Saarland	600,00	1,11%
SWEG Südwestdeutsche Landesverkehrs-AG	600,00	1,11%
Bayerische Oberlandbahn GmbH	450,00	0,83%
Erfurter Bahn GmbH	450,00	0,83%
National Express Rail GmbH	450,00	0,83%
ODEG Ostdeutsche Eisenbahn GmbH	450,00	0,83%
SBB GmbH	450,00	0,83%
Transdev Regio Ost GmbH	450,00	0,83%
Regionalverband Großraum Braunschweig	450,00	0,83%
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	300,00	0,55%
Bayerische Regiobahn GmbH	300,00	0,55%
Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH	300,00	0,55%
erixx GmbH	300,00	0,55%
Go-Ahead Baden-Württemberg GmbH	300,00	0,55%
metronom Eisenbahngesellschaft mbH	300,00	0,55%
NBE nordbahn Eisenbahngesellschaft mbH & Co. KG	300,00	0,55%
Transdev SE & Co. KG	300,00	0,55%
vlexx GmbH	300,00	0,55%
WestfalenBahn GmbH	300,00	0,55%
VIAS Rail GmbH	300,00	0,55%
Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH (VRN GmbH)	225,00	0,42%
Agilis Eisenbahngesellschaft mbH & Co. KG	150,00	0,28%
Agilis Verkehrsgesellschaft mbH & Co. KG	150,00	0,28%
cantus Verkehrsgesellschaft mbH	150,00	0,28%

Gesellschafter	EUR	Anteil
Freiberger Eisenbahngesellschaft mbH	150,00	0,28%
S-Bahn Berlin GmbH	150,00	0,28%
S-Bahn Hamburg GmbH	150,00	0,28%
Süd-Thüringen-Bahn GmbH	150,00	0,28%
Trans Regio Deutsche Regionalbahn GmbH	150,00	0,28%
Verkehrsgesellschaft Start Unterelbe mbH	150,00	0,28%
Württembergische Eisenbahn-Gesellschaft mbH	150,00	0,28%
HANSeatische Eisenbahn GmbH	150,00	0,28%
Regio Tram Gesellschaft mbH	150,00	0,28%
SAB Schwäbische Alb-Bahn GmbH	150,00	0,28%
Société Nationale des Chemins de Fer Luxembourgeois	150,00	0,28%
VIAS GmbH	150,00	0,28%
Go-Ahead Bayern GmbH	150,00	0,28%
City-Bahn Chemnitz GmbH	150,00	0,28%
	54.075,00	100,00%

Anteilserwerb an der DTVG

Der ZVMS wollte bereits im Jahr 2020 Anteile an der DTVG erwerben. Allerdings wurde die Gesellschafterversammlung am 16. Dezember 2020 aufgrund der zum damaligen Zeitpunkt bestehenden Kontaktbeschränkungen durch die Corona-Pandemie abgesagt.

Im Vorfeld der Gesellschafterversammlung der DTVG am 16. Dezember 2020 stimmte die Gesellschafterversammlung des ZVMS in ihrer 89. Sitzung am 18. September 2020 dem Erwerb von 9 Geschäftsanteilen an der DTVG zu.

Der Beitritt des ZVMS zur DTVG erfolgte in der Gesellschafterversammlung am 18. März 2021. Im Nachgang der Gesellschafterversammlung wurde der ZVMS aufgefordert, den Nennbetrag von 75,00 EUR pro Geschäftsanteil nebst einem Aufgeld von 3,43 EUR pro Stimme (1.056,44 EUR) zu zahlen. Mit Wirkung zum 17. Juni 2021 wurde somit der Erwerb mit der Eintragung ins Handelsregister vollzogen.

In der fünften Gesellschafterversammlung am 20. September 2021 hat der ZVMS einen weiteren Geschäftsanteil übernommen und dafür 75,00 EUR ohne Aufgeld im Januar 2022 gezahlt.

Die DTVG wurde am 9. Juni 2020 gegründet und ist die neue Abstimmungs- und Entscheidungsplattform für einen künftigen Deutschlandtarif, der zum 01. Januar 2022 den heutigen Nahverkehrstarif der DB AG ablösen soll. An der DTVG können sich alle Eisenbahnverkehrsunternehmen in Deutschland und erstmalig auch alle SPNV-Aufgabenträger beteiligen. Dieser neue deutschlandweite SPNV-Tarifverbund wird den Nahverkehrstarif für verbundübergreifende Fahrten im SPNV unternehmensneutral, gemeinschaftlich und transparent gestalten und fortentwickeln und somit zur Steigerung der Attraktivität des SPNV in Deutschland beitragen.

Die DTVG ist eine reine Managementgesellschaft und arbeitet ohne Gewinnerzielungsabsicht. Die Aufwendungen der Gesellschaft werden u. a. durch Zuschüsse der Gesellschafter gedeckt.

Mit dem Beitritt als Gesellschafter der DTVG hat der ZVMS sich die Möglichkeit gesichert, besser als ein außenstehender Dritter, am Leistungsangebot der DTVG, d. h. Planung, Fortentwicklung, Vertrieb und Einnahmeaufteilung des Deutschlandtarifs, zu partizipieren.

3.4.2 Verlauf des Geschäftsjahres 2021 der DTVG

Nach Etablierung grundlegender gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse im Jahr 2020 wurden wesentliche Tätigkeiten und Entscheidungen in Hinblick auf die Einführung des Deutschlandtarifes (DTV) im Geschäftsjahr 2021 fortgeführt und final beschlossen. Dazu zählen u. a. die Anstellung von weiteren Mitarbeitern für die Bereiche Controlling, Projektmanagement und Kommunikation, die Durchführung von Kapitalerhöhungen durch die Ausgabe neuer Geschäftsanteile und Übertragung von Geschäftsanteilen sowie die Verständigung auf die inhaltlichen Eckpunkte des DTV, die Vorbereitung, Beratung und Beschluss des Vertragswerkes. Des Weiteren gehörten die Vorbereitungen für den Übergang zum regelbetrieb, die Erarbeitung und Beantragung der Tarifbedingungen sowie die Arbeit in den internen Gremien und Ausschüssen zu den Tätigkeiten in 2021.

3.4.3 Wirtschaftliche Daten der DTVG

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr (383 TEUR) um 14 TEUR auf 397 TEUR erhöht. Das resultiert zum einem aus der Abnahme der liquiden Mittel um 39 TEUR und zum anderen aus der Zunahme der Forderungen um 36 TEUR sowie des Anlagevermögens um 11 TEUR. Die Vermögensstruktur hat sich im Vergleich zum Vorjahr zugunsten des Anlagevermögens entwickelt, dessen Anteil am Gesamtvermögen auf 4,5 % (Vorjahr 1,8 %) gestiegen ist. Der Anteil des Umlaufvermögens inkl. aktiven Rechnungsabgrenzungsposten an der Bilanzsumme sank von 98,2 % im Vorjahr auf 95,5 % in 2021.

Das Vermögen ist überwiegend im Umlaufvermögen gebunden (366 TEUR) und entfällt im Wesentlichen auf die Guthaben bei Kreditinstituten (313 TEUR).

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft wurde im Berichtsjahr von 33 TEUR um 21 TEUR auf 54 TEUR erhöht. In die Kapitalrücklage wurde im Geschäftsjahr 2021 insgesamt 958 TEUR eingestellt und betrug zum 31. Dezember 2021 1.451 TEUR. Daraus resultiert eine Eigenkapitalquote von 64,7 %.

Die sonstigen Rückstellungen sind im Wesentlichen aufgrund höherer Personalrückstellungen und Rückstellungen für ausstehende Rechnungen um 79 TEUR auf 108 TEUR gestiegen.

Vor dem Marktstart des DTV wurden die Tätigkeiten der Gesellschaft aus dem Eigenkapital finanziert. Nach dem Marktstart erfolgt die Finanzierung aus Umsatzerlösen, die durch die Erbringung der Abrechnungs- und Tarifiedienstleistungen gegenüber den Eisenbahnverkehrsunternehmen erzielt werden. Die Gesellschafter haben entsprechende Finanzierungsgrundsätze beschlossen, die eine ausreichende Finanzierung der Gesellschaft sicherstellen sollen.

ANLAGE(N)

Bilanz zum 31.12.	Ist 2020	Ist 2021
A Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		0
II. Sachanlagen	7	18
III. Finanzanlagen		0
	<u>7</u>	<u>18</u>
B Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	17	53
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	352	313
	<u>369</u>	<u>366</u>
C Rechnungsabgrenzungsposten	7	13
Summe Aktiva	383	397
A Eigenkapital		
I. gezeichnetes Kapital	33	54
II. Kapitalrücklage	493	1.451
III. Gewinnrücklagen		0
IV. Verlustvortrag	-200	0
V. Jahresüberschuss		-1.248
	<u>326</u>	<u>257</u>
B Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		0
C Rückstellungen	29	108
D Verbindlichkeiten	28	32
E Rechnungsabgrenzungsposten		0
Summe Passiva	383	397

Übersicht 18: Bilanz der DTVG

Auch im Geschäftsjahr 2021 wurden keine Umsatzerlöse erzielt, woraus sich im Geschäftsjahr 2021 ein Jahresfehlbetrag von 1.048 TEUR ergibt. Die Aufwendungen von insgesamt 1.063 TEUR entfallen zu 47,9 % auf die Personalaufwendungen. Die Gesellschaft beschäftigte im Jahr 2021 durchschnittlich acht (im Vorjahr drei) Mitarbeiter. Außerdem sind sonstige betriebliche Aufwendungen von 512 TEUR angefallen, die überwiegend Rechts- und Beratungskosten im Zusammenhang mit der Gründungsphase der Gesellschaft betrafen.

ANLAGE(N)

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.	Plan 2021	Ist 2021
1 Umsatzerlöse		0
2 Bestandsveränderung		
3 sonstige betriebliche Erträge	1.050	14
4 Materialaufwand		-37
5 Personalaufwand	-875	-509
6 Abschreibungen	-13	-5
7 sonstiger betrieblicher Aufwand	-162	-511
Erträge aus Wertpapieren des		
8 Finanzanlagevermögens		
9 sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0
10 Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0
11 Ergebnis der gewöhnlichen		
Geschäftstätigkeit	0	-1.048
12 Steuern vom Einkommen und Ertrag		0
13 sonstige Steuern		0
14 aufgrund eines Gewinnab-		
führungsvertrages abgeführte		
Gewinne		
15 Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	-1.048

Übersicht 19: GuV der DTVG

3.4.4 Finanzbeziehungen zwischen ZVMS und SDG

Angaben in TEUR	2021
Betriebskostenzuschüsse	
Ausgleichszahlungen	
anteilige Gewinnausschüttung	
Erwerb von Anteilen und Kapitaleinlage	5
Gesamtsumme	5

Übersicht 20: Finanzbeziehungen zwischen der DTVG

Der ZVMS zahlte der DTVG aus dem Anteilserwerb inkl. Aufgeld 1.731,44 EUR sowie den jährlichen Finanzierungsbeitrag der Gesellschafter von 3.234,00 EUR.

3.4.5 Wichtige Kennzahlen der DTVG

	Berichtsjahr
	2021
Vermögenssituation	
Investitionsdeckung (%)	31,1
Vermögensstruktur (%)	4,7
Kapitalstruktur	
Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des Eigenkapitalanteils (2/3) des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (%)	64,7
Fremdkapitalquote unter Berücksichtigung des Fremdkapitalanteils (1/3) des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (%)	35,3
Liquidität	
Effektivverschuldung (TEUR)	-239
kurzfristige Liquidität (%)	270,3
Rentabilität	
Eigenkapitalrendite (%)	-485,2
Gesamtkapitalrendite (%)	-263,8
Personalaufwandsquote (%)	0,0
Geschäftserfolg	
Pro-Kopf-Umsatz (TEUR)	0
Arbeitsproduktivität	0,0

Übersicht 21: Kennzahlen der DTVG

Da die DTVG in 2021 keine Umsatzerlöse erzielte, wird die Personalaufwandsquote, der Pro-Kopf-Umsatz sowie die Arbeitsproduktivität mit 0 ausgewiesen.

Die Gesellschaft hat keine Zuschüsse erhalten, so dass kein Sonderposten bilanziert werden musste. Aus diesem Grund entspricht die Eigenkapitalquote der wirtschaftlichen Eigenkapitalquote. Die Eigenkapitalquote beträgt 64,7 % und die Fremdkapitalquote 35,3 %.

3.4.6 Ausblick, Chancen und Risiken

Die Gesellschaft wechselt im Jahr 2022 von den vorbereitenden Tätigkeiten zur Einführung des DTV in den operativen Regelbetrieb zur Durchführung und Abwicklung der Erlösaufteilung. Damit ergeben sich folgende Schwerpunkte für die Gesellschaft Sicherstellung und Kommunikation des Abrechnungsgeschäftes, Vorbereitung und Etablierung grundlegender Prozesse für Änderungen und Weiterentwicklungen des DTV, Sicherstellung von Informations- und Entscheidungswegen innerhalb der neuen Gremienstruktur sowie Kapitalerhöhungen zur Aufnahme weiterer Gesellschafter.

Umsatzerlöse werden erstmals mit dem Marktstart des DTV, welcher am 1. Januar 2022 erfolgt ist, erzielt werden. Im Geschäftsjahr 2022 wird ein deutlich verbessertes Jahresergebnis erwartet. Die Umsatzerlöse übersteigenden Aufwendungen werden durch Zuschüsse oder Eigenkapital-Einlagen der Gesellschafter kompensiert werden.

Der öffentliche Personennahverkehr steckt weiterhin in einer verfahrenen Lage. Wesentliche Teile der Fahrgäste verzichten aufgrund der immer noch anhaltenden Corona-Pandemie auf Öffentliche Verkehrsmittel und haben sich mittlerweile anderen Transportmitteln zugewandt. Maßnahmen der Branche, wie die 3G-Regel, hohe Bußgelder und die verstärkte Reinigung von Fahrzeugen, konnten daran bisher nichts ändern.

Dies stellt die Gesellschafter und die Verbundunternehmen auch weiterhin vor besondere Herausforderungen, deren kurzfristige Folgen sie gemeinsam mit den Regierungen des Bundes und der Länder im Rahmen des „ÖPNV-Rettungsschirmes“ abgemildert haben. Trotzdem müssen die Bahnunternehmen coronabedingt auch im kommenden Jahr mit Einnahmerückgängen in Milliardenhöhe rechnen, was die Forderung der Branche an die Politik mit sich bringt, den Rettungsschirm zur finanziellen Unterstützung der Branche auch 2022 aufgespannt zu lassen.

Mit den nun wieder stark steigenden Inzidenzen und den damit verbundenen Einschränkungen werde aber die weitere Fahrgastrückgewinnung ausgebremst. Bei ausbleibender Markterholung und dem politischen Wunsch nach Aufrechterhaltung von nahezu 100 % des Angebotes drohen der Branche weitere Verluste und am Ende sogar Angebotseinschränkungen im Nahverkehr.

Die aktuelle Entwicklung spiegelt somit eine Fortsetzung der Jahre 2020 und 2021 wider, in dem das Einnahmeniveau aus der Zeit vor der Pandemie auch mittelfristig nicht erreicht werden kann. Auf die Auswirkungen der Kosten der DTVG hat diese Entwicklung keine Auswirkung. Festzuhalten bleibt aber, dass diese sich jedoch mittelfristig negativ auf die Stückkosten im Bereich der Tarif- und Abrechnungsdienstleistung auswirken kann.

Entsprechend den Finanzierungsgrundsätzen der Gesellschaft werden diese Kosten durch die Verbundunternehmen getragen, sodass für die Finanzierung der Gesellschaft in dieser Hinsicht kein Risiko besteht, sofern die Gesellschafter und Verbundunternehmen die Forderungen bedienen bzw. ihren Einzahlungszusagen nachkommen.

Trotz der anhaltenden schwierigen Lage für die Gesellschafter und die Verbundunternehmen konnten die mit der Gründung der Gesellschaft festgelegten Ziele, wie der pünktlichen Einführung des Deutschlandtarifes und der damit verbundenen Organisation der Erlösabrechnung, eingehalten und erfolgreich umgesetzt werden. Damit einhergehend ist ein stark wachsendes Interesse verschiedener Stakeholder-Gruppen an der Arbeit und an den Zielen der Gesellschaft feststellbar.

Chemnitz, den 25. November 2022



Sven Schulze
Verbandsvorsitzender

ANLAGE(N)

Erläuterung zu den Bilanz- und Leistungskennzahlen

Investitionsdeckung	=	Abschreibung / Neuinvestition x 100	
Vermögensstruktur	=	Anlagevermögen / Gesamtkapital x 100	
Eigenkapitalquote	=	(Eigenkapital + 2/3 Sonderposten) / Bilanzsumme x 100	
Fremdkapitalquote	=	(Fremdkapital + 1/3 Sonderposten) / Bilanzsumme x 100	
Effektivverschuldung	=	Fremdkapital – Umlaufvermögen	
Kurzfristige Liquidität	=	$\frac{\text{Umlaufvermögen} - \text{erhaltene Anzahlungen}}{\text{(kurzfristige Verbindlichkeiten} + \text{Rückstellungen)}} \times 100$	x 100
Eigenkapitalrendite	=	Jahresergebnis / Eigenkapital x 100	
Gesamtkapitalrendite	=	(Jahresergebnis + FK-Zinsen) / Bilanzsumme x 100	
Personalaufwandsquote	=	Personalaufwand / Umsatzerlöse x 100	
Pro-Kopf-Umsatz	=	Umsatz / Mitarbeiteranzahl	
Arbeitsproduktivität	=	Umsatz / Personalkosten	